



# Plenarprotokoll

## 68. Sitzung

Mittwoch, 25. September 2019

**Ablehnung der CCS-Technologie  
im Klimapaket.....** 5160

Dringlichkeitsantrag der Abgeordne-  
ten des SSW  
Drucksache 19/1730

Beschluss: Dringlichkeit bejaht..... 5160

### Gemeinsame Beratung

**a) Erste Lesung des Entwurfs eines  
Gesetzes über die Feststellung  
eines Haushaltsplans für das  
Haushaltsjahr 2020 (Haushalts-  
gesetz 2020).....** 5160

Gesetzentwurf der Landesregie-  
rung  
Drucksache 19/1600

**b) Erste Lesung des Entwurfs eines  
Haushaltsbegleitgesetzes 2020.....** 5160

Gesetzentwurf der Landesregie-  
rung  
Drucksache 19/1601

**c) Erste Lesung des Entwurfs eines  
Gesetzes zum Staatsvertrag zwi-  
schen der Freien und Hanse-  
stadt Hamburg und dem Land  
Schleswig-Holstein zur Ände-  
rung des Staatsvertrages zwi-  
schen der Freien und Hanse-  
stadt Hamburg und dem Land  
Schleswig-Holstein über die Er-  
richtung der „hsh finanzfonds  
AöR“ als rechtsfähige Anstalt  
des öffentlichen Rechts sowie  
zum Staatsvertrag zwischen der  
Freien und Hansestadt Ham-  
burg und dem Land Schleswig-  
Holstein zur Änderung des  
Staatsvertrages zwischen der  
Freien und Hansestadt Ham-  
burg und dem Land Schleswig-  
Holstein über die Errichtung  
der „hsh portfoliomanagement  
AöR“ als rechtsfähige Anstalt  
des öffentlichen Rechts nach  
§ 8 b) des Finanzmarktstabi-  
lisierungsfondsgesetzes.....** 5161

Gesetzentwurf der Landesregie-  
rung  
Drucksache 19/1695

<b>d) Übertragung von Anteilen des Landes Schleswig-Holstein an der hsh beteiligungs management GmbH auf die hsh finanzfonds AöR.....</b>	<b>5161</b>	Flemming Meyer [SSW].....	<b>5225</b>
		Johannes Callsen [CDU].....	<b>5226</b>
		Birte Pauls [SPD].....	<b>5227</b>
		Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	<b>5229</b>
Bericht der Landesregierung		Dennys Bornhöft [FDP].....	<b>5231</b>
Drucksache 19/1604		Jörg Nobis [AfD].....	<b>5232</b>
		Heiner Rickers [CDU].....	<b>5233</b>
<b>e) Finanzplan des Landes Schleswig-Holstein 2019 bis 2023 Finanzplan Fortschreibung 2024 - 2028.....</b>	<b>5161</b>	Beschluss: Überweisung des Berichts Drucksache 19/1696 an den Um- welt- und Agrarausschuss zur ab- schließenden Beratung.....	<b>5234</b>
Bericht der Landesregierung zum Abbau des strukturellen Defizits gemäß Artikel 67 der Landesver- fassung			
Drucksache 19/1705			
Monika Heinold, Finanzministerin	<b>5161</b>		
Tobias Koch [CDU].....	<b>5168</b>		
Dr. Ralf Stegner [SPD].....	<b>5173, 5222</b>		
Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	<b>5180</b>		
Christopher Vogt [FDP].....	<b>5184</b>		
Jörg Nobis [AfD].....	<b>5193, 5219</b>		
Lars Harms [SSW].....	<b>5201, 5219</b>		
Ole-Christopher Plambeck [CDU].	<b>5206</b>		
Beate Raudies [SPD].....	<b>5209</b>		
Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	<b>5211</b>		
Annabell Krämer [FDP].....	<b>5216</b>		
Beschluss: 1. Überweisung der Ge- setzentwürfe Drucksachen 19/1600, 19/1601 und 19/1695 an den Finanzausschuss			
2. Überweisung der Be- richte Drucksachen 19/1604 und 19/1705 an den Finanzausschuss zur abschließenden Beratung.....	<b>5223</b>		
<b>Bericht über den Umweltzustand der Schlei und die Pläne der Lan- desregierung zur Verbesserung der dortigen Wasser- und Umweltqua- lität.....</b>	<b>5223</b>		
Bericht der Landesregierung			
Drucksache 19/1696			
Jan Philipp Albrecht, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisie- rung.....	<b>5223</b>		
		<b>Gemeinsame Beratung</b>	
		<b>a) Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes über die Errichtung der „Stiftung für die Friesische Volksgruppe im Lande Schles- wig-Holstein“ (Friesenstiftung) und zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Ersten Staatsvertrags zum Glücksspiel- wesen in Deutschland.....</b>	<b>5234</b>
		Gesetzentwurf der Landesregie- rung	
		Drucksache 19/1682	
		<b>b) Umsetzung der Europäischen Charta der Regional- oder Min- derheitensprachen in Schleswig- Holstein - Sprachenchartabe- richt 2019.....</b>	<b>5234</b>
		Bericht der Landesregierung	
		Drucksache 19/1683	
		Daniel Günther, Ministerpräsident.	<b>5234</b>
		Peter Lehnert [CDU].....	<b>5235</b>
		Birte Pauls [SPD].....	<b>5236</b>
		Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	<b>5238</b>
		Kay Richert [FDP].....	<b>5238</b>
		Dr. Frank Brodehl [AfD].....	<b>5240</b>
		Lars Harms [SSW].....	<b>5241</b>

Beschluss: 1. Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 19/1682 federführend an den Europaausschuss und mitberatend an den Finanzausschuss und den Bildungsausschuss

2. Überweisung des Berichts Drucksache 19/1683 an den Europaausschuss und mitberatend an den Bildungsausschuss zur abschließenden Beratung.....

5242

**Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Schleswig-Holsteinischen Richtergesetzes (Landesrichtergesetz - LRiG).....**

5242

Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW  
Drucksache 19/1543

Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses  
Drucksache 19/1684

Barbara Ostmeier [CDU], Berichterstatterin.....

5242

Beschluss: Verabschiedung des Gesetzentwurfs Drucksache 19/1543 in der Fassung der Drucksache 19/1684.....

5242

**Beobachterstatus für das Land Schleswig-Holstein im Nordischen Rat.....**

5242

Wahlvorschlag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW  
Drucksache 19/1709

Beschluss: Annahme des Wahlvorschlags Drucksache 19/1709.....

5242

\* \* \* \*

#### **Regierungsbank:**

Daniel Günther, Ministerpräsident

Monika Heinold, Finanzministerin und Erste Stellvertreterin des Ministerpräsidenten

Dr. Heiner Garg, Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren und Zweiter Stellvertreter des Ministerpräsidenten

Karin Prien, Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur

Hans-Joachim Grote, Minister für Inneres, ländliche Räume und Integration

Jan Philipp Albrecht, Minister für Energie- wende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung

Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus

\* \* \* \*

**Beginn: 10:05 Uhr**

**Präsident Klaus Schlie:**

Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 25. Tagung des Schleswig-Holsteinischen Landtages. Das Haus ist ordnungsgemäß einberufen und beschlussfähig.

Erkrankt sind die Abgeordneten Hartmut Hamerich, Kirsten Eickhoff-Weber und Regina Poersch. Wir wünschen ihnen gute Genesung.

(Beifall)

Seitens der Landesregierung ist wegen auswärtiger Verpflichtungen Dr. Sabine Sütterlin-Waack beurlaubt. Die Abgeordnete Serpil Midyatli hat nach § 47 Absatz 2 unserer Geschäftsordnung mitgeteilt, dass sie an der Teilnahme an der heutigen Sitzung verhindert ist. Der Abgeordnete Kumbartzky hat nach § 47 Absatz 2 unserer Geschäftsordnung mitgeteilt, dass er an der Teilnahme an der heutigen Sitzung ab 15 Uhr verhindert ist. Das Gleiche hat uns der Abgeordnete Schnurrbusch mitgeteilt. Auch er ist heute ab 15 Uhr verhindert.

Meine Damen und Herren, die Abgeordneten des SSW haben folgenden Antrag vorgelegt:

#### **Ablehnung der CCS-Technologie im Klimapaket**

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten des SSW  
Drucksache 19/1730

Das Wort zur Begründung wird, wie ich sehe, nicht gewünscht.

Ich lasse über den Dringlichkeitsantrag Drucksache 19/1730 abstimmen. Sie wissen, es gilt das Erfordernis der Zweidrittelmehrheit der abgegebenen Stimmen. Wer also die Dringlichkeit bejaht, den bitte ich um das Handzeichen. - Ich sehe, das ist einstimmig der Fall. Ich bitte die Parlamentarischen Geschäftsführungen, sich über die Redezeit zu verständigen und einen Vorschlag zum Zeitpunkt des Aufrufs zu machen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe Ihnen eine Aufstellung der im Ältestenrat vereinbarten Redezeiten übermittelt. Der Ältestenrat hat sich verständigt, die Tagesordnung in der ausgedruckten Reihenfolge mit folgenden Maßgaben zu behandeln:

Zu den Tagesordnungspunkten 2, 5 bis 7, 16, 19, 32 bis 36, 40, 41, 43, 44, 48 und 49 ist eine Aussprache nicht vorgesehen.

Von der Tagesordnung abgesetzt werden sollen die Tagesordnungspunkte 8, 18, 21, 24, 26, 39 und 45.

Zur gemeinsamen Beratung vorgesehen sind die Tagesordnungspunkte 9, 10, 12, 38 und 47, das ist der gesamte Komplex der Haushaltsberatungen 2020, sowie die Tagesordnungspunkte 11 und 42, Gesetz über die Errichtung einer Friesenstiftung mit der Ausführung des Ersten Staatsvertrags zum Glücksspielwesen in Deutschland und der Sprachenchartabericht 2019, die Tagesordnungspunkte 14 und 15, Gesetzentwürfe zur Änderung des Gesetzes zum Schutz vor den Gefahren des Passivrauchens, sowie die Tagesordnungspunkte 27 und 31, Pflegesituation verbessern - Kostenübernahme für Palliative Care Fortbildung für Pflegekräfte und Grundlagen zur Finanzierung einer generalistischen Pflegehefurtherausbildung schaffen.

Anträge zu einer Fragestunde liegen nicht vor.

Wann die einzelnen Tagesordnungspunkte voraussichtlich aufgerufen werden, ergibt sich aus der Ihnen vorliegenden Übersicht über die Reihenfolge der Beratung der 25. Tagung.

Wir werden heute und morgen unter Einschluss einer zweistündigen Mittagspause längstens bis 18 Uhr und Freitag - ohne Mittagspause - bis circa 15:30 Uhr tagen. - Ich höre keinen Widerspruch; dann werden wir so verfahren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, begrüßen Sie gemeinsam mit mir auf der Besuchertribüne des Schleswig-Holsteinischen Landtages Schülerinnen und Schüler der Ricarda-Huch-Schule aus Kiel. - Seien Sie uns herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 9, 10, 12, 38 und 47 auf:

#### **Gemeinsame Beratung**

##### **a) Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes über die Feststellung eines Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2020 (Haushaltsgesetz 2020)**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 19/1600

##### **b) Erste Lesung des Entwurfs eines Haushaltsbegleitgesetzes 2020**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 19/1601

(Präsident Klaus Schlie)

- c) **Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zum Staatsvertrag zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg und dem Land Schleswig-Holstein zur Änderung des Staatsvertrages zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg und dem Land Schleswig-Holstein über die Errichtung der „hsh finanzfonds AöR“ als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts sowie zum Staatsvertrag zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg und dem Land Schleswig-Holstein über die Errichtung der „hsh portfoliomanagement AöR“ als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts nach § 8 b) des Finanzmarktstabilisierungsfondsgesetzes**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 19/1695

- d) **Übertragung von Anteilen des Landes Schleswig-Holstein an der hsh beteiligungs management GmbH auf die hsh finanzfonds AöR**

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 19/1604

- e) **Finanzplan des Landes Schleswig-Holstein 2019 bis 2023  
Finanzplan Fortschreibung 2024 - 2028**

Bericht der Landesregierung zum Abbau des strukturellen Defizits gemäß Artikel 67 der Landesverfassung  
Drucksache 19/1705

Ich frage Sie: Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Grundsatzberatung und erteile der Finanzministerin Monika Heinold. das Wort

**Monika Heinold, Finanzministerin:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Landesregierung legt Ihnen heute den Haushalt 2020 und die Finanzplanung 2019 bis 2028 vor, und ich will es diesmal ganz am Anfang meiner Rede sagen: Frau Reese-Cloosters, herzlichen Dank an die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen im Finanzministerium und in der gesamten Landesverwaltung. Sie haben wieder Großartiges geleistet.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD, FDP, SSW und Volker Schnurrbusch [AfD])

Der Haushaltsentwurf ist der dritte Jamaika-Haushalt, mit dem wir den Anspruch haben, die Zukunft dieses Landes und unserer Gesellschaft und deren Wandel aktiv zu gestalten. Wir übernehmen Verantwortung für die zukünftige Generation, wir schultern die Vergangenheitskosten, wir stellen uns den Herausforderungen der Zukunft: Klimawandel, digitale Arbeitswelt, Fachkräftemangel, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Gestaltung des ländlichen Raums mit der demographischen Entwicklung. Meine Damen und Herren, die To-do-Liste ist lang.

Sie wissen es, hinzu kommen - einschließlich der HSH-Altverpflichtungen - rund 33 Milliarden € an Schulden, die das Land schultern muss. Dazu kommt ein über Jahrzehnte gewachsener Infrastruktursanierungsstau, und wir haben milliardenschwere Pensionsverpflichtungen. Diese Ausgaben in der Vergangenheit sind schwere Steine im Gepäck; und auch hinsichtlich der Einnahmen ist unser Land nicht auf Rosen gebettet.

Laut Gutachten zum kommunalen Finanzausgleichs - Sie haben es gelesen - fehlen dem Land jährlich rund 930 Millionen € um seine Aufgaben zu bewältigen. Den Kommunen fehlen rund 530 Millionen € Das ist dramatisch viel und schränkt unseren Handlungsspielraum natürlich ein.

Hinzu kommt, dass das Land nach rund zehn Jahren Haushaltskonsolidierung keinen Speck auf den Rippen hat. Sie kennen die Konjunkturprognosen der OECD; sie sind sehr gedämpft. Die dunklen Wolken am Horizont sind zu sehen. Es gibt Handelskonflikte und Zurückhaltung hinsichtlich von Investitionen.

Herr Buchholz hat es heute noch einmal betont: Auch wenn es der mittelständischen Wirtschaft in Schleswig-Holstein gut geht, sehen wir, dass es national und international schwieriger wird. Darauf müssen wir uns einstellen und stellen wir uns ein.

Jamaika hat mit den Kommunalverhandlungen, mit der Kita-Reform, mit den Änderungen in der Besoldungsstruktur, mit Blick auf das UKSH viele Herausforderungen. Wir wissen, dass die Erwartungen an diese Landesregierung sehr hoch sind. Wir haben aber den Mut und die Kraft, offen und ehrlich zu sagen, die Verbesserungen können nur Schritt für Schritt umgesetzt werden. Wir müssen priorisieren. Wir müssen Schwerpunkte setzen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, wer regiert, muss sich innerhalb des Finanzrahmens bewegen. Lassen Sie

**(Ministerin Monika Heinold)**

es mich in aller Deutlichkeit sagen: Wer mehr verspricht, als Jamaika zusagt, der sollte die Finanzierung offen und ehrlich benennen. Luftbuchungen helfen uns nicht weiter.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Jamaika hat mit dem Koalitionsvertrag in gemeinsamer Verantwortung Schwerpunkte gesetzt. Diese bilden sich in der Finanzplanung, im Haushalt, ab. In Bildung, in Infrastruktursanierung, in Klimaschutz werden wir zukünftig mehr investieren. Wir werden genau hinschauen, dass unsere Programme noch stärker mit Blick auf die Nachhaltigkeit ausgerichtet werden.

In IMPULS stehen 22 Millionen € für Elektromobilität und zusätzlich 10 Millionen € für Radwege zur Verfügung. 5 Millionen € stehen im Sondervermögen für Bürgerenergieprojekte zur Verfügung. Wir planen mit dem Haushalt 15 Millionen € für den ökologischen Landbau ein. Für Naturschutz stehen 42 Millionen € bereit. Im Sonderklimaschutzprogramm sind es 1 Million €

Auch bei der energetischen Sanierung der Landesliegenschaften kommt das Land gut voran. Mit dem damals noch in der Küstenkoalition 2013 auf den Weg gebrachten Programm PROFI „Energetische Sanierung der Liegenschaften“ werden wir Ende des Jahres 31 Millionen € eingesetzt haben; 35 Millionen € hatten wir für Klimaschutz und energetische Sanierung eingeplant. Das ist gut, und das ist richtig.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Meine Damen und Herren, den größten Schritt zur CO<sub>2</sub>-Einsparung schaffen wir - darüber reden wir zu wenig - mit unserem Sondervermögen MOIN. Wir stellen 125 Millionen € für die Mobilitätswende zur Verfügung. Wir schaffen 55 akku-betriebene Triebwagen an. Die ersten sollen Ende 2022 rollen. Wenn das Programm umgesetzt ist, schaffen wir es, die CO<sub>2</sub>-Emissionen jährlich um 26.000 t zu mindern. Das ist gut. Das ist ein Erfolg. Das ist richtig. Wir werden das Programm mit Dynamik weiterverfolgen und umsetzen, Herr Buchholz.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, Sie wissen, dass ich bereits ein bisschen älter bin - auch wenn ich noch nicht zum alten Eisen gehöre.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Ich erinnere mich noch an die Zeiten, als mit den Augen gerollt wurde, wenn es um Artenschutz oder die Honigbiene ging.

(Christopher Vogt [FDP]: Wir hatten nie etwas gegen Honig!)

Diese Zeiten sind glücklicherweise vorbei, allerdings auch nur, weil alle wissen, dass Handlungsbedarf besteht; das ist nicht so schön. Die Auswirkungen des Klimawandels sind spürbar. Wir brauchen ein Umdenken. Wir brauchen ein konkretes Handeln. Jamaika handelt.

Wir haben mehrere Initiativen für die Energiewende in den Bundesrat eingebracht. Oft gab es Gegenwind. Jetzt sind zumindest Teile - auch wenn aus meiner Sicht das Klimapaket der Bundesregierung nicht ausreicht - unserer Forderungen aufgenommen. Wir, die Landesregierung, werden nicht lockerlassen, zu sagen: Wir brauchen Tempo, wir brauchen Ehrgeiz. Es muss gelingen, die Pariser Klimaziele zu erreichen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, das ist nicht nur ökologisch, sondern das ist auch ökonomisch geboten. Die Energiewende ist ein Wachstumsmotor hier im echten Norden.

(Thomas Hölck [SPD]: Mit Windenergie vor allem!)

- Fragen Sie Ihre Brüder in Berlin doch, warum 1.000 m Mindestabstand festgesetzt werden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP - Dr. Ralf Stegner [SPD]: Genau! Die sind alleine schuld daran!)

- Das gilt auch für Ihre Schwestern.

(Thomas Hölck [SPD]: Ehrlich bleiben!)

- Ich bleibe ehrlich.- Meine Damen und Herren, das Nichthandeln kostet uns Geld. Sie sehen das bei der Dürrehilfe oder beim Küstenschutz. Bis 2023 müssen wir rund 280 Millionen € für den Küstenschutz bereitstellen. Diese stellen wir auch bereit.

(Beifall CDU)

Als Land der Energiewende wissen wir doch: Es braucht Innovation, Nachhaltigkeit, Digitalisierung, die Vernetzung von Wirtschaft und Wissenschaft, damit wir, Schleswig-Holstein, weiter attraktiv bleiben. Wir spielen diese Karte, genau hier zu investieren, voll aus.



**(Ministerin Monika Heinold)**

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und vereinzelt CDU)

Mit dem Haushaltsentwurf 2020 stärken wir Schleswig-Holstein als optimalen Innovations- und Wirtschaftsstandort. Wir fördern Existenzgründungen, Start-ups. Wir haben passgenaue Finanzierungsinstrumente. Es gibt ein Gründungsstipendium. Wir haben den Seed- und StartUp-Fonds II mit 16 Millionen € Sie wissen: Seit dem 1. Juni 2019 können Handwerksmeisterinnen und Handwerksmeister für die erstmalige Gründung eines Unternehmens, für die Übernahme oder Beteiligung an einem Handwerksunternehmen eine Meistergründungsprämie von bis zu 10.000 € erhalten.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP - Zuruf CDU: Sehr gut!)

Lassen Sie mich auch an dieser Stelle Klartext reden: Die Bewerbung des Landes für das Großprojekt Batteriezellenforschung war nicht nur mutig, sie war vor allem richtig; denn wir müssen doch die klare Ansage an Berlin machen, dass wir erwarten, dass für Forschung, für Innovation, für die Elektrifizierung der Bahn, für Lärmschutz Geld nach Schleswig-Holstein geht. Wir sind das Land der Energiewende. Wir wollen und brauchen Unterstützung.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Investitionen in Innovation heißt Digitalisierung; denn Digitalisierung ist ein wesentlicher Standortfaktor für unsere Wirtschaft: Breitbandversorgung, Onlinezugangsgesetz, digitalisierte Landesverwaltung - das alles muss Standard werden, und wir wissen, er ist mit hohen, er ist mit wachsenden Kosten verbunden.

Mit dem Haushalt 2020 planen wir für Informations- und Kommunikationstechnologie, für E-Government, für Breitband und für Mobilfunk allein für das Jahr 2020 rund 250 Millionen € ein. Wir kommen mit großen Schritten voran. So können wir unter anderem unser Erfolgsprogramm „Schulen ans Netz“ mit weiteren 18 Millionen € umsetzen.

Aber der Gesamtbedarf - lassen Sie mich das klar sagen - ist damit noch nicht gedeckt. In der Finanzplanung fehlen uns noch rund 52 Millionen € damit wir tatsächlich die flächendeckende Breitbandversorgung bis zum Jahr 2025 hinbekommen. Auch an anderen Stellen wird uns die Digitalisierung zukünftig noch mehr Geld kosten, aber wir brauchen sie.

Neben der Digitalisierung spielt natürlich die Förderung von Forschung und Lehre, das greift hier auch ineinander, eine ganz bedeutende Rolle für die Zukunftsentwicklung unseres Landes. Auch hier setzt Jamaika einen finanziellen Schwerpunkt.

Die Grundfinanzierung der Hochschulen steigt im Jahr 2020 erneut um 5 Millionen € Wir übernehmen Tarif- und Besoldungserhöhungen in diesem Bereich in Höhe von 7,6 Millionen € Wir investieren in die Forschungs- und Wissenschaftsstrategie des Landes, in die Akademisierung der Gesundheitsberufe. Wir übernehmen Personalkostensteigerungen auch für die Hochschulmedizin. Wir speisen das neue Sondervermögen „Künstliche Intelligenz“ - es ist hier diskutiert worden - noch mit 4,5 Millionen € in diesem Jahr. Jamaika macht die Wissenschaft, die Hochschulen fit für die Zukunft. Wir werden 2020 für Hochschulbau und medizinischen Forschungsbau rund 117 Millionen € bereitstellen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Fit für die Zukunft machen wir auch das UKSH. Das ÖPP-Projekt läuft erfolgreich und nach Plan, und das Land nimmt auch beim UKSH seine Verantwortung wahr.

(Zuruf Martin Habersaat [SPD])

- Bitte? Was haben Sie gesagt?

(Martin Habersaat [SPD]: Sie haben Ihre Frauen aus dem Aufsichtsrat abgezogen!)

**Präsident Klaus Schlie:**

Frau Ministerin, Sie haben das Wort. Zwischenrufe sind erlaubt, Diskussionen leider nicht.

**Monika Heinold, Finanzministerin:**

Schade.

(Heiterkeit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Wir haben die ursprünglich geplante Beteiligung des UKSH an den Forschungsbauten von 40 Millionen € auf 30 Millionen € reduziert und damit das UKSH um 10 Millionen € entlastet. Weitere 250 Millionen € sind in der Finanzplanung für Modernisierung und Sanierung eingeplant. Die Gespräche mit dem Vorstand des UKSH laufen konstruktiv, und wir wollen gemeinsam weitere Bedarfe priorisieren und Finanzierungswege aufzeigen. Dies werden wir Ihnen mit der Nachschiebeliste vorstellen.

**(Ministerin Monika Heinold)**

Auch hier finde ich gerne klare Worte. Das UKSH ist keine zweite HSH Nordbank. Ein solcher Vergleich ist völlig unangebracht. Das UKSH vernichtet keine Steuergelder, sondern rettet Leben.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD, FDP und SSW)

Die Landesregierung - ich denke, wir alle; das zeigt der Applaus - schätzen die medizinische Exzellenz beim UKSH. Wir haben hohen Respekt vor der Leistung, die dort in der Medizin, von der Forschung, der Lehre und der Pflege, die dort von der Mitarbeiterschaft erbracht wird. Vielen Dank an das UKSH.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD, FDP und SSW)

Gerade weil die nächsten Jahre nicht einfacher werden, weil wir priorisieren müssen, weil wir Schwerpunkte setzen müssen, müssen wir die Mittel sehr klar fokussieren, und das machen wir in der Jamaika-Regierung insbesondere und auch mit der Kita-Reform. Wir klotzen für die Kleinen, damit jedes Kind gute Startchancen hat. Wir verbessern die Qualität, wir entlasten die Kommunen, und wir entlasten die Familien. Wir werden die Kita-Mittel - einen solchen finanziellen Kraftakt hat es in der Geschichte des Landes noch nicht gegeben - in dieser Legislaturperiode mehr als verdoppeln.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Optimale Bildungschancen stehen bei Jamaika auch im Schulbereich ganz oben auf der Agenda. Für Schulen mit besonderen Herausforderungen stellen wir für das Jahr 2020 8 Millionen € zur Verfügung, um die Anzahl der pädagogischen Kräfte von 70 auf 149 aufzustocken.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Wir unterstützen mit passgenauen Konzepten dort, wo der Bedarf am größten ist, weil wir allen Kindern gute Bildungschancen und die Perspektive auf einen Schulabschluss geben wollen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Deshalb bleibt die Anzahl der Lehrkräfte trotz sinkender Zahl der Schulkinder in etwa gleich. Integrations- und Sprachfördermaßnahmen werden fortgeführt. Unser Ziel, die hundertprozentige Unterrichtsversorgung, kann fast überall erreicht werden. Dort, wo dies noch nicht der Fall ist, bei den Berufsschulen - wir sind zwar nahe dran, haben es aber noch nicht umsetzen können - wollen wir es

bis Ende der Legislaturperiode schaffen. Kita, Schule, Hochschule, das ist der Dreiklang der Jamaika-Bildungsoffensive.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Wir investieren kräftig in Bildung, in Digitalisierung, in Nachhaltigkeit, und zugleich legen wir Ihnen einen verfassungskonformen und strukturell ausgeglichenen Haushalt vor.

Wir bringen auf den Weg, was aus heutiger Sicht dauerhaft finanzierbar ist, wir setzen um, was wir uns im Koalitionsvertrag vorgenommen haben. Dazu gehört passend am heutigen bundesweiten Tag der Steuergerechtigkeit unser Engagement auf Bundesebene gegen Steuerbetrug und Steuervermeidung. Ich kann Ihnen aus siebenjähriger Erfahrung als Finanzministerin berichten, dass dies ein zähes Geschäft ist und nur schleppend vorangeht.

Bereits im Jahr 2003 hat der Bundesrechnungshof auf Steuerausfälle durch manipulierte Ladenkassen hingewiesen. Das war bereits 2003! Jetzt, eineinhalb Jahrzehnte später, sind noch immer keine zertifizierten technischen Sicherheitseinrichtungen im Einsatz, um gegen diesen Steuerbetrug vorzugehen. Das ist Geld, das uns täglich fehlt.

Auch für die Reform der Grunderwerbsteuer brauchen wir viel zu lange. Nach vierjähriger Beratung hat das Bundeskabinett nun endlich einen Gesetzentwurf auf den Weg gebracht, um die Steuergestaltungsmöglichkeiten zu begrenzen. Jetzt heißt es, nicht lockerlassen, sondern aufpassen, dass das Gesetz zügig beschlossen und vor allem im Verfahren nicht verwässert wird.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Anschließend werden wir in der Koalition beraten, wie wir die Vereinbarung im Koalitionsvertrag, den Ersterwerb einer eigengenutzten Immobilie zu unterstützen, umsetzen.

Auch für unsere Kommunen setzen wir uns für Steuergerechtigkeit und für die Bekämpfung von Steuerbetrug ein. Denn auch sie sind auf verlässliche Steuereinnahmen angewiesen. Noch beraten Bundestag und Bundesrat über die Grundsteuerreform einschließlich der Grundgesetzänderung. Das ist bei der Grundsteuer eine schwere Geburt. Die Vorstellungen der Parteien liegen weit auseinander. Auch in der Jamaika-Koalition haben wir noch Beratungsbedarf.



**(Ministerin Monika Heinold)**

Für die Kommunen ist aber genau diese Grundsteuer eine unverzichtbare, eine verlässliche Einnahmequelle. Sie können sie in der Höhe selbst gestalten. Noch ist die Kuh nicht vom Eis, die Kommunen können erst aufatmen, wenn das Gesetz beschlossen ist. Ich werbe sehr dafür, dass das gelingt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Neben den kommunalen Zuweisungen in Höhe von 2,3 Milliarden € ist der Finanzausgleich eine der Haupteinnahmequellen unserer Kommunen. Er steigt im Jahr 2020 um rund 89 Millionen € auf dann rund 1,9 Milliarden € an und muss, so das Landesverfassungsgericht - Sie wissen es -, ab dem Jahr 2021 neu justiert sein. Grundlage dafür ist das erstellte Gutachten.

Für die Landesregierung ist klar, dass die Bedarfe von Kommunen und Land gleichwertig sind. Der Symmetriefaktor 1 ist eine gute Grundlage für eine Mittelverteilung. Aber die Basis für die Berechnung muss fair sein. Orientieren wir uns an der Vergangenheit, müssen wir, anders als im Gutachten, alle Bedarfe berücksichtigen, auch die höhere Zinsbelastung des Landes und die Tatsache, dass die Konsolidierungshilfe keine strukturelle Einnahme ist.

Orientieren wir uns an der Zukunft, weil das Gutachten mit dem Zeitraum 2008 bis 2016 eine nicht aktuelle Haushaltslage zugrunde legt, muss berücksichtigt werden, dass sich die Finanzströme ab 2020 durch die für die Kommunen reduzierte Gewerbesteuerumlage zugunsten der Kommunen und zulasten des Landes um 130 Millionen € verändern, eigentlich um 260 Millionen €, nämlich 130 Millionen € mehr für die Kommunen und 130 Millionen € weniger für uns.

Zudem muss das Land ab 2021 ohne Konsolidierungshilfe des Bundes auskommen. Auf dieser Grundlage wollen wir mit den Kommunen mit der Perspektive einer Evaluation auf der Grundlage aktualisierter Daten einen fairen Kompromiss finden und auch über Übergangslösungen reden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Das gilt auch für die notwendige Anpassung der Sozialgesetzgebung. Das Land ist selbstverständlich bereit, 100 % für seine Pflichtaufgaben zu zahlen. Aber wir können den Kommunen nicht dauerhaft mehr als 100 % erstatten.

Im Gespräch mit den Kommunen geht es auch um die Integrationsmittel. Lassen Sie mich auch hier Klartext reden: Dass sich Bundesfinanzminister

Scholz gerade den Bereich der Integration für Kürzungen ausgesucht hat und uns statt 68 Millionen € nur noch 24 Millionen € überweist, trifft uns als Land hart.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP - Zuruf Martin Habersaat [SPD])

- Herr Habersaat, Sie kennen aus den vielen Kleinen Anfragen die großen Summen, die wir für Integration bereitstellen. Ich sage Ihnen, es ist noch nicht so lange her, dass wir das gemeinsam gemacht haben.

(Martin Habersaat [SPD]: Ja!)

- Ja! Sie wissen, dass wir noch immer rund 300 Millionen € für den ganzen Bereich Flucht und Integration zur Verfügung stellen. Also: gemacht, gemacht!

(Martin Habersaat [SPD]: Genau!)

Diese Kürzung des Bundes trifft das Land. Sie trifft aber auch die Kommunen; denn Geld, was wir vom Bund nicht erhalten, können wir schlecht weiterreichen. Ich hoffe dennoch, dass auch die Kommunen, so wie wir es mit dem Haushalt 2020 machen, so viele Angebote wie möglich aufrechterhalten. Integration ist keine Frage von zwei oder drei Jahren. Es ist eine langfristig angelegte gesellschaftliche Aufgabe. Deshalb werden wir mit der Nachschiebeliste noch einmal nachbessern, damit die ehrenamtlichen Strukturen im Flüchtlingsbereich auf kommunaler Ebene weitestgehend aufrechterhalten bleiben können.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, über diese drei Themen - Finanzausgleich, Sozialgesetzgebung und Integration - hat die Landesregierung in den letzten Wochen intensiv mit den Kommunen beraten. Ich wünsche mir, dass es gelingt, gemeinsam eine Lösung zu finden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Der Haushalt 2020 ist ein besonderer Haushalt, auf den wir als Politik in den letzten zehn Jahren viel geschaut haben. 2020 ist das Jahr, in dem das Land gemäß Grundgesetz im Grundsatz ohne neue Schulden auskommen muss. Schleswig-Holstein wurde für diese Haushaltskonsolidierung als Unterstützung 720 Millionen € zur Verfügung gestellt. Die letzte Tranche in Höhe von 27 Millionen € erhalten wir 2020.

**(Ministerin Monika Heinold)**

Lassen Sie mich nach zehn Jahren Haushaltskonsolidierung sagen: Es hat tatsächlich geklappt. Aus der Selbstverständlichkeit, Haushalte mit Schulden aufzustellen, ist die Selbstverständlichkeit geworden, strukturell ausgeglichene Haushalte aufzustellen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Seit 2015 nimmt das Land nur noch für die Finanzierung der Altverpflichtungen aus der alten HSH-Beteiligung Kredite auf.

Lassen Sie mich im Zusammenhang mit der ehemaligen HSH auf zwei Drucksachen hinweisen, die wir Ihnen zugeleitet haben und die heute Teil der Debatte sind. Um ein späteres Auflösungsverfahren der hsh beteiligungs management vorzubereiten, sollen die Anteile des Landes auf die hsh AöR übertragen werden. Die Geschäftsführung der hsh finfo wird verschlankt, und die derzeitige Kreditermächtigung der hsh portfoliomanagement AöR soll von 4,9 Milliarden € auf 3,4 Milliarden € - was für gigantische Summen - abgesenkt werden. Sie sehen also, die Bank wird uns auch nach dem Verkauf noch über Jahre beschäftigen. Aber der Schlussstrich ist gezogen.

Schauen wir nach vorn: Die Landesregierung legt Ihnen heute einen solide aufgestellten Haushalt 2020 mit bereinigten Einnahmen in Höhe von 13,09 Milliarden € und bereinigten Ausgaben in Höhe von 13,05 Milliarden € mit einer Tilgung von 36 Millionen € sowie mit Zinsausgaben von 492 Millionen € vor. Darin enthalten sind 35 Millionen € für Zinsänderungsrisiken. Dem Versorgungsfonds führen wir netto rund 70 Millionen € zu, um die wachsenden Versorgungskosten abzufedern. Darin enthalten sind 1,2 Millionen € für die neu eingestellten Beamtinnen und Beamten; denn wir haben uns verpflichtet, für jede Neueinstellung ab 2020 monatlich zumindest 100 € - das ist ein Anfang - in den Versorgungsfonds einzuzahlen. Auch das ist im Sinne einer generationengerechten Finanzplanung nachhaltig. Ich werbe noch einmal dafür, den Versorgungsfonds in der Landesverfassung abzusichern.

Nachhaltig ist es auch, die Infrastruktur zu sanieren. Während der Bund noch die Notwendigkeit von Investitionen diskutiert, packt Jamaika auch hier an. Mit dem Haushalt 2020 nehmen wir dafür rund 1,3 Milliarden € in die Hand, davon 410 Millionen € für IMPULS-Maßnahmen. Unsere Investitionsquote liegt bei über 10 %. IMPULS ist eine Erfolgsgeschichte. Wer im Land unterwegs ist, spürt

die Dynamik. Wir wollen diese Dynamik halten und weiter mit Siebenmeilenschritten vorangehen. Neben Schienen und Zügen, Straßen und Radwegen, Hochschulen, Barrierefreiheit, Städte- und Wohnungsbau, Küstenschutz, Digitalisierung profitieren auch unsere Kommunen von dieser großen Sanierungsoffensive. Für die Kommunen stehen in den Jahren 2020 bis 2023 rund 74 Millionen € an Baumitteln für Kitas und Schulen bereit, 44 Millionen € für kommunale Sportstätten und 16 Millionen € für kulturelle Einrichtungen. Hinzu kommen rund 385 Millionen € für die Krankenhaussanierung, die von Land und Kommunen gemeinsam aufgebracht werden. Sie sehen also, wir lassen unsere Kommunen nicht im Regen stehen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, IMPULS ist ein strammes Arbeitsprogramm auch für unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Ich will betonen, dass ich weiß, wie viel in der GMSH, in der Taskforce und in der gesamten Landesverwaltung daran gearbeitet wird, damit wir vorankommen. Auch für die Finanzplanung ist dieses große Infrastrukturprogramm eine große Herausforderung. Um alle Maßnahmen wie bisher geplant auch umsetzen zu können, haben wir bis 2023 noch Handlungsbedarf in Höhe von rund 170 Millionen €. Es ist mir wichtig, dieses hier zu sagen. Es ist in der Finanzplanung transparent ausgewiesen. Wir müssen uns anstrengen, diese Lücke zu schließen. Wir wollen dafür auch mögliche Haushaltsüberschüsse nutzen. Anders als 2018, als die Reduzierung der HSH-Altverpflichtung für uns im Vordergrund stand, werden wir diesmal IMPULS aufstocken, sollte der Haushaltsvollzug 2019 besser laufen als geplant.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Das ist angesichts der anhaltenden Niedrigzinsphase eine kluge Entscheidung; denn auch der Verfall der Infrastruktur ist ein nicht eingelöster Scheck auf die Zukunft. Auch im Bund wäre es aus meiner Sicht richtig, den innerhalb der Schuldenbremse möglichen Spielraum für Investitionen zu nutzen.

(Beifall Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Der Bericht der Landesregierung zum Schuldentilgungsplan zeigt auch, welche große Herausforderung es ist, in der Haushaltspolitik Generationengerechtigkeit zu definieren. Es wäre eine zu einfache Antwort, einerseits den zügigen Abbau von Schulden anzugehen, wenn andererseits das Geld für die

**(Ministerin Monika Heinold)**

Modernisierung unseres Landes fehlt. Es braucht einen ausgewogenen Mix aus Vergangenheitsbewältigung und Zukunftsgestaltung. Dafür sind mit der Finanzplanung die Weichen gestellt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Wir investieren in Zukunft, in Bildung, in Digitalisierung. Wir kümmern uns mit dem Versorgungsfonds, mit dem guten Zinsmanagement und mit der Sanierung der Infrastruktur um die Vergangenheitsbewältigung. Neben all diesem machen uns natürlich auch die bundespolitischen Entscheidungen zu schaffen, ob Wohngelderhöhung, Unterhaltsvorschuss, Angehörigenentlastungsgesetz, Jahressteuergesetz, Kindergelderhöhung, dynamisierte Forschungsförderung. Viele dieser Reformen sind richtig und notwendig, aber wir müssen wissen: Das Land zahlt immer mit. Auch das Klimapakete der Bundesregierung wird bei uns zu Steuermindereinnahmen führen. Wir müssen uns auf einen zweistelligen Millionenbetrag einrichten.

Für ein Konsolidierungsland wie Schleswig-Holstein - keinen Speck auf den Rippen - ist das eine maximale Herausforderung. Wir werden auch künftig im Bundesrat das Stoppschild aufstellen, wenn sich der Bund wie beim Zensus komplett aus seiner Finanzverantwortung stehlen will. Das haben wir in den Vermittlungsausschuss gegeben. Es geht um 23 Millionen € für Schleswig-Holstein. Wir werden kämpfen und nicht lockerlassen.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Für das Klimapakete heißt das aus meiner Sicht: Messlatte muss die klimapolitische Wirkung sein. Daran, so hoffe ich, orientieren wir uns im Bundesrat.

Unser föderales System führt dazu, dass wir unsere Forderungen nicht nur gegenüber dem Bund konsequent vertreten, sondern auch im Wettbewerb mit den anderen Bundesländern punkten und uns hierbei anstrengen müssen. Wir müssen den Wandel aktiv gestalten, damit wir beim Tourismus weiter vorn mitspielen. Wir müssen in die Kultur des Landes investieren; denn Kultur - Frau Fritzen sagt es mir immer wieder - ist Teil der Lebensqualität und macht den echten Norden zum attraktiven Standort.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP - Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: So ist das!)

- Frau Prien und viele andere sagen es mir natürlich auch.

Wir müssen ein attraktiver Arbeitgeber sein; denn auch hier ist die Konkurrenz mit den anderen Ländern, mit unserem Nachbarland Hamburg, groß. Der demografische Wandel ist spürbar. In den nächsten zehn Jahren wird rund ein Viertel aller Landesbediensteten altersbedingt ausscheiden.

Auch hier stellt sich die Landesregierung der Herausforderung. Im Jahr 2020 erhöhen wir erneut die Stellen für Nachwuchskräfte auf dann 4.007, wir übernehmen die Tarifsteigerung für unsere Beamtinnen und Beamten, und es kommt zu einer einprozentigen weiteren Besoldungssteigerung, die wir stufenweise bis 2024 umsetzen werden. Wir zahlen künftig mehr beim Einstieg in den Landesdienst. Die Vergütung der Grundschullehrkräfte wird in einem Stufenplan von A 12 auf A 13 angehoben. Die Polizei erhält stufenweise 500 neue Stellen, und für den Pakt für den Rechtsstaat planen wir allein im Jahr 2020 weitere 20 Stellen im Justizhaushalt ein.

Damit handeln wir - auch dies in aller Deutlichkeit - anders als vom Rechnungshof empfohlen, der vorschlägt, bei den Stellen für Lehrkräfte und Polizisten den Rotstift anzusetzen. Mit unserem Personal- und Besoldungspaket wollen wir gute Arbeitsbedingungen für unsere Beschäftigten sichern, weil die öffentliche Hand auf eine funktionierende Verwaltung angewiesen ist, weil wir in unseren Schulen, bei der Polizei, in der Justiz, in den Finanzämtern gut ausgebildete Fachkräfte brauchen. Wir nehmen insgesamt rund 4,67 Milliarden € rund 36 % unserer bereinigten Ausgaben, für Personal in die Hand. Darin enthalten sind 1,3 Milliarden € für Pensionsausgaben und rund 354 Millionen € für Beihilfe und Heilfürsorge.

Schleswig-Holstein ist und bleibt ein moderner und attraktiver Arbeitgeber. Wir bieten gute Arbeitsbedingungen, Planungssicherheit und Lebensqualität im echten Norden.

Damit komme ich langsam zum Schluss. Jamaika hat schon viel auf den Weg gebracht. Nun starten wir mit Volldampf in die zweite Halbzeit. Wir setzen klare Prioritäten. Wir finden Kompromisse, hinter denen sich alle drei Koalitionspartner versammeln können. Das ist gelebte Demokratie im positivsten Sinne.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Für Jamaika ist solide Haushaltspolitik eine Gesamtverantwortung. Wir alle wissen und wollen: Die Kasse muss am Ende stimmen. Wir kümmern uns im Bundesrat nicht nur um die Ausgaben, sondern auch um die Einnahmen. Wir gestalten den

**(Ministerin Monika Heinold)**

Wandel. Wir sind stolz auf das, was wir mit dem Haushalt 2020 schaffen: ganz viel Bildung, ganz viel Digitalisierung, ganz viel Infrastruktur, ganz viel Zukunft. Jamaika klotzt für die Kleinen, Jamaika saniert unser Land, Jamaika handelt nachhaltig, Jamaika packt an, so wie Sie, Herr Ministerpräsident, es sich gewünscht haben. Unser Regierungsteam steht zusammen. Wir haben die Kraft, wir haben den Mut, die kommenden Herausforderungen zu meistern. Ich bedanke mich bei Herrn Ministerpräsidenten Daniel Günther, bei dem gesamten Regierungsteam für die gute, kollegiale Zusammenarbeit.

Die Landesregierung hat vorgelegt. Jetzt beginnen die parlamentarischen Beratungen. Ich freue mich auf die Debatte. - Vielen Dank.

(Lang anhaltender Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

**Präsident Klaus Schlie:**

Meine Damen und Herren, die Landesregierung hat die vereinbarte Redezeit um 5 Minuten überzogen. Diese Zeit steht nun zusätzlich auch allen Abgeordneten zur Verfügung.

Für die CDU-Fraktion hat ihr Fraktionsvorsitzender, der Herr Abgeordnete Tobias Koch, das Wort.

**Tobias Koch [CDU]:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vielen Dank, Frau Ministerin, für das Einbringen des Haushaltsplanentwurfs für das Jahr 2020. Es ist in der Tat der dritte Jamaika-Haushalt, den wir heute beraten. Immer deutlicher wird dabei, wie nachhaltig diese Koalition unser Land positiv voranbringt. Wir zünden kein kurzfristiges Feuerwerk, das sich darauf beschränkt, Gesetze der Vorgängerregierung rückgängig zu machen oder die eine oder andere Wohltat zu verteilen, sondern wir verfolgen einen klaren Plan mit eindeutigen Schwerpunkten, die wir uns im Jamaika-Koalitionsvertrag vorgenommen haben und die wir konsequent umsetzen.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Lassen Sie mich das am Beispiel der Investitionstätigkeit des Landes deutlich machen. Gleich mit dem ersten Jamaika-Haushalt haben wir die Investitionen gegenüber der letzten Wahlperiode auf knapp 1,2 Milliarden € fast verdoppelt, mit dem zweiten Jamaika-Haushalt haben wir noch einmal 100 Millionen € draufgelegt, und im dritten Jamaika-Haus-

halt schreiben wir dieses Rekordniveau von jetzt über 1,3 Milliarden € auch im kommenden Jahr fort.

(Beifall CDU und vereinzelt FDP)

Das sind zusammen fast 4 Milliarden € für Investitionen in nur drei Jahren. Um diese Dimension richtig einordnen zu können, muss man sich vor Augen führen, dass in dem allerersten Infrastrukturbericht der Landesregierung aus dem Jahr 2014 der gesamte Sanierungs- und Investitionsbedarf für den Zeitraum von 2015 bis 2024 gerade einmal auf 4,8 Milliarden € beziffert worden war. Diese Summe werden wir nun bereits vier Jahre früher erreichen, nämlich mit dem Haushalt 2020. Wir werden diese Summe nicht nur erreichen, sondern wir werden sie sogar deutlich übertreffen.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Damit noch nicht genug. Gemäß der gerade erst von der Landesregierung beschlossenen Finanzplanung kommen in den Jahren 2021 bis 2024 noch einmal rund 4,8 Milliarden € an Investitionen hinzu. Wir investieren also doppelt so viel, wie die Vorgängerregierung ursprünglich einmal vorgesehen hatte, und das nicht nur in einem einzigen Jahr, sondern über ein gesamtes Jahrzehnt hinweg. Mit diesem Kraftakt beseitigen wir den Sanierungsstau in unserem Land und machen Schleswig-Holstein fit für die Zukunft. Gerade heute konnten wir lesen, dass wir beim Wirtschaftswachstum gleichauf mit Bayern liegen. Das ist auch die Folge der konsequenten Investitionspolitik, die wir hier im Land betreiben.

(Lebhafter Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

All das schaffen wir im Rahmen der Schuldenbremse. Ich kann überhaupt nicht verstehen, weshalb in letzter Zeit von verschiedenen Seiten die Errungenschaft der Schuldenbremse wieder infrage gestellt und neuen Kreditaufnahmen das Wort geredet wird.

(Beifall CDU und FDP)

Nur dank der Schuldenbremse und der dadurch zwingend notwendig gewordenen Haushaltskonsolidierung sind wir überhaupt erst in der Lage, uns diese finanziellen Spielräume zu erarbeiten und jetzt in diesem massiven Umfang zu investieren.

In den Jahrzehnten vor Inkrafttreten der Schuldenbremse sah das ganz anders aus. Ohne Schuldenbremse wurde von Ende der 80er-Jahre bis zum Jahr 2005 die Investitionsquote deutlich reduziert,

**(Tobias Koch)**

und auch in absoluten Zahlen sind die Investitionen in der SPD-Regierungszeit kontinuierlich gesunken. Die wenigen Investitionen wurden dann auch noch mit Schulden finanziert, für die wir heute und für alle Zeiten Zinsen zahlen müssen. Wer möchte ernsthaft wieder dahin zurück? Wir können doch heilfroh sein, dass wir es geschafft haben, das Ruder herumzureißen und diese Zeiten hinter uns zu lassen.

(Beifall CDU, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Heute investieren wir so viel, dass die Baupreise in den Himmel schießen, dass kaum noch Handwerker zu bekommen sind und dass die Umsetzung zusätzlicher Investitionen oft an fehlenden Planungskapazitäten scheitert. Statt jetzt noch weitere kreditfinanzierte Investitionen oben draufzupacken, ist es viel wichtiger, dass wir im Falle eines wirtschaftlichen Abschwungs nicht gleich wieder den Rotstift ansetzen und die Investitionen zusammenstreichen, wie das in der Vergangenheit allzu oft der Fall war. Deshalb ist es gut, dass die Schuldenbremse im Falle einer Rezession nach wie vor Möglichkeiten für eine konjunkturell bedingte Kreditaufnahme zulässt. Darüber brauchen wir uns überhaupt nicht streiten. Noch besser ist es aber, wenn uns erneut gelingt, was wir schon Ende 2017 richtig gut gemacht haben, nämlich einen Haushaltsabschluss zu erzielen, der besser ausfällt als geplant, und diesen dann dafür zu verwenden, um das Sondervermögen IMPULS weiter aufzustocken.

Wenn wir das Ende 2019 hinbekommen - die Zahlen aus dem ersten Halbjahr geben dafür durchaus Anlass zur Hoffnung -, dann sichern wir damit nicht nur die geplanten Investitionen in den nächsten Jahren ab, sondern dann ergibt sich unter Umständen sogar die Möglichkeit für weitere Investitionen, zum Beispiel im Bereich Breitbandausbau oder beim UKSH. Das würde ich mir wirklich wünschen.

(Beifall CDU, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

An dieser Stelle muss ich jetzt doch noch einmal ein paar Sätze zur SPD verlieren, auch wenn das angesichts des desolaten Zustands, den die größte Oppositionsfraktion hier bietet, ein wenig zu viel der Aufmerksamkeit ist.

(Martin Habersaat [SPD]: Ha, ha! - Birte Pauls [SPD]: Brauchen Sie auch nicht! - Wolfgang Baasch [SPD]: Ist auch nicht nötig!)

Da kritisiert die stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende mit Pressemitteilung vom 10. September 2019 das Sondervermögen IMPULS als Sparschwein, obwohl es ja von der SPD in der letzten Wahlperiode selbst mit auf den Weg gebracht wurde,

(Christopher Vogt [FDP]: Sehr gut!)

und sie fordert uns auf, das Geld anstelle von Investitionen lieber für eine Schuldentilgung einzusetzen. Schon das allein ist unvernünftig genug, denn auf diese Investitionen sind unsere Landesstraßen, unsere Hochschulen und unsere Krankenhäuser dringend angewiesen.

Gleichzeitig fordert aber die SPD-Landesvorsitzende mit Pressemitteilung ebenfalls vom 10. September 2019, also vom selben Tag, die Einführung kostenfreier Kitas und spricht sich in Presseinterviews dafür aus, dass wir das Geld aus IMPULS dafür nehmen sollen, um kostenfreie Kitas zu ermöglichen.

(Zurufe SPD und Lars Harms [SSW])

Sagen Sie: Reden Sie in der SPD-Fraktion eigentlich noch miteinander? Liest bei Ihnen irgendjemand noch einmal die Pressemitteilungen quer, mit denen Sie sich im Minutentakt widersprechen?

(Beifall CDU, FDP, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Beifall Lars Harms [SSW])

Oder ist Ihnen das in der SPD mittlerweile vollkommen egal, weil Sie ohnehin jedem alles versprechen? Ich bin jedenfalls gespannt darauf, wie Sie sich dazu heute hier einlassen werden.

(Zuruf Christopher Vogt [FDP] - Weitere Zurufe)

Ich wäre noch gespannter gewesen, ob die SPD-Landesvorsitzende heute hier in der Haushaltsdebatte das Wort ergreift. Die Frage hat sich ja leider schon erledigt.

(Martin Habersaat [SPD]: Sie traut sich wahrscheinlich nicht! - Beate Raudies [SPD]: Sie traut sich angesichts Ihrer fulminanten Rede nicht!)

Meine Damen und Herren, ich will das Stichwort Kita-Reform an dieser Stelle gern aufgreifen, denn auch sie ist ein exzellentes Beispiel dafür, wie Jamaika konsequent die vereinbarten Schwerpunkte umsetzt.

Bei meiner Haushaltsrede vor einem Jahr

**(Tobias Koch)**

(Martin Habersaat [SPD]: Das war eine der besten!)

konnte ich darauf hinweisen, dass unmittelbar zuvor der Halbzeitbericht für die Kita-Reform veröffentlicht worden war. Heute liegt nun der Gesetzentwurf der Landesregierung vor. Bei der nächsten Haushaltsdebatte ist die Kita-Reform bereits in Kraft. Dann wird die Qualität der Kinderbetreuung besser sein als heute, die Elternbeiträge werden niedriger sein als heute, und die Belastung für die Gesamtheit der Kommunen wird geringer ausfallen, als es ohne Reform der Fall wäre.

(Vereinzelter Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP - Wortmeldung Birte Pauls [SPD])

**Präsident Klaus Schlie:**

Herr Abgeordneter Koch, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung?

**Tobias Koch [CDU]:**

Ich will meine Haushaltsrede heute gern erst einmal in Gänze zu Ende halten.

(Birte Pauls [SPD]: Ach, wie schade!)

Wir haben hinterher Gelegenheit zur Diskussion.

(Zurufe)

Mit einem Volumen von rund 1 Milliarde € zusätzlich in dieser Wahlperiode gehen wir dieses Thema genauso entschlossen an, wie ich es gerade im Bereich der Investitionen geschildert habe. Wenn man dann als SPD - das beantwortet vielleicht schon Ihre Frage, Frau Pauls - darauf hinweist, dass bereits heute die Qualität mancherorts oberhalb der zukünftigen Standards liegt

(Martin Habersaat [SPD]: Gott sei Dank!)

oder bereits heute die Elternbeiträge mancherorts unterhalb des zukünftigen Beitragsdeckels liegen, dann ändert das überhaupt nichts an der Richtigkeit meiner gerade eben gemachten Aussage. Denn überall dort, wo die Kommunen mit hohen Standards oder geringen Elternbeiträgen freiwillig in Vorleistung gegangen sind, werden sie jetzt mit der Kita-Reform dafür belohnt.

(Beifall CDU, vereinzelt FDP und Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Sie erhalten nun vom Land die finanziellen Mittel, die sie bislang aus eigener Tasche aufgewendet haben. Ich habe deshalb dem Kollegen Dolgner an

dieser Stelle schon einmal vorgerechnet, dass diese Kommunen damit in der Lage sind, die Elternbeiträge entweder noch weiter abzusenken oder die Qualität noch weiter zu erhöhen, je nachdem, was gewollt ist. Sofern die SPD-Landesvorsitzende daran Zweifel hat, ob die Kommunen das auch umsetzen werden, kann ich nur empfehlen, mit ihren SPD-Bürgermeisterinnen und -Bürgermeistern zu sprechen.

(Birte Pauls [SPD]: Reden Sie mal mit Ihren Bürgermeistern! - Zuruf Martin Habersaat [SPD])

Für uns jedenfalls gehört es zur kommunalen Selbstverwaltung dazu, dass jede Kommune hier in eigener Verantwortung entscheiden kann.

(Birte Pauls [SPD]: Ihre Leute schäumen doch! - Zuruf Dr. Kai Dolgner [SPD])

Liebe Kolleginnen und Kollegen, viel wichtiger als solche politischen Scheindebatten finde ich aber die konkreten Inhalte des Kita-Reformgesetzes, die sich gegenüber dem Referentenentwurf noch einmal verbessert haben. Ich will exemplarisch die Tagespfege nennen. Dort liegt der Anerkennungsbeitrag nun bei über 5 € pro Kind und Stunde, da nun sowohl Ausfallzeiten als auch erhöhte Qualifikationen in der Kalkulation berücksichtigt werden. Diese Nachricht ist mindestens genauso gut wie die Tatsache, dass der Beitragsdeckel für die Eltern noch einmal um einige Euro abgesenkt werden konnte.

Wir werden in dieser Landtagssitzung noch ausführlich über das Kita-Reformgesetz diskutieren. Insofern lassen Sie mich an dieser Stelle von der Kita zur Schule übergehen. Die Bildungspolitik ist nämlich der nächste große Bereich, in dem wir uns als Jamaika viel vorgenommen haben und in dem immer deutlicher wird, dass wir diese Ziele Schritt für Schritt erreichen.

Mit den ersten beiden Jamaika-Haushalten haben wir bereits über 1.700 Stellen im Bildungsbereich entweder neu geschaffen oder gegenüber den früheren Planungen nicht gestrichen. Dadurch ist es gelungen, mit diesem Schuljahr zum ersten Mal eine rechnerische Unterrichtsversorgung von über 100 % an Grundschulen, Gemeinschaftsschulen und Gymnasien zu erreichen.

(Beifall Tim Brockmann [CDU])

- Ja, da kann man in der Tat klatschen.

(Beifall CDU und FDP)

Auch bei den beruflichen Schulen sind wir mittlerweile mit 97 % Unterrichtsversorgung dicht davor.



**(Tobias Koch)**

Das bedeutet allerdings noch nicht, dass nun kein Unterricht mehr ausfällt. Aufgrund von Krankheiten oder Klassenfahrten braucht es eine Unterrichtsversorgung von deutlich über 100 %, um in diesen Fällen eine Vertretung gewährleisten zu können. Deshalb verzichten wir mit dem dritten Jamaika-Haushalt erneut auf die Streichung von über 300 Lehrerstellen, die stattdessen im System verbleiben und mit dem Haushalt dauerhaft finanziert werden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt CDU und FDP)

Eine echte Unterrichtsversorgung von 100 % ist das Ziel, das Jamaika konsequent verfolgt. Darüber hinaus schaffen wir mit dem Bildungsbonus über 70 neue Planstellen, um die ausgewählten Perspektivschulen zu stärken. Dabei war immer klar, dass das Land die Perspektivschulen in erster Linie mit zusätzlichem Personal unterstützen würde.

(Zuruf Martin Habersaat [SPD])

Das Land schafft aber nicht nur zusätzliche Lehrerstellen, sondern sorgt auch für eine bessere Bezahlung: Mit dem Schuljahr 2020/2021 steigt die Besoldung der Schulleiter und deren Stellvertreter auf A 14. Die entsprechenden Mittel sind im Haushalt 2020 eingeplant. Die zusätzliche Arbeitsbelastung, die eine solche Leitungsfunktion mit sich bringt, wird dann endlich angemessen entlohnt.

(Beifall Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Von da an dauert es nur noch ein Jahr, bis wir mit der schrittweisen Anhebung aller Grundschullehrerinnen und -lehrer auf A 13 beginnen. Das mag der Opposition zu lange dauern, aber auch hier gilt: Als Jamaikaner setzen wir konsequent das um, was wir uns vorgenommen haben,

(Christopher Vogt [FDP] in Richtung SPD: Ihr hättet ja anfangen können!)

und wir machen das nur, wenn es haushalterisch auch vertretbar ist.

(Beifall CDU und FDP)

Bildung ist im Übrigen mehr als nur Lehrerstellen und Besoldung. Ich will deshalb beispielhaft erwähnen, dass die Mittel für die MINT-Akademien von 200.000 € auf 500.000 € mehr als verdoppelt werden, um hier ein flächendeckendes Netzwerk aufzubauen. Außerdem stellen wir mit dem Haushalt 2020 erstmals über 1 Million € zur Förderung der Berufseinstiegsorientierung an öffentlichen Schulen zur Verfügung; denn nicht nur ein Studium, sondern auch eine duale Berufsausbildung bieten exzellente

Karrierperspektiven. Das unterstützen wir außerordentlich.

Erwähnen will ich außerdem, dass wir dem Projekt „Schulen ans Netz“ im Haushalt 2020 mit 18 Millionen € den bislang höchsten Jahresbetrag zur Verfügung stellen, sodass die allermeisten Schulen bis Ende des nächsten Jahres an das Netz angeschlossen sind.

Lassen Sie mich noch einmal das Stichwort Besoldung aufgreifen. Mit der im Juni von der Koalition vereinbarten Besoldungsstrukturreform verbessern wir die Bezahlung nicht nur für die Grundschullehrerinnen und Grundschullehrer, sondern für alle Beamtinnen und Beamten im Land. Wir schaffen damit noch in dieser Wahlperiode den Einstieg, um die Kürzung des Weihnachtsgeldes rückgängig zu machen.

(Beate Raudies [SPD]: Wie das denn?)

Keine Frage: Die Gewerkschaften hätten sich in diesem Punkt größere und schnellere Schritte gewünscht. Strukturelle Mehrbelastungen von 35 Millionen € für den Landeshaushalt sind aber auch kein Pappentier. Genau dieser Effekt, Frau Kollegin Raudies, wird durch die einprozentige Besoldungserhöhung in den Jahren 2021 bis 2024 am Ende ausgelöst - immerhin fast ein Drittel dessen, was für eine Rückkehr zum vollen Weihnachtsgeld erforderlich wäre.

(Beate Raudies [SPD]: Was sowieso schon verhandelt war, schlagen Sie jetzt nicht drauf? - Martin Habersaat [SPD]: Das ist gar nicht so dumm!)

- Das ist on top! Das ist 1 % on top,

(Beate Raudies [SPD]: Aha!)

und das Ganze nicht als Sonderzahlung, die sich je nach Haushaltslage leicht wieder streichen ließe, sondern als permanenter Aufschlag auf die Besoldungstabelle.

Wir machen keine Schönwetterpolitik nach Kassenlage, sondern beschließen nur das, was wir uns dauerhaft leisten können.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, genau das Gleiche gilt für die Finanzbeziehungen zwischen Land und Kommunen: Die exzellente Haushaltslage der vergangenen beiden Jahre haben wir bereits genutzt, um den Kommunen mit dem Kommunalpaket von Anfang 2018 in dreistelliger Millionenhöhe unter

**(Tobias Koch)**

die Arme zu greifen. Wir haben also Haushaltsüberschüsse verwendet, um einmalig Förderprogramme für Schultoiletten, Schulbausanierung, Sportstätten, Kita-Baumaßnahmen und - ganz aktuell - Barrierefreiheit aufzulegen.

Mit der bedarfsgerechten Weiterentwicklung des kommunalen Finanzausgleichs sorgen wir jetzt dafür, dass die Finanzausstattung der Kommunen dauerhaft verbessert wird. Auch wenn im ersten Anlauf noch keine Einigung mit den Kommunen gelungen ist, so ist doch eines bereits jetzt klargeworden: Die Landesregierung ist bereit, den Kommunen im Finanzausgleich mit einem signifikanten Millionenbetrag unter die Arme zu greifen. Das ist die positive Nachricht, und sie ist im Übrigen nicht das Ergebnis der Verfassungsklage der Kommunen, sondern resultiert ausschließlich aus der Klage der Oppositionsfraktionen in der letzten Legislaturperiode.

Die Aufstockung des kommunalen Finanzausgleichs wird den Landeshaushalt genauso strukturell belasten, wie es beim Besoldungspaket, bei A 13 für Grundschullehrer, 2.000 Lehrerstellen über Plan und der Kita-Reform der Fall ist. Den Kommunen 186 Millionen € jährlich zusätzlich zu versprechen, gleichzeitig beitragsfreie Kitas zu fordern und das Weihnachtsgeld wieder einzuführen, das alles zusammen schafft nur die SPD -

(Birte Pauls [SPD]: Ja!)

aber übrigens auch nur dann, wenn sie in der Opposition ist und das nicht umsetzen muss.

(Beifall CDU, FDP und Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Dass die Landesregierung weiterhin in guten Gesprächen mit den Kommunen ist, zeigt die jetzt erreichte Einigung zum Digitalpakt. Bei dem Eigenanteil der Schulträger werden finanzstarke Kommunen finanzschwache Kommunen unterstützen. Herzlichen Glückwunsch dafür, dass diese Einigung gelungen ist.

(Beifall CDU und vereinzelt FDP)

Jamaika betreibt eine sehr seriöse Haushaltspolitik. Das unterscheidet uns von der Opposition. Auch wir haben Verständnis für die Wünsche von Kommunen, unseren Beschäftigten, Schülern und Kita-Eltern. Wir können aber bei strukturellen Belastungen, die sich mit oder ohne Schuldenbremse nicht durch Kredite finanzieren lassen, keineswegs über unsere Verhältnisse leben. Alles andere würde unseren Staat langfristig ruinieren und ist deshalb keine Lösung.

Das gilt umso mehr, als wir neben den beschriebenen Aufgaben noch weitere Herausforderungen zu meistern haben. Selbstverständlich halten wir an dem Ziel fest, zum Ende der Legislaturperiode 500 Polizistinnen und Polizisten zusätzlich auf der Straße zu haben; daran müssen die Gewerkschaften uns nicht erinnern. Wir schaffen mit dem Haushalt 2020 erneut zusätzliche Anwärterstellen, um Jahr für Jahr die maximale Ausbildungskapazität von 400 Plätzen an unserer Polizeischule auszuschöpfen. Für diejenigen Anwärter, die mit ihrer Ausbildung fertig sind, schaffen wir 200 neue, dauerhafte Planstellen bei der Polizei.

Am Ende dieser Entwicklung wird dann auch eine zweite Einsatzhundertschaft stehen, wie wir es im Jamaika-Koalitionsvertrag vereinbart haben. Zunächst einmal aber haben die Präsenz in der Fläche, der Aufbau der Kriminaldauerdienste und die Wiederaufstockung der Wasserschutzpolizei Vorrang.

(Vereinzelter Beifall FDP und Beifall Tim Brockmann [CDU])

Auch hier wird mit dem dritten Jamaika-Haushalt deutlich, dass wir unserer Polizei konsequent den Rücken stärken. Wir setzen das um, was wir uns vorgenommen haben. Das gilt im Übrigen nicht nur für die Polizei, sondern genauso auch für die Justiz. Dazu werden im Rahmen des Pakts für den Rechtsstaat neue Stellen für die Staatsanwaltschaften und ebenso für Richterinnen und Richter geschaffen.

Gerade der Einzelplan des Innenministeriums ist nach wie vor von hohen Ausgaben für Integrations- und Flüchtlingsarbeit gekennzeichnet. Auch wenn die Ansätze im kommenden Jahr aufgrund der reduzierten Bundesmittel leicht sinken, leistet unser Bundesland mit 282 Millionen € über alle Einzelpläne hinweg nach wie vor Gewaltiges, um seiner humanitären Verantwortung gerecht zu werden und für eine gute Integration zu sorgen.

(Vereinzelter Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zusätzlich zu all diesen Vorhaben könnte es uns tatsächlich gelingen, mit der Entlastung bei der Grunderwerbsteuer noch einen weiteren Punkt aus dem Koalitionsvertrag umzusetzen und damit Wohnungsbau in Schleswig-Holstein zu erleichtern.

(Zuruf Jörg Nobis [AfD])

Wenn die Kollegen im Bundestag den vorliegenden Gesetzentwurf beschließen, mit dem das Steuer-schlupfloch Share Deals bei der Grunderwerbsteuer geschlossen wird, dann haben wir in Jamaika eine

**(Tobias Koch)**

zeit- und wirkungsgleiche Entlastung für den Wohnungsbau in Schleswig-Holstein vereinbart.

Bereits zum 1. Januar 2020 könnten so entweder der Grunderwerbsteuersatz sinken oder - noch besser - eine Eigenheimzulage für die selbst genutzte Immobilie eingeführt werden.

(Vereinzelter Beifall CDU, Beifall Kay Richert [FDP] und Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Unser Vorschlag zur Einführung eines Freibetrages hat im Bundesrat zwar keine Mehrheit gefunden; dennoch gilt auch an dieser Stelle: Wir setzen nachhaltig das um, was wir uns gemeinsam vorgenommen haben.

All das gelingt uns, ohne dass wir dafür Schulden machen müssen, wie es in früheren Jahrzehnten gang und gäbe war. Gleichzeitig sorgen wir mit hohen Beträgen für mehr Investitionen, eine Kita-Reform, bessere Bildung, eine kommunalfreundliche Politik und eine attraktive Besoldung. Wir können stolz darauf sein, dass es uns Jamaikanern gelingt, all diese Ziele gleichzeitig umzusetzen und Schleswig-Holstein damit nachhaltig voranzubringen.

Natürlich gibt es immer noch weitere Ideen und Projekte, für die es wünschenswert wäre, wenn mehr Mittel oder überhaupt ein Ansatz im Landeshaushalt vorhanden wären. Aus Sicht der CDU-Landtagsfraktion würde ich mir nach dem erfolgreichen Auftakt unseres Waldgipfels wünschen, dass sich eine nennenswerte Summe für Aufforstungsmaßnahmen im Haushalt verankern ließe. Vielleicht gelingt es uns ja, das in den bevorstehenden Haushaltsberatungen noch in den Entwurf hineinzuverhandeln.

(Beifall CDU - Zuruf Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

In der Jamaika-Koalition haben wir es jedenfalls bislang immer ausgesprochen gut hinbekommen, klare politische Schwerpunkte zu setzen und gleichzeitig die verschiedenen Anliegen miteinander auszubalancieren. Wenn wir so weitermachen, wie wir es bisher hinbekommen haben, ist mir für die zweite Hälfte der Legislaturperiode nicht bange.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Mein Dank gilt unserer Landesregierung und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die an diesem Haushaltsentwurf mitgewirkt haben. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

**Präsident Klaus Schlie:**

Für die SPD-Fraktion hat der Herr Oppositionsführer, der Abgeordnete Dr. Ralf Stegner, das Wort.

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:**

Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Es gab lange Jahre, in denen Schleswig-Holstein finanziell bedeutend schlechter dastand, als es heute der Fall ist. Daran erinnere ich mich sehr gut. Ich erinnere mich auch an die zahllosen Debatten hier im Hause über Kürzungslisten, Sanierungsbeiträge und bittere Einschnitte. Dieser Blick zurück hilft bei der Einordnung der Haushaltsplanung in diesem Jahr. Keine Frage: Die Einnahmen steigen weniger stark als ursprünglich gehofft - nicht mehr und nicht weniger. Es ist etwas weniger rosig als in den vergangenen zwei Jahren. Dennoch ist die Finanzlage des Landes sehr ordentlich. Das sind - ganz unabhängig vom Parteibuch - gute Nachrichten für Schleswig-Holstein,

(Beifall SPD, SSW und Dennys Bornhöft [FDP])

denn es gibt nach wie vor Spielraum für entscheidende politische Weichenstellungen in unserem Land; aber um diesen Spielraum zu nutzen, müsste die Landesregierung wissen, wohin sie will. Daran haben wir auch im dritten Jahr der Koalition Zweifel, und die Zweifel werden nicht kleiner, sondern immer größer.

(Zuruf Christopher Vogt [FDP])

Kein Monat ohne Schlagzeilen über Zoff in Ihrer Koalition: Polizeigesetz, Abschiebehaft, Burkas an der Uni, Flächenverbrauch, der Wolf, Klimaschutz in der Verfassung, paritätisches Wahlrecht, Cannabis-Legalisierung, Fehmarnbelt-Querung, Grundsteuer. Darauf könnte ich noch ein paar Minuten verwenden; das tue ich gar nicht. Das war übrigens allein die Liste aus dem ersten Halbjahr 2019, die ich Ihnen vorgetragen habe - nur das.

(Birte Pauls [SPD]: Ja!)

Das finde ich schon bemerkenswert. Insofern, Herr Kollege Koch: Ich hatte gehofft - weil Sie gesagt haben, man solle nicht über seine Verhältnisse leben -, dass Sie wenigstens über Ihre Verhältnisse reden würden. Aber ich stelle fest, wenn ich mir anhöre, was Sie zu bieten haben, dass da der alte

(Dr. Ralf Stegner)

Spruch gilt - da Sie über Waldpolitik gesprochen haben -: Der Wald steht schwarz und schweigt.

(Beifall SPD)

Schon diese wenigen Beispiele zeigen: Die Uneinigkeit in dieser Koalition ist weder interessant noch charmant, wie Sie uns das seit 2017 immer wieder verkaufen wollen. Jeder darf, was er will, und am Ende sind alle glücklich? Das klappt noch nicht einmal bei den Themen richtig, die Sie im Koalitionsvertrag festgeschrieben haben.

(Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist halt eine offene Beziehung!)

Bei allem anderen scheitern Sie mit der Strategie vollkommen.

(Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das muss man trennen!)

- Was hatten Sie sich alles an großen Entwürfen vorgenommen, Frau Kollegin Fritzen? Versöhnung von Ökonomie und Ökologie - auch im dritten Haushalt dieser Regierung warten wir auf den großen Wurf. Wo ist das eigentlich geblieben? Wo versöhnen Sie das eigentlich? In der Windenergiebranche verschwinden die Arbeitsplätze; das passiert. Da ist tote Hose - darauf komme ich noch einmal zurück -, aber von Versöhnung von Ökonomie und Ökologie kann überhaupt keine Rede sein.

Mittelstandfreundlichstes Bundesland heißt übrigens in Ihrer Übersetzung: arbeitnehmerfeindlichstes Bundesland. Wir sind im Westen immer noch der Lohnkeller der Republik. Sie tun alles, um das zu verstärken, indem Sie die Tariftreue beseitigen und vieles anderes mehr.

(Beifall SPD)

Die Uneinigkeit bei Ihnen lähmt die Koalition und das Land. Immer dann, wenn Sie Probleme nicht länger unter Geldbergen begraben können, schieben Sie die Lösung in weite Ferne und hoffen, dass es niemand merkt. Das ist der traurige Zwischenstand zur Jamaika-Halbzeit.

Herr Fraktionsvorsitzender, ich hatte gehofft, man könnte wenigstens ein bisschen etwas auf Ihre Rede entgegnen - deswegen habe ich Ihnen auch den Vortritt gelassen -, aber außer ein paar schlappen Bemerkungen über angebliche Uneinigkeit in der Opposition ist Ihnen nichts eingefallen. Das ist schade, weil Sie doch eigentlich mitgestalten wollen und hier einmal ein paar Beiträge bringen könnten, die etwas mit Zukunft zu tun haben. Aber da herrschte bei Ihnen leider ziemliche Flaute.

Was ist mit dem Ministerpräsidenten? Man könnte ja meinen, in einer solchen Situation steht der Kapitän an Deck, übernimmt Verantwortung und gibt den Kurs vor. - Weit gefehlt! Den Ministerpräsidenten sieht man bei Sonnenschein über das Promenadendeck flanieren, zuverlässig in Sichtweite der Kameras, aber sobald die ersten Schleierwölkchen auftauchen, ist er unter Garantie abgetaucht.

(Unruhe)

Chefsache ist in dieser Landesregierung bestenfalls Schönwetter-PR. Die ist übrigens ein bisschen männerlastig, Herr Regierungssprecher - er ist nicht mehr da -; dafür haben die gestern von der Landespressekonferenz die Ente bekommen. Wir haben auch starke Frauen in Schleswig-Holstein; das ist Ihnen entgangen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Anette Röttger [CDU] - Zurufe - Heiterkeit)

- Ich habe schon drei, das reicht. Das erwirbt man sich im Laufe der Zeit, Herr Kollege Vogt, Sie kommen auch noch dahin; Sie sind ja sehr talentiert, wie ich immer wieder feststelle.

(Christopher Vogt [FDP]: Aber seriös!)

- Einen Unterschied zu Kubicki müssen Sie ja haben.

(Heiterkeit)

- Herr Bundesratspräsident, Herr Ministerpräsident, ich will Ihnen eines zugutehalten. Die Menschen in Schleswig-Holstein können heilfroh über den Tag der Einheit und den Vorsitz im Bundesrat sein. Sonst könnte man glatt vergessen, dass Schleswig-Holstein überhaupt einen Regierungschef hat, wenn man einmal fragt, wo die Initiativen sind.

Eines ist doch klar - das hat auch die Finanzministerin wieder gesagt -: Im Zweifelsfall sind immer die anderen schuld. Ich habe mit Erstaunen gelesen, dass der Ministerpräsident eine „Ruck-Rede“ zur Windkraft gehalten hat - so hat das der „sh:z“ bezogen auf die Husum Wind geschildert. Bedauerlicherweise ist es immer wieder so: In die Pötte kommen sollen gefälligst die anderen. - Dazu passt hervorragend ein Zitat des Ministerpräsidenten in den „Kieler Nachrichten“ vom Wochenende zum Klimapaket der Bundesregierung:

„Wir werden allerdings darauf achten müssen, dass die vorgesehenen neuen Regelungen zur Windenergie nicht auf eine Begrenzung des Ausbaus oder gar einen Rückbau hinauslaufen.“

(Dr. Ralf Stegner)

Herr Ministerpräsident, das grenzt an Realsatire. Bei der Begrenzung des Ausbaus der Windenergie braucht die Landesregierung keine Hilfe, Sie schaffen es ganz allein, hier herrscht nämlich absolut tote Hose.

(Beifall SPD)

Dass Herr Habeck, der das mit ausgehandelt hat, allen Ernstes hingehet und nicht einmal weiß, dass Sie sich auf die Verringerung der Abstände - jedenfalls in kleinen Teilen - geeinigt haben, um Spurenelemente Ihrer Versprechungen einzuhalten, und das dann auch noch bestreitet, obwohl er das mit verhandelt hat, finde ich ehrlich gesagt einen schlechten Scherz - abgesehen davon, dass im Klimapaket der Bundesregierung Öffnungsklauseln enthalten sind, wo wir den Kommunen sogar Geld geben, wenn sie davon abweichen, damit die Windenergie vorankommt.

Herr Ministerpräsident, das auf den Bund zu schieben und selbst nichts zu machen, ist ein bisschen wenig, und das ist richtig bitter, wenn das in einem Bereich geschieht, in dem die Wertschöpfung so wichtig ist, in dem angeblichen Energiewendeland Nummer 1, Frau Ministerin Heinold, das wir unter SPD-Führung in der Tat gewesen sind, aber leider nicht mehr sind, seitdem hier die Jamaika-Koalition reagiert.

Sie schaffen es ganz allein, Ihre Hausaufgaben sträflich zu vernachlässigen. Sie sind es, der die Verantwortung dafür trägt, dass es keine gültigen Regionalpläne gibt, weil Sie die alten Pläne im Frühjahr 2017 als Wahlkampfmaterial verheizt haben. Das ist Fakt.

(Beifall SPD)

Da ändern die starken Sprüche gar nichts.

Das ist übrigens auch eine verheerende Nachricht für die Jobs, die auf der Kippe stehen. Ich höre die Sprüche des Wirtschaftsministers zu den dollen neuen Jobs. Was ist eigentlich mit denen in der Windkraftbranche?

Es ist übrigens auch eine verheerende Nachricht für den Klimaschutz. Denn ich stimme Ministerin Heinold ausdrücklich zu: Beim Klimaschutz geht es um nicht weniger als um die Erhaltung unseres Planeten, dass unsere Kinder und Enkel in Wohlstand und Frieden leben können wie wir auch. Insofern müssen wir alle etwas dafür tun, alles, was wir können. Da ist es eine verheerende Nachricht, wenn die Energiewende in diesem Land nicht vorankommt.

(Beifall SPD)

Wenn man in Ihren Haushaltsentwurf guckt, dann findet man gar nichts, was bei Klimaschutz und Nachhaltigkeit sichtbare Akzente setzt. Sie tragen vor, was Sie fortgesetzt haben. Das finde ich prima. Ich lobe Sie immer, wenn Sie fortsetzen, was wir gemeinsam gut gemacht haben. Aber wo sind eigentlich die starken, neuen Akzente bei diesem Thema? Die kann ich nicht finden. Die haben Sie nicht vorgetragen.

Herr Ministerpräsident, ich will bei dieser Gelegenheit ein anderes Thema ansprechen, das eine immense Bedeutung hat und das nicht einmal Geld kostet. Es geht um die Ermittlungsvorgänge, die in der vergangenen Woche nach Enthüllung der Presse recht hohe Wellen geschlagen haben. Wir müssen ein gemeinsames Interesse daran haben, dass die Statik unseres Rechtsstaats über jeden Zweifel erhaben ist. Darum wünsche ich mir, dass Sie Ihrem Innenminister bei der Aufklärung ungeheuerlicher Vorgänge zumindest dieselbe Unterstützung zukommen lassen, die er von der Opposition im Lande bekommt.

(Beifall SPD)

Ich muss Ihnen ehrlich sagen: Sie mögen sich über Zeitungsüberschriften ärgern - das gilt für Sie und Ihre Justizministerin -, aber nicht die Veröffentlichung dieser Vorgänge ist das Problem, sondern, dass es so etwas gibt. Wir müssen daran arbeiten, dass so etwas in Schleswig-Holstein nicht vorkommt, dass sich die Menschen auf den Rechtsstaat verlassen können.

(Beifall SPD)

Ich halte das für ein gravierendes Problem, das Sie nicht schönreden sollten, weil es um die Statik unserer rechtsstaatlichen Ordnung im Lande geht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, bei dieser Koalition sind auch im dritten Jahr keine klaren Linien zu erkennen. Bei den großen Themen geht es keinen Schritt voran.

(Tobias Koch [CDU]: Sie haben nicht zugehört!)

Das werden wir in dieser Tagung gleich zweimal zu sehen kriegen. Ihre einzige Antwort auf die Wohnungsnot im Land bleibt der Hinweis auf den Erlösung verheißenden Bauboom. Davon haben Mieterinnen und Mieter hier und jetzt gar nichts. Um dem Ganzen die Krone aufzusetzen, preschen Sie vor und werfen den Mieterschutz über Bord. Die Volksinitiative wird von Ihnen nicht nur nicht unterstützt, sondern Sie bekämpfen sie; auch das werden wir in dieser Tagung noch debattieren. Das ist Ihr Beitrag

(Dr. Ralf Stegner)

zum Thema Verbesserung für bezahlbares Wohnen in Schleswig-Holstein. Das ist richtige Flaute, das ist richtig schlecht, und das zeigt, dass Sie ein soziales Problem in Ihrer Regierung haben. Wenn es um soziale Fragen geht, fehlt der Kompass in dieser Landesregierung.

(Beifall SPD)

Auch Ihr Kita-Gesetz, das großartigste Kindertagesstättengesetz aller Zeiten, legt gerade eine knallharte Bruchlandung hin. Herr Kollege Koch, wenn Sie die Zwischenfrage der Kollegin Pauls zugelassen hätten, hätte sie Ihnen vorlesen können, was Ihre eigenen Parteifreunde zu dem sagen, was Sie da abliefern. Sie haben sich so schön mit der SPD befasst; schauen Sie einmal in Ihren eigenen Laden! Die sagen, dass die Versprechungen, die Sie machen, großspurige Ankündigungen sind. Alles wird besser, allen wird es besser gehen, blühende Landschaften in jedem Bereich. Wenn man genauer hinguckt - natürlich investieren Sie mehr, das ist ja wahr -, stellt man fest, dass es manchen Eltern in keiner Weise besser gehen wird, sondern dass es manchen schlechter gehen wird, dass manche sogar mehr zahlen müssen. Das kommt am Ende dabei heraus.

(Zuruf Tobias Koch [CDU])

Wenn man Ihnen das unter die Nase hält, dann verweisen Sie auf SPD-Kommunalpolitiker. Sie zeigen auch hier wieder mit dem Finger auf andere, statt das zu lösen, was Sie lösen könnten.

(Beifall SPD)

Mit uns wäre das anders. Schleswig-Holstein ist das einzige norddeutsche Bundesland, in dem es nicht in Richtung Beitragsfreiheit geht. Beitragsfreiheit ist die größte Hilfe, die Familien kriegen können; da brauchen wir nicht über andere Dinge zu reden, über Steuerreform oder sonst etwas.

(Annabell Krämer [FDP]: Das ist der Scherbenhaufen, den Sie uns hinterlassen haben!)

Nur weil die SPD in Schleswig-Holstein nicht mitregiert, geht es nicht in Richtung Beitragsfreiheit. Das unterscheidet Schleswig-Holstein von Niedersachsen, von Hamburg, von Mecklenburg-Vorpommern, von Bremen, von Rheinland-Pfalz, von vielen anderen Ländern. Das ist der Unterschied zwischen Ihnen und uns.

(Beifall SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch in anderen Bereichen sieht es schlecht aus. Wenn man den Blick über den Tellerrand wagt, kann man nur Bö-

ses für das Land ahnen. Nehmen Sie das Beispiel Personal. Dazu haben auch Sie einiges gesagt. Es sieht nicht gut aus bei denen, die dafür sorgen, dass das Land am Laufen gehalten wird. Ich will nicht auf alle Missstände eingehen, sondern drei Beispiele vortragen, die ich Ihnen nicht ersparen kann.

Die Steuergewerkschaft läutet die Alarmglocken, weil schon jetzt bei den Finanzbeamtinnen und -beamten 400 Stellen nicht besetzt sind. Es muss dem Land deutlich besser gehen, als wir bislang dachten, wenn man sich so etwas erlauben kann, denn die sorgen dafür, dass die Einnahmen reinkommen. Eine schwache Steuerverwaltung können sich nur reiche Leute leisten. Insofern verstehe ich nicht, wie man sagen kann, man sei bestens aufgestellt, wenn in diesem Bereich eine so schlechte Situation herrscht.

Nicht besser sieht es beim Landesamt für Ausländerangelegenheiten aus. Sie haben sich zu dem Thema so großartig geäußert, Herr Kollege Koch. Sie kündigen groß den Ausbau zum Kompetenzzentrum an, obwohl eine von Ihnen selbst für 120.000 € in Auftrag gegebene Untersuchung feststellt, dass nicht nur viel zu wenig Planstellen vorhanden sind, sondern von denen, die da sind, noch nicht einmal zwei Drittel besetzt sind. Schlimmer noch, Ihr Stellenplan 2020 sieht eine Stellenreduzierung vor. Das ist Chaos, nichts anderes.

Dann kommen wir zum Abschiebeknast, der uns noch teuer zu stehen kommen wird, wie wir wissen. Sie haben versucht, das nicht öffentlich zu beraten. Wir werden das öffentlich zu erörtern haben, wenn es so weit ist.

(Unruhe)

Dann werden wir auch da feststellen, dass allein das Schimpfen auf den Bund, was Integrationsfragen angeht, nicht ausreicht. Ich will es in aller Deutlichkeit sagen: Auch ich kritisiere den Kollegen Scholz durchaus, wenn am Ende herauskommt, dass die Kommunen nicht das kriegen, was sie brauchen. Das sage ich in aller Öffentlichkeit, weil ich dafür bin, dass die Kommunen und die Länder ihre Integrationsarbeit fortsetzen können. Dann muss man aber auch seine eigenen Hausaufgaben machen und darf nicht, wie ich es gerade geschildert habe, im eigenen Bereich versagen und immer mit dem Finger auf andere zeigen.

(Beifall SPD und SSW)

Das dritte Beispiel sind die Grundschulen. Die Bertelsmann-Studie von Anfang des Monats zeigt das Problem für ganz Deutschland auf. Unser bildungs-



**(Dr. Ralf Stegner)**

politischer Sprecher hat es Ihnen vorgerechnet: Bis 2025 fehlen fast 400 Grundschullehrerinnen und -lehrer. Diese Zahl wird noch weit größer, weil der Lehrermangel bei den Grundschulen bereits durchschlägt, sodass wir insgesamt rund 1.000 zusätzliche Lehrkräfte brauchen werden.

Darauf bereitet die Regierung unsere Schulen nicht nur nicht vor; im Gegenteil hat sie Hunderte von Lehrerplanstellen für die Wiedereinführung von G 9 an Gymnasien verplant. Die Lösung des Problems wird also kommende Landesregierungen vor immense Probleme stellen. Hier geht es nicht nur um die Finanzierung der Stellen, sondern ganz handfest um Lehrkräfte, die man auf diese Stellen setzen könnte. Ich weiß, dass die Legislaturperiode nur bis 2022 geht, und der Horizont des einen oder anderen reicht ja auch nicht weiter.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Ja, ja, ja!)

Verantwortungsvolle Politik sieht aber anders aus, zumal wir wissen, dass Bildung gerade bei den Kleinsten, über die Sie geredet haben, über Lebenschancen entscheidet. Wer will, dass die Kinder vorankommen, muss alles tun, um diesen Mangel zu beseitigen. Sie tun das nicht, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Das sind nur drei Beispiele, die aber zeigen, dass das Ausmaß des Problems von Ihnen weit unterschätzt wird. Der Kampf um die klügsten Köpfe hat längst begonnen. Darum ist übrigens auch jeder Beschäftigte, der sich im Familien- oder Freundeskreis negativ über seinen Job beim Land äußert, ein Problem. Sie hatten ja mit der Besoldungsstrukturreform - das ist ein schönes technokratisches Wort, da denkt man, hier käme etwas Besonderes dabei heraus - die Chance, ein Zeichen zu setzen, dass Ihnen die Beschäftigten etwas wert sind. Aber auch diese Chance haben Sie mit Ansage verstreichen lassen.

(Werner Kalinka [CDU]: Na, na, na! - Zuruf Christopher Vogt [FDP])

Der Beamtenbund hat völlig Recht: Von Ihnen bekommen die Beschäftigten nicht mehr als eine Currywurst im Monat. Nichts getan zu haben wäre ehrlicher gewesen,

(Beifall SPD und SSW)

als die Beschäftigten im Regen stehen zu lassen.

Gleichzeitig wischen Sie das Weihnachtsgeld vom Tisch, obwohl es SPD und CDU gemeinsam waren, für die ich damals, 2017, als Innenminister den Beschäftigten stellvertretend ein Versprechen gegeben

habe, nämlich: Das Weihnachts- und Urlaubsgeld ist nicht für die Ewigkeit gestrichen, sondern das gibt es zurück, wenn die finanzielle Lage des Landes sich ändert. Die Lage hat sich geändert,

(Christopher Vogt [FDP]: Schon vor 2017!)

aber die CDU will im Gegensatz zu uns von dem Versprechen nichts mehr wissen.

Nun habe ich in letzter Zeit beim PUA gelernt, dass Amnesie in der Justiz ganze Berufsgruppen erfassen kann. Das ist bedenklich. Ich finde es aber auch schwierig, wenn das an der Spitze der Landesregierung der Fall ist und es chronisch wird wie bei Ihnen, gleichzeitig aber die Zeiträume immer kürzer werden.

Sich an Zusagen von 2007 nicht mehr erinnern, das will ich Ihnen gerne nachsehen, Herr Ministerpräsident. Ihr Gedächtnis reicht aber offenbar nicht einmal bis 2017, und das ist gerade einmal zwei Jahre her. Sonst könnte man sich nicht erklären, was die CDU-geführte Landesregierung rund um den Finanzausgleich mit den Kommunen veranstaltet. Wer die Presseerklärungen der Kommunalvertreter aus der vergangenen Woche gelesen hat, mag es kaum glauben: Es war tatsächlich der heutige Ministerpräsident Daniel Günther, der als Oppositionsführer - Sie wissen ja noch, wie das geht, Herr Ministerpräsident - große Töne gespuckt hat,

(Zuruf Christopher Vogt [FDP])

den bedarfsgerechten kommunalen Finanzausgleich versprochen und die damalige Küstenkoalition in den schärfsten Tönen kritisiert hat. Ich könnte Ihnen die Zitate vorlesen. Ich lasse das aber, weil wir ja das Vergnügen haben werden, hier sozusagen Work in Progress zu beobachten,

(Zuruf Annabell Krämer [FDP])

und zu gucken, was von Ihren Versprechungen übrigbleibt.

Heute versuchen Sie sich an den billigsten Taschenspielertricks und wollen die Städte, Gemeinden und Kreise mit Geld abspeisen, das Sie ihnen an anderer Stelle wieder abnehmen. Das ist Fakt.

(Beifall SPD und SSW)

Es ist schon lustig: Der von Ihnen selbst bestellte Gutachter sagt, dass den Kommunen für die bedarfsgerechte Ausstattung, die Sie ihnen vor der Wahl zugesagt hatten, 186 Millionen € fehlen, und die kommunalen Landesverbände sind sogar noch zurückhaltend. Die sind mit Ihnen netter, als sie es teilweise mit uns gewesen sind.

**(Dr. Ralf Stegner)**

(Lachen Tobias Koch [CDU] und Christopher Vogt [FDP])

Die wollen es nicht mal en bloc. Wenn jedes Zeichen des Entgegenkommens seitens der Landesregierung fehlt, verstehe ich, dass man die Haushaltsgespräche an diesem Punkt abbricht. Kurz vor dieser Landtagstagung ist das schon ziemlich peinlich für Sie und für Ihre Regierung, Herr Ministerpräsident.

(Beifall SPD)

Dann kommt noch etwas anderes dazu: Der arme Kollege Koch hat ja nicht nur - wie soll ich sagen - chronisches Pech mit seinen Redeauftritten hier, sondern er wird nicht einmal von Ihnen eingebunden. Die Landtagsfraktion scheint von Ihnen über die Verhandlungen nicht ordentlich informiert worden zu sein. Wenn Herr Kollege Koch es öffentlich als Auftaktgespräche herunterspielt

(Lachen Birte Pauls [SPD])

und die Landesregierung dann unterschriftsreife Papiere auf den Tisch legt, frage ich mich: Wer redet da eigentlich mit wem? Herr Kollege Koch, Sie sollten Ihr Manuskript einmal durchsehen, bevor Sie solche Reden halten, die großer Unsinn sind.

(Beifall SPD)

Bei aller PR, die Sie nach außen immer machen, ist also auch die interne Kommunikation bei Ihnen verbesserungswürdig. Wenn es stimmen sollte, was wir der Presse entnommen haben - was hätte ich für Gründe, daran zu zweifeln, denn die Presse berichtet ja fast immer wahrheitsgemäß -,

(Lachen Minister Dr. Heiner Garg)

und vonseiten der Landesregierung in den Gesprächen allen Ernstes darauf verwiesen wurde, dass es den Kommunen ja gar nicht so schlecht gehe, schließlich verzichteten sie ja sogar auf die Erhebung der Straßenausbaubeiträge, muss ich sagen: Das ist an Dreistigkeit nicht mehr zu überbieten, wenn ich daran denke, was Sie dazu im Wahlkampf gesagt haben.

(Beifall SPD)

Auch hier wieder, Herr Ministerpräsident, nicht 2007 oder 1997, sondern 2017 sagten Sie: Erstens. Wir schaffen die Pflicht zur Erhebung von Straßenausbaubeiträgen ab. Zweitens. Wir unterstützen die Kommunen so, dass sie das Geld nicht von den Bürgern zurückholen müssen. Dadurch, dass Sie den ersten Teil umgesetzt haben, vom zweiten aber nichts mehr wissen wollen, haben Sie den ehren-

amtlichen Gemeinde- und Stadtvertretern den Schwarzen Peter hingeschoben. Das ist schwarze Politik in Schleswig-Holstein. Das ist gegen die Kommunen gerichtet. Das ist scheinheilig und wirklich schwach, Herr Ministerpräsident.

(Beifall SPD und SSW)

Ich gönne Ihnen, dass viele Leute sagen: Mensch, der Ministerpräsident ist wirklich ein netter Kerl.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Ist er auch!)

Auch ich finde, dass wir einen ordentlichen Umgang miteinander haben, und ich habe gar keinen Grund, hier etwas anderes festzustellen. Wenn man aber Dinge versprochen hat, mit denen man letztlich auch das Amt erworben hat, das man jetzt innehat, dann muss ein Mindestmaß sein, das einzuhalten, was man versprochen hat.

Ich messe Sie gar nicht an dem, was wir hier wollen. Das kann man nicht verlangen. Wir sind Sozialdemokraten, Sie sind in der Union. Dass Sie aber mindestens das halten, was Sie selbst versprochen haben - zumindest in Spurenelementen -, könnte man schon verlangen. Das geht auseinander, und das ist ein Beitrag zur mangelnden Glaubwürdigkeit von Politik in diesem Land.

(Beifall SPD und SSW)

Jetzt sollen diese Kommunalpolitiker - das sind ja alles Ehrenamtler - in Ihrem Ort erklären, warum die reiche Nachbarkommune die Gebühren abgeschafft hat, man es im eigenen Dorf aber nicht kann.

(Christopher Vogt [FDP]: Welche Kommune denn?)

Sie haben den Akzeptanzkampf für die Ausbaubeiträge kaputtgemacht. Dies den Kommunen jetzt in den Gesprächen auch noch zum Vorwurf zu machen, ist eine glatte Unverschämtheit. Das will ich hier deutlich sagen.

(Beifall SPD)

Wir sind natürlich gespannt, womit Sie noch kommen. Auch da lässt die eigene Finanzplanung wenig Gutes erwarten, Frau Finanzministerin, wenn wir uns angucken, was Sie eingestellt haben.

Ihre Planlosigkeit findet übrigens noch eine Fortsetzung, wenn es um die Sondervermögen geht. Wir haben mitnichten die Sondervermögen kritisiert, im Gegenteil: Die wurden damals von den heutigen Regierungsfractionen außer den Grünen kritisiert, als wir sie eingeführt haben. Das war eine gute Sache, dass wir das gemacht haben. Aber jetzt nutzen

(Dr. Ralf Stegner)

Sie das Instrument nicht nur selber, sondern ganz im Gegenteil wandert immer mehr Geld in Töpfe, von denen Sie vermutlich noch nicht einmal selbst wissen, wofür sie eigentlich gedacht sind. So kann man gute Instrumente, die wir eingeführt haben, ad absurdum führen.

Keine der Pressemitteilungen der Koalitionsfraktionen - wir gucken uns die immer sehr genau an, es ist immer sehr spannend zu lesen, was Sie so von sich geben - kommt ohne Hinweis auf die Investitionen aus. Dabei wissen wir alle, wie wenig aussagekräftig das ist. Die Baubranche boomt, und die Kosten gehen durch die Decke. Dafür reicht übrigens ein Blick in den Baupreisindex des Statistischen Bundesamtes. Das ist nicht Ihre Schuld.

(Christopher Vogt [FDP]: Auch!)

Es gehört aber zur Wahrheit dazu, dass wir ehrlich über die Mittel sprechen, die das Land endlich in Straßen, Gebäude oder Leitungen steckt. Insofern sind dieses Schönreden und dieses Sagen, es sei ja fast wie in Bayern - Herr Kollege Koch, wie soll ich sagen? -

(Tobias Koch [CDU]: Na, was? - Annabell Krämer [FDP]: Super ist das!)

etwas unter Ihren intellektuellen Möglichkeiten. Ich wollte eigentlich etwas Nettes über Sie sagen, vielleicht ist das aber auch übertrieben; ich lasse das lieber weg.

(Christopher Vogt [FDP]: Die Baukosten sind auch in Bayern gestiegen!)

Jedenfalls muss man ehrlicherwise sagen, dass es nicht so ist, wie Sie es darstellen. Der Kaiser hat auch in dieser Frage keine Kleider an. Sie haben hohe Phantomzahlen, und de facto passiert relativ wenig.

Weitgehend leer geht übrigens das UKSH aus, über das Sie gesprochen haben, bei dessen Betreuung das Wissenschaftsministerium einen so miserablen Job gemacht haben muss, dass sie in die Zuständigkeit des Finanzministeriums gegangen ist. Wir hören übrigens auch von unseren Gesprächspartnern beim UKSH: Wir wünschen uns doch, dass man sich vernünftig um uns kümmert. - Das ist aber offenkundig nicht der Fall. Wir sprechen häufiger mit den Beschäftigten und der Leitung des Hauses dort und hören immer nur, dass in dem zuständigen Haus vergleichsweise wenig passiert. Jetzt die Notbremse zu ziehen, Frau Ministerin Heinold, spricht wirklich für sich.

Der Maximalversorger des Landes hat vieles, aber die maximale Aufmerksamkeit der Landesregierung hat er nicht. Das ist ein Zustand, den wir im Interesse der Beschäftigten und der Tausende von Patientinnen und Patienten beenden müssen. Hier wird Medizin auf dem höchsten Niveau gemacht, das man in Deutschland finden kann. Die haben mehr verdient als das, was sie von Ihnen bekommen.

Herr Ministerpräsident, wenn man sich das alles so anguckt, was Sie sagen, kann man nur feststellen: Die Worte der Landesregierung zeigen, was Sie gerne wären, Ihre Taten zeigen, was Sie wirklich sind. Die Taten bleiben weit hinter den Worten zurück. Die Öffentlichkeitsarbeit ist durch das, was Sie tun, nicht gedeckt. Es gibt kaum ein Versprechen, das mit dem dritten Haushalt zur Halbzeit dieser Koalition noch Bestand hätte. Es gibt keinen einzigen Hinweis im Haushaltsentwurf, dass von dieser Landesregierung noch größere Dinge zu erwarten wären. Das ist gemessen an der immer noch günstigen Finanzsituation des Landes eine ziemliche Armseeligkeit. Man würde doch erwarten, dass eine Regierung, die sich bundesweit dafür loben lässt, wie innovativ alles sei, dann auch zeigt, wie es in der Sache vorangeht. Das tun Sie alles nicht.

Stattdessen ist dies eine Koalition, bei der die Differenzen und Widersprüche mit jeder Woche größer werden, die sich über Kleinigkeiten streitet und die die großen Probleme gar nicht erst angeht. Ihr eigener Anspruch war ein großer Aufbruch. Sie wollten ein visionäres Bündnis sein. Wer Visionen hat, der soll nicht zum Arzt gehen. Hier widerspreche ich dem Altkanzler. Ich finde aber, es wäre schon wichtig für das Land, zumindest Teile davon in Ihrem Haushalt wiederzufinden. Das wäre ganz schön. Diese kommen allerdings allenfalls in den Pressemitteilungen der Landesregierung vor.

Sie sind, was das angeht, zur Halbzeit wirklich gescheitert. Ihre Zwischenbilanz ist schwach und lässt nichts Gutes für den Rest der Legislaturperiode ahnen. Die Methode, immer anderen die Schuld dafür zu geben, dass man selbst nichts zustande kriegt, ist, so finde ich, ein bisschen zu wenig.

Ich will deutlich sagen, und wir werden darüber auch in der Aktuellen Stunde debattieren: Kritik finde ich an manchen Stellen durchaus angebracht. Ich äußere die auch. Ich bin mit manchem nicht zufrieden, was die Koalition in Berlin macht. Statt aber - wie gesagt - gemeinsam daran zu arbeiten, dass das besser wird, immer nur zu sagen, die sind schuld, wenn etwas hier im Lande nicht läuft, obwohl man in der letzten Legislaturperiode ganz an-

**(Dr. Ralf Stegner)**

ders argumentiert hat, als man noch in der Opposition gewesen ist, finde ich ein bisschen dürftig.

Das Land hätte mehr verdient. Wir wollen nicht das Land in Deutschland bleiben, das der Lohnkeller der Republik ist. Wir wollen auf Sicht nicht das einzige Land bleiben, in dem es keine gebührenfreien Kitas gibt. Wir wollen nicht das Land bleiben, in dem die Beschäftigten sagen: Wir gehen lieber nach Hamburg, nach Niedersachsen, nach Mecklenburg-Vorpommern oder nach Bremen, weil wir es dort besser haben. Wir wollen vielmehr ein Land der guten Zukunft mit guten Ideen sein, indem wir das Leben der Menschen praktisch verbessern. Dafür tritt die SPD ein, und darin unterscheiden wir uns sehr deutlich von der Landesregierung hier. - Vielen herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall SPD und SSW)

**Präsident Klaus Schlie:**

Meine Damen und Herren, begrüßen Sie gemeinsam mit mir auf der Besuchertribüne des Schleswig-Holsteinischen Landtags eine weitere Gruppe von Schülerinnen und Schülern des Ricarda-Huch-Gymnasiums aus Kiel sowie Schülerinnen und Schüler des Berufsbildungszentrums Rendsburg-Eckernförde. - Herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat deren Fraktionsvorsitzende, die Abgeordnete Eka von Kalben.

**Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Dieser Haushaltsentwurf macht wieder einmal deutlich, wie sehr Politik ein Ausgleich von verschiedenen Interessen in unserer Gesellschaft ist - ein Ausgleich zwischen denjenigen, die sich mehr staatliche Ausgaben wünschen, und denjenigen, die sich eine Entlastung der Steuerzahlerinnen und -zahler wünschen. Sie ist ein Ausgleich zwischen den Bedarfen, die wir heute haben - die Wohnungsnot wurde als Beispiel genannt -, und denen, die zukünftige Generationen haben, zum Beispiel den Klimawandel. Sie ist ein Ausgleich zwischen den Interessen junger Menschen mit dem Anspruch auf Bildung und dem Anspruch älterer Menschen, die unsere Unterstützung bei der Pflege brauchen. Nicht zuletzt geht es um einen Ausgleich zwischen den Interessen der verschiedenen Regionen in Schleswig-Holstein, also auch zwischen Land und Kommunen.

Lieber Herr Stegner, ja, es ist richtig: Wir sind in der Jamaika-Koalition nicht eine Partei, sondern wir sind drei. Genauso, wie es nicht die Bürgerin, den Bürger oder die Bevölkerung gibt, so gibt es auch in unserer Gesellschaft unterschiedliche Interessen, die hier im Parlament auch von unterschiedlichen Gruppierungen vertreten werden. Deshalb ist es doch gut, wenn wir uns über diese Fragen auseinandersetzen. Das tun wir nicht immer nur im geschlossenen Kämmerlein, sondern das dringt auch nach außen. So what!

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Wir in der Koalition suchen diesen Ausgleich, und dieser gelingt genau deshalb, weil wir aus unterschiedlichen Richtungen auf die Dinge gucken und weil wir unterschiedliche Blickwinkel auf die Bildung, auf die Innenpolitik, auf den Naturschutz und auf alle möglichen Bereiche haben. Dabei schaffen wir es kaum, alles so zu regeln, dass alle vollkommen glücklich sind. Wie sollte das auch funktionieren? Es ist doch logisch, dass dann, wenn man eine Entscheidung trifft, nicht immer alle mit allem glücklich sind.

Bei der Kita haben wir diesen Fall gehabt. Wenn man etwas für die Eltern und die Kommunen und für diejenigen, die in den Kitas arbeiten, tun will, aber nur eine begrenzte Menge Geld hat, ist natürlich die Voraussetzung, dass man anerkennt, man kann nicht alle gleichmäßig glücklich machen. Das geht nicht. Deshalb glaube ich, dass unsere Politik des Ausgleichs und unsere Politik, die unterschiedlichen Interessen von drei Parteien in den Blick zu nehmen, gut für dieses Land ist und uns voranbringt, und das spiegelt sich in diesem Haushalt genau wieder.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Es ist auch gut für dieses Land, dass wir unsere Schwerpunkte Klimaschutz und Infrastruktur gemeinsam angehen. Wir haben schon viel erreicht und noch viel mehr vor. Daher sage ich nicht nur Dank an die Finanzministerin und an ihr Team für diesen Haushalt, sondern ich sage auch Dank an unsere Regierung und an meine Koalitionspartner hier im Haus für zweieinhalb Jahre Koalitionsarbeit.

Die Einhaltung der Klimaziele hat für uns Grüne höchste Priorität. Der Klimawandel wartet nicht. Die Zeit drängt. Auf die klimaschutzbezogenen Maßnahmen dieses Haushalts möchte ich deshalb besonders eingehen. Es ist nämlich mitnichten so, dass dazu dort nichts steht, sondern man muss sich

**(Eka von Kalben)**

das genau anschauen und Klimaschutz nicht nur als eine Maßnahme sehen, die in einem Sektor eine Rolle spielt. Vielmehr spielt Klimaschutz im Grunde in allen Bereichen eine Rolle, und das ist etwas, was wir uns als Koalition vorgenommen haben.

Zu nennen sind hier das Jahr für nachhaltige Entwicklung, das für das nächste Jahr geplant ist, sowie der Moorschutz, der dabei auch eine Rolle spielt, und natürlich spielen die Energiewende ebenso wie die Elektromobilität unter Herrn Buchholz und die Sanierung von Radwegen eine extreme Rolle.

Wir haben im kommenden Jahr 15 Millionen € für den ökologischen Landbau vorgesehen. Wir haben 42 Millionen € für Naturschutz und 5,5 Millionen € für den Ausbau der Elektromobilität sowie 1,5 Millionen € für die Sanierung der Radwege vorgesehen. Das sind Anfangsfinanzierungen, die über die Legislatur noch aufsteigend sind. Wir geben fast 5 Millionen € für ein Sondervermögen für Bürgerenergieprojekte aus, und die Ministerin hat es bereits gesagt: Die größte Wirkung im Bereich von CO<sub>2</sub>-Einsparungen im Verkehrssektor wird sicherlich durch die 125 Millionen € erreicht werden, die wir für MOIN.SH vorgesehen haben.

Das sind große Investitionen, die wir auf den Weg gebracht haben. Zum Teil sind sie auch vorher schon auf den Weg gebracht worden, zum Teil schon vor Jahren. Im Gegensatz zum Bund sind wir hier in Schleswig-Holstein schon früher in die Hufe gekommen, und das ist auch gut so.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Hans-Jörn Arp [CDU])

Zusätzlich werden von 2020 bis 2022 rund 2,2 Millionen € für ein neues Förderprojekt Klimaschutz für Bürgerinnen und Bürger aufgelegt. Die Idee dahinter ist, dass wir als Politiker Rahmenbedingungen setzen und groß investieren müssen. Wichtig ist aber auch, dass wir den Menschen im Land ermöglichen, auch einzeln etwas für den Klimaschutz zu tun. Hier wird also gefördert, wenn man statt mit dem Auto mit dem E-Bike zur Arbeit fahren will, auf dem Balkon eine Solaranlage installiert oder eine alte Ölheizung ersetzt. Das sind Bereiche, in denen man sehr unbürokratisch Mittel anfordern kann.

Das mag in der Summe nicht das sein, worüber man sagt: Das macht den großen Unterschied. Herr Arp, wir haben gestern Abend darüber gesprochen. Das sind kleine Summen, aber die Idee dahinter ist, dass dies zu einem Bürgerprojekt wird und dass das eine Geschichte wird, die positiv erzählt wird. Wir sagen also nicht: Oh, jetzt müssen wir alle Klima-

schutz machen, wir dürfen nicht mehr mit dem Auto fahren, alles wird ganz schrecklich, sondern wir machen daraus eine positive Wendung und sagen: Ja, das ist ein gemeinsames Projekt. Schleswig-Holstein geht gemeinsam richtig voran und zeigt dem Rest der Republik und damit auch dem Rest Europas, dass man etwas tun kann, und das ist eine richtig gute Geschichte. Das ist auch eine Jamaika-Geschichte.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, genauso wichtig wie der Beitrag des Einzelnen ist natürlich auch der Beitrag der Kommunen, zum Beispiel durch Dörfer, in denen in neuen Baugebieten auf Gründächer oder auf Solardächer geachtet wird. Das gilt für Gemeinden, in denen man Wärmenetzwerke aufbaut, und für Städte, die ihren öffentlichen Raum so gestalten, dass Menschen das Auto stehenlassen können und auch wollen.

Ein guter Radverkehr ist grundlegend für die neue Mobilität. Wir setzen einen Schwerpunkt darin, den Kommunen bei der Planung der Infrastruktur zu helfen. Daher ist auch zu erwähnen, dass wir im Haushalt einen Titel für einen Wettbewerb zum Solarenergieausbau haben. Wir haben im Land noch erhebliches Potenzial im Bereich Photovoltaik und Solarthermie. Um die Klimaziele erreichen zu können, müssen wir dieses nutzen. Der Wettbewerb setzt Impulse für die kommunale Ebene. Die Gemeinde mit dem größten Solarenergiezubau auf Gebäuden gewinnt. Dabei wird gestaffelt nach Einwohnerzahlen, sodass kleine Gemeinden die gleichen Chancen haben wie große Städte. Das meine ich, wenn ich sage: Klimaschutz positiv gestalten und dabei eine gute Geschichte erzählen.

Über das desaströse Ergebnis des sogenannten Klimakabinetts vom vergangenen Freitag will ich nicht allzu viele Worte verlieren. Wir haben dazu morgen eine Aktuelle Stunde. Es macht jedoch eines deutlich: Jetzt muss das Land, jetzt muss Schleswig-Holstein erst recht ran.

Zumindest wurde in Aussicht gestellt, dass der Bund die Bereiche Humuserhalt und Humusaufbau im Ackerland, dauerhafte Grünlandnutzung, Schutz von Moorböden und den Erhalt von Wäldern verstärkt fördern will. Es versteht sich, dass wir, das Land, alle verfügbaren Mittel nutzen müssen, um das kofinanzieren.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**(Eka von Kalben)**

So haben wir etwa im Bereich Moorschutz erhebliche ungenutzte Potenziale. Entwässerte Böden nehmen in Schleswig-Holstein rund 80.000 ha ein und entsprechen etwa 2,3 Millionen t CO<sub>2</sub>. Damit sind sie ein erheblicher Faktor in der Klimabilanz. Hier ist jeder Euro für den Klimaschutz effektiv angelegt.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im Umweltbereich sind viele Haushaltstitel mit EU-Geldern kofinanziert. Darum ist die Diskussion über die Reform der EU-Agrarpolitik für uns im Land äußerst haushaltsrelevant. Die EU-Agrargelder müssen endlich zielgerichtet für eine klimafreundliche Landwirtschaft eingesetzt werden können. Auch hier schlummern Klimaschutzpotenziale, die endlich genutzt werden müssen.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch im Land können wir gemeinsam mit der EU etwas tun. So setzt das Land bereits 40 % der EFRE-Mittel für Klima- und Energieschutzprojekte ein. Bis zum Ende der Förderperiode werden wir rund 92 Millionen € an EFRE-Mitteln sowie durchschnittlich 20 % Kofinanzierung des Landes in Klimaschutzvorhaben stecken. Das alles ist schon gut, wird aber noch lange nicht ausreichen.

Es stimmt nicht, dass wir bisher nichts getan haben. Ich sage es ausdrücklich: Wir alle - in den letzten Jahren haben wir in verschiedenen Konstellationen gearbeitet - haben das Thema Klimaschutz in Schleswig-Holstein schon lange auf der Liste der wirklich wichtigen Dinge. Das müssen wir immer wieder betonen. Wir fangen nicht erst heute an, darüber nachzudenken. Wir haben bereits etwas getan und müssen unsere Anstrengungen noch verstärken.

(Vereinzelter Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Klimaschutz kostet viel Geld. Auf die nächsten zehn Jahre wird es entscheidend ankommen. Das muss keine schlechte Nachricht sein. Viele Ökonomen sagen, dass Klimaschutz ein Innovationstreiber sei, der der Gesamtwirtschaft nicht schaden, sondern - im Gegenteil - sehr helfen werde, wenn man es richtig mache. Diese Chance muss genutzt werden. Das sollte in Zeiten von Handelskonflikten und ökologischen Katastrophen allen einleuchten.

Im Übrigen haben wir in den jüngsten Haushalten mit gewaltigen Kosten für Dürrehilfen und den Deichausbau bereits einen kleinen Vorgeschmack

darauf bekommen, was versäumter Klimaschutz kosten kann.

Meine Damen und Herren, natürlich birgt der Haushalt 2020 noch viel mehr. Ich möchte noch einen weiteren Schwerpunkt benennen, und zwar die Bildung. Wir werden am Freitag noch über die Kita-Reform, den Bereich der frühkindlichen Bildung sprechen. An diesem Haushalt wird bereits deutlich, was der Einstieg in die Reform für uns als Land bedeutet. Die Kita-Reform wird 2020 in Kraft treten. Erstmals beteiligt sich das Land mit einem verlässlichen Finanzierungsanteil an den Kosten für jedes betreute Kind. Das wird in der allgemeinen Diskussion noch viel zu wenig betont: Wir stellen nicht eine Summe X zur Verfügung, sondern wir beteiligen uns prozentual an den Kosten. Wenn die Zahl der Kita-Plätze steigt, steigen damit auch die Kosten des Landes. Das ist endlich eine verlässliche Zusage für die Kommunen, für die Träger und im Grund auch für die Eltern, worauf wir uns in den nächsten Jahren einstellen müssen. Das ist wirklich ein großer Erfolg.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und vereinzelt FDP)

Die Reform entlastet die Eltern. Hier wird immer auf die Geschichte der gebrochenen Versprechen hingewiesen. Die Reform entlastet die Eltern, die Kommunen und verbessert die Qualität. Das bezieht sich auf Durchschnittswerte. Das ist logisch, wenn man bedenkt, dass hier im Land die Beiträge zwischen 700 € und fast beitragsfrei liegen. Natürlich werden nicht alle Eltern entlastet, aber die Mehrheit, die Masse der Eltern. Die Mehrheit der Kommunen wird entlastet. In den meisten Kitas wird es nun eine höhere Qualität geben. Es wäre unlogisch, wenn dies nicht zuträfe. Wir geben eine halbe Milliarde Euro zusätzlich ins System, und zwar zur Senkung der Beiträge, zur Erhöhung der Qualität und zur Entlastung der Kommunen. Würde dann am Ende niemand entlastet, wäre dies unlogisch. Aber wenn man ein neues Modell aufsetzt, beziehen sich die Erwartungen auf die Durchschnittswerte.

(Christopher Vogt [FDP]: So ist es!)

Die Mittel steigen also insgesamt aufgrund von 418 Millionen € Bis zum Ende der Legislaturperiode werden wir sie mehr als verdoppelt haben. Die frühkindliche Bildung ist der wichtigste Grundstein für die Bildungschancen aller Kinder und damit für die Bildungsgerechtigkeit.

Bildungsgerechtigkeit bedarf es auch im Schulsystem. Wir, die Grünen, haben uns gemeinsam mit unseren Koalitionspartnern dafür eingesetzt, dass



**(Eka von Kalben)**

die Mittel für den Bildungsbonus erhöht wurden. Der Bildungsbonus kann nun schon mit Beginn des Schuljahres 2019/20 voll starten.

Unser Ziel ist es, dass alle Kinder eine gute Startchance bekommen. Im Rahmen des Bildungsbonus beziehungsweise der PerspektivSchulen finanzieren wir deshalb im Jahr 2020 circa 4 Millionen €. Das entspricht 79 Stellen. Das Geld muss allerdings nicht für die Schaffung von Stellen für Lehrerinnen und Lehrer, sondern kann auch für andere Arbeit ausgegeben werden. Es reicht nicht, den Schulen und Kitas Geld zuzusprechen. Wir brauchen auch gut ausgebildete Menschen; darauf hat Herr Dr. Stegner hingewiesen.

Wir haben hier im Land einen riesigen Fachkräftemangel. Aktuell werden in Schleswig-Holstein 1.698 Lehrkräfte ausgebildet. Das ist ein Plus von 96 Lehrkräften gegenüber dem Vorjahr. Das ist eine sehr positive Entwicklung. Im Gegensatz zu Ihnen, Herr Dr. Stegner, handelt die Regierung. Mir hat in Ihrer Rede und bei Ihrem Hinweis auf das Problem gefehlt, welche Alternativen es geben soll. Jedenfalls müsste für jede Alternative noch zusätzlich Geld bereitgestellt werden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Wir haben klare Maßnahmen getroffen. Wir haben mit Blick auf den Mangel an Lehrkräften und die steigenden Schülerzahlen an den Grundschulen eine stufenweise Erhöhung der Mittel für Grundschullehrkräfte angeschoben. Wir haben zugesagt, dass ab dem Schuljahr 2019/20 als Modellprojekt 30 Lehrkräfte für den gymnasialen Bereich an den Grundschulen arbeiten können, natürlich mit einer entsprechenden zusätzlichen Qualifizierung. Auch an den beruflichen Schulen soll, um eine noch bessere Versorgung zu ermöglichen, die Europa-Universität Flensburg ab September 2019 das Duale Studium für das Lernen an beruflichen Schulen aufbauen. Außerdem finanzieren wir zukünftig junge Menschen, die sich für ein Referendariat im ländlichen Raum entscheiden.

Es mag sein, dass diese Maßnahmen nicht ausreichen und nicht alle greifen, sodass die Menschen wieder in die Städte abwandern. Aber wir erproben jetzt immerhin konkrete Maßnahmen.

Man kann nicht sagen, wir tun nichts. Deswegen wünsche ich mir von einer konstruktiven Opposition, dass Sie sagen, was Sie stattdessen oder anders machen würden. Wie schnitzen Sie sich die Menschen? Wir haben sie nicht.

(Beifall FDP und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir stärken außerdem die berufliche Orientierung, zum Beispiel mit dem Handlungskonzept „PLuS“. Ich bin sehr dankbar, dass das verstetigt werden kann. Mit dem Programm werden Schülerinnen und Schüler ab der 8. Klasse unterstützt. Insgesamt fließen nun 1,3 Millionen € mehr. Dafür werden wir mit jährlich 300.000 € Lehrkräfte und Coachingfachkräfte qualifizieren.

Dieses Konzept soll jungen Menschen helfen, den Übergang von der Schule in das Berufsleben zu finden. Wenn wir etwas machen wollen, um dem Fachkräftemangel in diesem Land entgegenzutreten, müssen wir gerade in der Schule ansetzen. Es darf uns kein junger Mensch, der ausbildungsfähig ist, verlorengehen.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Diesem Ansatz dient auch das produktive Lernen, für das 250.000 € im Haushaltsentwurf eingestellt sind. Damit bekommen Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit, Praxisstätten und Betriebe zu besuchen und sozusagen das wahre Leben kennenzulernen, wodurch ihnen auch vermittelt wird, wofür sie eigentlich lernen. Es ist natürlich viel motivierender, wenn man weiß, wofür man die Schulbücher aufschlagen muss, wenn man eine Ahnung davon hat, wo man hinterher arbeiten will. Das ist, glaube ich, ein sehr gutes Konzept, um wieder mehr Menschen in eine Ausbildung zu bekommen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Der dritte Punkt, für welchen wir uns starkmachen, ist, dass Mittel für Deutsch als Zweitsprache in die Berufseinstellungsorientierung fließen. Nachdem die hier angekommenen Menschen Deutsch gelernt haben - nicht alle, aber viele -, ist die Integration ins Berufsleben das A und O. Ich freue mich sehr auf den Bericht des Arbeitsministers zu diesem Thema in dieser Tagung. Ich glaube, es wird oft unterschätzt, wie viel wir gerade in diesem Bereich für Integration machen. Darüber werden wir wahrscheinlich Freitag sprechen.

Mehr fordern in allen Bereichen geht immer, aber dass wir als Regierungskoalition in einem ständigen Spagat zwischen Schulden, notwendigen Mehrausgaben und vielen weiteren, wirklich berechtigten Bedarfen sind, sollten hier alle wissen. Sie mögen vielleicht sagen, das Land habe Rekorderlöse, unsere Kassen sprudelten, Sie mögen vielleicht sa-

**(Eka von Kalben)**

gen, dass wir zu wenig für unsere Beamtinnen und Beamten täten, doch richtig ist, dass wir mit der Übernahme des hohen Tarifabschlusses und den zusätzlichen Verbesserungen der Besoldungsstrukturreform wirklich alles tun, was unser Haushalt im Moment hergibt; denn wir haben in den kommenden Jahren große finanzielle Herausforderungen zu bewältigen. Die Anpassungen unserer Finanzplanung an den prognostizierten Konjunkturerbruch um 700 Millionen € die Übernahme der verbliebenen HSH-Lasten in dem Haushalt, die steigenden Versorgungskosten infolge des demografischen Wandels, also wenn die Beschäftigten in Rente oder Pension gehen, die Aufrechterhaltung unseres Investitionsniveaus, um den Sanierungstau abzubauen. Frau Heinold hat zu Recht darauf hingewiesen, dass auch Häuser, Krankenhäuser und Straßen, die wir nicht sanieren, Schulden für zukünftige Generationen sind, und - ich betone es auch -, wenn wir nicht in Klimaschutz investieren, auch Schulden für künftige Generationen, und zwar sehr, sehr verheerende.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weil wir diese großen Aufgaben noch vor uns haben, bestätigt all das unseren haushaltspolitischen Kurs der letzten Jahre. Statt manche Vorschläge, wir sollten die Überschüsse verwenden, um strukturelle Ausgaben zu steigern, umzusetzen, um damit beispielsweise eine Beitragsfreiheit zu finanzieren, haben wir jeden dieser Euros in IMPULS gesteckt. Das führt nun dazu, dass wir dringend notwendige Investitionen in den kommenden Jahren weiter betreiben können, auch, wenn sich die wirtschaftliche Situation weiter verschlechtert.

Sie mögen sagen, wir kürzen den Kommunen zu viele Mittel für Integration, da wir die Mittel von 19,4 auf 7,4 Millionen € reduzieren. Doch richtig ist, dass nicht wir diese Mittel gekürzt haben, sondern dass es die Koalition im Bund war, die diese Kürzung zu verantworten hat, und dass das Land diese nicht ohne Weiteres auffangen kann. Wir werden versuchen, einen großen Teil zu refinanzieren, aber wir können nicht von einem Jahr auf das andere einfach 12 Millionen € aus der Tasche schütteln. Insofern ist es mitnichten so, dass es eine Entscheidung dieser Regierung war, Integrationsmittel zu kürzen, sondern es war eine Entscheidung des Bundes, bei der wir Schwierigkeiten haben, ihre Folgen aufzufangen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, zur Wahrheit gehört aber auch, dass die Kommunen ab dem Jahr 2020

durch die Änderung der Gewerbesteuerumlage mit insgesamt 138 Millionen € bessergestellt werden, was wiederum zulasten des Landeshaushalts geht. Insofern appelliere ich an die Kommunen, auch aus diesen Mitteln alle freiwerdenden und freiverfügbaren Beträge in Integrationsmaßnahmen zu stecken, um diese weiter zu fördern. Aber natürlich gilt es weiterhin, mit den Kommunen vieles zu besprechen. Ich sage das ganz klar. Da gibt es keine unterschiedlichen Optionen - nur, weil eine Partei in der Koalition das Finanzministerium innehat und die anderen nicht: Wir Koalitionspartner, und zwar alle drei, sind uns sehr einig, dass wir die Kommunen unterstützen wollen, weil dort vor Ort die Arbeit stattfindet, dort vor Ort die Bürgernähe stattfindet. Das ist eine sehr wichtige Aufgabe. Insofern sind wir uns einig. Wir sind uns zu Dritt aber genauso einig, dass wir eine solide und dauerhafte Finanzierung brauchen und keine Luftbuchungen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Ich komme zum Schluss. Dieser Haushalt ist ein Meilenstein für die Halbzeit der Jamaika-Koalition. Es lässt sich festhalten, dass das Land weiterhin ökologisch, sozial und weltoffen ist. Wir alle gemeinsam haben Schleswig-Holstein in den vergangenen Jahren weiterentwickelt. Wir haben viel für den Schutz unserer Natur, für den Schutz des Klimas, für den sozialen Zusammenhalt und vor allem für die Bildung getan. Nun gilt es, unsere Klimaschutzaktivitäten zu verstärken, es gilt, dem Fachkräftemangel zu begegnen, und schlussendlich geht es darum, mit unserer Politik viele Menschen anzusprechen.

Unser politisches Handeln müssen wir so gestalten, dass es die Gesellschaft zusammenhält und nicht auseinanderdriften lässt. Es muss den Menschen, die heute leben, gerecht werden, und genauso auch denen der zukünftigen Generationen. Dafür gilt es, gemeinsam in diesem Haus zu streiten. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort für die FDP hat deren Fraktionsvorsitzender, der Abgeordnete Christopher Vogt.

**Christopher Vogt [FDP]:**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit dem dritten Jamaika-Haushaltsentwurf setzen wir unseren Modernisierungskurs konse-

(Christopher Vogt)

quent fort. Wir stärken gezielt unser Bundesland, vor allem die Bildung auf allen Ebenen, mit der Kita-Reform, mit mehr Lehrerstellen und auch mit mehr Geld für unsere Hochschulen sowohl beim Bau als auch bei der Finanzausstattung. Wir stärken mit mehr Stellen die Polizei und die Justiz und damit die Sicherheit und das Vertrauen in unseren Rechtsstaat, was in diesen Tagen wichtiger ist als in früheren Jahrzehnten.

Eine bessere Ausstattung hilft da übrigens viel mehr als schärfere Gesetze. Es gibt auch neue Herausforderungen, zum Beispiel die Cyberkriminalität, die wir bekämpfen und anpacken müssen. Wir verbessern unsere Infrastrukturen in allen Bereichen: auf der Straße, auf der Schiene. Ganz besonders gilt das für die digitale Infrastruktur und für die Gesundheitsinfrastruktur, den Wohnungsbau und den Sport.

Herr Dr. Stegner, jetzt haben Sie sich wieder einmal bemüht, die Unterschiede der Koalitionsparteien herauszuarbeiten, die wir wirklich zur Genüge kennen. Wir haben ja jeden Tag damit zu tun. Ich finde das schon wirklich interessant. Sie als Sozialdemokraten kommen ja noch nicht einmal alleine mit sich klar, insofern ist das eine bemerkenswerte Kritik. Inhaltlich war das nach wie vor mau, rhetorisch ein bisschen besser, die Übungen durch die Regionalkonferenzen wirken. Der eine Gag war besonders gut, aber ich fand es ein bisschen schade, dass Sie nicht gemerkt haben, dass ich deutlich jünger bin als mein Amtsvorgänger. Das fand ich ein bisschen schade, aber macht nichts.

(Zuruf SPD: Das sieht man aber gar nicht! - Weitere Zurufe SPD)

- Altklug, ist ja klar. - Trotz hoher Investitionen in Höhe von rund 1,3 Milliarden € was wieder über 10 % Investitionsquote entspricht, die wir auch dringend brauchen, um enorme Altlasten zu beseitigen, arbeiten wir solide und generationengerecht. Die Investitionen sind damit gegenüber dem Soll aus dem Jahr 2017 um fast 50 % erhöht worden. Höhere Investitionen sind aber kein Fetisch der FDP-Fraktion, sondern schlichtweg notwendig, um den Bestand an Gebäuden und Verkehrswegen zu erhalten und zu erneuern. Diese weiterhin dem Verfall preiszugeben, wäre auch finanzpolitischer Irrsinn. Deswegen haben wir hier einen absolut notwendigen Kurswechsel vollzogen, der auch weiterhin verfolgt werden muss.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Wenn wir in die Finanzplanung schauen, Frau Ministerin, wird deutlich, warum wir weiterhin dafür

plädieren, eine Mindestinvestitionsquote von 10 % in der Landesverfassung festzuschreiben. Wir wollen trotzdem die Schuldenbremse beibehalten. Ich sage es ausdrücklich - es wird ja viel über die schwarze Null und neuerdings auch über die grüne Null gesprochen -: Ich will, dass auch die gelbe Null Beachtung findet. Es gibt in diesem Hohen Haus auch andere Vorschläge für Verfassungsänderungen. Vielleicht kann man am Ende ein Paket machen, vielleicht wäre es sinnvoll, die Schuldenbremse durch ein Mindestinvestitionsgebot zu ergänzen.

Dieser Haushalt ist ja fast schon eine Halbzeitbilanz dieser immer noch recht ungewöhnlichen Koalition. Wir haben uns im Jahr 2017 auf klare Schwerpunkte verständigt, um unsere verschiedenen Programme möglichst sinnvoll zusammenzubringen und unser Land fit für die Zukunft zu machen, und nicht zuletzt, um eine stabile politische Mehrheit in Schleswig-Holstein aufzubauen. Das ist heutzutage auch schon fast ein Wert an sich. Das erkennt man, wenn man zum Beispiel nach London oder Rom schaut. Auch wenn man nach Berlin schaut, Herr Dr. Stegner, sieht man, dass nicht klar ist, wie lange diese Bundesregierung durchhält, was auch mit Ihrer Partei zu tun hat.

(Birgit Herdejürgen [SPD]: Logischerweise, denn sie ist ja auch Bestandteil der Koalition!)

- Das haben Sie richtig erkannt, Frau Herdejürgen, aber vielleicht muss man irgendwann auch einmal einen Diskussionsprozess zu Ende bringen wollen. Wollen Sie der Bundesregierung weiter angehören oder nicht? - Auch das wäre für unser Land eine Nachricht. Vielleicht einigen Sie sich ja irgendwann einmal.

(Zuruf Beate Raudies [SPD])

Bei aller Bescheidenheit, die uns zu eigen ist, kann ich feststellen, dass uns die Umsetzung der Ziele, die wir uns vorgenommen haben, bisher sehr gut gelungen ist. Natürlich hat uns eine halbwegs freundliche Haushaltslage dabei nicht geschadet, das sage ich ganz offen. In der letzten Zeit ist es international aber zunehmend ungemütlicher geworden. Wir wissen, Wirtschaftspolitik ist mindestens 50 % Psychologie. Deswegen sollten wir jetzt keine Rezession herbeireden. Wir müssen jedoch zur Kenntnis nehmen, dass sich die Wirtschaftsdaten in fast allen Bereichen deutlich verschlechtert haben. Das macht natürlich einen Landeshaushalt nicht einfacher.

(Christopher Vogt)

Wir sind mit unseren Großbaustellen noch lange nicht fertig. Mit hohen Investitionen in unsere Infrastruktur wollen wir das Leben der Menschen erleichtern, mehr Chancen für alle ermöglichen, natürlich auch eine strukturelle Wachstumsbremse lösen, unter der unser Land seit Jahrzehnten leidet. Es wird, so hoffe ich zumindest, niemand mehr bestreiten, wie wichtig eine bessere wirtschaftliche Entwicklung ist. Mehr Wirtschaftswachstum bedeutet zugleich auch immer mehr Steuereinnahmen, und das kommt allen Menschen direkt oder indirekt zugute. Das sollten wir auch zur Kenntnis nehmen und befördern.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Das marode Landesstraßennetz haben wir sehr konsequent mit jährlich über 90 Millionen € und sehr strategisch mit einem klaren Fahrplan für viele Jahre angepackt. Herr Dr. Stegner, Sie haben versucht, sich herauszureden. Das war sehr einfach, als Sie gesagt haben, ja, deutlich mehr Investitionen wären schön, aber die Baukosten steigen ja. - Ja, natürlich sind die gestiegen, aber was wäre denn Ihr Ansatz? - Sie haben deutlich weniger investiert. Natürlich steigen die Baukosten, und wir könnten für die Landesstraßen 90 Millionen € mehr ausgeben. Die Finanzministerin guckt begeistert.

(Zuruf Beate Raudies [SPD]: Das wäre ein Beitrag zum Klimaschutz!)

Natürlich steigen die Baukosten. Wenn wir deutlich mehr investieren, fangen wir das größtenteils auf. Wir sind natürlich daran mit schuld. Wenn das Land investiert, steigen die Baukosten zusätzlich.

Ich ärgere mich, ehrlich gesagt, nicht über die vielen Baustellen und Umleitungen, die Bernd Buchholz uns tagtäglich beschert, sondern ich freue mich, dass es von Woche zu Woche weniger Schlaglochpisten gibt, die einen zwingen, mit 30 km/h oder 40 km/h über Landesstraßen zu gurken. Das ist doch eine gute Nachricht.

(Beifall FDP und CDU)

Ich will auch einmal etwas Versöhnliches einstreuen. Schleswig-Holstein hat nicht erst mit dieser Landesregierung sehr konsequent bei der digitalen Infrastruktur auf Glasfaser gesetzt. Das haben wir in Schleswig-Holstein schon seit vielen Jahren getan. Davon profitieren die Menschen jetzt in vielen Regionen schon, auch dank regionaler Anbieter - das gehört zur Wahrheit auch dazu -, die das Potenzial früh erkannt und auch angepackt haben. Da sind wir bundesweit endlich einmal irgendwo ganz weit vorn.

Aber da die Bundesregierung hier immer noch im Tiefschlaf ist, investieren wir als Land weiterhin massiv in den Breitbandausbau, um alle Orte schnellstmöglich anzuschließen. Das ist kein Luxus, sondern das muss selbstverständlich sein. Dennoch sage ich ganz deutlich: Es ist überfällig, dass die Bundesregierung endlich einmal vernünftige Förderprogramme auf den Weg bringt und die Digitalisierung nicht weiter verschläft und auch das Mobilfunknetz endlich einmal zumindest auf internationalen Durchschnitt bringen würde. Dadurch würde auch schon viel geholfen.

(Beifall FDP und SSW)

Vorher müssen wir uns selber helfen. Wir brauchen - ich sage es ganz deutlich - Glasfaser in jeder Wohnung und zumindest erst einmal 4 G, auch LTE genannt, an jeder Milchkanne.

Wir wollen aber auch bei der Bildung weiter vorankommen. Wir wollen die Unterrichtsversorgung an allen Schulen weiter verbessern und den Unterricht qualitativ verbessern. Deshalb schaffen wir weitere Lehrerstellen, die wir bestmöglich besetzen müssen, was leichter gesagt als getan ist. Das wurde schon angesprochen. Aber das nützt ja auch nichts. Es leiden immer noch zu viele Schulen unter Unterrichtsausfall. Deswegen steuern wir hier gegen. Natürlich ist es nicht so einfach, die Lehrer zu finden. Aber Herr Dr. Stegner, es bringt ja auch nichts, keine Stellen auszuweisen und nicht zu versuchen, dass man viele Lehrer findet.

Der Digitalpakt ist jetzt auf dem Weg; das freut uns sehr. Wir halten es dennoch für notwendig, beim Digitalpakt schon jetzt mit dem Bund noch einen Schritt weiterzugehen, um auch Fortbildung und Wartung dauerhaft zu gewährleisten und noch mehr Mittel für Investitionen auf den Weg zu bringen. Wir haben jetzt die Zahlen für die Kreise gesehen. Das ist schon einmal ein großer Schritt nach vorn. Aber wir sehen, es wird dauerhaft nicht reichen. Deswegen müssen wir jetzt schon über einen Digitalpakt II mit dem Bund sprechen, durch den auch Wartung und Fortbildung vernünftig gewährleistet werden. Das wird eben nicht vom Bund finanziert, und da müssen wir nachsteuern.

Ich glaube, wir müssen uns auch sehr viel mehr um die Inklusion kümmern mit mehr Sonderpädagogik und auch mit dem Erhalt der Förderzentren. Die Perspektivschulen wurden schon angesprochen. Das ist, glaube ich, ein wichtiger Beitrag, um weniger Schulabbrecher zu generieren. Es sind immer noch 7 % in Schleswig-Holstein, die die Schule ohne Schulabschluss verlassen. Das ist ein Drama.

(Christopher Vogt)

Was soll aus diesen jungen Menschen auf dem Arbeitsmarkt werden, der immer höhere Anforderungen stellt? Da müssen wir unbedingt etwas tun, und da packen wir an.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bei allem, was wir hier fordern und beschließen, gilt es, Vernunft und Augenmaß walten zu lassen. Das gilt insbesondere bei dem Thema, das derzeit viele Menschen umtreibt und auf die Straßen bringt, dem Klimaschutz. Wir fordern eine marktwirtschaftliche, sektorenübergreifende CO<sub>2</sub>-Bepreisung. Das umzusetzen, ist auf Bundesebene leider noch nicht gelungen.

(Lachen Sandra Redmann [SPD])

- Das ist tatsächlich nicht gelungen. Sie würde dafür sorgen, dass die CO<sub>2</sub>-Einsparung dort stattfinden würde, wo die geringsten Kosten ausgelöst werden. Das wäre ein wirklich intelligenter Innovationstreiber, Frau Kollegin. Mit immer neuen Verboten, Steuern und Verzichtspredigten werden wir mit Sicherheit nicht zum weltweiten Vorbild werden, was beim Klimaschutz notwendig ist; denn wenn uns niemand folgt, ist das alles für die Katz.

(Beifall FDP)

Wir werden nur mit Verteuerungen und Verboten auch nicht den benötigten Konsens erzielen, sondern die gesellschaftliche Spaltung im Zweifel weiter vertiefen. Das gilt es, glaube ich, zu verhindern. Das muss unser aller Ziel sein.

(Beifall FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich finde das Klimapaket der Bundesregierung sehr kleinteilig und wenig innovativ. Aber ich empfehle allen ernst zu nehmenden Kräften im Land, sich das genau anzuschauen und damit verantwortlich umzugehen. Einige Vorschläge gehen ja durchaus in die richtige Richtung. Ich glaube, Blockaden wird sich am Ende niemand leisten können. Das ist doch auch völlig klar. Insofern empfehle ich allen eine gewisse Zurückhaltung.

In finanzieller Hinsicht habe ich den Eindruck, dass der Bund mit dem Klimapaket Einnahmen generieren will, um seine zusätzlichen Ausgaben zu finanzieren.

(Volker Schnurrbusch [AfD]: Sehr guter Einwand!)

- Mensch, die AfD ist auch aufgewacht! Der erste Beitrag von Ihnen heute. Herzlichen Glückwunsch!

(Volker Schnurrbusch [AfD]: Zustimmung!)

Ich bin gespannt auf die Ideen, die Sie da haben. Darauf bin ich wirklich gespannt, Herr Nobis. Das wird sicherlich interessant.

Aber es ist leider wie immer: Die Länder sollen kräftig draufzahlen, und das wird am Ende im Bundesrat schwierig werden.

(Volker Schnurrbusch [AfD]: So ist es!)

Ich finde es allerdings auch schwierig - das sage ich an dieser Stelle auch ganz deutlich -, wenn man als Erstes sagt, die Pendlerpauschale als eines der wichtigsten Entlastungsinstrumente will man nicht. Monika Heinold hat die Pendlerpauschale immerhin verstanden. Das hat sie einigen anderen Menschen voraus. Aber ich sage ganz deutlich, wir müssen im Bundesrat sehr auf die Balance, auch auf die soziale Balance, achten; auch darauf sollten wir schauen. Wenn man die Pendlerpauschale verstanden hat, dann sollte man vielleicht auch gucken, dass es Entlastungsinstrumente gibt und dass eine vernünftige Steuerung da ist, damit sich Leistung auch beim Klimaschutz lohnt und nicht diejenigen bestraft werden, die sich als Pendler gar nicht anders verhalten können.

(Beifall FDP, CDU und SSW - Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Ja, Frau Kollegin. - Ich sage in Richtung der Grünen - ich glaube, das sehen viele Grüne auch -, wir müssen sehr schauen, dass die Pendler, die ihr Verhalten nicht ändern können, die sich eben kein neues Elektroauto kaufen können, nicht einseitig belastet werden und mit Euros, die am Monatsende knapp sind, für den Klimaschutz bluten müssen, obwohl es dem Klimaschutz nicht dient. Darauf müssen wir sehr aufpassen; das sage ich sehr deutlich.

(Beifall FDP, CDU und SSW)

Jetzt gibt es wohl höhere Kaufprämien für Elektroautos. Es hat doch nicht an Kaufprämien gemangelt, dass die Leute sich keine Elektroautos zugelegt haben. Es liegt vor allen Dingen an der Ladeinfrastruktur und an der - sagen wir einmal - Praxis-tauglichkeit. Da muss der Bund doch die Kommunen unterstützen. Wie soll es denn funktionieren, dass die Leute, die in einer Altbauwohnung wohnen, vor ihrer Haustür eine Ladestation haben? Das ist doch sozusagen das Nadelöhr. Ich glaube, wir sollten nicht nur auf Elektroautos setzen. Das ist ein Baustein. Es muss dort mehr Infrastruktur geben und weniger Kaufprämien, die eh nur den Falschen helfen.

(Christopher Vogt)

(Beifall FDP und SSW)

Ich finde auch die Ankündigung der Bundesregierung großartig, deutlich mehr Geld in die Bahn zu investieren. Damit die Menschen tatsächlich umsteigen, wäre es aber schon sehr hilfreich, wenn der Bund die Bahn erst einmal in die Lage versetzen würde, die Nahverkehrsangebote, die das Land Jahr für Jahr teuer bezahlt, tatsächlich liefern zu können. Nicht nur auf der Marschbahn fallen regelmäßig Züge aus, weil der Bahn noch immer das Personal fehlt. Auch in anderen Regionen, in anderen Nahverkehrsnetzen ist das der Fall. Ich bin kein Freund davon, dass großspurig irgendwelche Milliardenprojekte angekündigt werden, wenn man schon die Basics nicht hinkommt. Das wäre schon mal ein Punkt, um zu erreichen, dass mehr Menschen umsteigen.

(Beifall FDP, SSW und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es gehört zur Ehrlichkeit natürlich auch dazu: Massive Investitionen in die Bahn sind wichtig. Wir sehen es bei der Marschbahn. Da haben wir dank Bernd Buchholz schon die Zusagen vom Andi Scheuer bekommen. Aber wir sehen, auch wenn sonst in das Infrastrukturnetz der Bahn investiert wird, geht es nicht sofort los, sondern es wird erst einmal jahrelange Ausschreibungen und Baustellen geben. Das gehört zur Ehrlichkeit auch dazu. Deswegen muss man erst einmal das Kerngeschäft vernünftig hinkommen. Damit wäre schon viel geholfen.

Wir brauchen deshalb nicht nur für den Straßenbau, sondern auch für die Bahnstrecken und die Stromtrassen ein effizienteres Planungsrecht. Ich sage ganz ausdrücklich, dass dies nicht zulasten von Anwohnern oder Umwelt gehen darf und auch nicht gehen sollte.

Das bringt mich zum Windkraftausbau, bei dem wir immer betont haben, dass wir eine tragfähige Planung und mehr Akzeptanz bei den Anwohnern brauchen. Die größeren Abstände zwischen Anlagen und Wohngebieten bei neuen Flächen sind uns sehr wichtig. Ich fand es interessant, Herr Dr. Stegner, dass die SPD Robert Habeck jetzt vorwirft, dass er das hier mitgemacht und auf Bundesebene kritisiert hat. Das kann man ja machen. Ich sage Ihnen nur, Herr Dr. Stegner: Sie haben das hier immer verteufelt und tragen es selbst auf Bundesebene mit, dass es größere Abstände gibt. Das ist schon interessant.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Einen letzten Satz möchte ich dazu sagen: Es schafft nur diese Bundesregierung, zu sagen, wir erhöhen bundesgesetzlich die Abstände auf 1.000 m und geben denen Geld, die darunter bleiben. Das ist wirklich GroKo-Logik, die man sich erst einmal erschließen muss.

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Stegner?

**Christopher Vogt [FDP]:**

Na klar.

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:** Ich bin sehr dankbar, Herr Kollege Vogt, dass ich noch einmal Gelegenheit habe, das zu erläutern, was Sie nicht verstanden haben. Wir haben hier kritisiert, dass Herr Günther und andere bezüglich der Abstände Versprechungen gemacht hat, die man nicht einhalten kann. Wir haben solche Versprechungen nicht gemacht, weil wir die Energieziele verfolgen und erreichen müssen.

Was den Bund angeht, so haben wir dem in der Koalition nur mit dem Hinweis zugestimmt, dass man davon abweichen darf und Kommunen sogar Geld dafür kriegen, wenn sie das tun, weil wir es für sinnvoll halten, das zu tun. Was ich kritisiert habe, ist, dass Herr Habeck im Bund wahrheitswidrig behauptet hat, dass das, was er kritisiert, in Schleswig-Holstein nicht stattfindet. Er hat aber einen Koalitionsvertrag unterschrieben, in dem das drinsteht, was ja inzwischen herausgekommen ist; denn solche Dinge werden im Internet ja veröffentlicht. Das ist der Punkt, um den es geht. Insofern rede und handele ich an allen Stellen gleichermaßen und sage nicht an der einen Stelle das eine und an der anderen Stelle das andere.

(Beifall SPD)

- Herr Dr. Stegner, vielen Dank für den Beitrag. Sie haben noch einmal unterstrichen, wie widersinnig es ist. Warum erhöhen Sie die Abstände bundesweit denn, wenn Sie den Menschen Geld dafür geben wollen, dass sie drunter bleiben? Das ist schon eine interessante politische Maßnahme.

Ich sage Ihnen noch eines: Wir haben es mit Herrn Habeck gemeinsam hinkommen, dass bei neuen Flächen - da ist es ja sinnvoll - die Abstände auf



(Christopher Vogt)

1.000 m erhöht werden, und halten trotzdem die Energieziele ein.

(Zurufe SPD)

- Entspannen Sie sich. Das ist der erste Punkt.

Herr Dr. Stegner, Sie haben jetzt 10 H in Bayern akzeptiert, was auch interessant ist. Insofern: Richtig konsistent ist die Haltung der Nord-SPD an der Stelle nicht. Sie haben uns hier dafür verteufelt, Sie haben sogar behauptet, dass die größeren Abstände Ursache dafür sind, dass in der Windkraftbranche Arbeitsplätze abgebaut werden müssen. Sie sehen die Entwicklung des EEG seit 2017 gar nicht. Sie sehen die bundesweite Entwicklung nicht. Sie erzählen an der Stelle schon Märchen. Ehrlich gesagt, ich glaube, Sie sollten sich das noch einmal genauer angucken; denn die SPD-Logik ist an der Stelle wirklich widersinnig.

(Beifall FDP)

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Stegner?

**Christopher Vogt [FDP]:**

Weil es gerade so nett ist.

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:** Ich will gern auf die Frage antworten, die Sie gestellt haben. Sie haben gefragt, warum wir das im Bund mitmachen. Ich will Ihnen sagen, warum wir der Lösung zugestimmt und deswegen gesagt haben, wir müssen eine Öffnungsklausel haben, damit die Kommunen motiviert werden: Das Ziel der Union war etwas ganz anderes. Sie wollte das, was Bayern macht, zum bundesweiten Standard machen. Das wäre der Tod der Windenergie gewesen, kann ich Ihnen nur sagen. Deswegen konnte man sich mit der Union nur verabreden, indem man sagte: Dann schafft wenigstens eine Öffnungsklausel für die Kommunen. Die Bayern denken immer, der Strom komme aus der Steckdose, und man müsse nichts dafür tun. Deshalb kann man die bayerische Lösung, das, was die CSU will, nicht mittragen. Das haben wir verhindert. Schlimm genug, dass es Bayern nicht anders macht.

- Ich kannte es bisher eigentlich so, dass die Leute vom Saalmikrofon aus Fragen stellen, aber vielen Dank für die Antwort. - Daniel Günther sagt, das stimmt nicht. Aber mir ist auch relativ egal, wer das in der GroKo verhandelt hat. Ergebnis ist, Herr Dr.

Stegner, dass es niemanden so richtig voranbringt, erst höhere Standards zu setzen und den Menschen dann Geld dafür zu geben, dass sie darunter bleiben. Das ist schwer zu erklären. Das muss ich Ihnen ganz ehrlich sagen.

Zur Windenergie kommen wir in diesem Tagungsabschnitt noch einmal. Vielleicht kommen wir ja irgendwann einmal gemeinsam zu der Erkenntnis, dass es Sinn ergibt, auf die berechtigten Interessen der Anwohner mehr Rücksicht zu nehmen. Dabei geht es darum, was lebenswert ist, es geht um das Vermögen, darum, was die Häuser wert sind. Die Menschen vertrauen darauf, dass sie sie im Zweifel weiterverkaufen können.

(Zuruf Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Frau Fritzen, das sind berechnete Interessen, auf die wir Rücksicht nehmen wollen. Darum haben wir in Schleswig-Holstein diesen klugen Kompromiss gefunden und uns entschieden, diesen Weg weiterzugehen. Das war ja unser Jamaika-Kompromiss. Insofern freuen wir uns über die zusätzlichen Mittel, die wir dank der SPD aus Berlin bekommen. Wir werden sie entsprechend nutzen.

Die wirtschaftliche Entwicklung und deren Bedeutung für den Staatshaushalt habe ich bereits kurz angesprochen. Aber in Schleswig-Holstein besteht ein strukturelles Problem, mit dem wir uns beschäftigen müssen. Schleswig-Holstein hat eine sehr stark mittelständisch geprägte Wirtschaftsstruktur. Deshalb ist es für uns von besonderer Bedeutung, eine sehr mittelstandsfreundliche Politik zu machen, also unnötige Bürokratie zu vermeiden, die Ausbildung zu stärken und die Infrastruktur zu verbessern.

Ich bin fest davon überzeugt, dass die Wirtschaftsstruktur in Schleswig-Holstein besonders anpassungsfähig und krisenfest ist. Das haben wir in der letzten Wirtschaftskrise erlebt. Aber es gibt zweifellos zunehmende Herausforderungen für die kleinen Betriebe in Schleswig-Holstein. So ist die Unternehmensnachfolge beziehungsweise -übernahme eine existenzielle Frage für unser Handwerk geworden. Wir sind uns dieser Herausforderung bewusst und möchten Meisterinnen und Meistern, die ein Unternehmen gründen oder übernehmen wollen, unter die Arme greifen. Seit Beginn des Jahres kann die Meistergründungsprämie beantragt werden. Bereits die ersten Monate bestätigen uns in unserem Handeln. Nahezu täglich flattern neue Anträge ins Haus. Daher ist es richtig, dass wir die zur Verfü-



(Christopher Vogt)

gung stehenden Mittel für das kommende Jahr mehr als verdoppeln.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Das Handwerk weiß uns hierbei an seiner Seite. Das ist aber nur einer der vielen Bausteine, um den Fachkräftemangel zu bekämpfen, der mittlerweile eines der Hauptprobleme bei der wirtschaftlichen Entwicklung geworden ist. Dieses Problem wird in den nächsten Jahren noch deutlich größer werden.

Schleswig-Holsteins Wirtschaft ist zuletzt zum ersten Halbjahr 2019 deutlich stärker gewachsen als der Bundesdurchschnitt. Wir sind jetzt immerhin mit Bayern auf Augenhöhe. Das ist schon eine Nachricht an sich. Herr Stegner, auch das haben Sie wieder relativiert. Ich kann mich noch daran erinnern, wie Sie sich in den letzten Jahren gefeiert haben, wenn Sie beim Wirtschaftswachstum einmal nicht die rote Laterne hatten. Das lag dann meistens daran, dass gegenüber gerade ein U-Boot ausgeliefert wurde.

(Zuruf Beate Raudies [SPD])

- Frau Kollegin, insofern ist es merkwürdig, wenn Sie sagen, dies sei alles zufällig und habe keine Aussagekraft.

(Beifall FDP)

Insbesondere die Cluster im Land strahlen über die Landesgrenzen hinaus. Dennoch wollen wir beim Standortmarketing und beim Tourismusmarketing deutlich mehr tun, damit unsere Attraktivität bundesweit und auch international besser zur Geltung kommt. Wir wollen unseren Wirtschaftsstandort zudem mit einer besseren Ansiedlungsstrategie weiter voranbringen, werden uns bei der Gründungsförderung nicht ausruhen und zeitnah eine neue Industriestrategie vorlegen. Wir müssen auch den Technologie- und Wissenstransfer weiter verbessern, wenn wir dauerhaft zu den erfolgreicherer Regionen aufschließen wollen.

Hier leben ja seit Jahren die glücklichsten Deutschen. Aus meiner Sicht dürfen sie nicht nur glücklich, sondern dabei gern auch ein bisschen wohlhabender sein. In der Tat müssen wir daran arbeiten, den Braindrain zu stoppen, unter dem Schleswig-Holstein schon seit Jahrzehnten leidet. Wir müssen es also schaffen, dass nicht mehr so viele Menschen dauerhaft den Norden verlassen, sondern dass mehr Menschen hierherziehen.

Wir wurden von Herrn Dr. Stegner belehrt, dank der Jamaika-Koalition hauten die Leute nach Mecklenburg-Vorpommern und Bremen ab. Herr Dr. Steg-

ner, das mag in der SPD-Welt so sein. In der Realität sieht es anders aus. Sie gehen eher in den Süden und Westen der Republik, kommen aber zu selten wieder. Aber ich kenne auch viele Menschen gerade in meiner Altersgruppe, die sagen, jetzt, da sie Familie haben, kommen sie gern nach Schleswig-Holstein, weil es ein lebenswertes und familienfreundliches Land ist. Das sollten wir weiter stärken, damit können wir wuchern.

(Beifall FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mit der neu gegründeten Autobahn GmbH des Bundes stehen im Straßenverkehr große Veränderungen an. Das haben viele noch gar nicht richtig realisiert. Als Freie Demokraten haben wir uns immer gegen diese neue Infrastrukturgesellschaft ausgesprochen, weil wir sie für schwierig halten. Wir haben immer die Sorge gehabt, dass es der Bund nicht besser hinkommt als die Länder. Aber jetzt arrangieren wir uns mit der Wirklichkeit und machen eben das Beste daraus.

Einige Autobahnen geben wir schon im nächsten Jahr komplett an den Bund ab. Bei vielen Großprojekten haben wir die Planungsgesellschaft DEGES ins Boot geholt, nicht nur, weil hierdurch Kapazitäten im Landesbetrieb frei werden und weil die DEGES bei Großprojekten sehr kompetent ist, sondern auch, weil die DEGES in die Autobahn GmbH überführt wird. Das ist ein ganz wichtiger Punkt. Die SPD hat uns vorgeworfen, es sei falsch, dies an die DEGES abzugeben. Damit wäre der Übergang in die Autobahngesellschaft komplizierter. Das ist eben nicht der Fall. Herr Vogel, es wird einen reibungslosen Übergang geben. Insofern ist dies doppelt gut, und ich glaube, wir sollte es auch entsprechend unterstützen.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Es ist also wichtig, dass Planung und Bauen durch diese Maßnahme nicht unnötig verzögert werden. Dennoch brauchen wir ein effizienteres Planungsrecht. Dieses ist mittlerweile wirklich so absurd, dass in diesem Land bald gar nichts mehr vorangeht. Das sehen wir in allen Bereichen, auch beim Schienenverkehr und bei den Stromtrassen, die wir dringend brauchen.

(Beifall Stephan Holowaty [FDP])

Meine Damen und Herren, die große Reform der frühkindlichen Bildungslandschaft ist nicht nur ein zentrales Projekt für mehr Chancengerechtigkeit, sondern auch ein finanzpolitisches Schwergewicht. In dieser Wahlperiode wird das Land rund 1 Milli-

(Christopher Vogt)

arde € mehr für Kindergärten und Krippen ausgeben, wenn man alles einrechnet. Das ist ein echter Kraftakt für unser Bundesland. Wenn ausgerechnet jene Partei, die uns die bundesweit höchsten Kindergartenbeiträge hinterlassen hat, jetzt die sofortige Beitragsfreiheit fordert, so kommt das den Eltern wohl wie blanker Hohn vor.

Herr Dr. Stegner, es ist natürlich Quatsch, was Sie an der Stelle erzählen. Sie sagen, wir seien in Norddeutschland allein. Ich empfehle Ihnen einmal zu schauen, welche finanziellen Voraussetzungen in anderen Ländern bestehen, woher sie kommen und was sie tatsächlich tun. In Mecklenburg-Vorpommern bestehen, soweit ich weiß, Durchschnittsbeiträge von 60 € Im Hamburger Umland von 750 € auf null zu kommen, ist vielleicht eine größere Aufgabe, als von 60 € auf null zu kommen. In Hamburg ist der Halbtage beitragsfrei, der Nachmittag kostet richtig Knete. In Niedersachsen ist auch nur ein Teil der frühkindlichen Bildung beitragsfrei. Schauen wir uns in den nächsten Jahren, wenn es ein bisschen enger wird, einmal an, wie seriös das finanziert war. Lassen wir also solche unnützen Vergleiche, bauen wir keine Luftschlösser, sondern stellen wir das intransparente und ineffiziente Kita-System, das Sie uns hinterlassen haben, vom Kopf auf die Füße.

(Beifall FDP und CDU)

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Herr Abgeordneter Vogt, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Stegner?

**Christopher Vogt [FDP]:**

Ja.

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:** Sie haben vorhin darauf hingewiesen, dass Sie etwas jünger sind als der Kollege Kubicki, aber jedenfalls alt genug, um sich zu erinnern, dass das beitragsfreie Kita-Jahr, das wir ja schon einmal hatten,

(Anita Klahn [FDP]: Wie lange war das?)

- von Schwarz-Gelb abgeschafft wurde. Wäre das so, dann würden Sie hier nicht solche Reden halten.

- Es war ein Jahr, Herr Dr. Stegner. Hätten Sie eine seriöse Finanzierung hinterlassen, hätten wir es gern beibehalten und ausgeweitet. Der Zusammenhang zwischen Geld und Beitragsfreiheit ist Ihnen sicherlich klar, oder?

(Zuruf Birte Pauls [SPD])

- Frau Pauls, da Sie hier so kompetent sind: Ihr Vorschlag, die Beitragsfreiheit aus dem Sondervermögen IMPULS finanzieren zu wollen, ist lächerlich. Aus einem Infrastrukturprogramm wollen Sie dauerhaft Beitragsfreiheit garantieren.

(Beate Raudies [SPD]: Das haben wir nicht gesagt!)

- Doch, das haben Sie gesagt. Wir müssen doch damit unsere Infrastruktur sanieren und ausbauen. Sie sollten die Veröffentlichungen Ihrer Fraktion und Ihrer Partei schon lesen, Frau Raudies.

Frau Raudies, da wir gerade dabei sind: Noch unsinniger finde ich es, dass die SPD - die Partei in dem Fall; Sie sehen es wahrscheinlich wieder anders - vorschlägt, für die sofortige Beitragsfreiheit die Schuldenbremse abzuschaffen. Das hat Ihre Landesvorsitzende kürzlich in einem Interview gemacht. Das habe ich mit Interesse gelesen. Die Kinder würden dann ihre Beitragsfreiheit selbst finanzieren müssen, ohne gefragt zu werden. Das ist auch ein interessantes Modell.

Neue Schulden für konsumtive Ausgaben haben uns genau in diese hohe Verschuldung getrieben, unter der unser Land bis heute leidet. Sie wollen jetzt wieder an die 80er- und 90er-Jahre anschließen. Herzlichen Glückwunsch! Die SPD dokumentiert damit, dass sie alles ist, nur nicht regierungsfähig.

(Beifall CDU, FDP und Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es reicht eben nicht aus, wenn man als größte Oppositionsfraktion beim Haushalt nichts anderes hinbekommt als albernes Trockenschwimmen, ohne einen einzigen Finanzierungsvorschlag vorzulegen. Das ist unterirdisch. Mich könnte das wirklich aufregen. Aber das nützt auch nichts. Sie werden ja lange in der Opposition bleiben.

(Beate Raudies [SPD]: Das ist schlecht für Ihre Gesundheit!)

- Ja, genau, Frau Raudies, das ist schlecht für meine Gesundheit.

(Beate Raudies [SPD]: Ich bin echt fürsorglich!)

- Ja, vielen Dank. - Meine Damen und Herren, wir werden in einem ersten Schritt die Kitas für alle bezahlbar machen, aber nicht bei der Qualität und auch nicht bei den Kommunen kürzen. Das ist auch ein ganz wichtiger Punkt. Wenn man als Priorität

(Christopher Vogt)

die sofortige Beitragsfreiheit hat, müsste man eines von beiden machen, würde man ernsthaft handeln.

Den Kommunen verspricht die SPD beim kommunalen Finanzausgleich im Vorbeigehen auch noch einmal dreistellige Millionenbeträge, so wie auch den Beamten beim Weihnachtsgeld.

Nun noch zu den Redebeiträgen, die zeigen sollten, welche negativen Folgen die Kitareform angeblich hat. Ich sage es jetzt deutlich - am Freitag wird es noch einmal klarwerden -: Im Jahr 2017 haben wir 2.000 € pro Kind ausgegeben, und im Jahr 2020 werden es 4.400 € pro Kind und Jahr sein. Wer dabei ernsthaft der Meinung ist, es werde für viele schlechter, hat entweder in Mathematik nicht aufgepasst oder erzählt hier wirklich Blödsinn.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir werden uns die Auswirkungen auf jede einzelne unserer vielen Kommunen genau anschauen. Ich sage Ihnen voraus: Dann wird es wirklich interessant, wie Sie in den Kommunen handeln. Ganz viele Kommunen werden dann deutlich machen, dass sie die Beiträge weiter absenken müssen. Dabei werden wir die SPD-Kommunalpolitiker ganz besonders in die Pflicht nehmen, Herr Dr. Stegner.

(Beifall FDP und CDU - Zurufe SPD)

Frau Raudies, ich hoffe wirklich, dass Sie all das, was Sie zu dem Thema erzählen, nicht selbst glauben. Das wäre sonst wirklich bedenklich.

Wir werden weiterhin fair mit den Kommunen umgehen. Das erwarten wir andersherum allerdings auch. Alle Beteiligten sollten an einer fairen und bedarfsgerechten Verteilung der Finanzmittel ein großes Interesse haben. Land und Kommunen sitzen finanziell logischerweise in einem Boot. Ich setze deshalb darauf, dass man zügig gemeinsam zu einem fairen Paket kommen wird. Es gibt aber auch klare Schmerzgrenzen für das Land, und man muss auch alle Fakten berücksichtigen, zum Beispiel die Gewerbesteuerumlage - einmal eben 140 Millionen € zugunsten der Kommunen -: Wer so etwas bei der Diskussion völlig ausblendet, kann dann auch nicht so richtig ernst genommen werden.

Wer meint, dass Integrationskosten sofort sinken, weil die Flüchtlingszahlen zurückgehen, begibt sich auf einen historischen Irrweg und handelt verantwortungslos. Es ist ein großer Streitpunkt zwischen uns und den Kommunen, den uns die Bundesregierung eingebrockt hat, Herr Dr. Stegner. Ich finde es ganz toll, dass Sie Herrn Scholz in dieser Frage kritisieren, ich erwarte aber von Ihnen als stellvertre-

tendem Parteivorsitzenden, dass Sie ihn umstimmen. Das ist doch der entscheidende Punkt. Sie sollen ihn nicht kritisieren, Sie sollen einmal zu anderem Handeln kommen. Das wäre doch entscheidend.

(Beifall FDP und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist wirklich wichtig: Integration ist eine langwierige, viele Jahre währende Aufgabe. Sie ist teuer, aber günstig im Vergleich zu den Folgen nicht erfolgter oder missglückter Integration. Wir mahnen schon seit Beginn der Flüchtlingskrise, die langfristigen Auswirkungen im Blick zu behalten. Hierzu gehört auch eine seriöse Antwort auf die Frage, wie wir mit Menschen umgehen, die am Ende kein Bleiberecht in Deutschland haben werden. Herr Dr. Stegner, dieser Frage muss man sich auch stellen. Als allerletztes Mittel muss der Staat die Ausreisepflicht durchsetzen. Die geplante Abschiebehafteinrichtung in Glückstadt findet niemand toll, aber sie ist notwendig, und deswegen wird sie das in Zukunft ermöglichen. Ich will noch einmal darauf verweisen, dass dort zwei SPD-regierte Länder mitmachen: Mecklenburg-Vorpommern und Hamburg.

(Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

In der Tat, Herr Dr. Stegner, Sie haben das sogar als Drohung in den Raum gestellt. Wir schauen uns insgesamt gemeinsam an, wie das läuft. Ich muss ganz ehrlich sagen, dass sich Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern - Herr Meyer ist jetzt Finanzminister in Mecklenburg-Vorpommern - jetzt einen schlanken Fuß machen. Aber wir schauen uns am Ende an, wie das laufen wird, Herr Dr. Stegner. Darauf freue ich mich sehr.

(Vereinzelter Beifall FDP, CDU und Beifall Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es war in Schleswig-Holstein nicht immer selbstverständlich, dass der Tarifabschluss eins zu eins auf unsere Beamten übertragen wurde. Auch daran möchte ich an dieser Stelle erinnern. Wir gehen diesen Weg und werden zusätzlich eine Reihe von weiteren Verbesserungen auf den Weg bringen. Wir erfüllen nicht alle Erwartungen, das ist uns auch klar, doch eine schnelle Rückkehr zur alten Weihnachtsgeldregelung, auch wenn Sie die damals versprochen haben sollten, ist für das Land leider nicht so leicht zu schultern, wie einige hier meinen. Sie würde den Haushalt mit mindestens 140 Millionen € pro Jahr belasten. Die muss man erst einmal dauer-

(Christopher Vogt)

haft erwirtschaften. Deswegen müssen wir schrittweise dazu kommen, als öffentlicher Arbeitgeber attraktiver zu werden. Dazu gehören für uns übrigens auch andere Rahmenbedingungen wie zum Beispiel ein besseres Gesundheitsmanagement, attraktivere Büroräume oder auch moderne Arbeitszeitmodelle, wo natürlich der Staat einen Vorteil gegenüber vielen Unternehmen in der privaten Wirtschaft hat.

Am Ende gilt: Der Haushalt ist strukturell ausgeglichen, und er wird es bleiben. An der Schuldenbremse werden wir nicht rütteln. Wir haben gezeigt, dass die Einhaltung der Schuldenbremse und eine hohe Investitionstätigkeit kein Widerspruch sein müssen. Dank einer seriösen Haushaltspolitik und klarer Prioritätensetzungen schaffen wir den Spagat. Es wird dabei bleiben, dass wir nicht alles Wünschenswerte leisten können. Die beginnende Rezession, die hoffentlich nur ein kurzes Zwischentief sein wird, mahnt uns dazu, weiter Vernunft und Augenmaß walten zu lassen hinsichtlich der Ausgabenpolitik, aber auch hinsichtlich der Belastung der Steuerzahler. Auch das sollte am heutigen Tage deutlich herausgearbeitet werden. Das sage ich auch mit Blick auf die anstehende Grundsteuerreform, wo wir in der Tat noch nicht so hundertprozentig beisammen sind, und auf die Diskussion im Bund über Soli und Vermögensteuer. Wir als Land müssen die Bürgerinnen und Bürger sinnvoll entlasten, wo es möglich ist: bezahlbare Kita-Plätze, aber auch bei den Ausnahmen bei der Grunderwerbsteuer für die Vermögensbildung oder auch durch die Abschaffung der unsinnigen Straßenausbaubeiträge. Das Thema ist auch nicht in den letzten zwei Jahren vom Himmel gefallen. Es treibt viele Menschen um. Ich glaube, auch da müssen wir zu guten Lösungen kommen.

Abschließend möchte ich sagen: Unser Land wird lebenswert bleiben, lebenswerter werden. Durch Innovationen und eine starke Wirtschaft kann es uns gelingen, unseren Wohlstand zu sichern und damit auch unsere Gesellschaft zusammenzuhalten. Ich glaube, das ist extrem wichtig. Wir sollten auch bei der Digitalisierung und der Künstlichen Intelligenz nicht wie das Kaninchen vor der Schlange sitzen, sondern uns die Vorteile zunutze machen und die Nachteile abmildern.

Schleswig-Holstein hatte in der Vergangenheit kaum Wachstum, aber hohe Schulden. Wir wollen das jetzt drehen. Wir wollen kaum Schulden haben, aber hohes Wachstum. Das ist der deutlich bessere Weg für alle Bürger. Ich danke der Landesregierung an dieser Stelle schon einmal ganz besonders, ins-

besondere Monika Heinold und ihrem Team, aber auch den Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für die gute Zusammenarbeit. Der Haushalt wird sich noch etwas ändern. Jamaika packt an und schnackt nur selten rum, Herr Ministerpräsident. Ich freue mich auf die weiteren Beratungen und auf die zweite Lesung, dann werden wir wieder große Erfolge verkünden können. - Vielen Dank.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Für die AfD hat der Fraktionsvorsitzende Jörg Nobis das Wort.

**Jörg Nobis [AfD]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Ministerpräsident! Sehr geehrte Frau Finanzministerin! Liebe Steuerzahler und zukünftige Steuerzahler! Deutschland steht am Rande einer Rezession. Die jahrelange wirtschaftliche Schönwetterperiode neigt sich dem Ende entgegen. Sie tun hier aber so, als wäre alles beim Alten, als würden die Einnahmen ewig weiter sprudeln. Einhellig warnen alle Wirtschaftsforschungsinstitute vor dem Abrutschen in die Rezession.

(Martin Habersaat [SPD]: Hören Sie beim Klimaschutz doch auch einmal auf die Experten!)

Ich zitiere:

„Die Schwäche der Industrie breitet sich wie ein Ölfleck nach und nach in andere Wirtschaftszweige aus.“

Das sagte vor wenigen Tagen noch der ifo-Konjunkturchef Timo Wollmershäuser. Meine Damen und Herren, die Stimmung hat sich bereits massiv eingetrübt. Die Krise steht vor der Tür. Sie hat bereits geklingelt. Nein, Herr Vogt, wir müssen die Krise nicht herbeireden, sie begehrt bereits Einlass.

Das geht auch an uns hier in Schleswig-Holstein nicht vorbei: Ertragsprobleme beim größten Industriearbeitgeber des Landes, bei Dräger in Lübeck, führen zu Stellenabbau. Die Pleite von Senvion ist hochaktuell. Nein, auch hier in Schleswig-Holstein sind die Anzeichen für jedermann, der sie denn auch sehen will, Herr Harms, erkennbar. Das Land taumelt der Rezession plan- und ziellos entgegen. Was macht die Landesregierung? Was machen Sie, Frau Heinold? - Sie legen uns für das kommende Jahr einen Haushaltsentwurf vor, bei dem die Mehr-

(Jörg Nobis)

ausgaben über den Mehreinnahmen liegen, wenn wir richtigerweise die Ausgaben um die jetzt wegfallenden HSH-Finanzfondsmittel bereinigen. Ein Wille zum Sparen ist da überhaupt nicht erkennbar.

Frau Heinold, im März hieß es bei Ihnen noch: Jeden Euro zweimal umdrehen war gestern. - Heute heißt es, jeden Euro dreimal umzudrehen.

(Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie drehen die Mark immer noch um!)

Frau Heinold, Sie können den Euro in Ihrem Ministerium so häufig umdrehen, wie Sie möchten, aber auch Sie können jeden Euro nur einmal ausgeben.

(Beifall AfD - Beate Raudies [SPD]: Aber sie gibt Euro aus!)

Ich kann leider nicht erkennen, dass Sie irgendetwas unternehmen, um unser Land krisenfest für die kommende Rezession zu machen. Im Gegenteil: Ohne die HSH-Effekte übersteigen Ihre geplanten Mehrausgaben sogar noch die erwarteten Mehreinnahmen. Nur was machen Sie, wenn im kommenden Jahr die erwarteten Mehreinnahmen wie Eis in der Sonne dahinschmelzen? - Dann wird aus der geplanten Minitilgung von 36 Millionen € am Ende doch noch ein Schuldenzuwachs. Ihre hohen Einnahmeerwartungen treffen im kommenden Jahr auf die sich wie Öl auf der Wasseroberfläche ausbreitende Rezession.

Wenn noch nicht im nächsten Jahr, dann wird sich diese jamaikanische Ausgabenpolitik, die nicht vorhandene Haushaltsdisziplin dieser Landesregierung spätestens - spätestens! - ab dem übernächsten Jahr bitter rächen. Uns droht schlechtes Wetter, Frau Heinold! Zeit, die Segel zu reffen und nicht noch weitere zu setzen, während die dunkleren Sturmwolken bereits am Horizont aufziehen.

(Beifall AfD)

Diese Landesregierung ist auf das, was kommt, nicht vorbereitet. Schleswig-Holstein bleibt im Ländervergleich Vorreiter bei den Ausgabensteigerungen.

Liebe Steuerzahler, von einem verdienten Euro bleiben Ihnen 46,3 ct zur freien Verfügung. Das hat der Bund der Steuerzahler errechnet. In diesem Jahr zahlt ein durchschnittlicher Arbeitnehmerhaushalt 53,7 % seines Einkommens als Steuern und Abgaben an den nimmersatten Staat. Damit fiel der diesjährige Steuerzahler-Gedenktag auf den 15. Juli 2019. Damit ist der deutsche Steuerzahler die beste Melkkuh schlechthin. In 34 von 36 OECD-Staaten

ist die Belastung der Arbeitnehmer geringer als bei uns. Aber damit nicht genug. Sie wollen mit einer Bepreisung von CO<sub>2</sub> - mit der Einführung einer CO<sub>2</sub>-Steuer - die von Hunderttausenden Sozialleistungsmigranten verursachten Haushaltslöcher stoppen und damit die Armutsspirale im Land weiter befeuern.

(Beifall AfD)

Während Millionen Stromkunden bundesweit die Abschaltung droht, weil sie ihre Stromrechnung nicht mehr bezahlen können, weil die Strompreise die höchsten der Welt sind, denken Sie von den Konsensparteien darüber nach, den Landstrom für Kreuzfahrtschiffe von der EEG-Umlage zu befreien.

(Christopher Vogt [FDP]: Und Sie sind die Aggro-Partei!)

Meine Damen und Herren, da fällt mir nur eines ein: Das ist zynisch. Oma Erna sitzt im Dunkeln und friert, weil sie sich zukünftig weder Strom noch Heizung leisten kann, und Sie wollen die Kreuzfahrtindustrie von der EEG-Umlage befreien.

(Ole-Christopher Plambeck [CDU]: Wo ist das?)

Dabei könnten doch die Kreuzfahrttouristen am ehesten einen kleinen Landstromobolus bezahlen. Das ist unsoziale Politik, meine Damen und Herren.

(Ole-Christopher Plambeck [CDU]: In welcher Welt leben Sie denn?)

Die ehemalige Partei der kleinen Leute, die alte Tante SPD, mischt bei diesen Vorschlägen immer kräftig mit. Sie wollen mit Ihrer CO<sub>2</sub>-Steuer - also unter anderem mit diesen umgerechnet 3 ct oder 4 ct, die auf das Benzin noch einmal oben draufkommen - den deutschen Steuermichel noch weiter melken. Dabei ist der Euter schon leer; nur Sie merken es nicht.

(Beate Raudies [SPD]: Der hat vor allen Dingen keinen Euter!)

Genau deshalb fabulieren die Ersten in diesem Haus auch schon von der Abschaffung der Schuldenbremse - das konnten wir der Presse entnehmen. Sie wollen Hand an die Verfassung unseres Landes legen, um neue Schulden machen zu können. Ich hoffe, dass wenigstens Sie in dieser Frage letztlich standhaft bleiben, Frau Heinold.

(Zuruf Christopher Vogt [FDP])

Denn es wäre tatsächlich ein Treppenwitz sondergleichen, wenn Sie die Schuldenbremse ausgerech-

(Jörg Nobis)

net dann abschaffen, wenn sie das erste Mal eine geringe Bremswirkung entfalten soll. Ein Jahr vor dem Inkrafttreten würden Sie dann die Bremsleistung kappen. So ein verantwortungsloses Gebaren werden wir sicherlich nicht mitmachen -

(Beifall AfD)

auch nicht für den vermeintlichen Klimaschutz, Herr Petersdotter.

Wenn Generationengerechtigkeit für Sie nicht nur eine Floskel ist, muss es Ihr Bestreben sein, die hohe Pro-Kopf-Verschuldung dieses Landes langfristig zu senken. Ein weiterer wesentlicher Aspekt bei der Frage der Generationengerechtigkeit, mithin der Nachhaltigkeit der Landesfinanzen, sind die stetig steigenden Personalkosten. Im vergangenen Jahr hat das Land rund 4,2 Milliarden € für Personal ausgegeben. Das entspricht ungefähr einem Drittel der Gesamtausgaben. In den letzten acht Jahren sind die Personalkosten des Landes um fast 30 % gestiegen. Diese Steigerung beinhaltet zum einen natürlich gerechtfertigte Tarifierhöhungen für die Landesbediensteten. Das sind notwendige und für die Attraktivität Schleswig-Holsteins als Arbeitgeber wichtige Ausgaben, denn die Zukunftsfähigkeit unseres Landes hängt maßgeblich von einer wettbewerbsfähigen Verwaltung mit motivierten Mitarbeitern ab. Dafür ist nicht nur Geld notwendig, aber eben auch.

Zur Wahrheit gehört aber auch, dass die Personalausgaben seit 2016 deutlich überdurchschnittlich angestiegen sind, und zwar ganz konkret durch zusätzliche Stellen, die „im Wesentlichen aufgrund der Integration und Versorgung von Flüchtlingen“ geschaffen wurden.

(Lars Harms [SSW]: Das sind Polizisten!)

- Ja, Herr Harms, der allgemeinen Unruhe entnehme ich, dass Sie das aus einer unverdächtigen Quelle nachlesen wollen und mir da vielleicht keinen Glauben schenken.

(Zurufe)

Diese richtige Feststellung findet sich eins zu eins in den Bemerkungen 2019 des Landesrechnungshofs, wer es nachlesen möchte: Seite 175.

(Dr. Frank Brodehl [AfD]: Der böse Rechnungshof!)

Zum anderen müssen wir uns mit den immer weiter ansteigenden Versorgungsbezügen beschäftigen. Mittlerweile machen diese rund 30 % der gesamten Personalausgaben aus - Tendenz: stetig steigend. Es gilt deshalb, zukünftige Verpflichtungen gegenüber

unseren Pensionären realistisch abzubilden und echte Vorsorge zu treffen. Denn nur so kann gewährleistet werden, dass wir uns auch in 20 Jahren noch eine Verwaltung leisten können, die unserem Land gerecht wird.

Dabei muss das Ziel nachhaltigen Regierungshandelns erstens sein, zukünftig die Personalausgaben auf ein sinnvolles Maß zu beschränken, und zweitens müssen wir Vorsorge bilden und die tatsächlichen Verpflichtungen realistisch abbilden. Sie tun weder das eine noch das andere, Frau Heinold. Sie legen zukünftig 100 € je Landesbeamten und Monat zurück. Das ist wirklich nicht mehr als der berühmte Tropfen auf den heißen Stein. Von einer Abbildung der zukünftigen Versorgungsverpflichtungen kann schon gar keine Rede sein.

Jedes Unternehmen muss Pensionsrückstellungen bilden, wenn es entsprechende Zusagen macht, oder etwa die zukünftigen Zahlungen vertraglich absichern. In einer Bilanz stünde eine Rückstellung auf der Passivseite. In einer Bilanz des Landes Schleswig-Holsteins würde Ihnen mit Blick auf diese Zahlen angst und bange.

Zu der expliziten Verschuldung, also insbesondere der im Kernhaushalt inklusive der HSH-Verbindlichkeiten in Höhe von rund 30,9 Milliarden € kommt bei kaufmännisch vorsichtiger Betrachtung je nach Schätzung und Ermittlungsverfahren eine ähnlich hohe Summe für Pensionsrückstellungen obendrauf.

(Wortmeldung Christopher Vogt [FDP])

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Vogt?

**Jörg Nobis [AfD]:**

Herr Vogt hat noch Redezeit übrig; da kann er gern auf meine Rede reagieren. Ich lasse keine Zwischenfrage zu. - Danke.

(Christopher Vogt [FDP]: Das ist traurig!)

Mindestens 34 Milliarden € dürften die Pensionslasten mittlerweile erreicht haben - 34 Milliarden € Die gehören nämlich als implizite Schulden mit zur Staatsverschuldung. Sie kommen damit insgesamt auf 65 Milliarden € wobei Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen oder auch Leasingverträgen sowie weitere Eventualverbindlichkeiten aus Bürgschaften noch nicht einmal berücksichtigt sind.

(Zuruf Beate Raudies [SPD])



(Jörg Nobis)

Das bedeutet: Die wahre Pro-Kopf-Verschuldung ist mehr als doppelt so hoch, als uns die Schuldenuhr hier im Landeshaus weismachen möchte. Deshalb, Frau Heinold: Seien Sie ehrlich! Schenken Sie den Bürgern reinen Wein ein! Ihr Haushaltsentwurf hingegen ist eine doppelte Null: null Tilgung und null Wille zum Sparen.

Das Land Schleswig-Holstein hat bis heute den Vollzug aufenthaltsbeendender Maßnahmen für ausreisepflichtige Asylbewerber größtenteils unterlassen.

(Zurufe: Ah!)

Die geplante Abschiebehaftanstalt wird am generellen Kurs dieser Landesregierung auch nichts ändern - leider, muss ich sagen. Denn wenn dieses Vollzugsdefizit gestoppt würde, könnten erhebliche Finanzmittel, welche derzeit den illegalen Aufenthalt aufrechterhalten, gesenkt oder sogar komplett gestrichen werden. Da sind wir wieder bei dem, was ich eben schon gesagt habe: Sie können jeden einzelnen Euro zwar hundertfach umdrehen, aber eben nur einmal ausgeben.

Meine Damen und Herren, wir können in einem Rechtsstaat erwarten, dass abgelehnte Asylbewerber nach Abschluss eines rechtsstaatlichen Verfahrens, nach dem letztinstanzlich durch ein Gericht festgestellt wird, dass es keinen Asylgrund gibt, das Land dann auch verlassen, und zwar entweder freiwillig oder aber durch konsequenten Vollzug von aufenthaltsbeendenden Maßnahmen. Das wäre rechtsstaatlich, nichts anderes.

(Beifall AfD)

Was Sie aber betreiben, ist politisch gewolltes und gefördertes Staatsversagen auf ganzer Linie zulasten der deutschen Steuerzahler. Der deutsche Steuerzahler weiß mittlerweile ziemlich genau, was ihn dieses Staatsversagen kostet, unter anderem auch, weil wir von der AfD die Kosten der Flüchtlingspolitik regelmäßig thematisieren.

Herr Habersaat, ich merke an Ihrer Begeisterung: Sie möchten Beispiele hören. Die gebe ich gern.

(Christopher Vogt [FDP]: Wir wollen mal Ihr Finanzkonzept sehen!)

Die asylbedingten Gesamtkosten für das Jahr 2018 haben wir im Frühjahr abgefragt. Die Landesregierung gab sie mit rund 255 Millionen € an. Da waren wir schon etwas skeptisch. Tatsächlich hieß es dann in der Sommerpause: Hoppla, da haben wir noch etwas gefunden. - Auf einmal liegt die aktuelle Zahl

bei 305 Millionen €, doch selbst das ist noch unvollständiges Stückwerk.

Asylbedingte Personalkosten ließen sich in vielen Bereichen nicht separat ausweisen. Das bedauern Sie. Weiterhin weist die Landesregierung - ich zitiere aus der Antwort der Landesregierung auf meine Kleine Anfrage -:

„darauf hin, dass durch die Herausforderungen im Bereich ‚Asyl/Flüchtlinge‘ auch in anderen Bereichen (z. B. innere Sicherheit/Schule/Kindergärten) weitere Kosten, beispielsweise im Personalbereich, entstanden sein können, bei denen eine direkte Zuordnung nicht möglich ist.“

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja, Gott sei Dank!)

„Eine weitere Differenzierung bildet der Haushalt nicht ab.“

Doch ist das wirklich so? Da die Landesregierung offensichtlich die Frage nach den Gesamtkosten entweder nicht beantworten kann oder nicht beantworten möchte, fragen wir doch einmal die Personen, die sich berufsmäßig mit den Folgen der Asyl- und Migrationswelle nach Deutschland beschäftigen. Bereits im Januar 2018 haben der Präsident des Schleswig-Holsteinischen Verwaltungsgerichts und die Präsidentin des Schleswig-Holsteinischen Obergerichtes eine Presseinformation herausgegeben,

(Zuruf: Nein!)

die auch die Landesregierung auf den landeseigenen Servern hätte abrufen können.

(Jette Waldinger-Thiering [SSW]: Eijejei!)

Darin werden in aller Ausführlichkeit die mittlerweile vier eigens für die Vielzahl der Asylverfahren eingerichteten Kammern und ihre Ausstattung mit Richterstellen beschrieben: Im Jahr

„2015: 4 R-1-Stellen Richterinnen und Richter ... zum 01.12. Konzentration auch der Sicherer-Drittstaat-Verfahren und Neugründung der 10. Kammer als weiterer Kammer mit Asylschwerpunkt.“

(Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Weitere Zurufe)

Im Jahr 2016: drei Stellen R 1 und eine Stelle R 2, die „zur Verstärkung bestehender Asylschwerpunktzuständigkeiten verwendet wurden.“



(Jörg Nobis)

(Zuruf Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

„2017: 8 zusätzliche Stellen ... Richter (6 x R 1 und 2 x R 2) und entsprechende Verstärkung im Servicebereich; ...“

(Zuruf Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Zum 1. Januar „Gründung der 13.“ und zum 1. Mai der „14. Kammer als weitere Asylkammern“. Zu den Richterstellen wurden jeweils auch die Servicebereiche personell verstärkt.

Ja, da wissen wir doch, wo das Geld bleibt. Das ist doch klar, das liegt doch auf der Hand.

(Zurufe)

Der Haushalt der Landesregierung mag bestimmte Differenzierungen vielleicht nicht abbilden, dass die Landesregierung den Blick in die Stellenpläne aber derart verweigert und offensichtlich noch nicht einmal die entsprechenden Pressemitteilungen der Gerichte zur Kenntnis nimmt, ist schon ein starkes Stück.

(Wortmeldung Lars Harms [SSW])

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Harms?

**Jörg Nobis [AfD]:**

Nein, ich lasse keine Zwischenfragen zu.

(Unruhe)

Vielleicht können Sie es nicht, oder Sie wollen es nicht. Frau Heinold, da ich Ihrem Haus bislang eine recht hohe Sachkompetenz zugebilligt habe, muss ich jetzt leider davon ausgehen: Sie haben die Information, wollen sie uns aber nicht geben. Sie rücken die Informationen nur stückchenweise heraus. Das ist die klassische Salami-Taktik, die Sie hier fahren. Die Grenze von der Salami-Taktik zur unwahren Beantwortung parlamentarischer Anfragen ist fließend. Wie halten Sie es dem Parlament gegenüber mit der Wahrheit?

Ich fasse kurz zusammen: Es fehlen in wichtigen Bereichen, die eindeutig dem Komplex asylbedingte Kosten zuzuordnen sind, ganze Kostenblöcke, insbesondere im Bereich Personal. Die gerade genannten Beispiele im Asylbereich an den Verwaltungsgerichten in Schleswig sind nur das prominenteste Beispiel.

Im Bildungsbereich weisen Sie - allerdings auch erst seit 2019 - erfreulicherweise die für die Sicherung der Unterhaltsversorgung aufgrund gesteigerter Schülerzahlen wegen schulpflichtiger Flüchtlinge notwendigen Ausgaben aus. Für das Haushaltsjahr 2020 veranschlagen Sie allein über 62,5 Millionen €

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

Warum haben Sie uns die korrespondierende Zahl für 2018 nicht mitgeteilt? Wir haben explizit danach gefragt.

Weiter führen Sie aus, es hätte im Schuljahr 2018/19 insgesamt 779 Stellen für Deutsch als Zweitsprache gegeben, allerdings sei eine direkte Zuordnung zum Bereich Asyl/Flüchtlinge nicht möglich. - Okay, fünf Diplomatenkinder werden sicherlich auch DaZ-Unterricht bekommen, aber wir können davon ausgehen, dass der größte Teil wohl schulpflichtige Flüchtlingskinder ist.

(Beate Raudies [SPD]: Europäische Arbeitnehmer! - Weitere Zurufe)

- Dann sagen Sie mir einmal, wie viel Prozent das wohl ausmacht.

(Zurufe)

- Wenn Sie das nicht wissen - ich glaube, Sie haben einen sehr genauen Überblick über die Zahl der Kinder, die dort beschult werden -, dann wollen Sie es wohl nicht wissen.

Auch ansonsten sind die Antworten dieser Landesregierung auf unsere Anfragen reichlich befremdlich. Alle in unserer Kleinen Anfrage zum Thema asylbedingte Gesamtkosten 2018 aufgezählten Kosten dienen der Integration, sagt die Landesregierung. Da staunt der Fachmann, und der Laie wundert sich, sind doch auch etwa 100.000 € für die Bekämpfung von Fluchtursachen mit aufgeführt, außerdem Mehrbedarfe in der IT in Höhe von 786.000 € oder der Bau von Erstaufnahmeeinrichtungen sowie Personalkosten im Landesamt für Ausländerangelegenheiten. Da sind doch wohl hoffentlich nicht alle Mitarbeiter mit der Integration beschäftigt! Diese ganzen Positionen hält diese Regierung für Kosten der Integration. Das ist natürlich mitnichten so, und das wissen Sie auch.

Ich fordere Sie auf, parlamentarische Anfragen zukünftig transparent, vollständig und korrekt zu beantworten. Versuchen Sie bitte nicht, uns für dumm zu verkaufen.

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

(Jörg Nobis)

Darüber hinaus gelingt die Integration nicht, die Sie sich auf die Fahnen geschrieben haben, wie sich am Beispiel der Integration in den Arbeitsmarkt zeigt. Die ständigen Behauptungen, wonach die Integration von Asylbewerbern in den Arbeitsmarkt von Schleswig-Holstein Fortschritte mache, lassen sich nach den von der Landesregierung aktuell vorgelegten Zahlen nicht bestätigen. Maßstab für eine positive Entwicklung am Arbeitsmarkt sind nicht allein die absoluten Zahlen aufgenommener Beschäftigungsverhältnisse, sondern vor allem die berufliche Qualifizierung der aus dem Kreis registrierter Flüchtlinge stammenden Arbeitnehmer. Der Großteil der Arbeitnehmer unter den Asylbewerbern ist jedoch entweder gänzlich ohne Berufsabschluss oder macht zu diesem Thema keine Angaben. Unter den Flüchtlingen aus den Herkunftsländern Afghanistan und Syrien betrug der Anteil der beschäftigten männlichen Arbeitnehmer ohne Berufsabschluss im Jahr 2018 sogar 51 % beziehungsweise 42 %. Ohne Angaben blieben 35 % beziehungsweise 38 %. - Dies alles können Sie in den Antworten der Landesregierung auf unsere Kleine Anfrage, Drucksache 19/1406, direkt nachlesen.

Darüber hinaus stagniert der Migrantanteil berufstätiger Frauen unverändert auf äußerst niedrigem Niveau.

(Beate Raudies [SPD]: Gleichstellungsbeauftragte! - Dr. Frank Brodehl [AfD]: Sie kümmern sich schon!)

Man muss wahrlich kein Prophet sein, um vorherzusagen, dass sich daran auch in Zukunft nichts ändern wird. Denn das in den meisten Flüchtlingsfamilien verankerte traditionelle Frauenbild sieht eine Berufstätigkeit von Frauen nicht vor.

(Zurufe SPD)

- Frau Raudies, dagegen werden Sie auch mit 50 Gleichstellungsbeauftragten pro Gemeinde nicht ankommen.

(Beate Raudies [SPD]: Doch!)

- Nein, das werden Sie nicht. - Die aktuellen Statistiken der Bundesagentur für Arbeit belegen eindeutig: Bei weiblichen Flüchtlingen stieg die Quote derjenigen, die eine Erwerbstätigkeit ausüben oder eine Ausbildung beginnen, bis zum Frühjahr 2019 um sage und schreibe lediglich 1,4 %.

(Beifall AfD)

Auch diese Zahlen beziehen sich auf die acht wichtigsten Asylherkunftsländer.

Bei der Integration heißt es also: außer Spesen nichts gewesen. Es bleibt dabei: Die Flüchtlingskosten sind Ihnen unangenehm - das merke ich auch hier an Ihrem Raunen -,

(Zurufe)

weil Sie genau wissen, dass die Bürger in diesem Land immer weniger Verständnis dafür haben, dass bei weiter steigenden Steuern und Abgaben in Schleswig-Holstein für den Flüchtlingsbereich dauerhaft dreistellige Millionenbeträge aufgewendet werden.

(Beifall AfD)

Die Bürger haben unter anderem auch deshalb immer weniger Verständnis dafür, weil bekannt wird, was wir von der AfD schon seit Jahren sagen: Ein großer Teil derjenigen, die ins Land gekommen sind, haben nicht nur bereits bei der Einreise gegen geltendes Recht verstoßen - das haben ja fast alle -, viele haben auch bei ihren Asylanträgen getrickst, getäuscht und gelogen. Rund 40 % - das konnten wir der aktuellen Presse entnehmen - der überprüften Altersfeststellungen bei vermeintlich minderjährigen unbegleiteten Flüchtlingen ergeben ein signifikant höheres Alter als das im Asylverfahren angegebene. Das prominenteste Beispiel dafür ist mutmaßlich der HSV-Profi Bakery Jatta,

(Zurufe)

der bei seiner Einreise 2015 angeblich gerade 17 Jahre alt war. Zwei ehemalige Trainer haben ihn, den zweieinhalb Jahre Älteren, als Bakery Daffeh wiedererkannt. Der rote Verwaltungsfilz in Hamburg sah gleichwohl keine Notwendigkeit, weiter zu ermitteln.

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

Jetzt ermittelt eben die Polizei in Bremen, weil Jatta nach seiner Einreise bei der Behörde eine E-Mail-Adresse mit dem Namen Daffeh verwendete.

(Zuruf FDP: Immerhin hat er keine Anzüge geklaut!)

Ganz im Ernst, wenn Jatta Jatta ist, wo ist dann Daffeh? Der wurde seit Jattas illegaler Einreise mit wundersamer Verjüngungskur nämlich nicht mehr gesehen.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Was reden Sie hier für einen Müll! - Weitere Zurufe)

Das betrifft Schleswig-Holstein über Holstein Kiel zwar nur sportlich, aber es muss doch die Frage erlaubt sein: Wie viele ähnlich gelagerte Fälle gibt es bei uns?

(Jörg Nobis)

(Zurufe)

Wie viele Flüchtlinge leben bei uns mit gefälschten Daten? Wie viele haben sich bei uns Leistungen und bessere Betreuung durch Tricks gesichert?

(Anhaltende Unruhe - Glocke Präsidentin)

Wie viele haben sich durch Täuschung bessere Chancen auf einen längerfristigen Aufenthaltstitel erschlichen?

(Zurufe)

Wie stark belasten den Haushalt Schleswig-Holsteins durch den Jungbrunnen gewanderte, vermeintlich minderjährige unbegleitete Flüchtlinge?

Meine Damen und Herren, die Kosten des anhaltenden Migrationsstroms aus Afrika und Nahost betragen selbst nach den reichlich zurückhaltenden Zahlen dieser Landesregierung mittlerweile deutlich über 1 Milliarde €. Nach wie vor geben Sie dabei viel mehr für Sozialleistungen für Migranten aus, als es rechtlich notwendig wäre. Sie gehen in vielen Bereichen über das gesetzlich notwendige Mindestmaß hinaus. Genau das wird den Bürgern jeden Tag bewusster. Die Migrationskrise kostet Steuergeld und belastet den Haushalt Schleswig-Holsteins auf Jahrzehnte hinaus. Haushalterische Spielräume verengen sich durch diese immensen Kosten.

Doch nicht nur hier wird das Geld der Steuerzahler zweifelhaft eingesetzt. Auch an anderen Stellen finden sich in Ihrem Haushaltsentwurf Ausgabepositionen, bei denen kaum von einem sinnvollen Mittlereinsatz gesprochen werden kann. Ich greife einmal exemplarisch ein Thema heraus, das sogenannte Wolfsmanagement. 2.090.000 Millionen € stehen in Ihrem Haushaltsentwurf für das Wolfsmanagement bereit - über 2 Millionen € für, soweit bekannt, vier residente Wölfe im Land. Ich will gar nicht wissen, wie diese Kosten zukünftig steigen, wenn es erst zur Rudelbildung in Schleswig-Holstein kommt.

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD] - Weitere Zurufe)

Um es vorweg zu sagen, Herr Dr. Stegner: Ich habe gar nichts gegen den einen oder anderen unauffälligen Wolf, der durch die wenigen Waldgebiete im Osten und Südosten unseres Landes streift. Doch die Westküste mit ihrer intensiven Weidetierhaltung ist für den Wolf eher ein All-you-can-eat-Buffer. Wir brauchen daher dringend eine ehrliche Diskussion darüber, welche Räume wir der Ausbreitung des Wolfes zubilligen wollen.

(Beifall AfD)

Die Westküste unseres Landes ist definitiv nicht für die Ausbreitung des Wolfes geeignet.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Das Einzige, das sich hier ausbreitet, ist Ihre Dummheit! - Zuruf Martin Habersaat [SPD])

Meine Damen und Herren, Sie wollen rein rechnerisch für jeden Wolf in diesem Land über eine halbe Million Euro ausgeben. Das kann man machen, muss man aber nicht, Herr Dr. Stegner. Sie sollten dem Bürger aber ehrlich sagen: Die ideologisch geprägte Willkommenskultur für Wölfe kostet Geld.

Im Gesamthaushalt ist das sicherlich eher ein kleinerer Posten. Wir von der AfD schauen uns aber auch die kleinen Haushaltsposten und deren Sinnhaftigkeit an. Auch das Wolfsmanagement von gerade einmal vier Tieren muss einer Überprüfung durch den gesunden Menschenverstand standhalten. Das tut es eben nicht.

(Beifall AfD)

Eine Durchschnittsfamilie zahlt in Deutschland knapp 30.000 € Steuern im Jahr - also insgesamt betrachtet, nicht nur die Einkommenssteuer, Frau Raudies.

(Sandra Redmann [SPD]: Ja? - Beate Raudies [SPD]: Er hat gelernt, alles gut!)

- Sie hatten beim letzten Mal dazu nachgefragt, deswegen erwähne ich das noch einmal. Rein rechnerisch müssen 17 Durchschnittsfamilien ein Jahr lang Steuern und Abgaben zahlen, um die Koexistenz mit einem einzigen Wolf sicherzustellen. Insgesamt wollen Sie die kompletten Jahressteuereinnahmen von sage und schreibe 68 Durchschnittsfamilien dafür aufwenden, um die friedliche Koexistenz von vier Wölfen mit dem Menschen zu gewährleisten.

In diesem Jahr, 2019, sind es sogar 100 Familien. Meine Damen und Herren, die Zahlen zeigen es: Diese irrwitzig hohen Ausgaben halten einer Überprüfung durch den gesunden Menschenverstand nicht stand.

(Birgit Herdejürgen [SPD]: Die logische Konsequenz ist: Wir brauchen mehr Wölfe in Schleswig-Holstein! - Heiterkeit SPD)

Der gesunde Menschenverstand ist dieser Landesregierung vermutlich schon lange abhandengekommen. In meiner Rede zum Nachtragshaushalt - ich erwähnte es eben schon - sprach ich im Juni von 25 t feinstem Rinderfilet, das man kaufen könne. Es ist aber viel schlimmer: In der Rubrik „Feines für den Hund“ gibt es Delikatessen für Vierbeiner für

(Jörg Nobis)

1,56 €/kg. Rechnerisch könnten wir von den im Haushalt veranschlagten 2,09 Millionen € für die Wölfe also 1.340 t bestes Hundefutter kaufen - Mengenrabatte nicht eingerechnet.

(Zuruf Lars Harms [SSW])

Das wären mindestens 67 Lkw-Ladungen voll. Damit ließen sich die vier Wölfe bis ans Ende aller Tage durchfüttern.

(Zuruf Klaus Schlie [CDU])

Wir von der AfD lassen uns den gesunden Menschenverstand nicht durch den Wolf drehen!

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was mache ich mit den leeren Dosen?  
- Weitere Zurufe)

Auch in anderen Bereichen möchte ich Ihren Nachholbedarf noch vor Augen führen. Das letzte Winternotprogramm des Diakonischen Werkes wurde mit Landesmitteln in Höhe von 20.000 € gefördert. Für das kommende Jahr haben Sie erneut 20.000 € hierfür vorgesehen. Meine Damen und Herren, die Zahl der wohnungslosen und von Wohnungslosigkeit bedrohten Menschen im Land Schleswig-Holstein steigt von Jahr zu Jahr. Rund 8.000 Menschen nehmen die Angebote der diakonischen Wohnungslosenhilfe in Anspruch. In Ihrem Haushaltsentwurf stellen Sie für die Beratungsstellen der Wohnungslosen- und Straffälligenhilfe 1 Million € bereit. 1 Million € für 8.000 hilfesuchende Menschen, und im Gegensatz dazu 2,09 Millionen € für vier Wölfe. 20.000 € Landesmittelzuschüsse für ein Winternotprogramm für Hunderte Obdachlose im Land und 2,09 Millionen € für vier Wölfe! Dieses Ungleichgewicht bemerken Sie doch selbst, oder nicht?

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

Da können Herr Vogt und Frau von Kalben hier noch so lang von sozialer Balance sprechen. 20.000 € Zuschuss für das Winternotprogramm für Obdachlose im Vergleich zu 2,09 Millionen € für vier Wölfe: Das ist keine Politik des Ausgleichs, wie Sie es eben genannt haben. Das ist völlig verfehlt, unsoziale Politik, meine Damen und Herren.

(Beifall AfD - Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Dieser Landesregierung ist jeglicher soziale Kompass abhandengekommen.

(Zuruf CDU: Das sagt der Richtige!)

Eine Willkommenskultur für Wölfe und Flüchtlinge ist dieser Landesregierung ganz offensichtlich wichtiger als die Schwächsten unserer Gesellschaft,

(Unruhe - Dr. Ralf Stegner [SPD]: Was Sie für einen Müll reden!)

wichtiger als die eigenen Staatsbürger.

(Peer Knöfler [CDU]: Hast du fertig?)

Im übertragenen Sinn durch den Wolf gedreht haben Sie unser Bildungssystem. Über alle Bereiche stehen wir im Bildungsmonitor 2019 nach wie vor höchst mittelmäßig da. Platz 11 im Bildungsvergleich der Länder - das klingt noch besser, als es in Wahrheit ist. Auf einer Skala von 0 bis 100 haben wir gerade einmal 47,3 Punkte erreicht. Nach oben ist noch ganz viel Luft. Der Spitzenreiter Sachsen hat übrigens immerhin 68,0 Punkte geschafft. Der Abstand zur roten Laterne ist hingegen denkbar gering, gerade einmal 4,3 Punkte trennen uns vom Schlusslicht Berlin, dem ewigen Pleiteland. Das ist das eigentliche Trauerspiel.

Noch schlimmer ist es nach wie vor in den Naturwissenschaften. Trotz minimaler Verbesserungen belegt Schleswig-Holstein beim Bildungsmonitor 2019 nach dem letzten Platz jetzt immerhin den vorletzten Platz im Bereich Hochschule und MINT. Nur Brandenburg schneidet schlechter ab. Es gab zwar eine Verbesserung, ja, in der Tat, aber wahrlich keinen Grund zur ausufernden Freude.

In Schleswig-Holstein gibt es mit die wenigsten Hochschulabsolventen in den MINT-Fächern. Der MINT-Anteil am wissenschaftlichen Hochschulpersonal ist sogar der niedrigste von allen Bundesländern. Wir reden hier über die Fächer, die einerseits einen guten Job geradezu garantieren und andererseits auch für die Zukunftsfähigkeit unseres Wirtschaftsstandortes Schleswig-Holstein von größter Bedeutung sind. Ohne qualifizierte Nachwuchskräfte gehen Unternehmen in andere Länder oder siedeln sich erst gar nicht bei uns an.

Wenn Schleswig-Holstein diese Missstände wenigstens in anderen Bereichen wieder ausgleichen würde! Das ist aber leider auch nicht der Fall. Ganz im Gegenteil: Die Quote der Schulabbrecher ist in Schleswig-Holstein auf 8,3 % gestiegen. Der Bundesschnitt liegt bei 6,9 %. Dieser Wert ist erschreckend. Das liegt nicht nur, aber auch an der Mittelausstattung, die wir bereitstellen. Ich nenne nur die Stichwörter Unterrichtsausfall, fehlende Klassenräume und so weiter. Da hilft uns eine theoretische 101%-Unterrichtsversorgung auch nicht weiter, denn die Stunden fallen trotzdem weiterhin aus.

Im Bereich der inneren Sicherheit wiederum liegt der Kern des Problems nicht primär in der finanziellen Ausstattung. Es geht in der Betrachtung viel-

(Jörg Nobis)

mehr darum, dass insbesondere die Arbeit der Polizei auch in einen tatsächlichen Erfolg mündet. Es geht natürlich darum, die Polizei auch personell spürbar zu entlasten. Zu Beginn der Legislatur wollten Sie einmal 500 Stellen im Polizeidienst schaffen. Dieses selbstgesteckte Ziel werden Sie, wie ich vermute, nicht erreichen. Lieber Herr Günther, das wird ein Wahlversprechen bleiben. Sie haben ein veritables Nachwuchssproblem und müssten dringend an der Attraktivität des Polizeiberufes arbeiten. Wie gesagt: Finanzen, angemessene Besoldung, Karriereaussichten und Zulagen sind nur einige Bausteine. Es geht um viel mehr, vor allem um Anerkennung und Wertschätzung im Alltag.

Seit der Haushaltsdebatte des letzten Jahres hat sich an unserer Einschätzung nichts geändert: Sie verspielen die Zukunft unseres Landes, Sie riskieren die Zukunftsfähigkeit Schleswig-Holsteins und machen Politik auf Kosten zukünftiger Generationen. Wir denken weiter. Wir denken nicht nur bis zur nächsten Wahl, sondern in Generationen.

(Zuruf: Frechheit!)

Wir wollen die Zukunft dieses Landes so gestalten, dass es lebenswert bleibt. Wir wollen zu Recht und Ordnung zurückkehren,

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

zu Werten und einer positiven gesellschaftlichen Entwicklung, Herr Dr. Stegner. Menschen sind wichtiger als Wölfe.

(Beate Raudies [SPD]: Deutsche Menschen!)

Wenn Sie das von unserer Rede mitnehmen, habe ich schon viel erreicht. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall AfD)

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat der Vorsitzende, Lars Harms.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Eine Lärmbelästigung mit Ihrer Rede!)

**Lars Harms [SSW]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bevor ich mit meiner eigentlichen Rede anfange, möchte ich eines so nicht stehenlassen. Ich finde, das, was der Kollege Nobis eben gesagt beziehungsweise geschildert hat, zeigt exemplarisch, wie diese Partei denkt. Ihm ist ja von seinen eigenen Kollegen nicht widersprochen worden.

Er hat das Beispiel eines Fußballspielers gebracht, der hier ist und Schwierigkeiten in seinem Verfahren hatte. Dieser Fußballspieler hat einen gültigen Pass vorgelegt. Er hat seine bestätigte Geburtsurkunde vorgelegt. Er hat eine Bestätigung aus dem Außenministerium vorgewiesen. Er hat Familienmitglieder beibringen können, die bestätigt haben, welche Identität er hat. Diesem Menschen wurde von der Asylverwaltung bestätigt, dass er sich hier rechtmäßig aufhält. Auch Gerichte haben bestätigt, dass er sich rechtmäßig aufhält.

Mehr kann ein Mensch, der nicht von hier ist, wirklich nicht leisten. Dieser Mensch spielt auch noch gut Fußball. Er arbeitet hier, und er ist ein wirklich großer Steuerzahler. Auch das bringt dieser Mensch zustande. Er hat also all das gemacht, was wir uns wünschen. Trotzdem wird von Herrn Nobis über diesen Menschen hergezogen, und wir wissen alle, warum das so ist. Es ist so, weil er schwarz ist und nicht von hier kommt. - Sie sind und bleiben Rassist.

(Beifall SSW, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Meine Damen und Herren, nun aber zu dem eigentlichen Thema: Wie immer ist so eine Haushaltsrede ein Ritt durch sämtliche haushaltsrelevanten Zahlen, und natürlich kann man selbst bei einer längeren Redezeit nicht wirklich jedes Thema ansprechen. Trotzdem möchte ich drei Themenkomplexe voranstellen, die nach unserer Auffassung dringend gelöst werden müssen und die bisher noch nicht gelöst worden sind.

Über mehrere Jahre mussten die Beamtinnen und Beamten des Landes ganz oder teilweise aufgrund eines politischen Beschlusses auf ihr Weihnachtsgeld verzichten. Wenn es wirtschaftlich besser geht, sollte das Weihnachtsgeld wieder eingeführt werden - so das Versprechen der Politik. Da es in den letzten Jahren immer wieder Haushalte mit Rekordinnahmen gegeben hat, wäre es also an der Zeit gewesen, dieses Versprechen einzulösen. Das ist bisher nicht geschehen. Im Gegenteil, bisher hat die Landesregierung nur eine völlig unzureichende Besoldungsstrukturreform für den Zeitraum von 2021 bis 2025 angekündigt, die nicht im Entferntesten einen Ausgleich für die Verluste der Beschäftigten bedeuten würde.

Jetzt hat der Beamtenbund einen Vorschlag gemacht, mit dem die Forderung nach dem Weihnachtsgeld endgültig ad acta gelegt werden könnte. Bisher lautet die Forderung: vollständiges Weihnachtsgeld für alle, was jährliche Ausgaben in Höhe

(Lars Harms)

von circa 147 Millionen € bedeuten würde. Das Angebot des Beamtenbundes besagt nun: 1.000 € für alle, was nur circa 48 Millionen € an jährlichen Kosten bedeuten würde. Der Beamtenbund wäre sogar bereit, diese Forderung im Rahmen eines Stufenmodells über drei Jahre zu strecken, wenn man schon im nächsten Jahr mit dem Einstieg in dieses Modell begänne.

Das ist ein honoriges Angebot von unseren Beschäftigten, welches das Land nun wirklich nicht mehr ablehnen kann. Die Beschäftigten verzichten freiwillig auf zwei Drittel ihrer berechtigten Forderungen und geben sich so mit einem Teilbetrag dessen zufrieden, was ihnen eigentlich versprochen wurde. Einzige Bedingung ist, dass man schon 2020 beginnt, Zahlungen an die Beamten zu leisten. Das ist nun wirklich nicht zu viel verlangt, zumal der Beamtenbund gesagt hat, dass man die Umsetzung über drei Jahre verteilen könnte. Das ist also noch ein Entgegenkommen obendrauf.

Wäre das das Ergebnis von Verhandlungen zwischen der Finanzministerin und den Beschäftigten gewesen, dann hätte wohl jeder gesagt, die Finanzministerin hat im Sinne des Landeshaushalts gut verhandelt. Dass die Beschäftigten selbst freiwillig so viel Verantwortung für das Land mittragen wollen, ist ein wirklich großer Schritt auf die Finanzministerin zu. Die Landesregierung sollte die ausgestreckte Hand der Beamten nicht ausschlagen.

(Beifall SSW)

Wir schlagen deshalb vor, dieses Angebot anzunehmen, die erste Erhöhung 2020 vorzunehmen und dann in 2021 und 2022 zwei weitere Schritte vorzunehmen, bis jeder Beamte hier 1.000 € Sonderzahlung pro Jahr hat. Ob diese Zahlung dann extra gewährt wird oder in die Besoldungstabelle eingebaut wird, ist dabei nur zweitrangig. Wir liegen derzeit im unteren Mittelfeld der Besoldung unter den Bundesländern. Wenn hier jetzt etwas draufgepackt wird, können wir uns im Mittelfeld der Besoldung festsetzen. Das wäre ein Zeichen für die Beschäftigten, und das wäre auch ein Signal, dass wir qualifizierten Kräften eine vernünftige Besoldung zahlen wollen. Genau solche Signale muss die Landesregierung jetzt aussenden. Deshalb: Schlagen Sie die ausgestreckte Hand nicht aus, sondern geben Sie den Beamten das, was ihnen zusteht!

(Beifall SSW und vereinzelt SPD)

Der zweite Punkt, der nach unserer Auffassung dringend gelöst werden muss, ist die Finanzierung der Kommunen. Die Kommunen sind die Keimzelle der Demokratie. Dort wird die Arbeit gemacht, die

direkt beim Bürger ankommt. Dort wird das Land mit Tatkraft weiterentwickelt. Das sind Weisheiten, die wir alle immer wieder vor uns hertragen. Aber wenn es ums Geld geht, dann wird das doch oft vergessen. Der kommunale Finanzausgleich ist wieder aufgeschnürt worden. Zwar hätte das bisherige FAG nicht zwingend in allen Teilen wieder aufgeschnürt werden müssen, aber die Landesregierung hat es getan, und nun muss sie auch liefern.

Wenn Gutachten feststellen, dass sowohl das Land als auch die Kommunen finanziell nicht ausreichend ausgestattet sind, dann heißt das nicht, dass man den Kommunen sämtliche notwendige Unterstützung verwehren darf. Im Gegenteil, hier muss es zu einem fairen Ausgleich kommen, und genau das streben die Kommunen auch bei den letzten Verhandlungen an. Wenn nun aber mit Finanztricks versucht wird, Dinge beim kommunalen Finanzausgleich zuzusagen und dann gleichzeitig an anderer Stelle Zuweisungen an die Kommunen wieder zu streichen, dann ist das ein Nullsummenspiel für die Kommunen. So kann es nicht gehen. So geht man mit den Kommunen nicht um. Die Kommunen brauchen verlässliche Rahmenbedingungen und Planbarkeit sowie ehrliche und offene Verhandlungen, bei denen das Land auch bereit ist, etwas zu geben.

Wir wissen doch alle, dass die Kommunen mit ihren Aufgaben überlastet sind. Natürlich kann man die eine oder andere Vorschrift abschaffen und so die Kommunen etwas entlasten, aber manche Aufgaben bleiben dauerhaft bestehen, und das sind nicht nur althergebrachte Aufgaben, sondern auch neue Herausforderungen. Die Integration von Ausländern und Geflüchteten ist zum Beispiel eine solche neue Herausforderung. Hier haben die Kommunen Großes geleistet. Wenn wir uns die Erfolge der vergangenen drei oder vier Jahre ansehen, dann haben diese auch etwas mit der Arbeit der Kommunen zu tun.

Ja, es ist richtig, dass der Bund die Integrationsmittel zusammengestrichen hat. Trotzdem darf das Land diese Kürzungen hier nicht eins zu eins an die Kommunen weitergeben. Integration ist eine dauerhafte Aufgabe, und sie wird sich für die heute zu uns Gekommenen mindestens über zwei Jahrzehnte hinziehen. Da kann man nicht nach drei oder vier Jahren abbrechen.

(Beifall SSW)

Die Küstenkoalition ist in 2015 und 2016 in erhebliche Vorleistungen gegangen, ohne zu wissen, ob der Bund einspringt, und manches wird bis heute

(Lars Harms)

nicht vom Bund übernommen. Und doch waren all die Deutschkurse, all die Integrationsleistungen und all die Überweisungen an die Kommunen genau die richtige Maßnahme. Hier müssen wir weitermachen.

(Beifall SSW und SPD)

Wer jetzt die Mittel zusammenstreicht, schafft sich in zehn Jahren Probleme, die er sonst nicht hätte. Also müssen wir die Kommunen auch hier unterstützen.

Wir können uns einen politischen Stillstand in den Kommunen nicht leisten. Wir müssen die Kommunen in die Lage versetzen, dass sie auch freiwillige Aufgaben wieder ausreichend wahrnehmen können. Hier geht es um eine Stärkung des Ehrenamtes, um Kulturpolitik, um Minderheitenpolitik, um soziale Projekte, um Verkehrsprojekte, um regionale Maßnahmen für den Umwelt- und Klimaschutz und um vieles mehr. Deshalb, liebe Jamaika-Koalition: Schlagen Sie auch hier die ausgestreckte Hand der Kommunen nicht aus, sondern geben Sie den Kommunen das, was ihnen zusteht.

Der dritte Punkt, den ich voranstelle, ist die Frage, wie man auch als Land konkret Klimaschutz betreiben kann. Sie ahnen es, ich spreche natürlich einmal wieder über die größte Naturschutzmaßnahme dieses Landes. Ich spreche nicht über den Nationalpark Wattenmeer oder die Stiftung Naturschutz oder die vielen Biotopverbünde, sondern über den Wald. Wir haben rund 170.000 h Wald in Schleswig-Holstein und sind damit eines der waldärmsten Länder der Republik. Hier müssen wir ansetzen, wenn wir schnell und nachhaltig als Land unseren Beitrag zum Klimaschutz leisten wollen. Es ist natürlich okay, wenn der Ministerpräsident die Bürger anlässlich des Tages der Deutschen Einheit zum Bäumepflanzen auffordert, und jeder gepflanzte Baum ist dabei ein guter Baum. Es ist auch richtig, wenn der Kollege Koch anmahnt, dass die in Aussicht gestellten Bundeszuschüsse für Aufforstungen auch hier bei uns landen müssen.

(Beifall CDU)

Aber eindrucksvoller und glaubwürdiger wäre diese Aufforderung natürlich, wenn das Land hier mit gutem Beispiel vorangeht. Genau das geschieht derzeit leider nicht. Die Mittel für die Neuwaldbildung sinken laut Haushaltsentwurf von 242.000 € auf knapp über 200.000 €. Das sind knapp 17 % weniger. Übrigens lagen die Ist-Ausgaben in 2017 noch bei 276.800 €. Hier wurde also ein völlig falsches Signal gesendet. Wir brauchen erheblich mehr Neuwaldbildung. Diese Neuwaldbildung muss fest ein-

geplant sein und darf nicht davon abhängig gemacht werden, ob bezüglich irgendeines Haushaltstitels im Laufe des Jahres Mehreinnahmen entstehen.

Um die Waldfläche markant zu vergrößern, bräuchten wir rechnerisch jedes Jahr 1.500 ha zusätzliche Waldfläche. Wir schaffen aber nur viel weniger. Das Gleiche gilt übrigens für die Wiedervernässung von Niedermooren. In diesem Bereich sinkt der jährliche Betrag um 31,5 % von 190.000 € auf 130.000 €, obwohl Moore das CO<sub>2</sub> am besten binden können. Klimapolitisch ist überhaupt nicht zu begreifen, was da geschieht.

Wenn man ehrlich ist, muss man doch gerade solche Maßnahmen wie die Neuwaldbildung und die Wiederherstellung von Mooren fördern. Da kann man doch gut auf die eine oder andere Agrarförderung verzichten. Anstatt Flächen oder Produktionen von Agrarbetrieben zu fördern, wäre es sinnvoller, in Wälder, Moore und andere Umweltschutzmaßnahmen zu investieren. Soweit müssten doch nach den Klimademonstrationen am Wochenende eigentlich auch Sie von der Koalition und Landesregierung sein.

(Beifall SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenden wir uns nun dem Entwurf für einen Landeshaushalt zu. Ich kann wieder mit einer gewissen Freude feststellen, dass Vorschläge, die wir in den letzten Haushaltsberatungen gemacht haben, Eingang in den Haushaltsentwurf gefunden haben. Das, was wir beispielsweise bei den Ganztagsangeboten vorausgesetzt haben, ist eingetreten. Die notwendigen Mittel steigen, und die Landesregierung hat nun noch einmal gegenüber dem aktuellen Haushaltsjahr eine halbe Million Euro für zusätzliche Angebote draufgepackt. Das ist richtig, und wir werden wahrscheinlich auch in den Folgejahren dieses Feld weiter ausbauen müssen.

Richtig ist auch, die Besoldung der Grundschullehrer zu erhöhen. Wir hätten uns gewünscht, dass die Gehälter in einem Schritt auf A 13 angehoben worden wären. Jetzt sollen viele kleine Schritte kommen, und erst in fünf Jahren sollen die Grundschullehrer genauso besoldet werden wie ihre Kollegen. Das ist ein bisschen spät, aber besser spät als nie.

Auch die Zuschüsse für die Familienbildungsstätten sind markant erhöht worden. Sie sind nicht auf dem Niveau, das wir beantragt haben, aber immerhin ist hier durchaus ein großer Schritt in die richtige Richtung gelungen. Es ist richtig, dass die Familienbildungsstätten, genauso wie die Familienzentren, auf einem guten Fundament aufbauen.



(Lars Harms)

Auch der Schleswig-Holsteinische Heimatbund bekommt jetzt mehr Geld. Das ist richtig, weil der Heimatbund nicht nur ein wichtiger Kulturträger ist, sondern weil er auch wirklich eine klasse Arbeit in der Umweltbildung leistet.

Auch die Aids-Hilfen bekommen mehr Geld; allerdings bei Weitem noch nicht genug. Darüber müssen wir uns wirklich noch unterhalten.

Es freut uns sehr, dass die Umsetzung des Demenzplans in Gange kommt. Wie von uns im letzten Jahr gefordert, sind die Mittel um 120.000 €aufgestockt worden. So ist es nun möglich, eine mobile Beratung im ganzen Land anzubieten. Gerade für die Betroffenen und ihre Angehörigen ist das ein wichtiger Schritt. Es hat sich also etwas getan, und das finden wir gut und richtig.

(Beifall SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Trotzdem darf man nicht aus den Augen verlieren, dass wir noch immer ein paar Baustellen haben. Wir können zum Beispiel feststellen, dass wir bei der Förderung von Hospizen noch zulegen müssen. Wir wollen nicht nur ambulante Hospizdienste anbieten; wir wollen auch ermöglichen, dass sich neue stationäre Angebote - wie an der Westküste - entwickeln. Eine humane Gesellschaft muss Hospizdienste flächendeckend und leicht erreichbar zur Verfügung stellen. Was dort ehrenamtlich geleistet wird, ist herausragend. Staatlich ließe sich so ein Angebot nicht vorhalten. Deshalb müssen wir die Strukturen in diesem Bereich mit größerer finanzieller Unterstützung stärken.

(Beifall SSW und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Gleiche gilt für die Behindertenarbeit. Im vergangenen Jahr haben wir vorgeschlagen, dass das Zentrum für selbstbestimmtes Leben mit knapp 47.000 € dauerhaft unterstützt wird. In den Verhandlungen zum Haushalt sind Sie, die Jamaika-Koalition, auf den Vorschlag eingegangen und haben ihn mitgetragen, wofür wir sehr dankbar waren. Jetzt stellt sich allerdings heraus, dass im Rahmen des Haushaltstitels, mit dem das ZSL gefördert wurde, keine dauerhafte institutionelle Förderung möglich ist. Somit ist die Förderung des ZSL wieder unsicher. Wir erwarten, dass die Absprachen zwischen den Fraktionen noch immer gelten und das ZSL ab dem nächsten Jahr dauerhaft im Rahmen eines anderen Titels gefördert wird, denn das Zentrum für selbstbestimmtes Leben macht eine hervorragende Arbeit, und wir wollen nicht, dass diese gefährdet wird.

Da wir gerade bei Absprachen oder Versprechen sind: Von der Politik heraus ist die Fachhochschule Westküste aufgefordert worden, ein Konzept für eine eSport-Akademie vorzulegen. Das läuft alles sehr gut, allerdings scheinen nun einige Politiker hier wieder abzuspringen. Wir wollen das nicht. Wir bleiben auf dem Zug. Wir wollen, dass Schleswig-Holstein eines der führenden Länder im Bereich des E-Sport wird. Wir wollen eine eSport-Akademie in Heide. Wir wollen Spieleentwickler ansiedeln. Wir wollen Trainer ausbilden, die den jungen Leuten auch die schwierigen Seiten des E-Sport näherbringen. Da muss klar sein, dass die Fachhochschule in Heide finanziell unterstützt wird. Das Ganze kostet nur 300.000 €jährlich, und das ist wirklich nicht viel. Wir, der SSW, meinen, dass das wirklich gut angelegtes Geld für die Zukunft ist. Deshalb muss das Geld für den Haushalt der FH auch zur Verfügung gestellt werden.

Das Gleiche gilt für das Landeszentrum E-Sport in Kiel. Alles ist soweit fertig. Die Pläne sind da. Die Organisationen, die es umsetzen wollen, sind da. Die Offenheit der Kommune ist da. Die Bekenntnisse aus der Politik waren zumindest da. Nun wird kein Geld mehr zur Verfügung gestellt. Hier wird eine riesige Chance vertan, E-Sport in Kiel fest zu verankern. Ebenso wird eine riesige Chance vertan, den Jugendlichen hier ein weiteres Angebot zu machen. Beides ist nicht zu akzeptieren. Wir müssen hier mehr und nicht weniger tun. Sonst machen sich diejenigen unglaubwürdig, die verbal E-Sport unterstützen, aber doch vom Mut verlassen werden, wenn es um die konkrete Finanzierung geht. Da muss in jedem Fall noch bis zur zweiten Lesung des Haushalts nachgebessert werden.

Nachbessern sollte man auch bei der Schlei. Es ist schon ein wenig irre: Die Flussmündung steht kurz vor dem Umkippen, und die Landesregierung hat nichts Besseres zu tun, als die wenigen Mittel, die dagegen aufgewendet werden müssen, auch noch um 50.000 € zu kürzen. Nein, wir können da nicht sparen oder umschichten. Wer es mit Klima- und Umweltschutz ernst meint, der muss genau das Gegenteil tun. Wir brauchen ganz schnell eine konzertrierte Aktion für die Schlei. Das wird richtig Geld kosten. Wenn die Schlei, wie jedes andere Gewässer auch, wieder in einen vernünftigen Zustand versetzt werden soll, muss sie gesäubert werden. Die Einträge in die Schlei müssen minimiert werden. Es müssen Flächen aufgekauft werden, damit mit dem Nährstoffeintrag Schluss ist. Das Ganze wird laut Konzept des Kreises Schleswig-Flensburg jährlich 5 Millionen €kosten. Das ist viel Geld, aber es ist auch notwendig. Wer es auch hier mit Klima- und

(Lars Harms)

Umweltschutz ernst meint, muss Geld in die Hand nehmen. Von allein reinigt sich die Schlei nicht.

(Beifall SSW)

Ähnliches gilt für den starken Autoverkehr in den Innenstädten. Der wird von allein auch nicht weniger werden. Wenn wir den Autoverkehr eindämmen wollen, brauchen wir Alternativen. Die beste Alternative neben dem ÖPNV ist das Fahrrad. Genau hier fehlt etwas. Wir brauchen innovative Konzepte, wie wir das Fahrradfahren in den Städten noch attraktiver machen können. Wir brauchen gute und sichere Fahrradwege sowie Pendlerparkplätze am Stadtrand, auf denen man vom Auto auf das Fahrrad umsteigen kann. Da sind wirklich viele Investitionen nötig - in großen Städten genauso wie in mittelgroßen Städten. Hier wollen wir ansetzen und mehr Geld für die Kommunen zur Verfügung stellen. Bisher sind die Oberzentren und Mittelzentren im Regelfall die Kommunen, die am wenigsten Geld für freiwillige Maßnahmen zur Verfügung haben. Deshalb muss man ihnen in dem wichtigen Feld der Mobilität unter die Arme greifen. Genau das wollen wir. Wir wollen mehr Fahrradverkehr statt Autoverkehr in den Städten und deshalb dafür extra Geld zur Verfügung stellen. Eigentlich muss das doch jeder wollen. Aber dann muss das Geld auch fließen.

Die größeren Kommunen haben noch ein zweites großes Feld, auf dem sie eine wichtige Infrastruktur für die umliegenden Kommunen vorhalten. Ich spreche von der Soziokultur. Viele soziokulturelle Zentren befinden sich in Städten und strahlen bis in den ländlichen Bereich aus. Aber die meisten Kommunen können diese soziokulturellen Zentren nicht gut genug fördern, sodass sie nur eingeschränkt arbeiten können oder gar von der Schließung bedroht sind. Hier muss etwas getan werden. Die Soziokultur muss besser gefördert werden, damit sie sichere Grundlagen hat. Auch hier muss das Land seiner Verantwortung nachkommen und die vielen ehrenamtlichen und hauptamtlichen Kräfte unterstützen. Es ist richtig, dass wir das Schleswig-Holstein Musikfestival und auch andere Großevents unterstützen. Die soziokulturellen Zentren sind oft die Basis des kulturellen Lebens. Da darf dann auch gern etwas Geld ankommen.

Lassen Sie mich zum Schluss auf die Minderheitenpolitik eingehen: Das Land hat zusätzlich mehrere Bestimmungen zur Sprachencharta angemeldet, und nun stehen wir im Verfahren. In den anderen Bundesländern wird ebenfalls abgefragt, ob Bestimmungen nachgemeldet werden sollen, und dann wird die Bundesregierung dies wohl auf dem Ver-

ordnungswege tun. Wenn wir also in ein, zwei Jahren hier wieder stehen und etwas geschehen ist, dann gilt es hoffentlich nicht nur für uns, sondern auch für andere Bundesländer, und dann hätten wir richtig etwas angestoßen.

Im Übrigen ist es auch schön, dass wir es geschafft haben, einen gemeinsamen Antrag mit Sachsen auf den Weg zu bringen, um eine Minderheitenbestimmung in das Grundgesetz aufzunehmen.

(Beifall SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

Jetzt ist auch noch Brandenburg mit im Boot. Das lässt wirklich hoffen, dass sich noch viele Bundesländer anschließen. Auf jeden Fall kann ich nur alle auffordern, sich auch bei unseren eigenen Parteikolleginnen und -kollegen aus anderen Bundesländern und aus dem Bundestag dafür einzusetzen, dass sich diese auch für eine Grundgesetzänderung starkmachen.

In diesem Feld muss man sagen, dass sich die Landesregierung wirklich große Mühe gibt, nicht nur Forderungen aufzustellen, sondern auch selbst Taten folgen zu lassen. So sind jetzt die Verhandlungen für eine Ziel- und Leistungsvereinbarung mit dem dänischen Kulturverband SSF auf der Zielgeraden. Gerade ist der Gesetzentwurf für eine Stiftung für die friesische Bevölkerungsgruppe vorgelegt worden, den wir heute noch diskutieren werden. Im Haushalt sind Projektfördermittel für die dänische Minderheit in Höhe von 25.000 € eingestellt worden, und für die Friesen sind die Projektmittel um die gleiche Summe erhöht worden. Das sind alles richtig gute Zeichen.

Wir werden auch hier noch genau hinschauen müssen, wie wir die Minderheitenpolitik weiterentwickeln können. Da sind einerseits ab und an Investitionsmittel nötig, und andererseits wird sich das Arbeitsprofil des Friesenrates aufgrund der neuen Friesenstiftung im neuen Jahr stark ändern. Das müssen wir in den Haushaltsberatungen bedenken.

Sie sehen also, der Haushaltsentwurf hat seine Stärken und seine Schwächen. Wir werden natürlich wie immer mit konkret umsetzbaren Vorschlägen versuchen, hier noch den einen oder anderen Punkt zu beeinflussen. Für uns gilt, dass wir zwar wissen, wie die Mehrheiten sind - klar wissen wir das -, aber wir werden immer den Anspruch haben, für unsere Politik zu werben und für die Menschen in unserem Land konkrete Fortschritte möglich zu machen. Mit diesem Anspruch werden wir auch in die Haushaltsberatungen gehen. - Vielen Dank.

**(Lars Harms)**

(Beifall SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Ich unterbreche die Sitzung bis 15 Uhr.

(Unterbrechung: 13:22 Uhr bis 15:03 Uhr)

**Präsident Klaus Schlie:**

Meine sehr geehrten Damen und Herren, schön, dass Sie da sind. Normalerweise schwindet die Zeitdisziplin erst am dritten Plenartag. Aber ich sehe, das ändert sich auch.

Begrüßen Sie gemeinsam mit mir auf der Tribüne des Schleswig-Holsteinischen Landtags Soldatinnen und Soldaten des 3. Minensuchgeschwaders, Einsatzausbildungszentrum Minenabwehreinheiten, Kiel, Mitglieder des Kreissenioresenbeirats aus Nordfriesland und Vertreterinnen und Vertreter der Minderheiten und Volksgruppen des Landes Schleswig-Holstein. - Herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Wir steigen dann in die zweite Runde der Haushaltsberatungen ein. Das Wort für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Ole-Christopher Plambeck.

**Ole-Christopher Plambeck [CDU]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Gäste! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte gleich zur Sache kommen. Ich dachte natürlich, dass Herr Dr. Stegner schon hier im Plenum sitzt. So muss ich mit Beate Raudies und anderen aus der SPD vorliebnehmen. Das mache ich sehr gerne. Aber eigentlich wollte ich Herrn Stegner dabei auf die Sprünge helfen, warum wir uns überhaupt um die Neuordnung des KFA kümmern. Sie haben den KFA 2014 ohne Bedarfsanalyse geändert und einfach aufgrund Ihres - man kann sagen - politischen Kalküls Millionenbeträge aus dem ländlichen Raum in die kreisfreien Städte verschoben. Es war richtig, dass die CDU-Landtagsfraktion damals geklagt hat; denn das Gericht hat uns recht gegeben. Sie haben sich damals verfassungswidrig verhalten, und das korrigieren wir jetzt.

(Beate Raudies [SPD]: Wir holen gleich Kai Dolgner!)

Wir holen das nach, was Sie versäumt haben, und machen eine ehrliche Bedarfsanalyse auf der kommunalen und der Landesebene. Daraus ergibt sich, dass den Kommunen 530 Millionen € und dem

Land 930 Millionen € fehlen. Das ist natürlich kein Ergebnis, bei dem alle sofort Hurra rufen. Aber wir werden damit vernünftig umgehen; denn anders als Sie, Herr Stegner, übernehmen wir Verantwortung. Da können Sie sich noch so sehr auf die Hinterbeine stellen und die Wahlkampfparolen Ihres Kieler Parteifreundes in die Gegend posaunen.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Oh mein Gott!)

Wir übernehmen die Verantwortung und werden die Kommunen im neuen FAG ab 2021 selbstverständlich besserstellen, und wir wollen auch eine Symmetrie von 1,0 erreichen.

(Beifall CDU)

Ich möchte einmal darstellen, wie unseriös Sie Haushaltspolitik machen. In Ihren bisherigen Haushaltsanträgen betreffend 2018 und 2019 haben Sie allein mit Ihren Forderungen nach staatlichen Wohnungsbauunternehmen, Weihnachtsgeld, Kompensation für Straßenausbaubeiträge, beitragsfreier Kita und vielem mehr ein Volumen von mehr als 606,5 Millionen € beantragt. Ich wiederhole: 606,5 Millionen € und zwar pro Jahr. Eine Gegenfinanzierung haben Sie nie wirklich dargestellt; denn Sie sagen nicht, wo das Geld herkommen soll, und das ist leider sehr schwach, gerade für die älteste Partei Deutschlands.

Meine Damen und Herren, wir beraten heute eines der größten Haushaltsvolumen in der Geschichte des Landes Schleswig-Holstein, mehr als 13 Milliarden € bereinigte Einnahmen und Ausgaben. Auch wenn wir weniger einnehmen als geplant, werden wir selbstverständlich die schwarze Null einhalten. Wir planen den Haushaltsentwurf mit einem positiven Finanzierungssaldo von über 35 Millionen €. Ein großer Dank dafür gilt den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern, die diese Zahlen mit ihrer täglichen Arbeit erst ermöglichen.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber es ist nicht nur einer der größten Haushalte, sondern nach 2018 und 2019 auch wieder einer der besten Haushaltsentwürfe, die dieses Land je gesehen hat; denn anders als die SPD, die sich nur um sich selbst kümmert,

(Widerspruch SPD)

gestalten wir gemeinsamen mit FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Schleswig-Holstein im Sinne der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes. Wir investieren in unser Land wie keine Regierung vor uns in Infrastruktur, Bildung, Digitalisierung, Kli-

**(Ole-Christopher Plambeck)**

maschutz und vieles mehr. Nachdem wir die unsäglich niedrigen Investitionsquoten einer SPD-geführten Regierung überwunden haben, schaffen wir nach knapp 9 % 2018 und mehr als 10 % 2019 wiederum mehr als 10 % in 2020, Investitionen in die Infrastruktur, die mehr als 1,3 Milliarden € umfassen. Da haben wir einen klaren Plan. Wir wissen genau, wann welche Straße saniert wird. Das hat Bernd Buchholz gemeinsam mit dem Landesbetrieb für Straßenbau, den ich an dieser Stelle auch mal loben möchte, weil er einen sehr guten Job macht, hinbekommen;

(Beifall FDP)

bis Ende der Legislaturperiode werden wir einen Großteil aller Straßen saniert haben. Gleichzeitig gehen wir die Radwege an, was in der Vergangenheit auch nicht der Fall war,

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

und werden so das Fahrrad als Verkehrsmittel noch attraktiver machen.

Das Beste ist aber: Wir planen nicht nur jedes Jahr mit weit mehr als 90 Millionen € für Landesstraßen, sondern wir setzen es auch um. Und genau das unterscheidet uns von Ihnen, lieber Herr Stegner. Wir schnacken nicht, wir packen an, und das im Sinne unseres Landes.

(Beifall CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, wir sind uns sicherlich alle einig, dass Bildung ein hohes Gut ist. Deswegen ist dieser Bereich bei der engagiertesten Bildungsministerin der letzten 30 Jahre am besten aufgehoben.

(Unruhe SPD)

Karin Prien und ihr Team powern und setzen die Themen schlichtweg um. Immerhin werden im Einzelplan 07 über 2,6 Milliarden € bewegt. So werden zum Beispiel die Mittel für die Perspektivschulen auf insgesamt 8 Millionen € erhöht. Damit werden weitere 79 Stellen für unterschiedliche pädagogische Fachrichtungen finanziert. Wir stärken damit die Schulen in sozial schwachen Regionen und lassen niemanden hängen.

Weiter schaffen wir endlich die 100 % Unterrichtsversorgung beziehungsweise sind auf einem guten Weg dahin; denn entgegen der Planung werden keine Stellen eingespart, sondern in den Schulen belassen, und mit zusätzlichen Stellen stärken wir den Schulbetrieb.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Gerade im ländlichen Raum wird es aber immer schwerer, Fachkräfte und damit auch Lehrkräfte zu bekommen. Daher ist der Anwärtersonderzuschlag von monatlich 250 € für Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst der Grundschulen und Förderzentren genau richtig.

Ein weiteres Projekt, das ich persönlich sehr gut finde, ist das mit 50.000 € finanzierte Projekt Schulklassen auf dem Bauernhof. Es ist wichtig, dass die Schülerinnen und Schüler unsere heimische Landwirtschaft, in der ich selbst groß geworden bin, in allen ihren Facetten kennenlernen und verstehen, woher das Essen auf dem Teller kommt und vor allem wem sie es zu verdanken haben.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Das ist aber nur ein kleiner von vielen Bereichen im Bildungsministerium. Das Bildungsministerium befasst sich unter anderem auch mit Wissenschaft. Auch hier investieren wir viel. Für den Hochschulbau stehen insgesamt 54,4 Millionen € bereit, davon 11,2 Millionen € für die Hochschulmedizin. Darüber hinaus stellen wir für die Hochschulen Investitionsmittel in Höhe von rund 62,9 % aus dem Programm IMPULS bereit. Das Exzellenz- und Strukturbudget der Hochschulen wird mit 5 Millionen € fortgeführt, und die Forschungs- und Wissenschaftsstrategie ist mit 6 Millionen € gut ausgestattet. Wir können Exzellenz in Schleswig-Holstein. Aber klar ist auch: Geld ist dabei nicht alles.

Schleswig-Holstein - das muss ich ganz klar sagen - ist eine großartige Kulturlandschaft und hat sehr viel Kultur, die es zu unterstützen gilt. Hierfür sind im Haushaltsplanentwurf 58,5 Millionen € vorgesehen.

So werden zum Beispiel im Zusammenhang mit der Neuausrichtung der Landesbibliothek im nächsten Jahr einmalig 430.000 € für die Umgestaltung ausgegeben. Zudem sind neue Aufgaben des zentralen digitalen Knotenpunkts mit dauerhaft 300.000 € finanziert. Aus IMPULS kommen ebenfalls 8,5 Millionen € für die kulturelle Infrastruktur.

Sie sehen also, die Kultur wird von uns definitiv nicht vergessen. Ganz im Gegenteil stärken wir als Jamaika die Kultur in unserem Land.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Dr. Heiner Garg und sein Team werden im nächsten Jahr vor allem das Megathema Kita-Reform in die

**(Ole-Christopher Plambeck)**

Umsetzung bringen. Davon werden wir am Freitag eine Menge hören. Neben diesem großen Thema gibt es allerdings auch andere, nicht minder wichtige Themen, die wir nicht vergessen sollten. Wichtig finde ich, dass wir mit unserem Sozialministerium die Themen Pflege und Gesundheit erheblich stärken werden. Bereits zum Haushalt 2019 haben wir das Schulgeld für die Gesundheitsfachberufe übernommen. Das werden wir 2020 natürlich fortführen. Neu im Haushaltsplanentwurf sind die Zuschüsse zu den Mietkosten der Altenpflegeschulen in Höhe von jährlich 900.000 € Jeder Euro in die Pflege ist meines Erachtens ein Euro in die Menschlichkeit und damit gut investiert.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und vereinzelt SPD - Zurufe: Bravo!)

Ein weiterer Punkt, der die Menschen vor Ort bewegt, ist die medizinische Versorgung im ländlichen Raum. Dies ist nicht nur in meinem Wahlkreis, sondern landesweit eines der drängendsten Themen, die die Menschen bewegen. Deswegen ist es richtig, dass wir im Einzelplan 10 wieder 150.000 € für die telemedizinische Versorgung im ländlichen Raum bereitstellen und sektorenübergreifende Projekte wie die ärztliche Versorgung auf dem Land weiter stärken. Wir stocken den Betrag für solche Projekte im Haushaltsplanentwurf auf 5 Millionen € auf.

Meine Damen und Herren, Schleswig-Holstein war in der Vergangenheit und wird auch in Zukunft immer ein Einwanderungsland sein. Das sollte sich die AfD einmal merken.

(Lebhafter Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, vereinzelt SPD und SSW)

Nebenbei möchte ich dazu sagen, dass ich noch nie einen so rechtspopulistischen Beitrag gehört habe wie den heute Morgen von der AfD. Nur weil Sie das Wort „Alternative“ im Namen tragen, sind Sie noch lange keine; denn Sie stellen keine Alternativen dar, sondern wir machen das.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Wir kümmern uns um die Menschen in unserem Land. Gerade im Bereich der Integration sind es vor allem die Ehrenamtlichen sowie unsere Gemeinden und Städte, die eine Menge leisten. Deswegen sage ich auch ganz klar, dass ich kein Verständnis dafür habe, dass Berlin und vor allem auch ein Sozialdemokrat im Bundesfinanzministerium die Mittel für die Integration erheblich verringert hat, die wir vor Ort weiterhin benötigen.

(Vereinzelter Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Dabei vertrete ich ganz klar schleswig-holsteinische Interessen. Auf dieses Geld wollen und können wir nicht verzichten. Deswegen finde ich es sehr schade, dass sich Olaf Scholz und auch Sie, Herr Stegner, lieber in politischen Selbsthilfegruppen aufhalten, wie eine große Kieler Tageszeitung kommentiert, als sich für die Interessen Schleswig-Holsteins einzusetzen.

(Martin Habersaat [SPD]: Rufen Sie doch die Kanzlerin an! Die löst es dann!)

- Das mache ich gerne. - Wir stellen trotz der Haushaltslage 282 Millionen € über alle Einzelpläne in diesem Bereich bereit. Das sind mehr als 2 % des gesamten Landeshaushalts.

Wenn es um Verantwortung geht, haben wir mit Hans-Joachim Grote genau den richtigen Minister; denn er packt an, für unsere Sicherheit und auch für die Feuerwehren und den Katastrophenschutz.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

So sind über 5 Millionen € für den Kauf von Feuerwehr- und Katastrophenschutzfahrzeugen vorgesehen. Auch unser Programm für Investitionen in Feuerwehrgerätehäuser werden wir fortsetzen.

Außerdem werden wir unser Ziel erreichen, bis 2023 die geplanten 500 neuen Polizeistellen zu schaffen. Bereits im nächsten Jahr kommen 127 Anwärterstellen hinzu, und wir stocken den Stellenplan der Polizei um 200 Stellen auf. Jamaika macht also die Polizei in der Fläche wieder sichtbar. Das ist für die Menschen vor Ort ganz wichtig.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Zu einem funktionierenden Rechtsstaat gehört aber auch eine gut ausgestattete Justiz. Es kommen acht Staatsanwältinnen und Staatsanwälte und 13 Richterinnen und Richter hinzu. Sabine Sütterlin-Waack setzt sich hervorragend für unsere Justiz ein. Das Zusammenspiel von Polizei und Justiz wird dadurch immer besser. Dafür setzen wir uns weiter ein.

(Beifall CDU und FDP)

Auf Initiative der CDU fördern wir weiterhin - das halte ich auch für sehr wichtig - die Unterhaltung der Schießstände im Land mit 100.000 €

(Beifall CDU und FDP)

**(Ole-Christopher Plambeck)**

Wenn wir schon im Agrar-, Umwelt- und Jagdreich sind, so will ich auch ein Projekt nennen, auf das ich im Wahlkreis ganz besonders oft angesprochen werde. Das ist unser Projekt „Schleswig-Holstein blüht auf“, das mit 100.000 € finanziert wird. Auch damit tragen wir einen Teil zum Klimaschutz bei. Das halte ich für sehr wichtig.

(Beifall CDU und Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Für den Klimaschutz machen wir noch viel mehr, als Schleswig-Holstein aufblühen zu lassen. Mit einem Wettbewerb für Solarenergieprojekte stellen wir 15.000 € bereit, und wir fördern kleine Klimaschutzmaßnahmen, die direkt von den Bürgerinnen und Bürgern umgesetzt werden. Dabei handelt es sich um Maßnahmen, die jeder von uns durchführen kann und die einen großen Teil dazu beitragen, dass Klimaschutz tatsächlich wirkt. So könnte zum Beispiel auch Herr Dr. Stegner einmal überlegen, ob sein Pkw noch den richtigen Standard hat.

Meine Damen und Herren, richtig viel bewegen wir auch bei der Neuanpflanzung von Wald. In der Tat müssen wir hierbei noch besser werden, aber mit unserem Waldgipfel haben wir gezeigt, dass wir das Thema auf dem Schirm haben und weiter bewegen werden. Dafür setzen wir uns ein, und ich sehe auch, dass Jan Philipp Albrecht dieses Thema gut im Blick haben wird.

Bei all den genannten Projekten finde ich es sehr gut, dass unsere Finanzministerin bei jeder Gelegenheit klarmacht - darin werde ich sie auch unterstützen -, dass wir nur das auf den Weg bringen können, was langfristig finanzierbar ist. Mit der ab 2020 geltenden Schuldenbremse sind neue Schulden schlichtweg tabu. Das müssen wir immer im Hinterkopf behalten, und daran dürfen wir auch nicht rütteln. Die Schuldenbremse ist nicht verhandelbar; denn sie sichert unsere zukünftige finanzielle Leistungsfähigkeit. - Da darf einmal geklatscht werden.

(Heiterkeit und Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Meine Damen und Herren, ich möchte mich zum Schluss vor allem bei unserem Ministerpräsidenten Daniel Günther und seinem Kabinett für die Vorlage dieses soliden und zukunftsweisenden Haushaltsplanentwurfs bedanken. Ich freue mich sehr auf die Beratungen in den nächsten Wochen und Monaten und freue mich, dass wir mit diesem Haushalt in eine sehr gute zweite Halbzeit von Jamaika kommen werden. Ich denke, das ist langfristig ein sehr gutes Projekt. - Vielen Dank.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

**Präsident Klaus Schlie:**

Für die SPD-Fraktion hat die Abgeordnete Beate Raudies das Wort.

**Beate Raudies [SPD]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Jetzt muss ich aufpassen, dass ich bei dem vielen Lob, das hier ausgeschüttet worden ist, am Rednerpult nicht ausrutsche.

(Heiterkeit SPD)

Per 1. Juli dieses Jahres lag in den Sondervermögen des Landes fast eine dreiviertel Milliarde Euro, und in der mittelfristigen Finanzplanung bis 2028 sind allein für den Einzelplan 16 Zuführungen aus Landesmitteln in Höhe von rund 1,8 Milliarden € vorgesehen. Frau Finanzministerin, ich finde, da kann man schon von Speck auf den Rippen sprechen; denn ein bisschen haben wir durchaus auf der hohen Kante.

Die Beseitigung des Sanierungsstaus ist zweifellos wichtig. Sie wissen, wir haben das Verfahren, dies mithilfe von Sondervermögen zu tun, von Beginn an unterstützt, und das tun wir auch nach wie vor.

(Beifall SPD)

Es ergibt aber keinen Sinn, diesen Sondervermögen unbegrenzt Geld zuzuführen, das absehbar nicht ausgegeben wird. Schon heute sind Teile der Gelder mehrjährig zu Festgeldkonditionen angelegt. Solange wir für dieses Geld höhere Zinsen erzielen, als wir für alte und neue Kredite zahlen müssen, ist das vielleicht noch ein gutes Geschäft, doch die steigenden Strafzinsen beziehungsweise Verwahrungsgelte für Einlagen werden sich auch hier früher oder später bemerkbar machen. Ob und wie lange dieses Verfahren der Landesregierung volkswirtschaftlich noch sinnvoll ist, steht zumindest infrage. In diesem Punkt weiß ich nicht nur den Landesrechnungshof an meiner Seite.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Außerdem werden frei verfügbare Guthaben, die nicht an Anlagen gebunden sind, über die Landeskasse dem allgemeinen Liquiditätsmanagement des Gesamthaushalts zugeführt, dienen also übergangsweise der Finanzierung anderer Ausgaben. Frau Finanzministerin, ich finde, die Sondervermögen sind inzwischen so etwas wie Ihre Portokasse, mit der

**(Beate Raudies)**

Sie schalten und walten können, wie Sie wollen, ohne das Parlament zu fragen.

(Annabell Krämer [FDP]: Effizientes Management!)

Das haben Sie sich fein eingerichtet. Ob uns als Parlament das gefallen soll, Frau Kollegin Krämer, das ist eine ganz andere Frage.

(Beifall SPD)

In Zeiten von Haushaltsüberschüssen und angesichts von fast 28,7 Milliarden € Altschulden wird es nach unserer Auffassung, Zeit, sich auch über die Schuldentilgung Gedanken zu machen. Der Haushaltsentwurf 2020 ist in diesem Punkt wenig ambitioniert. Die Nettotilgung - es wurde vorhin schon gesagt - fällt im aktuellen Haushaltsjahr auf 36 Millionen € und ab 2021 sind noch 20 Millionen € für die Tilgung vorgesehen. Frau Finanzministerin, ich finde, das ist zu wenig.

Zwar hat sich die Schwankungsbreite der Zinsausgaben, das heißt die Auswirkungen von Zinssatzsteigerungen auf den Landeshaushalt, deutlich reduziert. 90 % des Zinsänderungsrisikos werden durch Zinssicherungsgeschäfte abgedeckt. Damit bleibt das Risiko steigender Zinsen zumindest mittelfristig überschaubar. Frau Finanzministerin, ich will zugeben, dass Sie einen Vorschlag für einen Schuldentilgungsplan vorgelegt haben, mit dem sich der Finanzausschuss derzeit beschäftigt.

Aber wenn die Zinsausgaben die große Unbekannte in der Finanzplanung sind, dann kann 2100 nicht die Antwort sein. Der Kollege Vogt hat vorhin verkündet, er wolle kaum Schulden haben, der Kollege Koch beklagte sich gar darüber, dass man heute und für alle Zeiten Zinsen zahlen müsse. Da sage ich: Dann tilgen Sie doch einmal! So passt das vorne und hinten nicht zusammen.

(Beifall SPD)

Was mich aber inzwischen doch ein bisschen beunruhigt, ist der stetige Personalaufwuchs. Unbestritten: Im Bereich der Polizei, bei den Lehrkräften und in der Justiz gibt es einen wachsenden Personalbedarf. Der Stellenplan wächst aber auch außerhalb dieser Bereiche, und zwar kräftig. Aber werden auch irgendwo Stellen eingespart? Wo fallen nach Neu- oder Umorganisation Stellen weg? Gibt es eine Aufgabenkritik? - Wenn Sie darauf keine Antwort haben, dürfen Sie sich nicht wundern, dass die Personalkosten steigen.

Ich will noch einige Worte zur Schuldenbremse sagen. Das ging heute Morgen in eine Richtung, aber

ich will auf das Haushaltsbegleitgesetz und die Tatsache verweisen, dass die Regierung uns hier eine Änderung der Regelung zur Schuldenbremse vorschlägt. Damit soll die grundsätzliche Übernahme der Regeln des Stabilitätsrats ins Landesrecht erfolgen und gleichzeitig die Übernahme von Gestaltungsmöglichkeiten, die die Landesregierung dann künftig nutzen will, zum Beispiel indem sie eine Konjunkturbereinigung vorsieht. Ziel dieser Bereinigung ist es, die Einnahmen des Landes von den Schwankungen der wirtschaftlichen Entwicklung unabhängig zu machen, um so eine Verstetigung und damit letztlich eine höhere Planungssicherheit für den Landeshaushalt zu erreichen. In konjunkturell guten Phasen ist eine Tilgung vorzunehmen, während in konjunkturell schlechten Phasen eine Kreditaufnahme erfolgen darf.

(Beifall Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Finanzielle Transaktionen und der kommunale Finanzausgleich werden herausgerechnet und die Bildung und Nutzung von schuldenbremsenneutralen Rücklagen erleichtert. Die Schuldenbremse wird also nachjustiert, flexibler gemacht. In der vergangenen Legislaturperiode hat Herr Koch der Küstenkoalition bei einer ähnlichen Anpassung übrigens vorgeworfen, wir würden die Vorgaben der Schuldenbremse aufweichen, um mehr Geld ausgeben zu können.

(Zuruf Martin Habersaat [SPD])

So ändern sich die Zeiten. Oder sollte ich sagen: Das Sein bestimmt das Bewusstsein?

(Beifall SPD)

Umso mehr habe ich mich über das nahezu leidenschaftliche Bekenntnis zur Schuldenbremse gefreut, Herr Koch - nun ist er nicht da. Kollege Petersdotter von den Grünen hat in der letzten Woche allerdings über die Schuldenbremse - Ausweg oder Irrweg? - diskutiert. Meine Damen und Herren von der Koalition: Klären Sie doch erst einmal Ihren Standpunkt zur Schuldenbremse, und dann reden wir alle gemeinsam darüber, wie es mit der Schuldenbremse weitergeht.

Ich möchte aber auch noch - der Kollege Petersdotter hat damit angefangen - einen kurzen Blick auf die Finanzbeziehungen zwischen Land und Kommunen werfen. Keine Sorge, ich spreche nicht von der Reform des FAG. Das kommt zu gegebener Zeit. Da wird der Kollege Dolgner dann schon die passenden Worte finden. Mir geht es heute um das Abrechnungsverfahren für die Sozial- und die Ein-



**(Beate Raudies)**

gliederungshilfe. Die Abrechnungen zeigen wie erwartet einen steigenden Bedarf für die Eingliederungshilfe. Folgerichtig steigt der Landesanteil an der Finanzierung von 79 auf 81,6 %. Dafür müssen Sie sich aber nicht loben. Diese Erstattung steht den Kommunen im Rahmen der Konnexität zu.

Anders sieht es aus bei der Abrechnung der Sozialhilfe. Die Küstenkoalition hatte 2015 eine einvernehmliche Einigung mit den Kommunen über die Finanzierung der Sozialhilfe erreicht. Da wurde nämlich so lange verhandelt, bis es ein Ergebnis gab. Das Land übernahm 79 % der Sozialhilfe, die Kommunen hatten 21 % zu tragen. Das Land stellte Kreisen und kreisfreien Städten jährlich Budgets zur Verfügung und kalkulierte Ausgabensteigerungen ein. Schöpften die Kommunen ihre Budgets nicht aus, sollten sie mindestens zur Hälfte den Überschuss behalten dürfen. Fehlte Geld, hatte das Land eine Nachschusspflicht.

Jetzt wird spitz abgerechnet. Das kann man im Grundsatz sogar richtig finden. Schließlich hat die Überprüfung ergeben, dass die Sozialhilfe durch das Land überzahlt wurde. Aber kein Wunder, das war ein Budget, das war so angelegt. Dass die Landesregierung diese Änderung jetzt aber nicht in einem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren macht, sondern en passant im Haushaltsbegleitgesetz, finde ich schon bemerkenswert.

(Annabell Krämer [FDP]: Wieso das denn?)

Für das Jahr 2017 hätte das Land nach dieser neuen Berechnungsmethode 35 Millionen € weniger an die Kommunen zahlen müssen - ein gutes Geschäft für das Land. Sie greifen den Kommunen erst in die eine Tasche und nehmen ihnen das Geld weg, um es ihnen dann im Rahmen der Kita-Reform wieder in die andere Tasche hineinzustecken.

(Beifall SPD)

Meine Damen und Herren von der Koalition, das ist das Gegenteil von partnerschaftlichem Umgang mit den Kommunen, das ist Rosstäuscherei.

(Beifall SPD)

Sie müssen sich nicht wundern, wenn Sie bei den Kommunen so eine Reaktion auslösen, wenn Sie so verfahren.

Ein Letztes heute: Mit ein wenig Sorge habe ich vorhin gehört, dass Jamaika bei der Umsetzung des Grundsteuerkompromisses in Schleswig-Holstein noch Beratungsbedarf habe. So habe ich Sie verstanden, Frau Finanzministerin, und ich glaube, auch Herr Vogt hat so einen Satz gesagt. Was soll

das denn bitte heißen? - Schlimm genug, dass der Gesetzentwurf auf Bundesebene jetzt eine weitreichende Öffnungsklausel enthält - in der Tat, ich finde es schlimm, dass wir Steuergesetze haben, die nicht mehr in allen Ländern gleich gelten -

(Beifall Birgit Herdejürgen [SPD] und Dr. Ralf Stegner [SPD] - Zuruf Annabell Krämer [FDP])

der die Frau Finanzministerin - so hat sie hier im Hause im Mai erklärt - nur zustimmen wollte, damit die Grundsteuer nicht wegfällt und den Kommunen in Deutschland nicht 14 Milliarden € fehlen. Haben Sie für Schleswig-Holstein da jetzt andere Pläne? - Dann auf den Tisch damit! Das kann ja wohl nicht wahr sein, dass Sie mit den Kommunen über das FAG und eine bedarfsgerechte Finanzausstattung verhandeln und gleichzeitig planen, ihnen vielleicht Steuereinnahmen wegzunehmen. Also, wenn Sie da etwas im Köcher haben, heraus damit. Dann reden wir darüber. Herr Koch, Sie können das auch gleich dementieren. Dann bin ich vollständig zufrieden und glücklich, wenn Sie das schaffen. Ansonsten haben wir im Finanzausschuss viel zu tun. Ich freue mich auf die Beratung.

(Beifall SPD)

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Herr Abgeordneter Lasse Petersdotter.

**Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Abgeordnete! Ich möchte gern auf vieles eingehen, was die Kollegin Raudies gerade gesagt hat. Letzten Endes ist es, wenn wir über den Haushalt sprechen, quasi ein Pflichteinstieg, dass wir mit Schulden und mit der Schulden-situation beginnen. Wer gerade eben noch einmal auf die Schuldenuhr geschaut hat, weiß: Wir standen bei circa 28,3 Milliarden € Wir haben in Schleswig-Holstein schlichtweg ein Schuldenproblem. Dem wurde sich in den letzten zehn Jahren intensiver gewidmet, als es in der Vergangenheit der Fall war. Damit müssen wir uns auch jetzt auseinandersetzen, jetzt, wo die Schuldenbremse tatsächlich greift, auch wenn wir die Schuldenbremse schon in den letzten Jahren eingehalten haben.

Frau Raudies, ich will auf eine Sache eingehen, die vorhin schon einmal aufgebracht wurde, und zwar Ihren Vorschlag vom 10. September 2019, dass man

(Lasse Petersdotter)

doch die IMPULS-Mittel zur Tilgung verwenden könnte. Ich glaube, es gibt wenig, was ökonomisch so sinnlos wäre wie diese Maßnahme.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das meine ich wirklich bei allem Respekt, aber jetzt tatsächlich mehr Tilgung zu fordern in einer Situation, in der tatsächlich auch die Schuldenbremse an sich schon hochumstritten ist, und zwar nicht nur bei linken Thinktanks oder so, sondern in der sich die Kommentare auch im „Handelsblatt“ und der „FAZ“ mehren, dass die Schuldenbremse in einer Zeit der Niedrigzinsphase fragwürdig ist, in einer Zeit, in der wir pro Euro, den wir aufnehmen, nur noch 85 Cent zurückzahlen müssen, und zu sagen, wir wollen nicht nur die Schuldenbremse einhalten - okay, darüber könnten wir diskutieren -, aber zu fordern, diese Mittel zur Tilgung zu verwenden, ist, glaube ich, sehr sinnlos.

(Zuruf Christopher Vogt [FDP], Dr. Kai Dolgner [SPD] und Beate Raudies [SPD])

Sie haben eben den Schuldentilgungsplan angesprochen. Dort gibt es eine Modellrechnung für das Jahr 2100. Wenn wir jedes Jahr 100 Millionen € tilgen würden - das ist für ein Land wie Schleswig-Holstein eine ganze Stange Geld -, hätten wir im Jahr 2100 eine Schuldenquote von 19 %. Das ist eine starke Reduzierung gegenüber dem, was wir heute haben.

Wenn wir bis zum Jahr 2100 gar keinen Euro tilgen, sondern einfach nur Wachstum, Inflation und alles Mögliche die Arbeit machen lassen, werden wir eine Schuldenquote von 26 % haben. In einem Zeitraum von etwa 80 Jahren jährlich 100 Millionen € zu tilgen - was eine Menge politischen Gestaltungsspielraum kostet -, die Schuldenquote um 7 Prozentpunkte zu reduzieren, ist marginal. Gerade daran sehen wir, dass Tilgung zurzeit nicht das sinnvollste Mittel ist.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben die Sondervermögen angesprochen. Dort gibt es Transparenz, die auch Sie, Frau Raudies, dankenswerterweise schaffen, durch Ihre regelmäßigen Kleinen Anfragen, die gerechtfertigt und sinnvoll sind. Auch ich lese die alle gern. Darin ist aufgeführt, wohin die Mittel fließen. Jedes Mal stellen Sie auch die sinnvolle und kluge Frage nach Straf- und Negativzinsen. Das alles wird dargestellt. Dabei zeigt sich, dass die Straf- und Negativzinsen bisher in dem Bereich kein Problem sind.

Die Anpassung der Kontrolle der Schuldenbremse, die Sie angesprochen haben, die im Haushaltsbegleitgesetz geregelt wird, ist eine Anpassung an die Vorgaben des Stabilitätsrates. Der Stabilitätsrat ist bei Weitem kein besonders freimütiger Geist, der uns alles Mögliche durchgehen ließe. Es ist durchaus sinnvoll, dass finanzielle Transaktionen oder Extrahaushalte nicht Teil der Schuldenbremse sind. Wenn wir das beispielsweise für finanzielle Transaktionen machen würden, bekämen wir große Probleme, Bundesmittel umzusetzen. Würden wir das bei Extrahaushalten anwenden, bekämen wir große Probleme beim Haushaltsabschluss am Ende des Jahres. Denn wenn einer der Extrahaushalte - einer Universität, des UKSH oder einer anderen Institution, die einen Extrahaushalt hat - ein Minus schriebe und wir dadurch plötzlich zu einer Haushaltssperre kämen, wäre uns mit Sicherheit nicht geholfen.

Wir diskutieren darüber im Ausschuss gern detailliert; auch der Landesrechnungshof wird ein großes Interesse daran haben - und ich habe Spaß daran.

(Beate Raudies [SPD]: Ich auch!)

Vorhin wurde von dem Kollegen Vogt oder anderen angesprochen - ich komme mittlerweile durcheinander, es ist schon vieles gesagt worden, aber noch nicht von mir - -

(Christopher Vogt [FDP]: Ich bin hier! Hallo! Du kennst mich doch!)

- Allerdings. - Beim Klimaschutz und beim sozialen Ausgleich ist es mir wichtig zu betonen: Wenn es uns beim Klimaschutz um sozialen Ausgleich geht - der ist richtig, wir dürfen Klimaschutz nicht nur über den Preis regeln, das würde zu großen Verwerfungen in der Gesellschaft führen -, ist Teil dessen auch der Ausgleich zwischen den Generationen. Wenn uns junge Generationen, die der Menge und Wahrnehmbarkeit nach weit über „Gegenwind“ stehen, sagen: „Wir werden nicht mitgenommen“, müssen wir ihre Sorgen ernst nehmen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Werner Kalinka [CDU]: Das gilt aber auch für die ältere Generation!)

Zum Ernst-Nehmen gehört, dass es höchstwahrscheinlich nicht ausreichen wird, was bisher gemacht wird. Auch dieser Haushalt wird die Klimakrise nicht lösen. Es geht auf der einen Seite um den Klimaschutz, auf der anderen Seite aber auch um Klimaanpassungen. Da sind auch die Kommunen in der Pflicht, so darauf zu reagieren, dass sie für starke Niederschlagsmengen ausreichende Ab-

(Lasse Petersdotter)

wassersysteme vorhalten, damit man davon nicht überrascht wird.

Die Klimakrise ist eine historische Herausforderung, und dafür braucht es historische Antworten. Wenn man ins Zweifeln kommt, ob man das mit der Schuldenbremse so hinkriegt und das nur mit einem Ausgleich bewerkstelligt bekommt, ist meine Position, dass ich eben nicht glaube, dass es die politischen Mehrheiten dafür geben wird, die Klimakrise unter der Schuldenbremse zu regeln, sondern man etwas oben drauf packen müsste, weil das eine so schwerwiegende Herausforderung ist. Im Zweifelsfall fehlen die gesellschaftlichen, demografischen und politischen Mehrheiten.

(Zuruf Wolfgang Baasch [SPD])

Kommen wir zu den Allgemeinplätzen solcher Debatten, wird immer wieder betont: Die haben Rekordsteuereinnahmen! - Das ging ein bisschen aus der AfD-Rede hervor. Rekordsteuereinnahmen sind in einem Staatssystem wie Deutschland völlige Normalität: In 68 Jahren gab es 59 Jahre lang Rekordsteuereinnahmen.

(Beifall Beate Raudies [SPD])

Die Situationen, in denen wir keine haben, sind ein ganz großes Problem. Herr Stegner, Sie haben vorhin gesagt: Es gibt eine sehr gute Einnahmesituation in Schleswig-Holstein. - Ja, auch wachsende Einnahmen sind völlige Normalität. Es ist ein Irrglaube, dass ein Staat in einem wachstumsorientierten Wirtschaftssystem ein Postwachstumsstaat sein könnte. Deswegen gab es in 68 Jahren steigende Einnahmen, und nur in fünf Jahren der Geschichte Deutschlands gab es keine steigenden Einnahmen.

(Zuruf Nobis)

Das hat übrigens etwas mit Steuersenkungen zu tun, insbesondere unter Rot-Grün, und mit Wirtschaftskrisen.

(Zurufe)

Ich kann Herrn Stegner nur empfehlen, sich das Buch von Norbert Walter-Borjans anzuschauen - seinem Konkurrenten um den SPD-Vorsitz -, der ganz wunderbar aufschlüsselt, wie all so etwas zustande kommt, übrigens auch der fragwürdige Tag der Steuerzahler, den der Bund der Steuerzahler jedes Jahr ausruft; das alles ist rechnerisch nicht haltbar.

Reden wir über die Einnahmen; denn viel zu häufig wird in Haushaltsdebatten nur über die Ausgaben-seite debattiert. Heute ist der Tag der Steuergerechtigkeit. Deswegen möchte ich neben dem Dank an

das Finanzministerium explizit einen Dank an die Finanzbeamtinnen, Finanzbeamten, Betriebsprüferinnen, Betriebsprüfer, Steuerfahnderinnen und Steuerfahnder loswerden, die dafür sorgen, dass Steuern erhoben werden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt CDU und SPD)

Politisch ist da noch sehr viel zu erledigen. Wir haben in dieser Koalition allerdings - das hätte vorher nicht jeder für selbstverständlich gehalten - bei der Steuergerechtigkeit Fortschritte erreicht, sei es bei den Share-Deals, wofür man sich im Bundesrat immer wieder eingesetzt hat, sei es bei der Anzeigepflicht, für die im Bundesrat auch gekämpft wird. Ich habe allgemein den Eindruck, dass Monika Heindold beim Thema Steuergerechtigkeit im Bundesrat die ganze Zeit kämpft. Auch wenn es nicht immer eine Bühne hat, hat das unseren Dank verdient.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt CDU und FDP)

Ein Antrag, der nicht wie eigentlich vorgesehen in diesem, sondern erst im nächsten Plenum diskutiert wird, betrifft die digitale Betriebsstätte und nimmt die Besteuerung großer Digitalunternehmen in den Fokus. Auch das ist ein Erfolg, den wir als Jamaika vorher bestimmt nicht zugeschrieben bekommen haben, aber eben doch erreichen können.

Auf der Einnahmeseite spielt die wirtschaftliche Lage eines Landes eine massive Rolle. Herr Nobis, ich fand es interessant, dass Sie das vorhin zum Motiv gemacht haben. Die schlechter werdende Konjunkturlage Schleswig-Holsteins und Deutschlands - es ist interessant, wo die Ursachen liegen - hat im Wesentlichen zwei Ursprünge: Einer sind der Brexit und der unklare Ausgang und der noch viel deutlichere Ursprung ist der Handelskonflikt zwischen China und den USA.

(Jörg Nobis [AfD] erhebt sich von seinem Platz)

- Ich dachte, Sie stellen eine Frage, schade.

(Heiterkeit)

Ich finde interessant, dass jetzt gerade Sie hier als Warner vor der Konjunkturlage auftreten, obwohl der geistige Ursprung dieser Konjunkturkrise Ihre politische Haltung ist, und zwar Nationalismus, Eigenständigkeit und das Wegkommen von Solidarität.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD und FDP)

(Lasse Petersdotter)

Was uns hingegen hilft, ist eine starke Binnenwirtschaft, insbesondere in Schleswig-Holstein. Ein starker Wirtschafts- und Arbeitsmarkt in Schleswig-Holstein und darüber hinaus sowie die Nichtabhängigkeit von der Autoindustrie in Schleswig-Holstein sind große Pfunde, mit denen wir wuchern können.

Trotzdem, ist die Lage in Schleswig-Holstein schwierig. Das müssen wir erklären und immer wieder deutlich machen, dass sie nicht so einfach ist wie zumindest in den letzten zwei Jahren und womöglich schlechter wird. Vor allen Dingen hauen einige Vergleiche nicht immer hin; zum Beispiel kommt immer wieder der Punkt der Konkurrenzfähigkeit gegenüber Hamburg auf. Wir dürfen nicht vergessen, dass Schleswig-Holstein das Bundesland mit dem geringsten Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in Westdeutschland und Hamburg das Bundesland mit dem höchsten Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in ganz Deutschland ist. Dieser ständige Vergleich und die ständige Konkurrenz können uns nicht glücklich machen - immer nur auf das Geld zu gucken. Wir müssen Wege finden, bei denen wir auf anderer Seite besser werden und in dieser Konkurrenz gewinnen.

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber wir sind doch glücklich!)

- Ja, wir sind glücklicher, aber davon können wir am Ende des Tages viele Rechnungen nicht bezahlen. Das ist das Problem.

(Beifall FDP)

Die allgemeine Wirtschaftslage Schleswig-Holsteins ist nicht die allerbeste. Das Gutachten zum kommunalen Finanzausgleich hat das noch einmal herausgestellt, mit der Summe von 930 Millionen € die hier schon mehrfach hervorgehoben wurde. Herr Stegner, Sie haben vorhin gesagt: Die 186 Millionen € stehen den Kommunen zu. - Sie wollen einen Symmetriekoeffizienten von 1,0. Das Gutachten sagt aber an mehreren Stellen, dass es sinnvoll ist, einen unteren Symmetriekoeffizienten von 0,95 einzuhalten und dass das ökonomisch sehr gut begründbar ist, insbesondere in der ökonomischen Situation Schleswig-Holsteins. Man muss sich darauf jetzt nicht festlegen - wir wollen ja gar nicht am unteren Ende sein -, aber man muss sich schon an der Leistungsfähigkeit des Landes orientieren können.

Es ist angesichts dieses sehr schwierigen Konflikts gut, dass wir eine erfahrene und kommunalpolitisch verwurzelte Finanzministerin haben. - Herr Dolgner!

**Präsident Klaus Schlie:**

Herr Abgeordneter, Sie gestatten, wie ich merke, eine Zwischenbemerkung des Abgeordneten Dr. Dolgner?

**Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Sehr gern.

**Dr. Kai Dolgner [SPD]:** Herr Kollege Petersdotter, ich glaube, wir haben unterschiedliche Gutachten gelesen.

- Es gab auch mehrere Versionen.

- Ja, die letzte stammt vom 4. September; es gab insgesamt drei Versionen und noch zwei Nachlieferungen. Darum geht es mir in meiner Frage aber gar nicht.

Sie sagten: Die Leistungsfähigkeit müsse sich abbilden. - Ich dachte bis eben, es sei der Sinn des Gutachtens gewesen, dass man die Bedarfe von Land und Kommunen ermittelt und dann die unterschiedliche Leistungsfähigkeit in Bezug setzt - denn beide Ebenen sind ja unterfinanziert - und die Unterfinanzierung gerecht aufteilt, nämlich so, wie es festgestellt worden ist. Warum sehen Sie jetzt eine Priorisierung der Leistungsfähigkeit des Landes gegenüber der Leistungsfähigkeit der Kommunen, oder ist das Gutachten falsch?

- Nein, es ist einfach nur Teil der politischen Debatte, die Leistungsfähigkeit zu berücksichtigen. Es ist völlig richtig: Im Gutachten wird die Leistungsfähigkeit des Landes und der Kommunen jeweils in Relation zueinander gesetzt. Zur Leistungsfähigkeit gehören auch die Zinsbelastung und dass die Konsolidierungsmittel auslaufen. Es gehören auch viele andere Aspekte dazu, die immer wieder korrigiert werden mussten. Insofern kann es gut sein, dass wir unterschiedliche Gutachten gelesen haben, weil sie sich ständig verändert haben.

Nichtsdestoweniger bedeutet das ja nicht, dass wir alles nur einmal in einen Rechner reinwerfen können, aus dem dann am Ende ein objektiv richtiges Ergebnis herauskäme. Jeder kommunale Finanzausgleich ist auch Teil einer politischen Debatte, die wir führen müssen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Klaus Schlie:**

Herr Abgeordneter Petersdotter, gestatten Sie eine weitere Bemerkung des Abgeordneten Dr. Dolgner?

**Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Ja, sehr gern.

**Dr. Kai Dolgner [SPD]:** Da Sie ja eben zum Beispiel die wegfallenden Konsolidierungsmittel erwähnt haben, möchte ich Sie fragen, welche wegfallenden Konsolidierungsmittel Sie damit meinten - die der Kommunen?

- Nein, ich meinte damit die wegfallenden Konsolidierungsmittel des Landes, die in diesem Jahr das letzte Mal mit knapp unter 30 Millionen €-

(Annabell Krämer [FDP]: 27 Millionen €)

- 27 Millionen €gezahlt werden.

**Präsident Klaus Schlie:**

Nun drängt es den Abgeordneten Dr. Dolgner noch zu einer weiteren Bemerkung.

**Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Sehr gern!

**Dr. Kai Dolgner [SPD]:** Warum lösen Sie das Problem nicht schlicht mit einer jährlichen Neubetrachtung? Warum argumentieren Sie hier für eine Asymmetrie?

- Wir werden durchaus eine ständige Neubetrachtung des Systems haben. Eine jährliche Neubetrachtung wäre jedoch etwas engmaschig, wenn wir uns anschauen, wie der jetzige Prozess gelaufen ist, der sicherlich nicht der einfachste war. Eine frühere Neubetrachtung als beispielsweise in fünf Jahren, die vorher immer in der Diskussion war, sollten wir definitiv ins Auge fassen. Ich fände beispielsweise das Jahr 2024 dafür sehr sinnvoll.

(Beate Raudies [SPD]: Ja! Das kann ich verstehen! - Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Dr. Kai Dolgner [SPD]: Wir haben jährlich angepasst!)

Ich mache jetzt einen kleinen Sprung, weil die Zeit knapp wird. Zu den Integrationsmitteln wurde viel gesagt. Ich möchte gar nicht allzu sehr auf die Forderung von Herrn Nobis eingehen, dass wir die DaZ-Kurse einmal nach Diplomatenkindern und Geflüchteten aufschlüsseln sollten. Das ist einfach nicht unsere Vorstellung. Sie können sagen, dass

Sie es spannend finden, aber ich fände es noch nicht einmal interessant. Kinder, die hier in Schleswig-Holstein leben, sollten gefälligst auch die Möglichkeit bekommen, die Sprache, die sie hier zu sprechen haben, lernen zu dürfen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, FDP, SSW und Beate Raudies [SPD])

Sprache, Bildung und Arbeit sind der Kern von Integration. Dazu werden wir morgen einen Bericht des Wirtschaftsministeriums erhalten. Wenn Sie immer wieder auf die Asylmittel eingehen, überlegen Sie bitte auch einmal, welcher Wirtschaftsfaktor für uns dahintersteckt. Dort arbeiten sehr viele Menschen. Das ist die Lebensrealität sehr vieler Menschen.

(Zuruf Jörg Nobis [AfD])

Das ist nicht alles nur Geld, das direkt zu geflüchteten Menschen fließt. Es fließt eben auch in ehrenamtliche und hauptamtliche Strukturen, die ihren Sinn haben.

Wir sind auf die Potenziale dieser Geflüchteten angewiesen. Darauf möchte ich hier einmal einen Schwerpunkt legen: Wir sind auf die Potenziale von allen Menschen in Schleswig-Holstein angewiesen - das sind geflüchtete wie nicht geflüchtete Menschen. Ihr habt vorhin gesagt, dass die wirtschaftliche Lage von Schleswig-Holstein nicht die allerbeste sei und wir deshalb Wege finden müssten. Wir sind deswegen gut beraten, die Potenziale von Menschen zu nutzen, damit Schleswig-Holstein tatsächlich einmal aus dieser ständigen Situation des Tragens der roten Laterne herauskommt.

Irgendwoher muss es einmal kommen. Auf der einen Seite sagen wir, wir wollen keine Kredite aufnehmen, um unsere wirtschaftliche Lage zu verändern. Jeder Betrieb würde es aber so machen: Jeder Betrieb, der in einer schwierigen wirtschaftlichen Lage ist, würde erst einmal einen Kredit aufnehmen, um danach einen Sprung machen zu können. Wir als Land können das nicht machen, das ist ja alles okay.

Dann muss es aber auf der anderen Seite irgendwo anders herkommen, oder wir finden uns einfach mit der Situation ab, dass wir bei allen Punkten die rote Laterne halten, und ändern daran nichts. Deswegen sind die Potenziale der Menschen in Schleswig-Holstein ein ganz wichtiger Faktor. Dabei spielen nicht nur Geflüchtete eine Rolle, sondern alle Menschen. Deshalb ist der Punkt Bildungsgerechtigkeit so wichtig, und deswegen ist es gut, dass wir PerspektivSchulen haben, die Menschen eine Chance



**(Lasse Petersdotter)**

geben, die es sonst schwieriger im Leben haben. Dort gehen so viele Talente verloren, die auf dem Bildungsweg auf der Strecke bleiben. Wir haben kluge Leute, die es verdient haben, ihren Weg in der Gesellschaft zu machen. Dort helfen die Perspektivschulen und der Bildungsbonus.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch die Kita leistet hier ihren Beitrag. Da können Sie noch so sehr von der Beitragsfreiheit sprechen. Jedes Kind hat ein Recht auf Kita, aber eben auch ein Recht auf gute Kita. Genau hier setzt unsere Kita-Reform an.

Dabei spielt auch die Grundfinanzierung an Hochschulen eine Rolle, mit der die Beschäftigten besser bezahlt werden können. Ich bin hier vor einigen Jahren genau für diese Grundfinanzierung auf die Straße gegangen. Heute geht es damit weiter.

Am Ende ist mir ein Punkt noch besonders wichtig, der hier noch nicht erwähnt wurde - es ist schon schwierig, so einen Punkt hier noch in der Debatte zu finden -: die Grundbildungszentren. In diesem Haushaltsentwurf steht, dass wir zum ersten Mal in Schleswig-Holstein Grundbildungszentren schaffen. Ich danke der Ministerin Karin Prien hierfür. Die Grundbildung betrifft das, was wir lange Zeit als Analphabetismus bezeichnet haben, also, dass Menschen mit geringer Literalität Deutschkurse bekommen. Das sind aber Menschen, die schon immer Deutsch gesprochen haben. Das ist ein nicht kommerzialisierbarer Bildungsbereich. In den 70er-Jahren stand Schleswig-Holstein da an der Spitze, aber in den letzten 20 Jahren ist da gar nichts passiert. Jetzt werden endlich diese Grundbildungszentren geschaffen, wo es über die Schriftsprache hinausgeht und wo auch Internetkurse angeboten werden. Einen großen Dank für diesen wichtigen Teil der Bildungsgerechtigkeit im Erwachsenenalter, denn dort bestehen immer noch Bildungsgerechtigkeitslücken. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit, vielen Dank für die Maßnahmen!

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, FDP und SSW)

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort für die FDP-Fraktion hat die Frau Abgeordnete Annabell Krämer.

**Annabell Krämer [FDP]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kollegen! Der Haushaltsentwurf 2020 ist erneut strukturell ausgleichlichen. Per Saldo tilgen wir im kommenden Jahr

36 Millionen € unserer Altschulden, auch wenn dem Kollegen Petersdotter, wie er eben sagte, vielleicht eher eine Neuverschuldung vorgeschwebt hätte. Lieber Kollege, eins muss man natürlich sagen. Du hast recht: Ein Unternehmen würde sich in dieser Zinssituation gegebenenfalls verschulden. Wenn das Unternehmen aber schon so verschuldet wäre wie wir, hätten sie bei Basel III mittlerweile Probleme, bei den Banken Geld zu bekommen. Insofern muss man das etwas ins Verhältnis setzen.

(Zuruf CDU: So ist es!)

36 Millionen € sind auf den ersten Blick nicht viel. Hierbei ist jedoch zu beachten, dass wir 89 Millionen € weniger Steuermehreinnahmen haben, als ursprünglich in den Eckwerten der Finanzplanung berücksichtigt war. Ferner - wir erwähnten es bereits alle - bekommen wir 2020 letztmalig Konsolidierungshilfe vom Bund. Diese fällt mit 27 Millionen € auch im nächsten Jahr schon um 53 Millionen € niedriger aus als in den Vorjahren. Auf der einen Seite fehlen uns diese Mittel, auf der anderen Seite finde ich aber, dass wir stolz darauf sein können, dass wir nicht mehr am Tropf des Bundes hängen.

(Beifall FDP und CDU)

Bedauerlich ist natürlich, dass der Bund die Kommunen bei der Integration der Flüchtlinge im Regen stehen lässt. Jedem ist bewusst, dass die Integration nicht nach den ersten Behördengängen aufhört, sondern eigentlich erst richtig anfängt. Insofern ist es unbegreiflich, dass die Bundesregierung allein für Schleswig-Holstein die Integrationsmittel um 44 Millionen € kürzt.

(Beifall CDU und Christopher Vogt [FDP])

Die GroKo lässt unsere Kommunen und somit die vielen Ehrenamtler im Stich. Das ist nicht das Land, sondern die GroKo und der Bund, liebe Kollegen!

Trotz dieses harten Einschnittes ist das Jahr 2020 bei der Mittelverteilung aus Sicht der Kommunen ein unglaublich gutes Jahr. Der Wegfall der erhöhten Gewerbesteuerumlage von knapp 140 Millionen € pro Jahr bedeutet eine erhebliche Verschiebung der Finanzmasse zugunsten der Kommunen. Das muss auch einmal gesagt werden: Es gibt nämlich auch Bundesländer, die es nicht so machen. Hessen beispielsweise heimst die Gelder selbst ein. Wir geben sie eins zu eins weiter. 140 Millionen € Gewerbesteuerumlage mehr für die Kommunen - darüber muss einfach einmal gesprochen werden.

(Beifall FDP und CDU)

(Annabell Krämer)

Unsere Investitionen halten wir, wie geplant, auf Rekordniveau. Die Tarifierhöhung und unsere Besoldungsstrukturreform sind im Zahlenwerk berücksichtigt. Zudem schaffen wir neue Stellen für Lehrer, Polizisten und Richter und stärken damit die Kernaufgaben unseres Landes. Auch die Kita-Reform wird ab dem 1. August 2020 umgesetzt und ist somit im Haushalt erstmalig deutlich sichtbar.

Unter diesen Gesichtspunkten und gegenüber den Eckwerten der bereits nach unten korrigierten Steuereinnahmen ist ein Haushalt, der einen Überschuss von 36 Millionen € aufweist, ein außerordentlich guter Haushalt. Jamaika kann Haushalt!

(Beifall FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Lars Harms [SSW]: Sehr zurückhaltend formuliert!)

Ewig grüßt das Murmeltier: Der Sozialdemokratie fällt nichts anderes ein, als mit utopischen Anträgen um die Ecke zu kommen.

(Zuruf Beate Raudies [SPD])

Jahr für Jahr wieder: Beitragsfreie Kita, und zwar jetzt und sofort, für zusätzliche 250 Millionen € im Jahr. Knappe 200 Millionen € zusätzliche Mittel für die Kommunen, 150 Millionen € für die Rückkehr zum alten Weihnachtsgeld, und - weil Verteilen ja so viel Spaß macht - die SPD fordert, den Bund von seinen Zusagen für den freiwilligen Lärmschutz bei der Festen Fehmarnbelt-Querung zu entbinden und stattdessen landesseitig 300 Millionen € zu übernehmen. Das war eigentlich mein Highlight! Sehen Sie es mir nach, dass ich hier in Anbetracht meiner sehr knappen Redezeit - ich hätte sonst noch ein bisschen mehr gebracht - nur SPD-Forderungen mit einem Preisschild in dreistelliger Millionenhöhe erwähnt habe. Ich freue mich schon jetzt auf die Deckungsvorschläge, zumal die finanzpolitische Sprecherin heute einen kleinen Turnaround gemacht hat und zusätzlich zu den ganzen Millionenforderungen jetzt auch noch Tilgung fordert.

(Beate Raudies [SPD]: Das habe ich letztes Jahr auch getan!)

Mal ganz ehrlich: Wenn das kein Paradebeispiel für ein Paradoxon ist, weiß ich wirklich nicht.

(Beifall FDP und CDU)

Es ist eine Frage der Generationengerechtigkeit, dass wir bei all unserem Handeln und Entscheidungen die Auswirkungen auf künftige Generationen im Auge behalten. Mit einer erneuten Investitionsquote von über 10 %, die - ich erwähne es immer wieder - von der Vorgängerregierung noch als Uto-

pie belächelt wurde, gehen wir einen weiteren Schritt in die richtige Richtung.

(Beifall FDP - Zuruf: Sehr gut!)

Wir bauen Schulden ab und sorgen für eine intakte Infrastruktur, damit auch künftige Generationen eine Gestaltungsgrundlage vorfinden, anstatt sich ausschließlich mit den Folgen einer verschlissenen Infrastruktur herumschlagen zu müssen.

(Zuruf FDP: Genau!)

Ich muss meinen Kollegen Plambeck noch berichtigen: Die Sanierung der Schießstände war im letzten Jahr kein CDU-Antrag, sondern ein FDP-Antrag. Wir freuen uns, dass die CDU das so Bombe findet, dass sie ihn vollumfänglich unterstützt. Ihr habt aber so gute Anträge, Ihr braucht nicht unsere zu kapern.

(Beifall FDP)

Ein kritischer Blick muss jedoch auch auf die Personalkosten erlaubt sein. Bereits heute geben wir über 35 % unserer Finanzmittel für Personal aus. Das ist auch richtig und wichtig. Damit finanzieren wir zu einem übergroßen Teil Lehrer, Polizisten, Richter oder Finanzbeamte. Sorge macht mir jedoch, dass bereits heute mehr als jeder dritte Euro an Personalausgaben für Versorgungsempfänger aufgewendet wird. Die Versorgungsausgaben sind in den letzten zehn Jahren um besorgniserregende 50 % gestiegen und werden auch in den nächsten Jahren weiter massiv in die Höhe gehen.

Verstehen Sie mich richtig: Unsere Pensionäre haben sich diese Vorsorge in ihrer aktiven Zeit erarbeitet, und der Staat hat zu seinen Zusagen zu stehen. Nichtsdestotrotz müssen wir alle überlegen, wie wir das System auch für zukünftige Generationen tragfähig halten. Meines Erachtens ist es an der Zeit, für Reformen im Besoldungsrecht zu sorgen, die der demografischen Entwicklung gerecht werden. Hier sei zukünftig zum Beispiel an eine Gleichbehandlung von Studienzeiten bei Angestellten und bei Beamten gedacht. Es ist niemandem geholfen, wenn der Staat seine Last irgendwann einmal nicht mehr tragen kann.

Das Land muss als Arbeitgeber attraktiv bleiben. Gebetsmühlenartig fordert die Opposition eine sofortige Anhebung nahezu sämtlicher Besoldungsgruppen und die vollumfängliche Wiedereinführung des Weihnachtsgeldes, wissend, dass dies für das Land nicht finanzierbar ist, ohne in anderen Haushaltspositionen harte soziale Einschnitte vornehmen zu müssen.



(Annabell Krämer)

Im letzten Jahr schlug die Opposition vor, einen Teil ihrer Forderungen durch Kürzungen der Besoldungs- und Tarifmittel zu finanzieren. Gottlob ist diesem Irrsinn hier niemand gefolgt. Niemals hätten wir sonst den hohen Tarifabschluss der Angestellten für unsere Beamten umsetzen können.

(Beifall FDP)

Liebe Opposition, bitte nicht jedes Jahr die gleiche Leier. Ihre Forderung nach mehr Geld für alle - und das sofort - ist nicht realisierbar und reine Bauernfängerei. Ein Landeshaushalt, der mit Schattenhaushalten 33 Milliarden € an Verbindlichkeiten zu schultern hat, kann nicht jeden finanziellen Wunsch erfüllen. Wir müssen andere Wege finden, um unser Land als attraktiven Arbeitgeber zu präsentieren.

Dass Sie seriöse Oppositionsanträge stellen können, haben Sie ja schon gezeigt. Ich breche mir keinen Zacken aus der Krone, wenn ich zugebe, dass Sie gelegentlich auch einen guten Antrag stellen. Die Forderung nach Einführung einer pauschalen Beihilfe, die Beamten zu Beginn ihrer Laufbahn echte Wahlfreiheit bei der Krankenversicherung einräumen soll, hat mich nach der ersten Anhörung vollends überzeugt.

(Beifall Lars Harms [SSW] - Beate Raudies [SPD]: Wow, wann beschließen wir das?)

Erstens begrüße ich, wenn mehr Wettbewerb zwischen privaten und gesetzlichen Krankenkassen zugelassen wird, denn das kann dem gesamten dualen Gesundheitssystem nur zuträglich sein. Ich meine natürlich keinen Einstieg in eine Einheitsversicherung. Ich halte es für falsch, dass die privaten Kassen in der Berufsgruppe der Beamten quasi eine Monopolstellung innehaben.

Zweitens wird durch die Einführung einer pauschalen Beihilfe unser Landeshaushalt auf lange Sicht bei zugegebenermaßen zunächst höheren Beihilfeausgaben massiv entlastet. Drittens schafft dies die Benachteiligung derjenigen Beamten ab, die sich für die gesetzliche Krankenversicherung entschieden haben und ihre Beiträge allein entrichten müssen. Das kann nicht sozial sein.

(Beifall FDP und SSW - Lars Harms [SSW]: Weiter so!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir stehen finanzpolitisch vor großen Herausforderungen. Die Neuordnung des kommunalen Finanzausgleiches, die übrigens nicht nur zustande kommt, weil die CDU geklagt hat, denn die FDP hat mit geklagt - das wurde vorhin vergessen -, steht an. Es ist uns Liberalen ein wichtiges Anliegen, die Kommunen

endlich flächendeckend in die Lage zu versetzen, auf Straßenausbaubeiträge zu verzichten.

Ja, Herr Dr. Stegner, da haben wir unseren Herrn Ministerpräsidenten an unserer Seite, und ich möchte Daniel Günter einen großen Dank dafür aussprechen, dass er unser Anliegen genauso stark vertritt.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Auch die Grundsteuer muss neu geregelt werden. Es ist bekannt, dass unsere Koalitionspartner hier ein anderes Modell als wir favorisieren. Das ist auch okay, wir sind schließlich unterschiedliche Parteien. Wir als Liberale sprechen uns für das einfache, transparente Flächenmodell aus und lehnen das bürokratielastige Modell von Bundesfinanzminister Scholz ab, das durch die Einbeziehung von Mietpreisstufen meines Erachtens insbesondere in Schleswig-Holstein zu ungeahnten Verwerfungen führen wird. Mir ist es jedenfalls nicht plausibel, warum zum Beispiel Sylt einer niedrigeren Mietpreisstufe unterliegt als zum Beispiel die Gemeinden des Kreises Pinneberg oder Husum.

Aus diesem Grund und gerade deshalb, weil uns wichtig ist, dass die Kommunen ihr Grundsteueraufkommen haben, möchte ich mich ausdrücklich bei unserer Finanzministerin Monika Heinold bedanken, die sich auf Bundesebene für die Einführung der Länderöffnungsklausel starkgemacht hat - nicht, weil sie sie unbedingt befürwortet, aber weil sie genau weiß, dass diese erforderlich ist, damit wir bis zum Ende des Jahres einen Gesetzentwurf haben. Frau Heinold, danke, insbesondere deshalb, weil ich weiß, dass Sie insgeheim ein anderes Modell favorisieren als wir Freie Demokraten.

Ja, wir Jamaikaner sind tatsächlich nicht immer einer Meinung, aber wir schaffen es immer wieder, das Verbindende zu stärken und unsere gemeinsamen Ziele zu verfolgen. Jamaika steht für beste Bildung von Anfang an, für die Versöhnung von Ökonomie und Ökologie, für die umfassende Sanierung unserer Infrastruktur, für die Stärkung der inneren Sicherheit und für den Erhalt von finanziellem Spielraum für zukünftige Generationen.

Ich stelle fest: Der vorliegende Landeshaushalt trägt erneut ein gutes Stück zu diesen Zielen bei. Ich freue mich auf die anstehenden Beratungen und schließe mich dem Dank von meinen Vorrednern an Frau Heinold und ihr Team an. - Herzlichen Dank.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Klaus Schlie:**

Herr Nobis, ich gehe davon aus, dass Sie die Restredezeit von 1 Minute nutzen wollen? - Dann haben Sie das Wort.

**Jörg Nobis [AfD]:**

Herr Präsident, vielen Dank. - Herr Harms, Sie haben mich vor der Mittagspause einen Rassisten genannt, weil ich auf einen aktuellen Fall von mutmaßlichem Asylbetrug hingewiesen habe. Gegen diese Verunglimpfung Ihrerseits verwahre ich mich auf das Schärfste und nachdrücklich, insbesondere bei meinem persönlichen Hintergrund.

Der von mir angesprochene Fall ist keineswegs abgeschlossen, wie Sie es behaupten. Im Gegenteil, die Polizei hat gerade erst wieder Ermittlungen aufgenommen. Hören Sie beim nächsten Mal einfach zu, statt sich so zu erregen. Dann müssen Sie auch keine Fake News verbreiten. In der Sache bleibt Asylbetrug nämlich Asylbetrug, und es ist völlig egal, woher der Betrüger kommt oder welche Hautfarbe er hat. Das ist mir persönlich nämlich schnuppe. Ich möchte, dass Asylbetrug in unserem Land verhindert wird. - Jo tak.

(Beifall AfD)

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort für den SSW hat der Abgeordnete Lars Harms.

**Lars Harms [SSW]:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben uns ja schon in der ersten Runde der Fraktionsvorsitzenden über das ausgetauscht, was im Haushalt steht. Darauf will ich nicht weiter eingehen. Ich möchte auf eine Rede eingehen und vielleicht noch drei Punkte nennen, die - so glaube ich - grundsätzlich eine Relevanz haben und zu denen sich alle Parteien einmal äußern sollten. Einige haben das schon getan.

Zu der Rede: Es geht um die Rede des Kollegen Nobis, die ich gern an einigen Stellen korrigieren möchte. Sie haben vorhin davon gesprochen, dass wir nur geringe Rückstellungen für Beamtenpensionen einstellen würden, nämlich nur die berühmten 100 € Dazu muss man etwas wissen; wir sitzen auch deshalb hier zusammen, damit wir hier Wissen austauschen: Man muss wissen, dass diese 100 € nicht für die gesamten Pensionen gedacht sind, sondern als Vorsorge für zukünftige Steigerungen dieser Pensionen, und dafür dürfte dieser Betrag auch

ausreichend sein. Wenn man etwas anderes will, und man kann durchaus etwas anderes wollen, dann erwarte ich, dass Sie diese - um es freundlich zu formulieren - mehreren Millionen Euro, es wird ein Betrag in zwei- und dreistelliger Millionenhöhe sein, in Ihren Haushaltsanträgen benennen und auch sagen, wie Sie dies finanzieren wollen.

(Zuruf Jörg Nobis [AfD])

Ich finde, es ist sehr nachhaltig. Wir haben es gemeinsam beschlossen, dass wir die Steigerungen, die in Zukunft kommen, damit abdecken können. Wir können damit im Prinzip das machen, was wir jetzt auch schon finanzieren können. Ich glaube, vor diesem Hintergrund bedarf es auch gar nicht dieser Rückstellungen. Wenn man sie aber haben will - Sie haben gesagt, dass Sie dies wollen, sie haben dies scharf kritisiert -, dann erwarte ich, dass wir im Dezember nachlesen können, wie Sie diese vielen Millionen Euro finanzieren wollen. Das ist der erste Punkt.

(Beifall SSW)

Ein weiterer Punkt: Sie haben gesagt, alle Stellen, die wir in irgendeiner Art und Weise neu geschaffen haben, seien asylbedingt. Das ist erstens nicht richtig und zweitens nicht aktuell. Meinetwegen ist es auch nicht überdurchschnittlich. Wir haben inzwischen einen massiven Rückgang an Menschen, die zu uns gekommen sind, zu verzeichnen. Die Stellen, die wir in der Tat damals asylbedingt geschaffen haben, sind besetzt. Wir müssen die Verfahren ja bearbeiten. Wir können ja nicht einfach sagen: Die Leute sind hier, und dann kümmern wir uns nicht mehr um die Leute. Man muss diese Verfahren ja durchführen. Jetzt werden es aber weniger, und es ist so, dass diese Stellen nun umgewandelt werden. Beziehungsweise ist es so, dass Stellen asylbedingt wegfallen und dass neue Stellen geschaffen werden, die für andere Aufgaben zur Verfügung stehen. Hier reden wir dann über Polizisten, die wir ausbilden, wir reden über Juristen, wir reden über Leute, die in den Justizvollzugsanstalten arbeiten. Wir reden auch über Lehrer.

(Zuruf Jörg Nobis [AfD])

Ich glaube, wir sollten einmal darüber reden, ob es sinnvoll ist, mehr Lehrer, mehr innere Sicherheit durch die Polizei und mehr Rechtssicherheit durch mehr Juristen zu haben. Ich glaube, abgesehen von Ihnen werden hier alle einig sein, dass es Sinn macht, diese Menschen einzustellen.

(Beifall SSW)

**(Lars Harms)**

Ein Weiteres: Sie haben auch Kritik an den Stellen der Justiz in den Asylkammern geäußert. Sie haben kritisiert, dass auf einmal so viele Asylkammern geschaffen worden seien. Sie haben aber gleich zu Beginn gesagt: Die Leute sollen alle raus hier, und wer kein Asylrecht hat, der soll gehen. Das haben Sie gesagt, oder ist das nicht Ihre Haltung? Dann müssten Sie diese korrigieren. Sie haben gesagt, Sie hätten die Leute von hier gern weg. So habe ich Sie jedenfalls verstanden.

**Vizepräsidentin Aminata Touré:**

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

**Lars Harms [SSW]:**

Ein Rechtsstaat sollte die Berechtigung prüfen. Die Menschen haben das Recht, gegen Entscheide Widerspruch einzulegen. Diese müssen von Gerichten abgearbeitet werden. Wenn Sie die Menschen loswerden wollten, müssten Sie eigentlich dafür plädieren, viele entsprechende Kammern einzurichten, und dürften nicht kritisieren, dass wir diese Kammern überhaupt haben.

Ich finde, Rechtssicherheit macht Sinn. Ich finde es sinnvoll, dass die Leute ein vernünftiges Asylverfahren erhalten, das schnell und rechtssicher ist. Das wird mit diesen Stellen sichergestellt.

**Vizepräsidentin Aminata Touré:**

Herr Abgeordneter Harms, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Nobis?

**Lars Harms [SSW]:**

Sehr gern, ja klar.

**Jörg Nobis [AfD]:** Vielen Dank, Herr Harms. - Sie haben mich falsch verstanden. Sie haben natürlich völlig recht. Wir bemängeln nicht, dass Stellen geschaffen worden sind, um Asylverfahren abzuarbeiten. Das war ein Beispiel dafür, dass die Landesregierung sehr wohl weiß beziehungsweise wissen müsste, wie viele Stellen es gibt. Wir hatten explizit nach den Kosten gefragt. Diese Kosten wurden uns in der Kleinen Anfrage nicht mitgeteilt. Ich hatte kritisiert, dass die Landesregierung auf unsere Frage nicht korrekt antwortet.

- Es ist logisch, dass die Asylkammer dazu dient, im Asylverfahren Rechtssicherheit herzustellen. Natürlich ist sie nicht für Arbeitsrecht, Sozialrecht

oder Verkehrsrecht zuständig. Diesbezüglich brauche ich auch keine Kleine Anfrage an die Landesregierung. Das ist mir selbst auch klar.

(Beifall SSW)

Sie haben aber geäußert, es gebe immer mehr Kammern. Dazu sage ich: Diese Kammer brauchen wir, damit wir Asylverfahren rechtsgültig abarbeiten können. Diesen Rechtsweg müssen wir offenhalten. Das sind wir uns als Rechtsstaat schuldig.

**Vizepräsidentin Aminata Touré:**

Erlauben Sie eine weitere Zwischenfrage?

**Lars Harms [SSW]:**

Wenn noch eine vorhanden ist, gern.

**Jörg Nobis [AfD]:** Ich stimme Ihnen da völlig zu, Herr Harms. Aber wir beide wissen, dass die Einrichtung dieser Kammer Kosten verursacht. Ich wollte bei der Landesregierung die Kosten dafür erfragen. Man hat mir die Kosten nicht genannt beziehungsweise pauschal geantwortet, es gebe Personalkosten.

Ich hatte dargelegt, dass man aufgrund der Stellenbeschreibung sehr wohl weiß, wie viele Stellen für welche Kammern geschaffen wurden. Die Landesregierung weiß es, sagt dies aber nicht in der Kleinen Anfrage. Das hatte ich in meiner Rede bemängelt, nicht die grundsätzliche Sache, dass entsprechende Stellen geschaffen wurden.

- Dann ist es schön, dass es zu dieser Korrektur gekommen ist. Hier im Haus gab es massenhaft Empörung über die Äußerung, die Sie diesbezüglich getätigt haben. Ich habe gehört, dass Kollegen sich gefragt haben, ob die entsprechenden Menschen kein Verfahren mehr erhalten sollten. Darauf sind Sie nicht eingegangen. Da lag der Schluss nahe, dass Sie auch die Schaffung der Kammern infrage stellten. Wir glauben vielmehr, dass die Menschen mit einem Urteil rechnen müssen. Anders geht es nicht in einem Rechtsstaat.

Meine Damen und Herren, ich glaube, hinsichtlich der ausländischen Mitbürger, die zu uns gekommen sind, wird manchmal nur darüber diskutiert, was uns das Ganze kostet. Erstens finde ich, Humanität darf grundsätzlich etwas kosten. Das ist eine grundsätzliche Haltung.

(Beifall SSW, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und FDP)

(Lars Harms)

Es ist mir völlig wurst, wo die Leute herkommen, die in Not sind. Wenn wir, ein reicher Staat, eine reiche Gesellschaft, helfen können, dann haben wir in Gottes Namen auch zu helfen.

(Vereinzelter Beifall)

Zweitens: Wir müssen uns allmählich - Herr Kollege Petersdotter hat es eben deutlich gesagt - Gedanken darüber machen, dass die Menschen auch etwas mitbringen, dass die Menschen Fähigkeiten haben, dass die Menschen zum Beispiel mehrsprachig sind. Das vergessen wir immer. Sie können uns in den Unternehmen super gut helfen, wenn sie mit ihrer Herkunftsregion weiter in Kontakt stehen. Die Menschen können richtig etwas leisten. Das sagen wir auch immer über uns Minderheiten, dass diejenigen, die Dänisch können, auch mit den Dänen hinter der Grenze reden können. Das nehmen wir so hin. Ein Syrer kann aber auch ein syrisches Unternehmen kontaktieren; ein Nordafrikaner kann mit Menschen in nordafrikanischen Staaten kommunizieren. Das geht eben auch. Das ist ein Riesenschatz. Den müssen wir heben, meine Damen und Herren.

(Beifall SSW, CDU, SPD, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es geht nicht nur um die Sprachen, sondern auch um die kulturellen Kenntnisse, die diese Leute mitbringen. Wir reden immer nur darüber, die Leute sollten Deutsch reden, sie sollten die Kultur annehmen und weiß der Geier was; das sollen sie auch alles. Aber ganz wichtig ist auch: Wir müssen ihnen auch die Chance geben, ihre eigene Kultur zu behalten. Darin müssen wir sie auch bestärken, sodass sie sich irgendwann sowohl in unserer Kultur bewegen können als auch in ihrer Herkunftskultur. Dann haben wir als Gesellschaft eine riesige Chance, mit diesen Menschen etwas auf die Beine zu stellen. So muss man, glaube ich, an die Sache herangehen.

(Beifall SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jetzt noch kurz zu drei Punkten, die wir, glaube ich, grundsätzlich klären müssen. Der erste Punkt ist die Frage, ob das Programm IMPULS nun gut ist oder nicht. Es geht darum, ob es richtig ist, die Knete zurückzulegen, um in den nächsten Jahren zu investieren. Ist es gut oder schlecht? Diese Idee stammt aus Zeiten der Küstenkoalition. Sie war damals gut und ist heute noch immer gut. Ich kann Ihnen auch sagen, warum. Irgendwann wird es einmal enger. Jeder sagt, es könne vielleicht auch einmal knapp werden. Es könne natürlich auch sein, dass die Zinsen steigen. Es wird passieren, dass wir für diejeni-

gen, die wir jetzt eingestellt haben, irgendwann Rente zahlen müssen. Es könnte also irgendwann einmal knapper werden. Ein guter Haushälter sorgt vor, sodass er sich dann noch irgendwie bewegen kann.

Wenn 1 Milliarde € zur Verfügung steht, die in den nächsten zehn oder 20 Jahren aufgewandt werden kann, dann ist das gut. Wir dürfen das auf gar keinen Fall verschenken beziehungsweise zur Schuldentilgung nutzen. Das Geld muss investiert werden. Damit schaffen wir im Übrigen auch Arbeitsplätze, und die viel besprochene Binnenkonjunktur wird gestärkt. Auch das hilft uns, meine Damen und Herren.

(Beifall SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der nächste Punkt, der eng damit zusammenhängt, ist die Schuldenbremse. Nach den Diskussionen heute und dem, was ich in der Zeitung gelesen habe, Monika Heinold, bin ich richtig froh, dass wir die Schuldenbremse damals auf die Beine gestellt haben, und zwar nicht nur mit einem Gesetz, sondern in der Verfassung abgesichert haben. Das sichert ab, dass nur eine Zweidrittelmehrheit diese abschaffen kann.

Ich glaube, es war wirklich eine kluge und weit-sichtige Entscheidung, als wir gesagt haben, wir wollten eine Schuldenbremse haben. Das galt einmütig über alle Fraktionen hinweg, von der Opposition bis hin zu den Regierungsfractionen.

(Beifall SSW)

Wir haben gesagt: Das ist uns so wichtig, dass wir es in der Verfassung absichern, damit es auf gar keinen Fall wieder geändert wird. Die Begründung ist genau die Gleiche wie eben: Wir brauchen eine Schuldenbremse, damit wir nicht auf Kosten der Generation leben, die heutzutage vor der Tür für ihre Zukunft demonstriert. Es geht nicht nur um das Klima, es geht auch um die finanzpolitische Zukunft, die wir den jungen Menschen weiterhin eröffnen müssen.

(Beifall SSW, vereinzelt SPD und FDP)

Zum letzten Punkt, dem Klimaschutz: Der Klimaschutz wird in den nächsten Jahren das absolute Megathema sein. Ob wir das Thema in fünf Jahren noch Klimaschutz nennen oder anders, wir kommen an dem Thema nicht mehr vorbei. Mir ist völlig wurst, ob er menschengemacht ist oder anderweitig entstanden ist, er ist da. Er bedroht uns. Er bedroht vor allem Menschen in anderen Regionen. Auch hier, meine Damen und Herren, gilt: Wir haben eine

**(Lars Harms)**

Verantwortung für diese Menschen und müssen uns Gedanken machen, wie wir hier wirtschaften. Die Menschen in Bangladesch, im Kongo oder auf einer Insel im Pazifik müssen Überlebenschancen haben. Das ist unsere Verantwortung. Wenn wir uns darüber keine Gedanken machen, kommen sie auch zu uns. Ich finde, es ist besser, wenn die Menschen in ihrer Heimat bleiben können.

Wichtig ist, glaube ich, dass wir uns darüber Gedanken machen, dass wir den Klimaschutz ausgleichen. Wir müssen eine Akzeptanz dafür schaffen. Es gab vor einiger Zeit - das ist ein bisschen in Vergessenheit geraten - die berühmte Agenda 21. Damals galt, dass Maßnahmen ökologisch, ökonomisch und sozial abgeglichen werden müssen. Wenn sich Maßnahmen hinsichtlich dieser Kriterien im Einklang befinden, handle es sich um eine gute Maßnahme. Das gilt auch für diesen Fall. Wir müssen gucken, dass wir sozial nachhaltig arbeiten. Wenn wir das nicht machen, bekommen wir in der Akzeptanz Riesenprobleme.

Robert Habeck hat behauptet, dass, was die Regierung mache, sei völliger Käse. Es sei völliger Quatsch, die Pendlerpauschale zu erhöhen. Das sei ein Anreiz, weitere Wege zur Arbeit zu fahren. Sie glauben doch nicht allen Ernstes, dass ich, nur weil ich eine Pendlerpauschale erhalte, von Husum nach Niebüll ziehe und damit noch einen 20 km längeren Arbeitsweg in Kauf nehme. Das ist doch Blödsinn.

(Beifall SSW, CDU und FDP)

Wir wissen, dass die Pendlerpauschale hilft. Wir wissen, dass zum Beispiel auch die Senkung der Stromsteuer helfen würde. Wir wissen, dass auch viele andere Maßnahmen abgewogen werden müssen. Ich glaube, daran müssen wir noch arbeiten. Das ist ein Megathema. Das wird hochgespielt. Das ist auch in Ordnung, weil es wichtig ist. Aber wir dürfen nicht vergessen, dass es auch in diesem Land noch viele Menschen gibt, die sich manches nicht leisten können. Auch für diese haben wir eine Verantwortung.

(Beifall SSW und FDP)

Wenn wir die Abgaben erhöhen - das ist völlig okay, darüber werden wir uns morgen noch fleißig unterhalten -, müssen wir uns auch darüber Gedanken machen, was das beispielsweise für den Hartz-IV-Empfänger bedeutet. Der bekommt zwar seine Wärme bezahlt, aber nicht seinen Strom. Wenn ich diese Kosten erhöhe, geht das richtig ins Portemonnaie. Für diese Menschen sind manchmal schon 10 € zu viel, weil sie es sich nicht leisten können. Wir dürfen nicht von uns selber oder von

einem durchschnittlich situierten Menschen ausgehen, sondern müssen ganz vorsichtig herangehen und überlegen, wie wir es schaffen, dass Menschen, die es jetzt schon richtig schwer haben, es nicht noch schwerer haben werden.

Aus meiner Sicht muss Ziel der Politik sein, dass Menschen, denen es gut geht, einen größeren Teil bezahlen. Das ist für mich eine Selbstverständlichkeit. Aber wir müssen bei unseren Maßnahmen ein wenig genauer darauf schauen, dass das, was wir tun, auch nachhaltig ist, und zwar sowohl im ökologischen wie auch im ökonomischen und im sozialen Sinne. Dann sind wir auf der richtigen Spur. - Vielen Dank.

(Beifall SSW und FDP)

**Vizepräsidentin Aminata Touré:**

Begrüßen Sie bitte mit mir auf der Tribüne FDP-Mitglieder aus dem Wahlkreis Segeberg West, Schülerinnen und Schüler der Beruflichen Schule Ostholstein, Eutin, und Vertreterinnen und Vertreter der Minderheiten und Volksgruppen des Landes Schleswig-Holstein.

(Beifall)

Zu einem Dreiminutenbeitrag hat sich der Fraktionsvorsitzende der SPD, Dr. Ralf Stegner, gemeldet.

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zu den Haushaltsdebatten möchte ich jetzt nichts mehr sagen, die haben ja zu verschiedenen Themen gezeigt, wo die Unterschiede und die Gemeinsamkeiten liegen.

Ich möchte kurz etwas zu einem Vorgang sagen, von dem ich der Meinung bin, dass sich das Präsidium des Landtages damit beschäftigen sollte, nämlich mit der Rede des Fraktionsvorsitzenden der AfD vor der Mittagspause. Das war weitgehend ein ekelhaftes Gebräu von rechtsextremistischen Darlegungen.

(Beifall SPD und Katja Rathje-Hoffmann [CDU])

Es wurden Tiervergleiche angestellt, eine Viertelstunde lang wurde Anti-Ausländerpolitik dargestellt, es wurde über Hundefutter gesprochen. Das alles ist dieses Hauses komplett unwürdig. Wir haben Meinungsfreiheit, aber wir haben auch bestimmte Regeln. Wir sind auf eine Verfassung mit bestimmten Grundwerten vereidigt worden. Die



(Dr. Ralf Stegner)

Zwischenrufe, das wird das Protokoll zeigen, waren in Teilen ja auch ziemlich kräftig.

Meiner Meinung nach sollte sich das Präsidium diese Rede im Protokoll noch einmal anschauen und sich fragen, ob das mit den Regeln, die wir für Abgeordnete haben, vereinbar ist. Ich für meinen Teil finde das nicht. Vielleicht gibt es ja die Möglichkeit, das zu rügen, oder jemanden, der so redet, des Saales zu verweisen. Ich finde nicht, dass sich die demokratischen Abgeordneten 20 Minuten lang etwas anhören müssen, was mit unseren Grundwerten in keiner Weise vereinbar ist. Das will ich ganz deutlich sagen.

(Beifall Martin Habersaat [SPD])

Das wollte ich bewusst am Ende der Debatte tun. Dass es schon einmal eine Entgleisung gibt oder ein Wort danebengeht, kennen wir häufiger, aber das ist eine konsequente Radikalisierung. Diese Rede war durch und durch ausländerfeindlich, extremistisch, rechtsextrem. So etwas, finde ich, müssen wir uns hier in diesem Landtag nicht bieten lassen. Das wollte ich hier deutlich gesagt haben.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW, vereinzelt CDU und FDP)

**Vizepräsidentin Aminata Touré:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, die Gesetzentwürfe, Drucksachen 19/1600, 19/1601 und 19/1695, dem Finanzausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Das ist einstimmig so beschlossen.

Es ist außerdem beantragt worden, die Berichte der Landesregierung, Drucksachen 19/1604 und 19/1705, dem Finanzausschuss zur abschließenden Beratung zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 46 auf:

**Bericht über den Umweltzustand der Schlei und die Pläne der Landesregierung zur Verbesserung der dortigen Wasser- und Umweltqualität**

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 19/1696

Ich eröffne die Aussprache und erteile dem Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Na-

tur und Digitalisierung, Jan Philipp Albrecht, das Wort.

**Jan Philipp Albrecht, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich danke dem SSW ausdrücklich für diesen Berichts Antrag. Er gibt mir die Gelegenheit, an dieser Stelle auf die Herausforderungen des Gewässerschutzes im Allgemeinen und auf das besonders schützenswerte Stück Küstengewässer, die Schlei, im Konkreten einzugehen. Erst kürzlich war ich länger dort und habe mich vor Ort informiert, und zwar gemeinsam mit gleich 100 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus unserem Haus. Wir haben uns vor Ort ein Bild von der ökologisch, kulturell und historisch bedeutsamen Gegend rund um Schleswig im Rahmen eines Betriebsausfluges gemacht.

Sie können sicher sein: Wir haben die Schlei fest im Blick und sind uns der Herausforderungen vor Ort absolut bewusst.

(Beifall Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Danke. - Leider gibt der ökologische Zustand nach wie vor Anlass zur Sorge. Folgen wir den Kriterien der EU-Wasserrahmenrichtlinie und der EU-Meeressstrategie-Rahmenrichtlinie, ist die Schlei in einem schlechten ökologischen Zustand. Das spiegelt die generelle Lage unserer Gewässer und Meere auch global und überall hierzulande wider.

Der heute veröffentlichte IPCC-Bericht unterstreicht die Herausforderungen mit Blick auf die radikalen Veränderungen durch den Klimawandel. Umso wichtiger ist es, dass wir nun zügig vom Reden ins Handeln kommen, was den Klimaschutz angeht.

(Beifall Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die Ursachen für die Situation in der Schlei sind vielfältig. Am Grund liegt Faulschlamm, der durch die früheren Nährstoffeinträge, insbesondere aus der Zuckerfabrik und der Kläranlage in Schleswig, gebildet wurde. Hinzu kommen viel zu hohe Nährstoffeinträge aus der Landwirtschaft. Diese führen im Frühjahr zur Algenblüte, die eine weitere Ursache für die Bildung von Schlickalgen auf dem Grund der Schlei sind. Bei einem flachen Gewässer wie der Schlei mit einer Wassertiefe von gerade einmal 2,5 bis 3 m werden die Auswirkungen dabei drastisch spürbar.

**(Minister Jan Philipp Albrecht)**

Der vorliegende Bericht gibt auch Anlass zur Hoffnung. Zwar zeigen die aktuellen Forschungsarbeiten zur Sedimentverteilung deutlich, dass die Schlicksedimente mit einem hohen organischen Anteil in weiten Teilen der Schlei zu finden sind, die Ergebnisse deuten aber auch darauf hin, dass die Ablagerungsrate seit den 1980er-Jahren in etwa um die Hälfte zurückgegangen ist. Das, meine Damen und Herren, ist ein gutes Zeichen und sollte uns motivieren, die Bemühungen für saubere Gewässer mit umso größerer Kraft fortzusetzen.

Die Anstrengungen der Landwirte zur Reduzierung der Nährstoffeinträge zeigen auch Erfolge - sowohl bei den rückläufigen Nährstoffkonzentrationen als auch bei den niedrigeren Sedimentationsraten des Schlicks. Die Untersuchungen machen deutlich, dass der Untergrund auch unter natürlichen Bedingungen ohne menschlichen Einfluss weitflächig von sandig-schlickigen Ablagerungen dominiert wäre.

Mit erster Priorität müssen daher weitere Maßnahmen zur deutlichen Reduzierung der nach wie vor hohen und langzeitigen Nährstoffeinträge umgesetzt werden. Für eine Minderung dieser Erträge ist es notwendig, dass die neue Düngeverordnung des Bundes in der nachgeschärften Form zügig umgesetzt wird. Da erwarte ich weiterhin vom Bund, den zuständigen Ministerinnen Schulze und Klöckner, dass sie endlich konkrete Vorschläge und Rechtstexte zur Umsetzung der Vorgaben der EU-Kommission vorlegen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Darüber hinaus ergreifen wir als Landesregierung eine Reihe von Maßnahmen und haben diese auch schon auf den Weg gebracht. Unter anderem der heute debattierte Haushaltsentwurf sieht in den kommenden Jahren erhebliche Investitionen in die Revitalisierung der Schlei vor. Einige Beispiele: Im Einzugsgebiet der Füsinger Au ist für die Landwirte die kostenlose und auf Gewässerschutz fokussierte landwirtschaftliche Beratung eingeführt worden. Diese wird nun entsprechend durchgeführt. Das Land fördert die Einrichtung von dauerhaften Gewässerrandstreifen entlang der Fließgewässer sowie die Wiederherstellung von Feuchtgebieten.

Wir erarbeiten ein hydrologisch-biologisches Modell, um zu prüfen, ob die natürlichen Abbauprozesse im System ausreichend sind, um den Faulschlamm abzubauen. Die immer wieder geforderte Entfernung des Faulschlammes macht nämlich erst dann Sinn und kann auch erst dann nur nachhaltig

sein, wenn die Einträge der externen Quellen deutlich reduziert worden sind.

Meine Damen und Herren, die Verunreinigung der Schlei durch Plastikpartikel aus der Kläranlage Schleswig hat darüber hinaus auch bundespolitisch hohe Wellen geschlagen. Die Reinigungsarbeiten sind zwischenzeitlich nahezu abgeschlossen. Die jetzt noch vorgefundenen Kunststoffreste sind überwiegend nicht mehr auf die Einleitungen aus der Kläranlage zurückzuführen.

Ich freue mich besonders, dass meine erste, etwa genau vor einem Jahr eingereichte Bundesratsinitiative gerade von der Bundesregierung umgesetzt wurde. Mit der von uns hier im Norden initiierten Änderung der Bundesdüngemittelverordnung wird ab jetzt die Reduzierung von Fremdstoffen bei der Verwertung verpackter Lebensmittelabfälle verbessert, so wie es der Stand der Technik auch aktuell hergibt. Das, meine Damen und Herren, ist ein großer Erfolg.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und  
vereinzelt CDU)

Ich wurde auch gebeten, über die Verunreinigung des Bodens und des Grundwassers durch die ehemalige Teerpappenfabrik im Bereich der Wiking-Halbinsel in Schleswig zu berichten. Es sind derzeit zwei Möglichkeiten ersichtlich: erstens die Sicherung der kontaminierten Fläche durch eine Spundwand für etwa 4 Millionen € und zweitens der Bodenaustausch der belasteten Bereiche, Kostenpunkt etwa 14 Millionen €

Die Notwendigkeit einer Sanierung steht dabei außer Frage. Zwar ist neben dem Kreis und Privaten auch der Bund Eigentümer betroffener Flächen im Gewässer, dennoch hat das MELUND der Stadt Schleswig bereits Möglichkeiten in Aussicht gestellt, gemeinsam tragbare Lösungen zu finden. Hier erhoffe ich mir, dass wir vor Ort Entscheidungen bekommen, wie eine Lösung angegangen werden kann.

Insgesamt ist klar: Der Schutz unseres Wassers hat für die Jamaika-Koalition höchste Priorität. Das gilt übrigens auch für das Thema Fracking, bei dem wir aufbauend auf dem, was wir bereits an Maßnahmen ergriffen haben, alle Möglichkeiten ausschöpfen werden, damit Fracking in Schleswig-Holstein keine Rolle spielt.

Das gilt übrigens auch für die Verbringung von CO<sub>2</sub> in unsere Böden, die wir 2014 gemeinsam über alle Parteigrenzen hinweg ausgeschlossen haben. Daran



**(Minister Jan Philipp Albrecht)**

werden wir hier im Land auch in Zukunft festhalten.

(Beifall Heiner Rickers [CDU])

Zu der Frage, wie darüber hinaus seitens des Bundes im Bereich der Forschung Entwicklungen außerhalb Schleswig-Holsteins vorangebracht oder zumindest in Betracht gezogen werden können, wird der Ministerpräsident morgen in der Aktuellen Stunde weiter Stellung nehmen.

Meine Damen und Herren, Jamaika steht klar an der Seite derer, die für sauberes Wasser und eine hohe Qualität unserer Gewässer eintreten, und wir handeln auch entsprechend. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt CDU und FDP)

**Vizepräsidentin Aminata Touré:**

Begrüßen Sie mit mir auf der Tribüne noch einmal - da eben noch nicht alle anwesend waren - Vertreterinnen und Vertreter der Minderheiten und Volksgruppen des Landes Schleswig-Holstein.

(Beifall)

Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat der Abgeordnete Flemming Meyer.

**Flemming Meyer [SSW]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Über 40 km lang ragt die Schlei von der Ostsee bis nach Schleswig. Viele kennen die Bilder vom Landarzt mit den Segelschiffen und den hügeligen Rapsfeldern entlang der Schlei. Sie ist wirklich eine Perle in der Region, und sie wird touristisch erfolgreich als Ostseefjord vermarktet.

Aber die Schlei ist weit mehr als nur der Ostseefjord. Die Schlei ist ein wichtiger Teil von Schleswig-Holsteins Geschichte, ein wichtiger Teil unserer Grenzgeschichte. Sie ist von kulturhistorischer Bedeutung für das ganze Land. Denken wir zum Beispiel nur an den mittelalterlichen Heringszaun in Kappeln - ein Kulturdenkmal des Landes Schleswig-Holstein; Arnis hatte seinerzeit den zweitgrößten Hafen Dänemarks; Haithabu/Hedeby - eine der wichtigsten Handelsstädte in der Wikingerzeit - hätte es ohne die Schlei nie gegeben; das Danewerk und Haithabu, die gemeinsam zum UNESCO-Welterbe erklärt wurden, dazu die Reste des Schutzwalls in der Schlei, das sogenannte Schlei-Seesperrwerk, als sogenannte maritime Komponente des Danewerks. Mir ist wichtig, dies eingangs hervorzuhe-

ben, um deutlich zu machen, dass die Schlei mehr ist als nur ein Meeresarm, der sich von der Ostsee bis ins Landesinnere erstreckt.

Neben seiner kulturhistorischen Bedeutung ist die Schlei aber auch aus naturschutzfachlicher Sicht von großer Bedeutung. Die Schlei ist in weiten Teilen als Landschaftsschutzgebiet ausgewiesen. Wir finden dort Naturschutzgebiete, und sie ist NATURA-2000-Gebiet. Dort sind sowohl FFH-Gebiete als auch EU-Vogelschutzgebiete ausgewiesen. Das hebt die naturschutzfachliche Bedeutung dieses Gewässers hervor.

Wie sieht es nun aber wirklich aus mit der Schlei, wie ist ihr ökologischer Gesamtzustand? - Im Zusammenhang mit der Verunreinigung durch Plastikteilchen haben wir uns hier im Haus immer wieder mit der Schlei befasst. Darüber hinaus wurde aber kaum über den Gesamtzustand gesprochen. Das war für uns der Anlass, diesen Berichts Antrag zu stellen. An dieser Stelle möchte ich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des MELUND für den vorliegenden Bericht danken.

Unverhohlen wird in dem Bericht deutlich, dass es mit dem Umweltzustand der Schlei nicht weit her ist, im Gegenteil: Die Bewertung nach der EU-Wasserrahmenrichtlinie ist für die Schlei verheerend ausgefallen. Die drei Wasserkörper der Schlei - also innere Schlei, mittlere Schlei und Schleimünde - befinden sich danach jede für sich betrachtet in einem schlechten Zustand. Eine Verbesserung ist nicht in Sicht, im Gegenteil: Die Ursachen für den schlechten ökologischen Zustand werden in dem Bericht angesprochen und sind auf zu hohe Nährstoffkonzentrationen im Gewässer zurückzuführen. Diese sind überwiegend auf zu hohe Nährstoffeinträge sowohl aus der Vergangenheit wie auch aktuell aus der Landwirtschaft zurückzuführen.

Diese zu hohen Nährstoffeinträge - das wurde schon erwähnt: seinerzeit zurückgehend auch auf die Kläranlage und die Zuckerfabrik in Schleswig - haben zur Bildung des sogenannten Faulschlammes geführt. Der zu hohe Nährstoffeintrag führt im Frühjahr zu einer Algenblüte, wovon ein großer Teil der Biomasse zu Boden sinkt und den Faulschlammkörper weiter anwachsen lässt. Aus dem Faulschlamm wird Phosphor freigesetzt, das zu einer weiteren Verschlechterung führt. All das ist bekannt.

Wir haben es hier also mit einem Kreislauf zu tun, der sich von Jahr zu Jahr verschlimmert, und eine Verbesserung ist so nicht in Sicht. Gleichwohl macht der Bericht deutlich, welche Erhaltungs- und

**(Flemming Meyer)**

Wiederherstellungsmaßnahmen für die Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie sowie der EU-Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie notwendig sind. Demnach müssen die viel zu hohen landseitigen Nährstoffeinträge stark reduziert werden. Dafür ist eine Anpassung und Änderung der landwirtschaftlichen Flächennutzung im gesamten Einzugsgebiet der Schlei notwendig. Erst dann wäre es laut Bericht sinnvoll, gewässerinterne Wiederherstellungsmaßnahmen durchzuführen.

Diese letztgenannte Einschätzung teile ich in diesem Fall nicht. Meines Erachtens muss auf beiden Seiten, also sowohl auf der Wasserseite wie auf der Landseite, etwas passieren. Wir können nicht warten, bis sich beispielsweise die neue Düngeverordnung auswirkt. Wir brauchen noch ganz andere Maßnahmen, die über die Düngeverordnung hinausgehen. Ansonsten müssen wir wieder 20 bis 40 Jahre warten, bis sich sichtbar etwas verbessert. Die Schicht der Faulschlämme wächst - so wie es jetzt ist - doch einfach weiter. So hat also die Schlei keine Chance, in einen guten Zustand zu kommen.

Die in dem Bericht genannten Maßnahmen sind doch nur ein Tropfen auf dem heißen Stein. Es ist absehbar, dass wir die Kriterien der EU-Wasserrahmenrichtlinie so wieder reißen werden. Das Verschlechterungsverbot für NATURA-2000-Gebiete halten wir meines Erachtens auch nicht ein. Es muss also mehr getan werden - auch von Land.

(Beifall SSW und vereinzelt SPD)

Es wird schon etwas getan, nämlich von den Akteuren vor Ort. Es gibt das integrierte Schleiprogramm des Kreises Schleswig-Flensburg, das der Landesregierung bekannt ist. Dort wird die Schlei als Teil einer ökosystemaren Gesamtlandschaft betrachtet. Ebenso sind die Handlungsfelder angelegt. Aber das kostet Geld, viel Geld. Das können die Akteure vor Ort nicht allein wuppen. Aus diesem Grund hat der SSW schon letztes Jahr im Haushalt eine deutliche Erhöhung der Maßnahmen für die Schlei gefordert. Das werden wir wieder fordern - ganz sicher.

(Beifall SSW und vereinzelt SPD)

Ich beantrage, den Bericht der Landesregierung in den Umwelt- und Agrarausschuss zu überweisen. Ich möchte jetzt schon sagen, dass ich anregen werde, eine Anhörung dazu durchzuführen. Dort können wir dann auch die weiteren Themen - Plastikteilchen und Teerpappenwerk - behandeln. Ich glaube, wir schulden es dieser Perle, dass wir in dieser Sache nicht nur kleckern, sondern klotzen. - Jo tak.

(Beifall SSW und vereinzelt SPD)

**Vizepräsidentin Aminata Touré:**

Minister Albrecht hatte die Redezeit um 2 Minuten überzogen. Das steht jetzt auch allen Fraktionen zu, und diese Redezeit stand auch Flemming Meyer zusätzlich zu.

Das Wort für die CDU-Fraktion hat jetzt der Abgeordnete Johannes Callsen.

**Johannes Callsen [CDU]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Im vergangenen Jahr war die Schlei bundesweit in den Schlagzeilen. Die Verunreinigung mit Plastikpartikeln aus dem Schleswiger Klärwerk sorgte in ganz Deutschland für Aufmerksamkeit und legte den Fokus auf unsere Region - leider nicht zum Vorteil der Schleiregion. Ich bin Flemming Meyer dankbar, dass er noch einmal aufgezählt hat, was die Schlei als tolle Perle zu bieten hat.

Jedenfalls wurde damals bei dem Thema auch auf Bundesebene Handlungsbedarf beim Umgang mit Speiseresten deutlich, die mit Plastik verunreinigt sind. Die Landesregierung hat - dafür bin ich ihr dankbar - daraus schnell die richtigen Schlüsse gezogen. Es wurde die Zugabe von Speiseresten in Kläranlagen an strenge Bedingungen geknüpft. Auf Bundesebene waren wir es, die eine Initiative in den Bundesrat eingebracht haben, die jetzt auch zum Erfolg geführt hat und mit der sichergestellt wird, dass nur vollständig entpackte Lebensmittelabfälle biologisch weiter genutzt werden.

(Vereinzelter Beifall CDU und Beifall Denys Bornhöft [FDP])

Der Plastikmüll ist übrigens dank eines großen ehrenamtlichen Einsatzes mittlerweile aus der Schlei entfernt.

Der Bericht der Landesregierung, für den ich dem Minister und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ausdrücklich danke, macht allerdings das grundsätzliche Problem der Schlei noch einmal ausführlich und sehr fundiert deutlich: Der Zustand ist schlecht. So muss man es sagen; das zeigen alle Werte. Ein wesentlicher Grund dafür ist der schon erwähnte Faulschlamm am Grund der Schlei. Die Ursachen liegen zum größten Teil in der Vergangenheit. Ich nenne nur die Einleitungen durch die Zuckerfabrik oder auch die Schleswiger Kläranlage. Beides ist inzwischen abgestellt worden. Gleichwohl tragen auch aktuelle Nährstoffeinträge aus der Landwirtschaft zu der hohen Nährstoffkonzentration in der Schlei bei. Um den Zustand der Schlei langfristig zu verbessern, ist es also notwendig, die

**(Johannes Callsen)**

Zufuhr von Nährstoffen zu reduzieren, wobei natürlich auch die Novellierung der Düngeverordnung und die landwirtschaftliche Flächennutzung eine Rolle spielen werden.

Wir haben schon gehört, dass der Kreis Schleswig-Flensburg dazu ein integriertes Schleiprogramm mit allen Akteuren entwickelt. Es ist wichtig, dass auch das Umweltministerium diesen Prozess begleitet und mit Fördermitteln unterstützt.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SSW und Birte Pauls [SPD])

In dem Zusammenhang ist mir der Hinweis wichtig, dass auch die Landwirtschaft in der Region und der Bauernverband sehr konstruktiv mitwirken und gemeinsam Lösungen für die Schlei mitentwickeln, sowohl am Runden Tisch Schlei wie auch in der Allianz für Gewässerschutz und im Projekt für Gewässerrandstreifen.

Das Interesse an Beratungsangeboten für den Gewässerschutz ist groß. Notwendig - das muss man, glaube ich, aber auch sagen - ist auch eine Förderung neuer Techniken bei der Gülleausbringung, um nämlich die Nährstoffeinträge zu reduzieren und den Landwirten bei der Umstellung zu helfen.

Ein besonderes Problem ist die Situation am Wikingeck in Schleswig. Hier geht es um die Folgen eines Gaswerks und einer Teerpappenfabrik, die dort bis in die 50er-Jahre des vergangenen Jahrhunderts in Betrieb waren. Als Hinterlassenschaft gibt es dort heute noch erhebliche Kontaminationen des Bodens. Verantwortliche von damals sind natürlich nicht mehr zu greifen. Die Eigentumsverhältnisse sind komplex. Aber immerhin wurden jetzt im Rahmen einer Sanierungsuntersuchung durch die Stadt Schleswig verschiedene Varianten der Sanierung und die jeweiligen Kosten dafür untersucht. Um es deutlich zu sagen: Wir reden über einen Betrag von - ich sage mal - mindestens 14 Millionen € für die komplette Dekontamination der gesamten Fläche durch Bodenaustausch. Ich halte es für dringend erforderlich, dass hier etwas passiert.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Birte Pauls [SPD])

Ob angesichts der vielschichtigen Eigentumsverhältnisse und der zu beachtenden Verhältnismäßigkeit bei der Inanspruchnahme von Zustandsstörern das Ordnungsrecht am Ende der richtige Weg ist, da habe ich eher meine Zweifel. Ich glaube, diese Aufgabe muss gemeinsam von allen Beteiligten vor Ort in Angriff genommen werden. Stadt, Kreis, Land und - das wurde angedeutet - wohl auch der Bund

für die Bundeswasserstraße Schlei sollten hier, wie ich finde, ein gemeinsames Interesse an einer Lösung haben; denn die Notwendigkeit einer Sanierung steht völlig außer Frage, und die Stadt Schleswig darf damit nicht alleine gelassen werden. Deshalb hoffe ich, dass etwa aus EU-Mitteln zügig eine Förderung dieser Altlastensanierung möglich ist. Ich bin sicher, dass das Umweltministerium diesen Prozess weiter konstruktiv begleitet und mit allen Möglichkeiten hilft, hier schnell zu einer Lösung für das Wikingeck und damit auch zu einer Verbesserung des Zustands der gesamten Schlei zu kommen. Denn kloor is: Dor mutt dringend watt doon warrn. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

**Vizepräsidentin Aminata Touré:**

Das Wort für die SPD-Fraktion hat die Abgeordnete Birte Pauls.

**Birte Pauls [SPD]:**

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich bin Flemming Meyer für die einführenden Worte sehr dankbar; denn dadurch kann ich mir das an dieser Stelle sparen. Du hast ja eindrucklich aufgezeigt, welche Perle wir an dieser Stelle haben. Ich bin an der Schlei aufgewachsen. Ich wohne 50 m von der Schlei entfernt. Sie ist meine Heimat. Ich kann das jeden Tag auf wunderbare Weise genießen.

Die Schlei ist ein wunderbarer Naturraum, den es unbedingt zu erhalten gilt. Sie ist eingebettet in eine wunderschöne Landschaft - dann führe ich das nicht weiter aus -, die für die Einheimischen wie für Gäste sehr viel Abwechslung bietet. Das Motto heißt Langsamkeit und setzt auf Entschleunigung. An die 7 Millionen Menschen kommen jährlich zur Erholung an die Schlei. Aus dem Tourismus generiert sich ein jährlicher Bruttoumsatz von circa 282 Millionen €. Über 6.000 Personen beziehen dort ihr durchschnittliches Einkommen aus dem Tourismus - mit steigender Tendenz. Hinzu kommen etliche Arbeitsplätze, die unmittelbar mit der Schlei zu tun haben, die Fischerei, Häfen, Werften, Räuchereien, Gastronomie, Bootservice, Wasserbau und so weiter.

Aber schon der letzte grüne Umweltminister Robert Habeck hat sich wenig für die Schlei interessiert. Auch bei diesem Bericht stelle ich keine große Motivation fest. Auch wenn Sie Ihren Betriebsausflug an die Schlei machen - das finde ich ganz wunder-

(Birte Pauls)

bar -, so glaube ich, hat das mit der fachlichen Beurteilung an dieser Stelle relativ wenig zu tun. Oder, um es mit den Worten meines Landrats Dr. Wolfgang Buschmann zu sagen, den ich hier ausdrücklich zitieren darf:

„Dieser Bericht bleibt weit hinter meinen Erwartungen zurück.“

(Beifall SPD und SSW)

Was der Bericht uns über den Zustand der Schlei liefert, ist mehr als alarmierend. Die Schlei befindet sich hinsichtlich aller zu bewertenden Parameter in einem ökologisch schlechten Zustand. Als Grund identifiziert die Landesregierung zu hohe Nährstoffeinträge durch die Landwirtschaft. Bei den Maßnahmen: weitgehend Fehlanzeige. Den Schaden nur zu kartieren, reicht nicht aus. Es reicht auch nicht aus, sich auf schmale Gewässerrandstreifen zu verlassen, die das Land - im Gegensatz zum Kreis übrigens - ja aktuell nicht einmal einzurichten schafft. Es reicht auch nicht aus, sich auf eine novellierte Düngeverordnung zu verlassen, die, wenn sie kommt, höchstwahrscheinlich trotzdem keine ausreichende Reduktion der Einträge mit sich bringt, um die Schlei zu retten. Mehrfach haben Experten aus der Wissenschaft und dem MELUND selbst aufgezeigt, dass die Düngeverordnung in der aktuellen Form bei weitem nicht ausreicht, um die Nährstofffracht in die Oberflächengewässer hinreichend zu mindern.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Mehrfach haben wir, vor allen Dingen meine Kolleginnen und Kollegen, Sie aufgefordert, alle durch die Verordnung eröffneten Möglichkeiten zur Verbesserung des Gewässerschutzes im Land mit größtmöglicher Effizienz umzusetzen. Dazu gehören aus unserer Sicht auch ausreichende Kontrollen.

Der Kreis - Flemming hat das gesagt - hat dem Ministerium ein integriertes Schleiprogramm vorgelegt. Das Paket ist bis zum Jahr 2050 angelegt und wird ungefähr 50 Millionen € kosten. Dass in dem vorliegenden Bericht behauptet wird, man kenne den aktuellen Sachstand nicht, ist wirklich hanebüchen. Sie lehnen eine Unterstützung des Kreises offenbar schlichtweg ab. Von den Altlasten der alten Teerpappenfabrik in Schleswig bis zur aktuellen Problematik in Schleimünde: Viel erwarten kann unsere Perle Schlei von dieser Landesregierung anscheinend nicht.

Lassen Sie mich noch etwas zu Ihrer Einschätzung zum Thema Schleimünde sagen. Seit der Überspü-

lung des Strandwalles im Frühjahr bedarf es nur mäßigen Ostwinds, um das Gebiet immer wieder zu überspülen, wie es das letzte Mal gerade erst vorgestern geschehen ist, und da hatten wir wirklich nicht viel Wind. Das war gar nichts Besonderes. Auch wenn es nicht Teil des Berichts ist, bereitet dieser Zustand zurzeit vor Ort vielen Menschen und den anliegenden Dörfern große Sorgen. Alle Experten, haupt- wie ehrenamtlich, die die Schleimünde seit Jahren im Blick haben, sind sich einig - Luftaufnahmen beweisen es -, dass es zu einem Durchbruch kommen wird. Es ist nur eine Frage der Zeit. Es gibt einige Prognosen, die besagen, dass es schon im nächsten Frühjahr nach heftigen Wintertürmen so weit sein kann. Was das dann für Maasholm, Maasholm-Bad und Olpenitz auf der anderen Seite - also nicht das neue Olpenitz, sondern Olpenitzdorf - bedeutet, kann man vielleicht erahnen.

Diese Landesregierung bestreitet aber genau, dass das passieren wird. So ist es ja auch in der letzten Sitzung im Umweltausschuss vorgetragen worden. Sie sieht keine Notwendigkeit für vorbeugende Küstenschutzmaßnahmen. Sie ignorieren einfach alle Hinweise und lassen damit die Anwohner im Stich.

(Zuruf Johannes Callsen [CDU])

- Hannes, ich habe es eben schon gesagt: Auch der grüne Umweltminister Robert Habeck hatte wenig Interesse an der Schlei. Ich habe das sehr wohl gesagt. Frag doch einmal Flemming, wie oft wir versucht haben, da etwas zu regeln. Also, das hat jetzt wirklich nichts damit zu tun, an welcher Stelle man gewesen ist.

Noch etwas anderes Groteskes: Im Herbst stattfindende Ausbaggerungen an anderer Stelle der Schlei werden in der Ostsee verklappt, anstatt sie dort aufzuschütten, wo es notwendig wäre, zum Beispiel auf der erodierenden Möweninsel.

Aber die Schlei ist eben nicht Sylt. Wir brauchen endlich einen effizienten Gewässerschutz. Nutzen Sie die Förderprogramme des Bundes und der EU stärker als bisher dafür, nutzen Sie ihre Dialogmöglichkeiten mit der Landwirtschaft, wie der Kreis es macht, unter anderem um Flächen für den Schutz zu gewinnen. Setzen Sie sich für eine Neuausrichtung hin zu einer nachhaltigen Landwirtschaft ein. Machen Sie Ihren Einfluss im Bund und auf EU-Ebene geltend, damit das Land mehr Fördermittel für die Lösung der Probleme vor Ort und den Erhalt unserer wunderschönen Schlei-Region erhält.

Bei den Daten und Fakten, die der Bericht liefert, müssen auf allen Ebenen dringend alle erdenkli-



(Birte Pauls)

chen Maßnahmen erfolgen, um den Zustand der Schlei zu verbessern. Doch unter dem Strich - das ist Resultat des Lesens des Berichts - muss ich leider feststellen: Diese Landesregierung lässt die Schlei mit all ihren Problemen offenbar im Stich. - Vielen Dank.

(Beifall SPD und SSW)

**Vizepräsidentin Aminata Touré:**

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die Abgeordnete Marlies Fritzen das Wort.

**Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin bislang die einzige Rednerin, die nicht an der Schlei zu Hause ist, sondern, aus dem schönen Münsterland kommend, in Stockelsdorf wohnt. Aber mir fallen die gleichen Bilder ein, die gerade schon genannt wurden: sanfte, hügelige Landschaft, mal rapsgelb, mal saftig grün, der rote Schleswiger Dom, die weißen Schleidörfer, die Wolken.

(Zuruf Beate Raudies [SPD])

- Nein, ich bin schon öfter dort gewesen und hatte dort auch persönliche Erlebnisse, die mich an diese Region erinnern und binden.

(Zurufe SPD: Aha!)

- Diesen Bericht gibt es später.

(Heiterkeit)

Auf jeden Fall kann ich bestätigen, was gesagt wurde. Die Schlei ist eine Perle. Die Ostseefjord-Tourismuszentrale wirbt: Wir sind Welterbe. Ja, sie ist ein Welterbe und dies durchaus - das ist hier besprochen worden - in doppelter Hinsicht. Wenn man nämlich unter das Wasser schaut, ist es gar nicht mehr idyllisch, sondern dann zeigt die Schlei ihre dunkle Seite. Auch insoweit ist sie Welterbe, weil sie dieses Erbe über viele Jahre und Jahrzehnte, ja sozusagen schon Jahrhunderte, mit sich herumträgt. Von dem Umweltgift, das sich dort befindet und das aus vorheriger Nutzung stammt, ist gesprochen worden. Das industrielle Gaswerk und die Dachpappenfabrik sind genannt worden, deren Rückstände heute noch krebserregende Stoffe in die Schlei infiltrieren und auch den Boden am Wikingeck vergiften. Die Zuckerfabrik und das Klärwerk sind genannt worden. Die Zuckerfabrik gibt es nicht mehr, das Klärwerk ist saniert. Aber all diese menschlichen Nutzungen haben zu der Problematik geführt, wie wir sie heute dort haben. Und damit

nicht genug: Diese Problematik hält an. Auch das ist gerade gesagt worden.

Ich bin dem SSW dafür dankbar, dass er diesen Bericht angefordert hat und dieses Thema immer wieder auf die Tagesordnung setzt. Natürlich danke ich auch der Landesregierung für ihre Ausführungen. Die Schlei ist in gewisser Weise ein Brennglas, unter dem wir alle zusammen anschauen können, wie wir uns historisch und aktuell an der Umwelt versündigen und wie wir historisch und aktuell mit unseren natürlichen Ressourcen nicht verantwortlich umgehen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Der aktuelle Bericht zeigt die historische Dimension, aber er zeigt auch die aktuellen Verschmutzungen, und - ich glaube, das darf man für alle Landesregierungen der letzten Zeit sagen - er zeigt, wie dick das Brett ist, das gebohrt werden muss, um das Problem zu lösen.

Die Faulschlammproblematik ist angesprochen worden. Flemming, ich kenne deine Position. Es gibt aber eben auch Wissenschaftler, die sagen, wir müssten anders an das Problem herangehen. Das zeigt, dass es keine einvernehmliche Begutachtung der Situation gibt und dass es auch nicht eine einzige Lösung gibt. Deswegen muss man darüber reden und streiten, deswegen kann man gern fordern, es so zu machen. Die Forderung, an das Sediment heranzugehen, kommt zum Teil ja auch aus grünen Kreisen. Ich bin diesbezüglich sehr offen, aber ich will sagen: Es gibt nicht die eine Lösung, und es liegt nicht an einer Landesregierung, die nicht in die Puschen kommt, sondern dieses Problem gibt es seit vielen Jahren und Jahrzehnten, und wir müssen alle zusammen schauen, wie wir es lösen.

Die Plastikfrage ist Gott sei Dank geklärt. Das ist relativ schnell gegangen, wobei ich noch einmal sagen muss: Der eigentliche Skandal waren nicht die Plastikteilchen; der eigentliche Skandal ist, dass wir so viele Lebensmittel produzieren und verschwenden, dass wir sie sogar noch verpackt wieder in die Umwelt geben, und diesen Skandal kann man nicht häufig genug benennen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Jetzt aber zum Schleikonzep. Wir haben es uns angeschaut. Ich habe große Sympathie dafür, dass ein Kreis sagt: Wir müssen irgendwie in die Puschen kommen. Wir haben die verschiedenen Bausteine, und wir müssen schauen, wie wir mit denen - du

**(Marlies Fritzen)**

hast sie Zustandsstörer genannt -, die dieses Problem aktuell immer noch aufrechterhalten, ins Gespräch kommen. Das ist - da beißt die Maus keinen Faden ab - vor allem die Landwirtschaft. 75 % der an der Schlei anliegenden Fläche werden landwirtschaftlich genutzt, und das größtenteils durch Ackerbau. Die großen Nährstoffeinträge, die wir heute noch zu verzeichnen haben, kommen aus der Landwirtschaft. Der Bericht sagt es. Die Werte, die eingetragen werden, sind manchmal sogar doppelt so hoch, wie sie sein dürften. Deswegen ist es richtig, dass man sich mit allen an einen Tisch setzt und darüber nachdenkt, wie man dieses Problem löst. - Der Kollege Callsen möchte Genaueres dazu wissen.

**Vizepräsidentin Aminata Touré:**

Deshalb frage ich Sie jetzt: Erlauben Sie eine Zwischenfrage?

**Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Ja, sehr gerne.

**Johannes Callsen [CDU]:** Das ist nett. Ich möchte nur, damit es keine Missverständnisse gibt, noch einmal darauf hinweisen, dass sich der Begriff „Zustandsstörer“ auf die Problematik am Wikingeck, was die Altlasten angeht, bezieht. Das ist ein ordnungsrechtlicher Begriff. Er bezieht sich nicht auf die Tätigkeit der Landwirtschaft und die aktuellen Nährstoffeinträge. - Dies nur zur Klarstellung.

- Ich kann verstehen, dass Sie das klarstellen wollen. Wir müssen uns jetzt nicht an dem formalisierten Begriff aufhängen. Trotzdem stört der zusätzliche und immer noch anhaltende Eintrag von Nährstoffen den Zustand der Schlei. Und es ist richtig, dass man sich mit allen Akteuren an einen Tisch setzt. Das ist alles gut und schön. Man kann und muss reden, und man muss Konzepte entwickeln. Wir als Grüne haben große Sympathie dafür. Ich habe es schon gesagt. Wir setzen uns dafür ein und werden das in einem Fachgespräch, zu dem wir gerade die Vorbereitungen treffen, mit dem Kreis und anderen, auch zusammen mit der Landesregierung, eruieren und schauen, welche Möglichkeiten vorhanden sind und welche Möglichkeiten kurz- und langfristig zu erreichen sind.

Die Summe von 50 Millionen € ist genannt worden. Damit wird man am Ende nicht auskommen. Diese Zahl zeigt schon, dass man ein bisschen realistischer und sukzessive schauen muss, wie man diese

Dinge eintütet. Dennoch habe ich großes Interesse, weiter voranzukommen. Ich kann mir vorstellen, dass wir gemeinsam eine Art Pilotprojekt zustande bringen, vielleicht auch und ganz wesentlich mit der Landwirtschaft zusammen.

Eines will ich hier auch ganz deutlich sagen: Ich gehöre zu den Kritikern, die sagen, dass die versprochenen Gewässerrandstreifen nicht ausreichen. Hier muss wirklich geliefert werden. Zunächst ist dies ja freiwillig. Wir haben die Möglichkeit, über eine Verordnungsermächtigung mit Ordnungsrecht an die Sache heranzugehen. Aber wenn nicht geliefert wird, dann ist das auch zwingend notwendig. Das, was bislang gekommen ist, ist aus meiner Sicht nicht annähernd ausreichend. Das gilt im Übrigen nicht nur für die Schlei.

Ich möchte ein letztes Wort zu dem Problem des Küstenschutzes sagen. Frau Kollegin Pauls, Sie haben eine Kleine Anfrage dazu gestellt. Wir haben in der letzten Sitzung des Umwelt- und Agrarausschusses umfänglich darüber gesprochen. Sie konnten leider nicht anwesend sein, weil Sie, soweit ich weiß, erkrankt waren. Aber Sie werden von Ihren Kollegen darüber informiert worden sein. Ich möchte zu Ihrer Vorhaltung, die eine oder andere Landesregierung habe diesbezüglich nicht ausreichend gehandelt, nur noch sagen: Diese Position hatte auch schon die Landesregierung, die zwar einen grünen Minister, aber einen SPD-Ministerpräsidenten hatte. Diese fachliche Einschätzung hatte auch schon die Vorgängerregierung.

Mir hat eingeleuchtet, was dort vorgetragen wurde. Wir müssen alle miteinander wissen - hier kann ich immerhin ein bisschen mitreden, weil ich ganz in der Nähe, wenn auch in einem anderen Landesteil, wohne -, dass die Ostseeküste anders als die Nordseeküste eine Ausgleichsküste ist. Sylt ist natürlich immer populär, aber die Nord- und die Ostsee zu vergleichen, heißt wirklich, Äpfel mit Birnen zu vergleichen. Anders als bei der Nordseeküste müssen wir uns damit arrangieren, dass die Ostseeküste ihren Küstenschutz ein Stück weit schon selbst organisiert. Somit müssen wir uns darauf einstellen, dass sie sich ständig verändert. Auch das gehört zum Natur- und Umweltschutz dazu.

Kurz und gut - ich bin über der Zeit -: Ich freue mich über diese Debatte, ich freue mich, dass wir sie im Umweltausschuss fortsetzen werden.

**Vizepräsidentin Aminata Touré:**

Frau Kollegin, kommen Sie bitte zum Schluss!

**Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Ich lade alle ein, weiter darüber nachzudenken, wie man vielleicht mit einem groß angelegten Pilotprojekt den Anfang machen könnte, damit dieses Brennglas demnächst keinen Faulschlamm mehr zeigt. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsidentin Aminata Touré:**

Das Wort für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Dennys Bornhöft.

**Dennys Bornhöft [FDP]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst möchte ich mich ganz herzlich beim Minister und beim Ministerium für den vorgelegten Bericht über unser 54 km<sup>2</sup> großes Grenzküstengewässer zwischen unseren Landesteilen, über die Schlei, bedanken, die ja bekanntermaßen gerade 2018 nicht nur durch ZDF-Sendungen, sondern gerade leider noch einmal bundesweit eine traurige Bekanntheit erlangt hat, als wochenlang gegen Plastikmüll angekämpft wurde, der durch die Kläranlage in die Schlei gelangt ist.

Die positive Nachricht ist, dass das mittlerweile nicht mehr der Fall ist. Die Kläranlage wurde nachgerüstet, und durch massive Handarbeit - überwiegend ehrenamtlich - wurden wochenlang die Ufer abgesammelt und ein Großteil entfernt. Ein großer Dank an die Leute vor Ort - das wurde schon von anderen erwähnt -, die sich da wirklich ordentlich - ich hätte beinahe gesagt, sich dafür etwas aufgerissen haben - dafür eingesetzt haben, die Schlei entsprechend zu reinigen. Es werden trotzdem auch in den Folgejahren noch die einen oder anderen Reste davon angeschwemmt werden.

Wenn man diesem Plastikskandal in der Schlei zumindest ein Stück weit etwas Gutes abgewinnen will, dann ist es, dass aus diesem Umweltskandal eine von Schleswig-Holstein aus gestartete und einstimmig beschlossene Initiative im Bundesrat erwachsen ist, die zu diesem Verpackungsschredderverbot geführt hat.

(Beifall Annabell Krämer [FDP])

Dass so etwas einstimmig im Bundesrat erfolgt, passiert wirklich selten. Ich freue mich, dass zumindest das etwas Positive ist, was aus diesem Skandal gefolgt ist, weil die Methoden der Strom- und Wärmegewinnung nicht nur an der Schlei Verwen-

dung finden, sondern theoretisch bundesweit ein Problem sein könnten.

Aber Plastik- und Verpackungsmüll sind nicht das Einzige, was der Schlei zu schaffen macht. Der ökologische Zustand ist in Gänze besorgniserregend. Das betrifft alle drei Bereiche, das reicht also von der Ostsee bis nach Schleswig. Der Grund hierfür liegt nach wie vor leider in den hohen Nährstoffkonzentrationen, die wir dort im Wasser haben. Es wurden zwar einige Haupteintragsquellen der Vergangenheit eliminiert beziehungsweise ausgeschaltet - die Zuckerfabrik wurde schon erwähnt, die Kläranlage auch -, aber wir haben noch viel Faulschlamm am Boden, der insbesondere in den Sommermonaten Phosphor abgibt und somit zu einer Eutrophierung, also einer Veralgung des Gewässers, führt und damit auch zu kritischen Sauerstoffzuständen im Gewässer.

Was können wir tun, um diesen Zustand der Schlei zukünftig zu verbessern? - Klar, man muss irgendwie dafür Sorge tragen, dass der Nährstoffeintrag über Land verringert wird. Das klingt jetzt einfach, ist aber leider in der Praxis nicht so einfach; denn hierfür müssen die Einträge vor allem aus der Landwirtschaft, die über Füsinger Au und Koseler Au in die Schlei gelangen, drastisch reduziert werden.

(Beifall FDP, Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Lars Harms [SSW])

Wir haben seit 2017 eine novellierte Düngeordnung. Das war ein erster Schritt, aber das muss erst einmal wirken. Wir haben auch weitere Initiativen: Gewässerschutzberatung für die Landwirtschaft, Gewässerrandstreifen, das wurde alles schon erwähnt. Was wir aber zwingend brauchen, sind technologische Fortschritte in der Landwirtschaft. An erster Stelle steht hier ein verbessertes Güllemanagement. Das trifft nicht nur auf die landwirtschaftliche Nutzfläche rund um die Schlei zu, sondern natürlich auch auf den Rest Schleswig-Holsteins und Deutschland. Seit dem letzten Monat ist klar, dass Deutschland einiges tun muss, um einem EU-Strafverfahren aufgrund zu hoher Nitratwerte zu entgehen. Auch in Schleswig-Holstein sind die Nährstoffwerte in Gewässern und Grundwasser in mehreren Regionen zu hoch. Daher kommen auf die Landwirtschaft große Herausforderungen zu, denn hier entsteht sowohl ein wesentlicher Anteil an klimawirkendem Methan und Distickoxiden als auch ein Nährstoffüberschuss durch Versickerung in Gewässern.

Maßnahmen müssen aber da immer partnerschaftlich mit den Bauern getroffen werden. Zugleich



**(Dennys Bornhöft)**

muss die Wirtschaftlichkeit der Betriebe in unserem Land gesichert bleiben. Mir ist ganz wichtig, das zu erwähnen. Das geht nur mit und nicht gegen die Landwirte.

(Vereinzelter Beifall FDP und AfD)

Während einige politisch gerne nach Verboten rufen, sollte unserer Meinung nach hier der Fokus mehr auf den Einsatz von Technologien und Datenmanagement gelegt werden. Nicht umsonst haben wir den Verantwortungsbereich Digitalisierung im Umwelt- und Agrarministerium verortet. Die Jamaika-Koalition möchte durch Geodaten, Precision Farming und technischen Fortschritt die Landwirtschaft umweltschonender machen, und das ist der richtige Ansatz.

Es gibt aber noch andere Risiken für die Schlei: Wenn man es sich hydrologisch-geografisch anschaut, stellt man fest, dass der Aufbau dieser Gewässersäule etwas schwierig im Vergleich zu anderen Förden und Buchten ist, die wir an der Ostsee haben. Es ist ein großer Wasserkörper, der allerdings sehr flach und sehr lang gestreckt ist, was dazu führt, dass der Wasseraustausch eher gering ist und sich natürlich Schadstoffe entsprechend stärker konzentrieren können. Würde man die Schlei komplett sich selbst überlassen, drohte theoretisch auch Verlandung; sie könnte wieder ein Binnengewässer werden, was sie in der Geschichte schon einmal war.

Es gibt immer noch einige Altlasten aus der Vergangenheit. Das Gelände einer ehemaligen Teerpappfabrik ist stärker belastet, als man gedacht hat, und muss daher umgehend saniert werden. Es sind also leider noch einige Baustellen bei der Schlei vorhanden. Das hat der Bericht gezeigt, weswegen wir sicherlich wiederkehrend in dieser Legislaturperiode über die Schlei werden sprechen müssen.

Ganz wichtig ist in der ganzen Region natürlich der Tourismus. Von der Perle Schlei als solcher und davon, dass dieses Gewässer eine anständige Qualität hat, dass es ein naturnaher Erholungsraum ist und bleibt, hängen viele Gemeinden und viele Menschen ab. Wir Menschen sind davon abhängig, dass es der Schlei gut geht. Deswegen sollte uns das besonders wichtig sein.

(Beifall FDP, vereinzelt CDU und Beifall Birte Pauls [SPD])

Wenn ich als fischereipolitischer Sprecher noch einen oder zwei Sätze dazu sagen darf: Auch für die beiden Arten Hering und besonders den bedrohten

Aal, der, wie wir alle wissen, durch Wasserkraftanlagen in Schleswig-Holstein bedroht wird - dazu gibt es noch Reden zu Protokoll in dieser Tagung -, ist die Schlei wirklich wichtig. Es ist ein wesentlicher Rückzugs- und Aufwuchsort für den Aal, weil er hier unbeschadet, ohne Wasserkraftanlagen passieren zu müssen, zur Laichwanderung gehen kann und der Hering auch hier zum Laichen herkommt. Das kann er natürlich nur, wenn die natürlichen Bedingungen entsprechend gut sind. Wer ansonsten mitbekommt, was zum Thema Kabeljau und Dorsch oder auch Hering momentan von der EU und dem ICES verkündet wird, weiß, dass wir hier eine bedrohliche Lage haben. Umso wichtiger ist es, dass die Brutstätte vom Hering, die Schlei, eine gute Qualität hat. Deshalb freue ich mich auf die weitere Beratung und die weitere Debatte zur Verbesserung des Zustands der Schlei. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

**Vizepräsidentin Aminata Touré:**

Das Wort für die AfD-Fraktion hat der Fraktionsvorsitzende Jörg Nobis.

**Jörg Nobis [AfD]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Gäste! Um es mit den Worten des Landrates des Kreises Schleswig-Flensburg zu sagen: Der Bericht der Landesregierung bleibt weit hinter den Erwartungen zurück.

Bei aller Wertschätzung für die Schilderung der Umweltparameter fehlen in Ihrem Bericht, Herr Albrecht, ganz entscheidende Betrachtungen. Wieder einmal vergessen Sie die Landwirte als wesentlichen Teil der Umwelt, die die Schlei umgibt. Ohne die landschaftsgestaltende Landwirtschaft ist die Schönheit der Schlei nicht denkbar. Doch wenn die Landwirte so wichtig sind, dann muss man sie auch auf dem Weg zu einer besseren Umwelt mitnehmen. Wer diesen Bericht liest, gewinnt aber den Eindruck, dass die Umwelt als selbstgenügsame Einheit daherkommt, die von der Wirtschaft und der Bedeutung der Schlei für die Menschen losgelöst ist. Kein Wort hören wir hier von der Liebe zur Heimat und der besonderen Identifikation der Bürger mit diesem Stück Land, kein Wort von einem gemeinsamen Weg von Landkreisen, Kommunen und Landwirten, die anstehenden Aufgaben auch gemeinsam zu meistern.

(Jörg Nobis)

Wer sich den Bericht genau durchliest, wird spätestens dann stutzig, wenn die Landesregierung schreibt, der aktuelle Stand des integrierten Schlei-programms sei der Landesregierung nicht bekannt. Dahinter stecken grundlegende Differenzen zwischen dem Umweltministerium und dem Kreis Schleswig-Flensburg. Der Kreis hat ein mehrstufiges Konzept erarbeitet, wie die Landwirte durch freiwillige vertragliche Vereinbarungen die Nährstoffeinträge merklich reduzieren könnten. Auch der Bauernverband hat seine Unterstützung signalisiert. Doch was macht Minister Albrecht? - Anstatt die Landwirtschaft als Partner ins Boot zu holen, geht er mit dem Kreis auf Konfrontation und betreibt Bauern-Bashing.

Sehen wir uns zwei seiner Argumente an. Erstens. Anstatt die Auswirkungen der verschärften Bundesdüngeverordnung von 2017 erst einmal abzuwarten - was bringt denn das vielleicht für die Schlei? -, plädiert die Landesregierung jetzt schon für eine erneute Verschärfung.

(Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ach ne!)

Zweitens. Gewässerinterne Maßnahmen hält Jamaika nicht für nötig. Zunächst sollen nur die Landwirte liefern.

Meine Damen und Herren, Punkt eins ist Bauern-Bashing in Reinkultur, ein Zermürben der wertvollen Arbeit einer Zunft, die pro Landwirt heute vierzehnmal mehr Menschen ernährt als noch 1950. Dabei geht es der Schlei nicht so schlecht, wie man denken mag. Das sogenannte One-out-all-out-Verfahren der Wasserrahmenrichtlinie bewertet Wasserkörper schon dann als schlecht, sobald nur ein einziger Parameter den Zielwert verpasst. Für das Gesamtergebnis ist es dann gleichgültig, dass zum Beispiel einer der Schleizuflüsse, die Koseler Au, heute weniger Phosphate einträgt, als der Orientierungswert vorgibt. Und auch die Füsinger Au reißt den Orientierungswert nur im Dezimalbereich.

(Zuruf Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Positiv ist auch, dass die Ablagerungsmengen von Schlamm von 4 bis 8 mm pro Jahr auf nunmehr 2 bis 4 mm gesunken sind. Auch dort gibt es eine deutliche Verbesserung. Die Gesamtmengen an Faulschlamm sind einigermaßen stabil. Die Ergebnisse zur Biodiversität lesen sich zwar nicht berauschend, was aber auch fragwürdigen Beprobungsmethoden geschuldet sein könnte.

(Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist doch eine fragwürdige Rede! Keine Ahnung! Informieren Sie sich vorher einmal, bevor Sie reden! Voller Unsinn! Das gibt es doch nicht!)

Ich fasse zusammen: Die Kritik des Landrats muss als Fundamentalkritik am Umweltminister verstanden werden, einem Minister, der sich mit ideologischer Rhetorik auf Konfrontationskurs zu den Landwirten begibt, indem er immer neue Vorgaben und Verbote ausspricht, die die Arbeit unserer Landwirte erschweren.

Für ein erfolgreiches Schlei-Management sind Landwirte ebenso als Partner einzubeziehen wie die Kreise. Um die Schlei ist es durchaus besser bestellt, als der Bericht suggeriert. - Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall AfD - Sandra Redmann [SPD]: Das ist gelogen! - Wolfgang Baasch [SPD]: Die sollen da nicht so viel Dreck reingießen!)

#### **Vizepräsidentin Aminata Touré:**

Zu einem weiteren Wortbeitrag hat sich der Abgeordnete Heiner Rickers von der CDU-Fraktion gemeldet.

#### **Heiner Rickers [CDU]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kollegen! Ich will noch einmal auf die Bioabfallverordnung von 2018 aus dem Land Schleswig-Holstein eingehen, denn ich finde, wir haben uns zu wenig selbst gelobt. 2018 ist tatsächlich bundesweit erreicht worden, dass wir mit unserer Initiative, Plastikmüll muss raus aus Lebensmitteln, Speiseresten, Verpackung, bevor es in die Biogasanlage geht, nicht nur bundesweit Aufsehen erregt haben, sondern am Ende auch dafür gesorgt haben, dass heute in Speiseresten kein Plastik mehr vorkommt, weil es vorher ausgepackt wird.

Was noch viel besser ist: Wenn das in die Biogasanlage geht und nachher wieder als Rest auf die Felder - als Gülle oder Fermente - ausgebracht wird, kann kein Plastik mehr drin sein, weil vorher nichts reingebracht wurde, und das gilt für normale Komposte, die aus der braunen oder grünen Tonne gewonnen werden, heute bundesweit.

Es war eine Initiative aus Schleswig-Holstein. Wir haben dafür gesorgt, dass, nachdem wir festgestellt haben, dass in der Schlei übermäßig Plastikpartikel vorhanden waren, nachher - nach Ursachenforschung - tatsächlich über die Bioabfallverordnung

**(Heiner Rickers)**

im Land Schleswig-Holstein das Ganze ins Rollen gebracht wurde.

(Beifall CDU und vereinzelt FDP)

Herr Minister Albrecht - das war zum Teil auch noch Ihr Vorgänger -, deshalb möchte ich mich im Namen der CDU-Fraktion noch einmal ausdrücklich bei der Verwaltung bedanken, die wirklich eine Lösung für die Unternehmen gefunden hat, die nach wie vor Speisereste entsorgen, wenn sie anfallen, aber heute verpflichtet sind, diese auszupacken, bevor sie irgendwie wieder in den Kreislauf gehen. Das kann nur gut sein. Natürlich wollen wir mehr Speisereste vermeiden, aber es wird ausgepackt und auch tatsächlich Technik eingesetzt, die das Ganze machbar erscheinen lässt.

Jetzt sage ich noch etwas zu den Werten in der Schlei, was Stickstoff und Phosphor angeht. Sie wissen wahrscheinlich, dass die Trinkwasserverordnung 50 mg Stickstoff je Liter als Grenzwert für Trinkwasser festlegt. Die Empfehlung - das Bewirtschaftungsziel für Deutschland in der Wasserrahmenrichtlinie - liegt bei 2,6 mg. Sie könnten das also gefahrlos als Trinkwasser einsetzen, hätten aber leicht Werte der Wasserrahmenrichtlinie gerissen, wenn Sie die Werte für Stickstoff, die jetzt in der Schlei gemessen wurden, zugrunde legen. 4,2 mg je Liter Wasser - dort gemessen - aus der Füsinger Au oder 5,4 mg je Liter Wasser aus der Koseler Au - als Trinkwasser top, Sie dürften es also trinken, aber die Werte der Wasserrahmenrichtlinie werden gerissen.

Insofern sehe ich das nicht ganz so pessimistisch wie Sie, Frau Fritzen, und hoffe, dass die Landwirtschaft auf einem guten Weg ist, das noch zu verbessern. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU)

**Vizepräsidentin Aminata Touré:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Es ist beantragt worden, den Bericht der Landesregierung, Drucksache 19/1696, dem Umwelt- und Agrarausschuss zur abschließenden Beratung zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 11 und 42 auf:

**Gemeinsame Beratung**

**a) Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes über die Errichtung der „Stiftung für die**

**Friesische Volksgruppe im Lande Schleswig-Holstein“ (Friesenstiftung) und zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Ersten Staatsvertrags zum Glücksspielwesen in Deutschland**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 19/1682

**b) Umsetzung der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen in Schleswig-Holstein - Sprachenchartabericht 2019**

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 19/1683

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Grundsatzberatung und erteile dem Ministerpräsidenten Daniel Günther das Wort.

**Daniel Günther, Ministerpräsident:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich hatte vor zwei Wochen die freudige Gelegenheit und Aufgabe, die dänische Königin Margrethe II. zu begleiten, die in Vorbereitung auf 100 Jahre Grenzabstimmung das Grenzland besucht hat. Zu erleben, mit welcher Begeisterung das Miteinander von Deutschen, Dänen und Friesen gelebt wird, war für alle, die bei diesem Besuch dabei waren, ein großartiges Erlebnis.

Wir begrüßen die kulturelle Vielfalt, die wir in Schleswig-Holstein haben. Unser Augenmerk liegt auf den Minderheiten- und Regionalsprachen Dänisch, Friesisch, Romanes und Niederdeutsch. Sie gehören für uns zur Identität in Schleswig-Holstein. Dass es hier eine breite Mehrheit gibt, die das genauso sieht, ist eine starke Botschaft an die Vertreterinnen und Vertreter der Sprechergruppen, die heute mit dabei sind und die ich ganz herzlich begrüße.

(Beifall)

Wir wollen sprachliche Vielfalt weiter fördern, wir nehmen die Verpflichtungen, die uns die Sprachencharta aufgibt, in Schleswig-Holstein sehr ernst. Wir werden den Handlungsplan fortschreiben. Unser Dreiklang in diesem Bereich heißt: Bildung, Medien und Mehrwert. Wir haben weitere Projekte, die im Moment in der engeren Abstimmung zwischen den Ressorts sind.

Ich will mich an dieser Stelle bei dem bedanken, der das alles koordiniert und begleitet, das ist unser Minderheitenbeauftragter Johannes Callsen. - Lie-

**(Ministerpräsident Daniel Günther)**

ber Johannes, ganz herzlichen Dank für deinen Beitrag und dafür, dass das durch dich so gut koordiniert wird. Vielen Dank!

(Beifall)

Daneben wollen wir weitere Akzente in den Bereichen setzen. Wir haben viele Projekte vor uns, die die pädagogische Arbeit bei den Regional- und Minderheitensprachen weiter voranbringen sollen. Wir kommen der Bitte des Hauses nach - Sie haben uns als Landesregierung beauftragt -, dass wir als Landesregierung weitere Verpflichtungen, die uns die Sprachencharta auferlegt, an die Bundesregierung melden. Es ist wichtig, dass wir in diesen Bereichen weiter vorankommen und damit deutlich machen, dass die Minderheiten bei uns ihren festen Platz haben. Es ist ein großartiges Geschenk für unser Land, dass es darüber einen breiten demokratischen Konsens gibt.

(Beifall)

Parallel zum Bericht legen wir einen Gesetzentwurf vor, um eine neue Stiftung für die friesische Volksgruppe aufzumachen. Das ist das klarste Bekenntnis, das wir geben können, nicht nur zum Schutz, sondern zur dauerhaften Unterstützung.

Ich will mich in allererster Linie bei denjenigen bedanken, die über Jahre daran gearbeitet haben, in unterschiedlichen Gremien. Dass der Gesetzentwurf jetzt vorliegt, dass wir nach der parlamentarischen Beratung hoffentlich bald Vollzug melden können, ist ein wichtiges Signal ins Land. Ganz herzlichen Dank all denjenigen, die in den letzten Jahren daran mitgewirkt haben!

(Beifall)

Worum geht es hierbei? - Die Förderung von Kunst, Kultur, friesischer Sprache, Brauchtum und Forschung wird geregelt. Gut ist, dass es dabei weniger Bürokratie gibt. Jedem ist klar, dass das der erste Schritt ist. Manchmal geht es nicht nur um Geld, das dabei herauskommt, sondern am Ende auch darum, dass die Strukturen sehr viel einfacher werden, dass wir eine neue Geschäftsstelle haben, bei der man Anträge direkt einreichen kann. Das ist ein sehr wichtiges Signal.

Mit den Mitteln, die wir aus den letzten Jahren mitgenommen haben - angefangen mit 1 Million DM aus dem Verkauf der Provinzial -, kommen wir insgesamt auf über 1,5 Millionen € Stiftungsvermögen. Wir haben etwa 1,2 Millionen € jedes Jahr als Budget zur Verfügung - 300.000 € gehen in die Stiftung, 900.000 € Bundesmittel - Landesmittel für

Projekte. Damit bekommen wir die Sicherstellung der wertvollen Arbeit in diesem Bereich hin.

Wir müssen - auch das sagt der Tagesordnungspunkt - bei der Umsetzung des Glücksspielstaatsvertrags gesetzliche Grundlagen schaffen, um hier die Mittel bereitzustellen. All das werden wir hoffentlich in breitem Konsens hinbekommen.

Ganz herzlichen Dank, dass der Gesetzentwurf so vorbereitet werden konnte.

Der breite Konsens über die Minderheitenpolitik kann damit ein gutes Stück weiter vorankommen. Ich freue mich darauf, gerade im Parlament weiter darüber zu beraten, um so am Ende hoffentlich etwas Gutes für unser Land auf den Weg zu bringen. - Ganz herzlichen Dank dafür.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SSW und vereinzelt SPD)

**Vizepräsidentin Aminata Touré:**

Das Wort für die CDU-Fraktion hat der Herr Abgeordnete Peter Lehnert.

**Peter Lehnert [CDU]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Landesregierung legt auch in der laufenden Legislaturperiode großes Gewicht auf die Umsetzung ihrer Verpflichtungen aus der Sprachencharta. Im vorliegenden Bericht werden die Breite der Initiativen und Projekte aus den verschiedenen Fachministerien und die vielfältigen Kooperationen mit Partnern aus der Zivilgesellschaft und den Sprecherguppen ausdrücklich dargestellt. Die Fortschreibung steht nun unter dem Dreiklang Bildung - Medien - Mehrwert.

Geblichen ist die gemeinsame Idee, den Schutz und die Förderung der sprachlichen Vielfalt und Mehrsprachigkeit in Schleswig-Holstein als wichtigen Teil der Identität dieses Landes stärker sichtbar zu machen. So wurde mit intensiver Begleitung durch den Minderheitenbeauftragten die Fortschreibung des Handlungsplans Sprachenpolitik für die 19. Wahlperiode begonnen. Die Vorlage des Handlungsplans Sprachenpolitik ist für Anfang 2020 geplant.

Der Minderheitenbeauftragte hat darüber hinaus in der Ausübung seines Amtes wichtige eigene Akzente in der Minderheiten- und Sprachenpolitik gesetzt. Ein weiterer Punkt im Zusammenhang mit der Sprachencharta in diesem Bericht ist die zukünftige Implementierung von Chartaverpflichtungen in Schleswig-Holstein. Nach umfangreichen



**(Peter Lehnert)**

Beratungen im Europaausschuss und im Innen- und Rechtsausschuss hat der Schleswig-Holsteinische Landtag in seiner Juni-Tagung den Beschluss gefasst, die Landesregierung aufzufordern, bei der Bundesregierung die Zeichnung weiterer Verpflichtungen zu melden.

All dies unterstreicht, dass Schleswig-Holstein auch im aktuellen Berichtszeitraum auf dem Weg der Umsetzung seiner Verpflichtungen aus der Sprachencharta weiter vorangekommen ist und sich bemüht, eine der Charta angemessene Sprachenpolitik politisch zu gestalten. Schon im ersten Sprachenchartabericht hat das Land die Auffassung vertreten, dass der Wert der Charta vor allem im gemeinsamen Willen aller Beteiligten liegt, die geschützten Sprachen für die zukünftigen Generationen zu bewahren. Dies gilt nach wie vor. In Schleswig-Holstein prägt ein konsensorientierter Ansatz zwischen Parlament, Landesregierung und kommunaler Ebene die Minderheitenpolitik ebenso wie die Sprachenpolitik für die geschützten Chartasprachen.

Ein echter Meilenstein in der Minderheitenpolitik des Landes ist die Errichtung einer Friesenstiftung. Die Landesregierung und die friesische Volksgruppe sind sich darin einig, die Förderstruktur neu zu ordnen und hierfür eine Friesenstiftung einzurichten. Die damit verbundenen Ziele sind eine verlässliche Förderung sowie eine Optimierung des bestehenden Förderverfahrens zwischen Land, Bund und Minderheit. Die ersten Überlegungen im Hinblick auf die Einrichtung einer Stiftung für das friesische Volk in Schleswig-Holstein reichen bis in das Jahr 1995 zurück. Die Idee, die hinter der Gründung einer Stiftung steht, ist der Ewigkeitscharakter, den eine solche Gründung beinhaltet. Damit ist das Bekenntnis des Landes zum Schutz seiner friesischen Volksgruppe verbunden. Die Landesregierung plant die Einrichtung einer Zuwendungsstiftung als Stiftung öffentlichen Rechts. Die Förderung der friesischen Volksgruppe bleibt dabei in ihren Grundzügen erhalten. Bund und Land werden auch weiterhin gemeinsam für die Förderung aufkommen.

In der Begründung des Gesetzentwurfs heißt es:

„Zweck der Stiftung ist die Förderung von Kunst und Kultur, die Pflege der Sprache, die Förderung von Volksbildung und Forschung, die Förderung der Heimatpflege und Heimatkunde, die Förderung des traditionellen Brauchtums jeweils in Bezug auf die friesische Volksgruppe in Schleswig-Holstein. Darüber hinaus ist die Förderung der interfriesischen Zusammenarbeit ausdrücklicher Stiftungszweck. ... Zu den entscheidenden Eck-

punkten der Friesenstiftung zählt die Beiratsfunktion des Friesengremiums des Landtages innerhalb der Stiftung. Die Stiftung wird zudem generell ermächtigt werden, Ziel- und Leistungsvereinbarungen abzuschließen. Konkret wird dabei Bezug genommen auf die Vereinbarung mit dem Verein Nordfriesisches Institut e.V. als bindende Verpflichtung der Stiftung. Hierdurch wird die zentrale wissenschaftliche Einrichtung der friesischen Volksgruppe in ihrer Selbstständigkeit gestärkt und damit auch einem Anliegen der friesischen Volksgruppe entsprochen.“

Damit senden wir heute ein wichtiges Signal für eine überparteiliche und fortschrittliche Minderheitenpolitik. An dieser Stelle möchte ich mich ausdrücklich bei unseren Freunden vom SSW für die Initiativen und die konstruktive Zusammenarbeit bedanken, die in dieser Frage immer sehr engagiert gewesen sind.

(Beifall Lars Harms [SSW])

Ich glaube, dass es ein ganz bedeutendes Merkmal unserer gemeinsamen Arbeit hier im Landtag ist und auch für alle Volksgruppen im Land gilt, dass wir diese überparteiliche Einigung in der Minderheitenpolitik auch an dieser Stelle gemeinsam demonstrieren. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SSW und vereinzelt SPD)

**Vizepräsidentin Aminata Touré:**

Bitte begrüßen Sie mit mir auf der Tribüne Besucher des 2. Polizeireviers Lübeck!

(Beifall)

Das Wort für die SPD-Fraktion hat die Abgeordnete Birte Pauls.

**Birte Pauls [SPD]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren der jeweiligen Sprachgruppe! Herzlich willkommen bei uns im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

Seit 1995 gibt es bereits Pläne zur Gründung einer Friesenstiftung. In den Jahren 2014 bis 2016 wurden sie haushalterisch von der Küstenkoalition und Ministerpräsident Albig konkretisiert. Die SPD freut sich, dass die jetzige Landesregierung sich in der Lage sieht, diesen Weg konsequent fortzuführen.

(Birte Pauls)

„Zweck der Stiftung ist die Förderung von Kunst und Kultur, die Pflege der Sprache, die Förderung von Volksbildung und Forschung, die Förderung der Heimatpflege und Heimatkunde, die Förderung des traditionellen Brauchtums jeweils in Bezug auf die friesischen Volksgruppe in Schleswig-Holstein. Darüber hinaus ist die Förderung der interfriesischen Zusammenarbeit ausdrücklicher Stiftungszweck.“

- So heißt es im Gesetzentwurf, und so ist es wunderbar. All das wird mit großer Leidenschaft vom interfriesischen Rat mit all seinen Vereinen und Vertretern tagtäglich bereits gelebt.

Ich freue mich, dass diese langjährige Idee jetzt umgesetzt wird, und gratuliere der friesischen Volksgruppe zu einem Stück mehr Sicherheit.

(Beifall SPD und Lars Harms [SSW])

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn wir den Sprachenchartabericht lesen, fällt erneut auf, in was für einem vielfältigen und dadurch reichen Land wir leben. Wir sind das einzige Bundesland, das vier Regional- und Minderheitensprachen beheimatet: Niederdeutsch, Dänisch, Friesisch und Romanes. Dieser kulturelle und sprachliche Reichtum macht uns vielfältig und einzigartig. Darauf sind wir mächtig stolz. Es ist aber auch dauerhafte und wiederkehrende Verpflichtung, denn Sprachen kann man nicht ins Museum stellen, um sie zu erhalten. Sprachen muss man sprechen und hören, damit sie erhalten werden. Sie archivieren unsere Geschichte. Besonders die Regional- und Minderheitensprachen haben Geschichten zu erzählen, die die Mehrheitsbevölkerung und die Minderheiten verbinden.

Genau das ist auch das Ziel der Europäischen Sprachencharta, die 1998 von Deutschland ratifiziert wurde und seit dem 1. Januar 1999 in Deutschland in Kraft ist - eine kluge Entscheidung, wie ich finde. Für die Umsetzung der Charta bedarf es klarer Handlungsziele. In der Küstenkoalition haben wir im Handlungsplan Sprache, den die ehemalige Minderheitenbeauftragte Renate Schnack federführend entwickelt hatte, diese Ziele klar definiert und einen Meilenstein gesetzt. Wir freuen uns, dass die Landesregierung diese Pläne weiterverfolgt, auch wenn ich nicht erkennen kann, dass diese Landesregierung hier großartig eigene Akzente setzt. Trotzdem sind wir uns in der Sache alle einig, und das finde ich schön.

Ich möchte die 195 Seiten des Berichtes jetzt nicht einzeln bewerten. Der Bericht erkennt aber auch Mängel. So heißt es im Bericht:

„Die größten Probleme bereitet weiterhin die Umsetzung der Verpflichtungen aus den Bereichen Bildung und Medien.“

Diesbezüglich hat der Europaausschuss gerade sehr viel Interessantes gelernt. Ich möchte Sie kurz auf einen Ausflug nach Südtirol mitnehmen, wohin der Europaausschuss vom 2. bis 6. September 2019 eine Informationsreise unternommen hat. Dort haben wir gelernt, dass es auch anders gehen kann. Alle zehn Jahre gibt es dort eine Volkszählung, anhand derer erkennbar wird, wie viele Menschen welcher der drei Sprachgruppen Deutsch, Italienisch oder Ladinisch angehören. Je nach Proporz werden öffentliche Arbeitsplätze zum Beispiel in Verwaltung und Gesundheitsversorgung vergeben. Im öffentlichen Fernsehen und Radio gibt es für jede der drei Sprachgruppen eine gleichberechtigte Abteilung.

Der ladinischen Volksgruppe gehören nur circa 15.000 Menschen an, und trotzdem haben sie zur besten Sendezeit, nämlich um 19:55 Uhr, kurz vor den deutschsprachigen Nachrichten, ihre Nachrichten aus dem Hauptwohngebiet in den Dolomiten auf Ladinisch.

Selbstverständlich sind Straßenschilder bis hin zu den Menükarten in diesem Gebiet dreisprachig, und davon können wir lernen.

Die Ladinier haben eine App entwickelt. Das fanden wir ganz besonders spannend, denn auch sie beheimaten verschiedene Dialekte, je nachdem, in welchem Tal man wohnt. Wörter werden in der App übersetzt und im Lautton angegeben, sodass man diese lesen, aber auch hören kann. Für die Friesen ist dies mit ihren vielen Dialekten sicherlich nachahmenswert.

Es waren tolle Eindrücke, die wir auf dieser Reise sammeln konnten, und ich danke der Landtagsverwaltung ganz herzlich für die Vorbereitung. Ich danke auch dem Ausschussvorsitzenden Wolfgang Baasch für die Vorbereitung sowie Jan Diedrichsen für die sehr kompetente Begleitung. Ebenfalls bedanke ich mich bei allen Kolleginnen und Kollegen, die mit dabei waren, für die sehr interessante Reise und die nette Begleitung. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und vereinzelt CDU)

**Vizepräsidentin Aminata Touré:**

Das Wort für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die Abgeordnete Dr. Marret Bohn.

**Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, vielen Dank für Ihren Bericht. Ich finde es gut, dass wir regelmäßig etwas über unsere Minderheitensprachen hören. Deswegen werden Sie auch gleich von mir etwas zu hören bekommen:

Föl toonk, det wurt tidj det wi hear muur üüb fering snaaki det wi ei alianing auer enölher snaaki, sondern uk mä enölher snaaki.

En det, wat dü jüst saad heest, leew Birte, det klingt gud en det her Lars bestimmt al apskrewin en wan wi det hear uk haa wel, do wal ik mi diarför iinsaat det wi det widjer kem.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und vereinzelt CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben gerade eben gehört, dass wir uns alle sehr darüber freuen, dass wir die Minderheitensprachen hier in Schleswig-Holstein haben. So viel Einigkeit herrscht selten im Parlament, aber so viel Einigkeit ist auch wichtig, weil es für die Minderheiten in Schleswig-Holstein ganz existenziell ist - unabhängig davon, wer regiert -, mit im Film zu sein und weiter bei Kunst und Kultur gefördert zu werden.

Ich sage Ihnen: Wenn Sie als Jugendliche von anderen Jugendlichen zu hören bekommen: „Ach, so wie ihr redet, das stirbt sowieso bald aus, das hat sowieso keine Chance“, dann ist das auch eine Art von Diskriminierung, mit der wir aufgewachsen sind. Aber vergessen Sie nicht: Wir sind hartnäckig, wir bleiben. Wir sprechen weiterhin in unserer Muttersprache.

Deswegen kann ich nur sagen: Ich freue mich heute sehr, dass wir mit dem vorliegenden Bericht gesehen haben, was alles schon Gutes auf den Weg gebracht worden ist. Aber ich glaube, wir sind uns auch einig, dass es für alle Minderheitensprachen in Zukunft noch viele weitere Schritte geben muss.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW, vereinzelt CDU und Beifall Birgit Herdejürgen [SPD])

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sprache ist nicht nur irgendetwas, sondern Sprache ist auch identitätsstiftend. Sprache gehört zur Kultur, und Sprache verändert die Art und Weise, wie wir denken. Wenn

Sie zweisprachig aufwachsen, dann wissen Sie von klein auf, dass es eine andere Klangfarbe gibt, dass andere Menschen anders reden, dass es aber für alle Beteiligten ein Ausdruck von Vielfalt ist, der sie prägt und - wie ich finde - ihnen guttut, oder, wie es bei uns auf Friesisch heißt, ihr kennt das ja:

„Rüm hart, klaar kimming!“

Ein weites Herz, einen klaren Horizont. - Ich glaube, das können wir alle gebrauchen hier im Parlament, nicht nur wenn wir uns über Minderheitensprachen austauschen, sondern wenn wir insgesamt Debatten führen. Also, bitte alle merken:

„Rüm hart, klaar kimming!“

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben uns - und ich persönlich wohl am allermeisten - bei einer weiteren Initiative sehr darüber gefreut, dass wir uns vorgenommen haben, den Schutz der Minderheiten auch in das Grundgesetz hineinzuverhandeln. Ich bin unserem Ministerpräsidenten sehr dankbar dafür, dass er sehr dafür gekämpft hat. Ich bin sehr optimistisch, und ich hoffe, wir werden Mehrheiten finden, denn das wäre auch für die Bundesländer, die dabei sind, zum Beispiel mit den Sorben zu verhandeln, ein gutes Signal, nämlich dass wir eine gute Lösung finden und dass sich die Minderheiten im Grundgesetz wiederfinden können.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit, oder - wie wir sagen:

Föl toonk wi san al en masse straalder widjer kimen. Ik hööbe det wi nü noch föl muar straalder mä enölher mai kön.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SSW, vereinzelt CDU und SPD)

**Vizepräsidentin Aminata Touré:**

Das Wort für die FDP hat der Abgeordnete Richert.

**Kay Richert [FDP]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Heimat ist etwas sehr Wichtiges für jeden von uns. Vielleicht verstehen wir alle etwas Unterschiedliches darunter, aber Heimat ist für uns alle sehr wichtig. Ich glaube, das sehen wir hier alle so.



**(Kay Richert)**

Heimat ist Liebe, Geborgenheit, Vertrautheit, Tradition und Erinnerung, aber Heimat ist auch Brauchtum und Sprache. Das ist besonders bei uns im nördlichen Grenzland so. Damit das so bleibt, damit uns die Heimat erhalten bleibt, schützen und unterstützen wir in Schleswig-Holstein die Minderheiten dabei, ihre Sprache, ihre Gebräuche und ihre Traditionen zu pflegen, zu erhalten und weiterzugeben.

Das gilt für die Minderheit der Dänen, für die Minderheit der deutschen Sinti und Roma und für die Minderheit der Friesen. Alle diese Minderheiten - und natürlich auch die deutsche Minderheit in Süddänemark, in Nordschleswig - sind uns lieb und teuer. Diese Minderheiten organisieren ihre Arbeit selbst, und wir unterstützen sie dabei - sowohl ideell als auch finanziell.

Die Finanzierung der Minderheit der Friesen wird geregelt über eine Stiftung. Besser gesagt: Sie soll über eine Stiftung geregelt werden, denn darüber wird seit 1995 geredet. Gegründet ist die Stiftung bislang noch nicht. Dabei ist die Idee einer Stiftung sehr charmant. Durch die Verselbstständigung wird die Finanzierung dauerhaft gesichert, unabhängig von der aktuellen Kassen- oder Haushaltslage des Landes.

Nun könnte ich natürlich sagen: Die Gründung der Stiftung ist über die Jahre hinweg immer wieder vertrödelt worden. Es ist gut, dass dieses Feld unter der Jamaika-Koalition endlich aufgeräumt wird.

(Zuruf Beate Raudies [SPD])

- Moment, ich bin noch nicht fertig. Da wir aber heute über einen freudigen Anlass sprechen, werde ich das natürlich nicht sagen. Stattdessen sage ich: Schön, dass wir nun so viel Stiftungskapital - 1,5 Millionen €- beisammen haben, sodass die Stiftung der Friesen endlich gebildet werden kann.

(Beifall FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Details hat die Landesregierung in enger Abstimmung mit der friesischen Volksgruppe geregelt. Das war nicht nur freundlich, das war auch sehr weise, schließlich zeigt uns die Geschichte, dass die Friesen gern einmal Widerstand leisten, wenn ihnen etwas nicht passt; ob es im ersten Jahrhundert nach Christus - da wurde dies erstmals geschichtlich erwähnt - gegen die Römer oder der Legende nach vereint mit Störtebekers Seeräubern gegen die Hanse und die Holländer ging: „Liiwer düüdj as sloow“, war immer mehr als ein Motto. Der Einzige, der dauerhaft Frieden nach Friesland gebracht hat, war Karl der Große. Er tat dies, indem er den

Friesen erlaubt hatte, ihre Angelegenheiten selbst zu regeln.

Als Freier Demokrat kann ich das gut verstehen. Es gibt nämlich nach der Liebe keine größere Kraft als den Willen nach Freiheit. Wenn nun also die Vorsitzende des Friesenrats, Ilse Johanne Christiansen, sagt: Bislang durften wir mitschnacken, jetzt können wir mitentscheiden, dann ist hier wohl vieles richtig gemacht worden.

Sehr geehrte Damen und Herren, die Heimat ist etwas sehr Wichtiges. Dass das nicht nur die Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner so sehen, das kann man an der Charta der Regional- und Minderheitensprachen sehen. Das ist eine EU-Regelung für den Schutz und die Förderung der geschichtlich gewachsenen Regional- und Minderheitensprachen zur Bewahrung des kulturellen Erbes.

„In Schleswig-Holstein prägt ein konsensorientierter Ansatz zwischen Parlament, Landesregierung und der kommunalen Ebene die Minderheitenpolitik ebenso wie die Sprachenpolitik für die geschützten Chartasprachen.“

- So heißt es in dem Bericht, den Sie, Herr Ministerpräsident, uns gerade vorgestellt haben. Damit haben Sie recht, und das ist auch gut so.

Herr Ministerpräsident, Sie haben uns von den Akzenten in der Sprachförderung, von der Unterstützung der pädagogischen Arbeit und von der Anmeldung weiterer Verpflichtungen bei der Bundesregierung berichtet. Ich bedanke mich bei Ihnen für den Bericht, und ich bedanke mich vor allem für den Inhalt des Berichts.

(Beifall FDP, SSW, vereinzelt CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, durch ihren Einsatz leisten die Minderheiten einen wertvollen Beitrag zum Erhalt der Sprache, des Brauchtums und der Traditionen, zum Erhalt unserer vielfältigen Heimat. Das ist wichtig, und deswegen freue ich mich ausdrücklich über die Ergebnisse dieser Debatte. - Vielen Dank.

(Beifall FDP, SSW, vereinzelt CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Aminata Touré:**

Das Wort für die AfD-Fraktion hat der Abgeordnete Dr. Brodehl.

**Dr. Frank Brodehl [AfD]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Gäste auf der Tribüne! Die Friesen stehen seit 1990 als Volksgruppe unter dem besonderen Schutz unserer Landesverfassung, und daraus leitet sich natürlich auch ein Anspruch auf staatliche Förderung ab. Den damit verbundenen Verpflichtungen ist das Land Schleswig-Holstein in der Vergangenheit auf ganz vielfältige Art und Weise gerecht geworden. So hat zum Beispiel das im Jahr 2004 beschlossene Gesetz zur Förderung des Friesischen im öffentlichen Raum den Weg für eine zweisprachige Beschilderung an Ortseingängen, an Bahnhöfen oder auch in Büros und Behörden freigemacht. Auch an unserer Schule wurden die Schilder ausgetauscht. Ich habe als Kölner damals keines bekommen. Ich habe mich beschwert, aber Friesisch wurde gefördert, und das ist gut so.

Gleichzeitig wurde Friesisch damit offiziell als zweite Sprache dieser Region anerkannt. Es mag manchem vielleicht zu lapidar erscheinen, aber genau solche Maßnahmen schaffen Identität.

Die Wirksamkeit des Minderheitenschutzes hängt auch im Falle der friesischen Volksgruppe maßgeblich davon ab, in welchem Umfang ihre Sprache lebendig bleibt. Nur wenn Sprache lebendig ist, kann sie an die nachfolgenden Generationen weitergegeben werden.

Im Alltag hat sich die friesische Sprache vor allem auf den nordfriesischen Inseln und im nördlichen Bereich des Kreises Nordfriesland gehalten. Die Fläche - Sie haben die Landkarte vor Augen - wirkt zunächst groß. Allerdings muss man berücksichtigen, dass sich lediglich ein Drittel der Einwohner Nordfrieslands als Friesen bekennt. Das sind 50.000 bis 60.000 Menschen; das relativiert die flächenmäßige Größe ein wenig. Von den bekennenden Nordfriesen wiederum sprechen leider nur etwa 8.000 bis 10.000 die nordfriesische Sprache aktiv. Weitere 10.000 bis 20.000 Menschen haben aber immerhin passive Sprachkenntnisse; das ist ein Anfang.

Außerdem ist noch ein Aspekt zu berücksichtigen, der bisher noch nicht anklang: Von den neun nordfriesischen Sprachformen werden drei von weniger als 150 Menschen gesprochen. Aufgrund dieser Zahlen weist der Sprachenchartabericht 2019 zu Recht darauf hin, dass das Nordfriesische zu den kleinsten und zugleich zu den am stärksten bedrohten Sprachen in ganz Europa zählt. Auf Deutsch gesagt: Sie ist akut vom Aussterben bedroht. Was ist

also zu tun? Der schulischen Sprachausbildung kommt im Bereich des Nordfriesischen eine besondere Bedeutung zu.

Wie wir ebenfalls aus dem Sprachenchartabericht entnehmen können, wurde Nordfriesisch in Schleswig-Holstein immerhin an 15 Grundschulen von 25 Lehrkräften unterrichtet. Allerdings ist der Unterricht in Nordfriesisch nicht fester Bestandteil des Lehrplans. Deshalb hat der Sachverständigenausschuss der Europäischen Charta der Regional- und Minderheitensprachen zu Recht die Forderung erhoben, ein solches Unterrichtsangebot fest zu verankern.

Bereits dieser formale Aspekt verdeutlicht, dass die Förderung des Nordfriesischen in Zukunft nicht nur finanzielles Engagement, sondern auch juristisch tragfähige Strukturen erfordert. Ministerpräsident Günther hatte darauf hingewiesen.

Wir befürworten es daher, dass mit dem vorgelegten Gesetzentwurf der Weg für eine Neustrukturierung der Förderung geebnet wird. Auf diesem Weg liegt in der Tat die Gründung einer Stiftung öffentlichen Rechts. Damit wäre man bei der Frage der Finanzen angelangt.

Meine Damen und Herren, durch die kontinuierliche Verwendung finanzieller Mittel aus der Lotteriezweckabgabe konnte seit dem Jahr 2014 durch die Kulturstiftung des Landes Schleswig-Holstein ein Vermögen von mehr als 1,5 Millionen € aufgebaut werden, sodass die jetzt neu zu gründende Friesenstiftung mit einem ausreichenden Stiftungsvermögen an den Start gehen. Gerade in letzter Zeit werden öffentlich-rechtliche Stiftungen ohne nennenswertes Stiftungsvermögen errichtet. Dieses Problem ist im Vorfeld entschärft worden.

Darüber hinaus fiel die Entscheidung auf Kiel als Sitz der Stiftung. Dies gewährleistet effektive Verwaltungsabläufe. Das kann so verkehrt nicht sein, ganz im Gegenteil.

Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf wird der Verfassungsauftrag zur Förderung autonomer Minderheiten in Schleswig-Holstein, der Friesen, wirksam Rechnung getragen. Wie könnten wir anders als diesem Gesetzentwurf volle Zustimmung zu geben? - Vielen Dank.

(Beifall AfD)

**Vizepräsidentin Aminata Touré:**

Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat Lars Harms.

**Lars Harms [SSW]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der aktuelle Tagesordnungspunkt befasst sich sowohl mit der neuen Friesenstiftung als auch mit der Sprachencharta. Die einzelnen Bestimmungen der Charta können wir sicherlich noch im Ausschuss beraten, sodass ich mich in der kurzen Zeit in meinen Äußerungen auf die Friesenstiftung beschränke.

Ich möchte eines vorausschicken: Das Schönste an dem Bericht der Charta ist nicht sein Inhalt, sondern dass er mehr Bestimmungen beinhaltet. Das ist der eigentliche Fortschritt, den wir in der Minderheitenpolitik haben. Dafür vielen Dank an alle, die daran mitgearbeitet haben.

(Vereinzelter Beifall)

Meine Damen und Herren, gleich nach der Wiedervereinigung entstand der Wunsch der friesischen Minderheit, eine Stiftung wie die Sorben in Sachsen und Brandenburg zu bekommen. Fast 30 Jahre später wird dieser Wunsch nun Realität. Wir können also mit Fug und Recht sagen, dass hier ein historischer Schritt für die friesische Minderheit getan wird. Dieser Schritt erfolgt nicht zufällig, sondern er erfolgt, nachdem in der letzten Wahlperiode begonnen wurde, die Grundlagen hierfür zu schaffen.

Seit 2014 werden auf Initiative des SSW regelmäßig rund 280.000 € jährlich für das Stiftungskapital zurückgelegt. Vorher lag über rund 20 Jahre hinweg das Stiftungskapital bei 500.000 € und wurde nie erhöht. Jetzt werden wir bei Gründung der Stiftung bei mehr als 2 Millionen € liegen. Dass hier Jahr für Jahr auf gesetzlich abgesicherter Grundlage die entsprechenden Summen dem Stiftungskapital zugeführt wurden, hat die Basis dafür geschaffen, dass eine Stiftung überhaupt gegründet werden kann. Dass es dann gelungen ist, dieses auch über eine Wahlperiode und einen Regierungswechsel hinweg weiterzuführen, zeigt, dass Kontinuität in der Weiterentwicklung der Minderheitenpolitik auch in der Jamaika-Regierung auf der Agenda steht. Das begrüßen wir sehr, meine Damen und Herren.

Im Übrigen haben wir uns, der SSW, natürlich auch in unserer Regierungszeit schon an der Ausarbeitung der rechtlichen Grundlagen für eine Friesenstiftung beteiligt. Dass die Landesregierung den Kontakt zu uns gesucht hat, als sie die Planungen für die rechtlichen Grundlagen weiterführte, rechnen wir ihr hoch an. Es ist wichtig, dass klar wird, dass Minderheitenpolitik eine Querschnittsaufgabe ist, die von Regierung und Opposition gleichermaßen getragen werden sollte.

Die Stiftung soll als sogenannte Zuwendungsstiftung arbeiten. Das heißt, es können sowohl Gelder in das Stiftungskapital eingebracht, aber auch direkt für Projekte und Maßnahmen genutzt werden. Das bedeutet, das Land wird in Zukunft die institutionellen Zuschüsse an die friesischen Organisationen und Vereine über die Stiftung auskehren.

Darüber hinaus können die Lotteriezweckabgaben in Zukunft sowohl zur Erhöhung des Stiftungskapitals als auch als Projektmittel dienen. Das wäre ein riesiger Schritt, weil dann neben den Projektmitteln des Landes zusätzliche Projektmittel genutzt werden könnten.

Im Übrigen, meine Damen und Herren, dürfen wir nicht vergessen, dass dies in der Vergangenheit eine Forderung des Landesrechnungshofs gewesen ist. Dass wir diese erfüllen, kann uns vielleicht auch ganz stolz machen.

Dass der Bund seine Projektfördermittel durch die Stiftung verwalten lassen will, führt zu einer weiteren Erleichterung der Arbeit. Eine wichtige Hilfestellung ist zudem, dass die Projektbearbeitung und -abrechnung in Zukunft durch Mitarbeiter des Landes geleistet wird. Das ist eine große Entlastung der ehrenamtlichen, aber auch der hauptamtlichen Arbeit der friesischen Minderheit. Zudem wird hierdurch der Friesenrat erheblich entlastet und kann sich nun dem Kern seiner Arbeit besser zuwenden. Hier geht es insbesondere um die Vertretung der Friesen nach außen, die Koordinierung der inhaltlichen Arbeit und die internationale Zusammenarbeit mit den Friesen in Ost und West sowie mit anderen Minderheiten.

Auch das ist ein großer Gewinn für die Friesen. Sie sehen also, dass wir mit dem Gesetzentwurf ziemlich zufrieden sind.

Es war und ist wichtig, dass alle vier großen friesischen Organisationen im Stiftungsrat vertreten sind und so ein richtiges Mitspracherecht haben werden. Meine Erfahrungen mit Stiftungen des Landes sind, dass Entscheidungen im Regelfall einmütig getroffen werden. So sollte es natürlich auch in der Friesenstiftung sein.

Meine Damen und Herren, eins ist uns, dem SSW, besonders wichtig; auf Friesisch würde man sagen: Suner e spräke san we niinj frasche mör. Än e friiske spräke schal deerfor boowenaw stönje. - Das heißt: Ohne die Sprache sind wir keine Friesen mehr. Deshalb muss die friesische Sprache an erster Stelle stehen.

**(Lars Harms)**

Bei der Vielzahl von Zielen, die hier formuliert sind und die die Stiftung verfolgen soll, muss es immer darum gehen, dass die friesische Sprache lebendig gehalten wird. Das muss das Ziel sein, und das wird das Ziel der Friesenstiftung sein. Ich freue mich schon, wenn wir die Friesenstiftung endlich auf die Beine gestellt haben. Dann haben wir in dieser Wahlperiode etwas richtig Großes für die Friesen geschaffen. - Vielen Dank.

(Beifall SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt CDU und FDP)

**Vizepräsidentin Aminata Touré:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, den Gesetzentwurf Drucksache 19/1682 federführend an den Europaausschuss und mitberatend an den Finanzausschuss und den Bildungsausschuss zu überweisen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Es ist einstimmig so beschlossen.

Es ist beantragt worden, den Bericht der Landesregierung, Drucksache 19/1683, an den Europaausschuss und mitberatend an den Bildungsausschuss zur abschließenden Beratung zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe? - Es ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2 auf:

**Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Schleswig-Holsteinischen Richtergesetzes (Landesrichtergesetz - LRiG)**

Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW  
Drucksache 19/1543

Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses  
Drucksache 19/1684

Ich erteile das Wort der Berichterstatterin des Innen- und Rechtsausschusses, der Abgeordneten Barbara Ostmeier.

**Barbara Ostmeier [CDU]:**

Mit Plenarbeschluss vom 21. Juni 2019 hat der Landtag den Gesetzentwurf an den Innen- und Rechtsausschuss überwiesen. Der Innen- und Rechtsausschuss hat die Vorlage in mehreren Sitz-

ungen, abschließend am 25. September 2019, beraten.

Der Ausschuss nahm einen Bericht der Justizministerin zur Vorlage entgegen und holte schriftliche Stellungnahmen ein. Im Laufe der Beratungen wurde ein Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW vorgelegt und angenommen. Einstimmig empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, den Gesetzentwurf in der so geänderten Fassung anzunehmen.

**Vizepräsidentin Aminata Touré:**

Ich danke der Frau Berichterstatterin.

(Beifall CDU, FDP, SSW, vereinzelt SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Gibt es Wortmeldungen zum Bericht? - Das ist nicht der Fall. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

Der Ausschuss empfiehlt, den Gesetzentwurf Drucksache 19/1543 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung anzunehmen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe? - Dann ist das einstimmig so geschehen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 19 auf:

**Beobachterstatus für das Land Schleswig-Holstein im Nordischen Rat**

Wahlvorschlag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW  
Drucksache 19/1709

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Ich lasse über den Wahlvorschlag Drucksache 19/1709 abstimmen und schlage Ihnen hierfür eine offene Abstimmung vor. Widerspruch höre ich nicht. Dann werden wir so verfahren.

Wer dem Wahlvorschlag Drucksache 19/1709 seine Zustimmung geben will, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. - Gegenprobe! - Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Damit sind die Abgeordneten Jette Waldinger-Thiering und Jörg Hansen als beobachtende Mitglieder sowie die Abgeordneten Johannes Callsen und Birte Pauls als stellvertretende beobachtende Mitglieder beim Nordischen Rat gewählt. Herzlichen Glückwunsch!

**(Vizepräsidentin Aminata Touré)**

(Beifall)

Ich unterbreche die Tagung bis morgen 10 Uhr.

**Schluss: 17:42 Uhr**